

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

RAINER WOHLFEIL

Der spanische Bürgerkrieg 1936–1939

WINFRIED BAUMGART

Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht
im August 1939

WALTER LIPGENS

Resistance und europäische Einigungsbewegung

ERICH KORDT

Die sowjetische Außenpolitik
im Wandel der weltpolitischen Konstellationen

DOKUMENTATION

KPD und Komintern

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge und Walter Bußmann

Schriftleitung:

Redaktion:

DR. HELMUT KRAUSNICK

HELLMUTH AUERBACH

8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Rainer Wohlfeil* . . . Der spanische Bürgerkrieg 1936–1939.
Zur Deutung und Nachwirkung. . . . 101
- Winfried Baumgart* . . Zur Ansprache Hitlers vor den Führern
der Wehrmacht am 22. August 1939 . . 120
- Walter Lipgens* . . . Das Konzept regionaler Friedensorganisa-
tion. Resistance und europäische Eini-
gungsbewegung 150

MISZELLE

- Erich Kordt* Die sowjetische Außenpolitik im Wandel
der weltpolitischen Konstellationen. . . 165

DOKUMENTATION

- Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen In-
ternationale (*Hermann Weber*) 177

- BIBLIOGRAPHIE 97

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651.
Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Versandkosten. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Stu-
denten DM 38.– (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrück-
licher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer
10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

Diesem Heft liegen zwei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

16. Jahrgang 1968

2. Heft/April

RAINER WOHLFEIL

DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG 1936–1939

Zur Deutung und Nachwirkung¹

Der Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 in Spanien hat die europäische und amerikanische Öffentlichkeit im Zeitraum zwischen den Weltkriegen weit stärker als andere politische Ereignisse beschäftigt. Die kriegerische Auseinandersetzung veranlaßte sie darüber hinaus, sich in ungewöhnlich hohem Maße zu engagieren. Noch heute beeinflussen ideologische und politische Motive Darstellung, Deutung und Nachwirkung des Geschehens. Worin liegen die Gründe?

In einer Kette revolutionärer Krisen, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Pyrenäische Halbinsel erschüttert haben, war der Spanische Bürgerkrieg das letzte Glied. Sie wurden ausgelöst durch das Versagen der absolutistischen Monarchie unter Karl IV. und Ferdinand VII. und eingeleitet durch den Unabhängigkeitskrieg von 1808 bis 1814. Er ließ Spanien, das im 18. Jahrhundert von Europa vergessen zu sein schien, wieder politisch interessant werden. Aber schon damals zeigte es sich, daß Spanien zwar zu Europa gehört, jedoch nicht mit mittel- oder auch nur westeuropäischen Maßstäben beurteilt werden kann. Die Verhältnisse auf der Iberischen Halbinsel sind komplizierter, manchmal sogar ganz anders als die einfachen Vorstellungen, auf Grund derer sie beurteilt wurden. Zu diesem Ergebnis gelangt der Historiker, wenn er sich mit den Vorgängen beschäftigt, die den stärksten Widerhall außerhalb Spaniens gefunden haben: Unabhängigkeitskrieg², liberales Zwischenspiel von 1820 bis 1823³, erster Karlistenkrieg⁴ und Bürgerkrieg von 1936 bis 1939⁵.

¹ Die Ausführungen stellen das Ergebnis einer Seminarübung im Wintersemester 1966/67 zu dem Thema „Der Spanische Bürgerkrieg (1936–1939) als zeitgeschichtliches Problem“ dar. Es wurde bereits als Vortrag an der Universität des Saarlandes (27. 2. 1967), an der Universität Freiburg (31. 5. 1967) und an der Schule für Innere Führung der Bundeswehr (27. 9. 1967) verwertet.

² Rainer Wohlfeil, *Spanien und die Deutsche Erhebung 1808–1814*, Wiesbaden 1965.

³ Hierzu demnächst Rainer Wohlfeil, in: *Geschichtliche Landeskunde* 5 (1968).

⁴ Heinz Gollwitzer, *Der erste Karlistenkrieg und das Problem der internationalen Parteilängerschaft*, in: *HZ* 176 (1953), S. 479–520.

⁵ Juan García Durán, *1936–1939 Bibliography of the Spanish Civil War*, Montevideo 1964. Michał Bron, u. a., *Wojna hiszpańska 1936–1939, Chronologia wydarzeń i bibliografia*, Warszawa 1964. Auswahlbibliographie zur Vorbereitung des 30. Jahrestages des national-revolutionären Krieges des spanischen Volkes 1936–1939, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte* 5 (1962), S. 240–245. *Cuadernos bibliográficos de la guerra de España 1936–1939*, editados por la cátedra de 'Historia Contemporánea de España' de la Universidad de Madrid, Madrid 1966 ff.

Der Unabhängigkeitskrieg war kein Bürgerkrieg, sondern ein nationaler Abwehrkampf. Er brachte jedoch mit der Diskussion um die zukünftige politische Struktur das Ringen zwischen den weltanschaulich gebundenen Kräften des Fortschritts und der Beharrung mit sich, eröffnete also für Spanien eine besonders leidenschaftliche Auseinandersetzung um das Ideengut der Französischen Revolution⁶. In den Cortes von Cádiz errangen die Liberalen mit der Verfassung von 1812 einen ersten Sieg, aber es wurde ihr Verhängnis, daß sie keinen ausreichenden und vor allem anhaltenden Widerhall in der Masse des Volkes fanden und nicht die Fähigkeit besaßen, eine dauerhafte bürgerlich-liberale oder gar demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu schaffen. Ihre Bestrebungen lösten auch keine eigentlich bürgerliche Revolution, sondern nur eine Folge von Pronunciamientos, Staatsstreichern und Bürgerkriegen aus⁷. Daß die Liberalen mit ihren vielfach divergierenden und in mannigfaltigen Beziehungen verschwommenen Vorstellungen nur unzureichend befähigt waren, staatlichen Aufgaben gerecht zu werden, offenbarte zuletzt ihr Versagen in der Zweiten Republik (1930–1936). Die spanischen Liberalen konnten nicht einmal Spaniens öffentliches und privates Leben in der Weise mit ihren Ideen durchsetzen, wie es dem Liberalismus in anderen Ländern gelang, weil sie – übrigens ebensowenig wie die Verteidiger der überlieferten Grundlagen des spanischen Lebens – zu keinem Ausgleich bereit waren. Diese Kompromißlosigkeit wird vielfach als ein Ausdruck des spanischen Charakters interpretiert.

Neben dem Gegensatz zwischen Liberalismus und Tradition bildeten sich die allgemein in Europa auftretenden, ebenso drohenden Frontstellungen – beispielsweise zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und der Arbeiterschaft. Allerdings einigten sich in Spanien die Arbeiter ebensowenig wie ihre Kontrahenten auf gemeinsame Ziele. Die sozialistischen Anhänger von Karl Marx und ihre Gewerkschaftsorganisation UGT blieben in der Minderheit gegenüber den Jüngern Bakunins, den Anarchisten. Hier zeigt sich ein Hang zum Individualismus – der sich ebenso auch als Regionalismus oder gar Partikularismus manifestiert. Spannungen zwischen Zentralismus und Bestrebungen nach Autonomie, von Gegnern manchmal zu schnell als Separatismus abgetan, verquickten sich mit den ideologisch bedingten Fronten und verwirrten sie, wie die katalanische und baskische Selbstständigkeitsbewegung zeigten. Die liberale, marxistische und anarchistische Ideologie, die mit außergewöhnlicher Härte aufeinanderprallten und zugleich den Traditionalismus zu überwinden suchten, waren nicht spanischen Ursprungs. Sie wurden aus Europa übernommen, dabei aber „so umgedeutet, daß man sie nur mit Mühe wiedererkennt“⁸. Dennoch wurden ihre Vertreter und Organisationen

⁶ Raymond Carr, *Spain 1808–1939*, Oxford 1966; Iwan Michailowitsch Maïski, *Neuere Geschichte Spaniens 1808–1917*, Berlin-Ost 1961.

⁷ E. Christiansen, *The Origins of Military Power in Spain 1800–1854*, London 1967; José Luis Comellas García-Llera, *Los primeros pronunciamientos en España 1814–1820*, Madrid 1958; V. G. Kiernan, *The Revolution of 1854 in Spanish History*, Oxford 1966.

⁸ Luis Díez del Corral, *Doktrinäer Liberalismus*, Neuwied-Berlin 1964, S. 27. Es kann als

von den Traditionalisten nicht als Exponenten spanischen Lebens, sondern als vom Ausland gesteuerte Kräfte angesehen. Die Verfechter der Ideologien waren sich der geistigen Übernahme und Bindung ebenfalls bewußt. Sie scheuten trotz nationaler Grundhaltung nicht davor zurück, auf die Internationalität ihres Gedankengutes zurückzugreifen und ausländische Gesinnungsgenossen für innerspanische Auseinandersetzungen zu interessieren oder gar zu einer Intervention zu bewegen. Es gab jedoch stets Kreise, die jedwede fremde Einmischung schroff ablehnten, auch eine zugunsten der eigenen Sache⁹.

Die Serie der Bürgerkriege, die mit den Geschehnissen von 1820 bis 1823 begann¹⁰, fand ihren ersten Höhepunkt im Karlistenkrieg von 1834 bis 1839. Europa nahm an ihm lebhaft Anteil, und beide Seiten fanden internationale Unterstützung. So ist auch der Bürgerkrieg von 1936 – jedenfalls im Hinblick auf die geistige, politische, personelle und materielle Anteilnahme Europas – keine Einzelercheinung, sondern die letzte Wiederholung der mehrfach gespielten spanischen Tragödie. Allerdings dürfen zwischen zwei Bürgerkriegen, die einhundert Jahre voneinander trennen, nicht zu viele Analogien gesehen werden¹¹.

Der erste Karlistenkrieg brachte das Problem der ausländischen Parteigängerschaft mit sich, führte jedoch keine internationale Krise herauf. Sie war ein wesentliches Kennzeichen des Bürgerkriegs von 1936 bis 1939. Aus einer innerpolitischen Auseinandersetzung der Spanier wurde ein internationaler Konflikt, der nur wegen der allgemeinen Furcht vor einem neuen Weltkrieg auf die Pyrenäische Halbinsel beschränkt blieb¹². Die europäischen Mächte hatten den Aufstand der Militärs oder eine linksradikale Umwälzung weder vorbereitet noch griffen sie aus eigenem Antrieb ein¹³. Müßig und wenig fruchtbar erscheint es, darüber zu streiten, welche der Bürgerkriegsparteien zuerst um ausländische Unterstützung nachgesucht hat. Historisch bedeutsam ist dagegen, daß beide Seiten unabhängig voneinander um Hilfe riefen. Bei der Interpretation und Beurteilung ihrer Unterstützung dürfen die beiden Interventionen jedoch nicht mit ein und demselben Maßstab gemessen werden. Im Jahre 1936 bedeutete Hilfe für die Republik ein Eingreifen zugunsten der legitimen Regierung, Einmischung zugunsten der Generale aber Parteinarbeit für Aufständische gegen die bisher und zunächst weiterhin anerkannte Staatsführung, was immer ihre Schwächen und radikalen Nebentriebe sein mochten. Auch Deutschland und Italien brachen die diplomatischen Beziehungen zur Republik erst am 18. November 1936 ab und erkannten in einem „eilfertigen Entschluß“¹⁴ die „Nationalregierung“ unter General Franco an. In diesem Zusammen-

bezeichnend angesehen werden, daß Guido de Ruggiero, *Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930, Neudruck Aalen 1964, auf den Liberalismus in Spanien gar nicht eingeht.

⁹ Federico Suarez, *La intervención extranjera en los comienzos del régimen liberal español*, Madrid 1944; vgl. auch Hugh Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1964, S. 172 ff.

¹⁰ José Luis Comellas García-Llera, *El trienio constitucional*, Madrid 1963.

¹¹ Vgl. Gollwitzer, a. a. O., S. 480.

¹² Thomas, a. a. O., S. 173 u. S. 467 ff.

¹³ Thomas, a. a. O., S. 171. Vgl. auch Anm. 86.

¹⁴ Hellmuth Günther Dahms, *Der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939*, Tübingen 1962, S. 146.

hang verfügte Hitler dann, daß die republikanische Seite als „die spanischen Bolschewisten“ zu bezeichnen sei¹⁵.

Im Gegensatz zur ideologisch gesteuerten, von propagandistischer Terminologie bestimmten öffentlichen Meinung in Deutschland und Italien erschien Spanien den demokratischen Staaten als eine bürgerlich-liberale Republik, die durch den Putsch reaktionärer Militärs in starke innenpolitische oder gar revolutionäre Schwierigkeiten geraten war. Die Staatsvorstellung ihrer Repräsentanten – Azaña, Giral – war bei aller Verhaftung im spanischen Geist die westeuropäische Demokratie, und in dieser Bindung wurde auch der letzte Ministerpräsident Negrín gesehen. Nach den revolutionären Wirren der ersten Monate schien sich die Volksfrontpolitik im demokratisch-parlamentarischen Rahmen abzuspielen, denn die Kommunisten hielten sich nicht nur taktisch geschickt zurück, sondern setzten sich auch demonstrativ für eine Allianz mit dem republikanischen Bürgertum ein. Daß sozialistische Regierungen keinen nationalen Untergang bedeuteten, hatten Frankreich und England bereits erlebt; warum sollte also die ‚Regierung des Sieges‘ unter Largo Caballero, dem Führer der Sozialisten, den demokratisch gesinnten Europäern einen Schauer einjagen? Außerdem fehlten die politischen Lehrbeispiele aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wie die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei von 1947/48. Eher bestimmte der Argwohn gegen Machtbestrebungen von Militärs und Putsche von Generalen zur Beseitigung einer demokratisch-parlamentarisch legitimierten Regierung die öffentliche Meinung. Infolgedessen wurde die Tatsache, daß die republikanischen Institutionen in Spanien versagt hatten, wohl registriert, aber in den Hintergrund verdrängt. Außerdem erschienen den demokratischen Westeuropäern wesentliche Teile der politischen Gruppen, die sich hinter die aufständischen Militärs stellten, suspekt: In der Kirche spanischer Prägung und im Carlismus sahen sie Kräfte, die dem Menschen das Recht der politischen Mitbestimmung und freien Selbstverantwortung mit Gewalt verwehrten.

Allgemein verband man einen derartigen totalitären Anspruch und geistige Unduldsamkeit mit dem Schlagwort ‚Faschismus‘¹⁶. Es wird damit im westlichen, gewissermaßen engeren Sprachgebrauch eine national- und sozialrevolutionäre totalitäre Bewegung bezeichnet, die nicht nur gegen den marxistischen Sozialismus, Kommunismus und Bolschewismus, sondern auch gegen die eigenen liberalen und demokratischen Ideale, gegen das System des Parlamentarismus gerichtet war. Faschismus wurde auch mit körperlichem Terror identifiziert, jedoch scheint es angebracht, dem Begriff nicht schon jene Inhaltsfülle beizumessen, die sich mit

¹⁵ Deutschland und der spanische Bürgerkrieg 1936–1939, Baden-Baden 1951, S. 119, Nr. 127, Aufzeichnung des Leiters der Presse-Abteilung vom 23. November 1936 = Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. 3.

¹⁶ Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, München 1966; ders., Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, und ders. zuletzt, Zeitgenössische Theorien über den Faschismus, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 247–268; Walter Laqueur – George L. Mosse (Hrsg.), Internationaler Faschismus 1920–1945, München 1966.

ihm heute verbindet. Trotz Matteotti-Mord und SA-Terror hatten sich die Herrschaftssysteme in Italien und Deutschland noch nicht vollends in ihrer Überheblichkeit und Unmenschlichkeit demaskiert.

In gleicher Weise schockierend wie die brutalen Kampfmethoden nationalsozialistischer Organisationen und der Rassenwahn wirkten Bücherverbrennungen und die Deklassierung moderner Kunstwerke als ‚Entartete Kunst‘. Daß zahlreiche Vertreter des deutschen Geisteslebens gezwungen waren, ihr Vaterland zu verlassen, ließ darüber hinaus offenkundig werden, wie stark die Existenz des unabhängigen und politisch freien Geisteslebens bedroht war. Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Alfred Kerr, Annette Kolb, Emil Ludwig, Heinrich und Klaus Mann, Robert Musil, Else Lasker-Schüler und Erich Maria Remarque, um nur die bekanntesten Deutschen zu nennen, hatten sich bereits auf dem Pariser ‚Kongreß zur Verteidigung der Kultur‘ Ende Juni 1935 als Feinde des Faschismus bekannt. Die Intervention der beiden faschistischen Mächte in Spanien und die dort bereits vor dem Aufstand vertretene Ablehnung modernen Geisteslebens durch einen Teil der politischen Kräfte, die sich hinter den Militärputsch stellten, trugen wesentlich dazu bei, daß die ‚Nationalen‘ mit dem Odium des Faschismus gebrandmarkt wurden. Diese Identifikation verschaffte der Republik die leidenschaftliche geistige Unterstützung und dem ‚Alzamiento Nacional‘ die erbitterte Feindschaft durch Dichter und Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler wie Martin Andersen-Nexö, Georges Bernanos, Albert Camus, John Dos Passos, Theodore Dreiser, Albert Einstein, Edward Morgan Forster, Ernest Hemingway, Aldous Huxley, André Malraux, Thomas und Heinrich, Erika und Klaus Mann, Arthur Koestler, George Orwell, Pablo Picasso, Romain Rolland, Upton Sinclair und Herbert George Wells – ganz abgesehen von den damals wie heute eindeutig kommunistisch Orientierten¹⁷. Keinen Augenblick zögerten die politischen Antifaschisten, und unter ihnen besonders die Deutschen und Italiener, im Verbands der Internationalen Brigaden das verhaßte Regime der Heimat auf spanischem Boden zu bekämpfen, später sogar gegen die Söldner aus dem eigenen Vaterlande. Spanien sollte das Grab des internationalen Faschismus werden¹⁸.

Die marxistisch-kommunistische Propaganda verwandte den Begriff Faschismus in weiter gefaßter Auslegung. Indem er nationale Bewegungen einschloß und zugleich als ‚Schmähwort‘ diente, konnte unter ihn auch der Aufstand der spanischen Generale subsumiert werden¹⁹. Diese Ausweitung wurde von vielen Zeitgenossen übernommen, der Historiker muß jedoch differenzieren. Er sollte nicht den Unter-

¹⁷ Alfred Kantorowicz, Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966, S. 18–24, und ders., 1936 Die spanische Tragödie 1966, in: Freiheit und Recht 12 (1966), Nr. 7, S. 25–28. Zur Gesamtproblematik vgl. auch Jürgen Rühle, Literatur und Revolution, Die Schriftsteller und der Kommunismus, Köln-Berlin 1960.

¹⁸ World Within World, The Autobiography of Stephen Spender, London 1951, S. 187: „... within a few weeks Spain had become the symbol of hope to all anti-Fascists. It offered the twentieth century an 1848 ...“.

¹⁹ Vgl. Hugh Seton-Watson, Faschismus – rechts und links, in: Internationaler Faschismus 1920–1945, München 1966, S. 253.

schied verwischen, der zwischen Militärs wie Sanjurjo, Mola, Franco oder Queipo de Llano einerseits und Parteiführern wie Mussolini oder Hitler andererseits bestand. Die spanischen Generale waren keine Faschisten im Sinne des engeren Sprachgebrauchs. In Italien und Deutschland hatten faschistische Parteien die Macht im Staate an sich gebracht, um ihn mit ideologisch gebundenen totalitären Regimen zu beherrschen und zu tyrannisieren. In Spanien eroberte sich Franco unter stark restaurativer Zielsetzung den Staat und schuf erst im Verlaufe des Bürgerkrieges aus den politischen Gruppen, die sich hinter die Militärs gestellt hatten, eine Einheitspartei²⁰. Sie war nicht identisch mit der kleinen Falange Española, die sich dem ‚Alzamiento Nacional‘ angeschlossen, zuvor aber auf den konservativ-nationalen Militärputsch kaum Einfluß ausgeübt hatte²¹. Er läßt sich daher auch aus diesem Grunde nicht als Werk des Faschismus einstufen. Wenn deutsche Diplomaten im Sommer und Herbst 1936 von faschistischen Aufständen sprachen²², dann sind ihre Berichte vornehmlich als Beleg ideologischer Befangenheit oder Anpassung zu interpretieren. Begriffe wie Faschismus oder ebenso Rotspanien sollten daher als Bezeichnungen für die spanischen Bürgerkriegsparteien in den Sprachschatz des Historikers nur nach vorsichtiger Prüfung und vorangegangener Definition übernommen oder sogar besser vermieden werden. Breiten Eingang haben sie dagegen in die zeitgenössische Publizistik und in die literarischen Zeugnisse des Geschehens in Spanien von 1936 bis 1939 gefunden.

Es ist ein Kennzeichen des Spanischen Bürgerkrieges, daß durch ihn wohl stärker als durch jedes andere Geschehen im 20. Jahrhundert ein weltweites publizistisches Engagement ausgelöst wurde. Er regte sogar eine Literatur an, die größere Vitalität bewahrt hat als der Großteil dessen, was während und nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben wurde²³ – eine Literatur, die bis heute auch deshalb aktuell blieb, weil der Spanische Bürgerkrieg nach Auffassung vieler seiner literarischen Interpreten noch nicht beendet ist²⁴.

²⁰ Bernd Nellesen, *Die verbotene Revolution, Aufstieg und Niedergang der Falange*, Hamburg 1963, bes. S. 139–162.

²¹ Nellesen, a. a. O., Vgl. auch Hugh Thomas, *Der Held im leeren Raum*, José Antonio und der spanische Faschismus, in: *Internationaler Faschismus 1920–1945*, München 1966, S. 240 bis 252.

²² Deutschland und der spanische Bürgerkrieg ... (vgl. Anm. 15), S. 8, Nr. 4, Gesandtschaftsrat Schwendemann an Auswärtiges Amt, Madrid, 23. Juli 1936; S. 21, Nr. 24 u. a. Stellen.

²³ Aldo Garosci, *Gli intellettuali e la guerra di Spagna*, Torino 1959, S. 4.

²⁴ Allen Guttman, *The wound in the heart, America and the Spanish Civil War*, New York 1962, S. 212. Hugh D. Ford, *A Poet's War, British Poets and the Spanish Civil War*, Philadelphia 1965, S. 5. Vgl. zum Folgenden auch Rafael Calvo Serer, *Die Literatur über den spanischen Bürgerkrieg von 1936*, in: *Politische Ordnung und menschliche Existenz*, Festgabe für Eric Voegelin zum 60. Geburtstag, hg. von Alois Dempf u. a., München 1962, S. 71–104. Nach Calvo Serer, S. 75, werden in der Literatur über den spanischen Bürgerkrieg „die großen Themen des 20. Jahrhunderts aufgeworfen: Der Wert der Freiheit und der Sinn der Demokratie; die Kritik am faschistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus als Feinde der Freiheit und der Demokratie; die anarchistische Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und die Suche nach einem sozialistischen Humanismus; der Protest derer, die sich vom

In Spanien entzog sich allerdings die überwiegende Mehrheit der über die Grenzen des Landes hinaus bekannten Intellektuellen der ‚Generation von 98‘ einem eindeutigen literarischen Bekenntnis²⁵. Persönlichkeiten wie Azorín, Pío Baroja, Jacinto Benavente, Ramón Gómez de la Serna, Ramiro de Maeztu, Gregorio Marañón, Ramón Menéndez Pidal, José Ortega y Gasset, Ramón Pérez de Ayala und Miguel Unamuno traten nicht auf die Seite der Republik. Sie verpflichteten sich jedoch auch nicht in dem Maße dem ‚Alzamiento Nacional‘ wie Antonio Machado oder der Dichter Miguel Hernández gegenüber der Republik²⁶. Ihre Namen seien stellvertretend für viele andere einer jüngeren Generation angeführt, weil sie – wie Federico García Lorca – ihr Engagement mit dem Leben bezahlten. Aber auch aus ihren Reihen ging kein literarisches Werk von dauerhaftem Wert als bedeutender spanischer Beitrag zur Interpretation des Bürgerkrieges hervor.

In Frankreich spiegelte sich im subjektiven literarischen Bild der spanischen Ereignisse Europas geistige und ideologische Auseinandersetzung wider. Hier war eine Generation von Schriftstellern und Dichtern engagiert, der es nicht mehr um die Literatur als Ausdruck des persönlichen Bekenntnisses ging, sondern um die Analyse der politischen und vor allem sozialen Zustände. Deshalb finden sich in Frankreich Zeugnisse von der politischen Beobachtung bis zur persönlichen Teilnahme am Bürgerkrieg und darüber hinaus ein an den Ereignissen wachsendes politisches Verantwortungsbewusstsein der Intellektuellen, das dann während des Zweiten Weltkrieges, der Zeit der Résistance und nach dem Kriege zu vollem Ausdruck kam. Belege hierfür bieten Simone de Beauvoir²⁷ und Jean-Paul Sartre²⁸ als Exponenten eines Kreises junger linksstehender Schriftsteller, für deren weitere Entwicklung der Spanische Bürgerkrieg einen Anstoß bedeutete, ebenso wie Simone Weil²⁹, die aktiv am Kampfe teilnahm, und die Artikel von François Mauriac als

Kommunismus enttäuscht sehen; schließlich das Bemühen um Herstellung einer großen Gleichheit unter den sozialen Schichten durch Gewinnbeteiligung am nationalen Einkommen, die allen die Möglichkeit geben soll, an den Gütern der modernen Kultur und Zivilisation teilzuhaben.“ Der Aufsatz stellt die „Vorbereitung zu einem demnächst erscheinenden Buch ‚Der spanische Bürgerkrieg in der Universalliteratur‘“ dar (vgl. S. 72, Anm. 1).

²⁵ Ángel Antón Andrés, *Geschichte der spanischen Literatur, Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1961, S. 222 für Pío Baroja. Vincente Marrero, *La Guerra de España y el trust de cerebros*, Madrid 1961, S. 289f. für Unamuno. Garosci, a. a. O., S. 349f. für Ortega y Gasset. Garosci, a. a. O., S. 24 für Benavente. Marrero, a. a. O., S. 535ff. und Wolfgang Herda, *Die geistige Entwicklung von Ramiro de Maeztu*, in: *Spanische Forschungen der Görresgesellschaft*, Reihe 1, Bd. 18, 1961, S. 1–219 für Maeztu.

²⁶ Antonio Machado, *Obras completas*, Buenos Aires 1964, bes. S. 646, S. 665f., S. 668, S. 687 und S. 690. Concha Zardoya, *Miguel Hernández (1910–1942), Vida y obra – bibliografía – antología*, New York 1955, bes. S. 3ff. Vgl. auch Werner Krauss, *Spaniens Weg am Abgrund, Über die geistigen Grundlagen des modernen Spaniens*, in: *Gesammelte Aufsätze zur Literatur- und Sprachwissenschaft*, Frankfurt a. M. 1949, S. 298–320, und Franz Niedermayer, *Spanische Literatur des 20. Jahrhunderts*, Bern-München 1964, bes. S. 77–81, sowie Antón Andrés, a. a. O., S. 284ff.

²⁷ *La force de l'âge*, Paris 1960, bes. S. 285 u. S. 297.

²⁸ *Le mur*, Paris 1939.

²⁹ *La condition ouvrière*, Paris 1951, bes. S. 21.

Stellungnahmen zugunsten der Republik. Ihnen traten Paul Claudel mit seiner berühmten Ode „Aux Martyrs espagnols“, Pierre Héricourt³⁰ und andere Rechtsintellektuelle aus der Action Française wie Charles Maurras entgegen³¹. Am eindringlichsten wurden Krieg und Terror von André Malraux³² und Georges Bernanos³³ analysiert. Ihre Werke verdeutlichten zugleich die Haltung der französischen Intellektuellen gegenüber dem Problem des Totalitarismus. Der Spanische Bürgerkrieg ließ sie sich der Gefahr bewußt werden, die dem Individuum in der modernen Massengesellschaft drohen konnte.

Im literarischen Widerhall des Bürgerkrieges in England zeichnete sich unter den Intellektuellen eine Spaltung ab, wie sie wegen eines ausländischen Problems seit der Französischen Revolution nicht mehr vorgekommen war³⁴. Allerdings gingen aus der Feder von Autoren, die mit Franco sympathisierten, keine Werke hervor, die heute noch beachtet werden³⁵. Literarische oder gar dichterische Leistungen von Wert stammten fast ausschließlich von Männern der politischen Linken, wie George Orwell³⁶, Stephen Spender³⁷ und John Cornford³⁸. Aus diesem Kreis schrieben etwa vierzig Engländer, von denen ungefähr ein Dutzend auf Seiten der Republik kämpfte, Gedichte über den Bürgerkrieg³⁹. Namhafte Romane über das spanische Geschehen sind dagegen in England nicht erschienen⁴⁰.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika waren Sympathie und Parteinahme für die Republik Ausdruck und Folge der liberalen Tradition⁴¹. In ihrer großen Mehrheit vereinfachten die Intellektuellen den Bürgerkrieg, in dem sie das spezifisch Spanische in der Tragödie auf der Pyrenäischen Halbinsel übersahen. Sie

³⁰ Pourquoi Franco vaincra (Vorwort von Charles Maurras), Paris 1936, und Pourquoi Franco a vaincu (Vorwort von General Franco), Paris 1939.

³¹ Hierzu gehören auch die Bücher von Robert Brasillach und Henri Massis, *Les cadets de l'Alcazar*, Paris 1936, und von Robert Brasillach und Maurice Bardèche, *Histoire de la guerre d'Espagne*, Paris 1939; vgl. hierzu Calvo Serer, a. a. O., S. 97 ff., und zur Action Française allgemein Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 61–190.

³² *L'espoir*, Paris 1937; vgl. dazu Gaëtan Picon, *Malraux par lui-même*, Paris 1953.

³³ *Les grands cimetières sous la lune*, Paris 1938.

³⁴ Robert Graves und Alan Hodge, *The long weekend 1918–1939*, London 1940, S. 337: „Never since the French Revolution had there been a question which so divided intelligent British opinion as this.“ Vgl. auch Calvo Serer, a. a. O., S. 90–93 u. S. 95 ff., sowie K. W. Watkins, *Britain divided, the effect of the Spanish Civil War on British political opinion*, Edinburgh 1963.

³⁵ Guttman, a. a. O., S. 4, spricht von „the inferiority and the stereotyped simplicity of the Right's literature“; vgl. aber auch Calvo Serer, a. a. O., S. 95 f.

³⁶ George Orwell, *Homage to Catalonia*, New York 1938; deutsche Übersetzung: *Mein Katalonien*, München 1964, sowie Bd. 774 der Fischer Bücherei, Frankfurt a. M. 1966.

³⁷ Stephen Spender, *Collected Poems 1928–1953*, London 1955, sowie *Forward from Liberalism*, London 1937, und *Poetry Since 1939*, London 1946. Vgl. auch Titel Anm. 18.

³⁸ Peter Stansky und William Abrahams, *Journey to the Frontier, Two Roads to the Spanish Civil War*, Boston 1966, S. 313 ff., S. 346 u. a. Stellen.

³⁹ Ford, a. a. O., S. 98.

⁴⁰ Ford, a. a. O., S. 22.

⁴¹ Guttman, a. a. O., S. 3 f. Lionel Trilling, *The Liberal Imagination*, New York 1951, S. IX f.

interpretierten ihn als Sinnbild der Auseinandersetzung der Zeit⁴², als entscheidenden Beleg ihres optimistischen Glaubens an den Fortschritt, und strichen daher seine Bedeutung als Kampf um die Befreiung vom Faschismus heraus. Von einem Amerikaner stammt aber auch das Werk, in dem der „Bürgerkrieg der Federn“⁴³ seinen wohl weitest verbreiteten literarischen Ausdruck fand: *For Whom the Bell Tolls*⁴⁴. Ernest Hemingway versuchte allerdings, den Bürgerkrieg mit spanischen Maßstäben zu messen und aus den spanischen Verhältnissen zu deuten, denn er konnte sich das Geschehen nicht als Schritt in den Klassenkampf vorstellen⁴⁵. Seiner Interpretation, die das kämpferische und heroische, nicht so sehr das politische Wesen dieses Krieges in den Vordergrund rückte, blieb daher Kritik nicht erspart⁴⁶.

In Deutschland gab es eine derartige literarisch-geistige Auseinandersetzung bis zum Untergang des ‚Dritten Reiches‘ nicht. Das Spanienbild, das die nationalsozialistische Propaganda und ihr verhaftete Schriftsteller, wie Werner Beumelburg und Karl Georg von Stackelberg, damals vermittelten⁴⁷, wirkt vielmehr sogar noch in der Bundesrepublik nach. Unmittelbaren Widerhall im antifaschistischen Sinn fand der Spanische Bürgerkrieg dagegen unter den deutschen Emigranten, und nicht minder stark war sein Nachhall in Mitteldeutschland nach 1945. Diese Literatur reicht von analysierenden, die geistige Motivation darstellenden Aufsätzen und Essays⁴⁸, informierenden Artikeln und Reportagen⁴⁹, die vor allem die große

⁴² Ford, a. a. O., S. 21, Stansky, a. a. O., S. 313.

⁴³ Formulierung von Salvador de Madariaga.

⁴⁴ New York 1940. Weitere Publikationen: Reportage ‚The Spanish War‘, in: Fact, Juli 1938. Kommentar zum Spanienfilm ‚The Spanish Earth‘, Cleveland 1938. Schauspiel ‚The Fifth Column‘, London 1938. The Old Man at the Bridge, 1938. The Butterfly and the Tank, in: Esquire, Dezember 1938. The Demunciation, in: Esquire, November 1938. Night Before Battle, in: Esquire, Februar 1939.

⁴⁵ David Sanders, Hemingway's Spanish Civil War Experience, in: American Quarterly 12 (1960), S. 133–143, hier S. 138.

⁴⁶ Eberhard Brüning, The Spanish Civil War (1936–1939) and the American Novel, in: Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik 11 (1963), S. 42–55, bes. S. 48. Vgl. aber auch Guttmann, a. a. O., S. 167–175, Calvo Serer, a. a. O., S. 75 ff., Carlos Ed. Baker, Hemingway and his Critics, New York 1961.

⁴⁷ Werner Beumelburg, Kampf um Spanien, Die Geschichte der Legion Condor. Bearbeitet im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums, Oldenburg i. O. 1939; Karl Georg von Stackelberg, Legion Condor – Deutsche Freiwillige in Spanien, Berlin 1939.

⁴⁸ Thomas Mann, Spanien (1937), in: Altes und Neues, Frankfurt a. M. 1953, S. 611–617; Heinrich Mann, Essays, Berlin-Ost 1962, S. 164 f. u. S. 171–177; weiteres Material in: Hans Marquardt (Hrsg.), Rote Zitadellen, der spanische Freiheitskampf 1936 bis 1939. Eine Anthologie, Berlin-Ost 1961; Edgar Kirsch, Der spanische Freiheitskampf (1936–1939) im Spiegel der antifaschistischen deutschen Literatur, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 4 (1954/55), S. 99–119; Helga Herting, Die Widerspiegelung des Kampfes deutscher Interbrigadisten in der deutschen sozialistischen Literatur, in: Interbrigadisten (vgl. Anm. 76) S. 439–447.

⁴⁹ Hierzu sind die Arbeiten von Klaus und Erika Mann, Arthur Koestler, Egon Erwin Kisch u. a. zu zählen. Vgl. außerdem die Hinweise in: Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität, Dokumente und Bilder zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936–1939, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentral-

Lüge von der Nichteinmischung aufdecken sollten, über Gedichte, Kampflieder⁵⁰ und Schauspiele⁵¹ bis zu Reden vor internationalen Kongressen⁵². Hierzu gehören auch die Tagebücher und autobiographischen Darstellungen von Willi Bredel⁵³, Alfred Kantorowicz⁵⁴, Gustav Regler⁵⁵ und Ludwig Renn⁵⁶. Außerdem gibt es eine Anzahl von Erzählungen und Romanen, unter deren Verfasser Hermann Kesten⁵⁷ und Bodo Uhse⁵⁸ hervorzuheben sind. Während des Bürgerkrieges stellte Deutschland mit über zwei Dutzend Schriftstellern und Geistesschaffenden das größte Kontingent an Intellektuellen, das aktiv für die Republik kämpfte. Noch viel größer war die Zahl der Emigranten, die sich veranlaßt fühlten, das Vaterland zur Besinnung und zum Kampf gegen das nationalsozialistische Regime aufzurufen⁵⁹. Diese Exilliteratur war vornehmlich auf Deutschland ausgerichtet, wie es Heinrich Mann ausdrücklich bekannte⁶⁰. Sie scheint in der Bundesrepublik weithin unbekannt geblieben zu sein. Daß von ihren Autoren nicht nur die ‚Vollblutkommunisten‘ in Mitteldeutschland ihre Heimat fanden, sondern daß auch Intellektuelle, die wie Bertolt Brecht oder Heinrich Mann einen ethisch-humanistischen Sozialismus verfochten, dorthin abgedrängt wurden, gehört zu den Folgen der tragischen Aufspaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Infolgedessen nimmt man dort die Deutschen, die für die Republik eingetreten sind, für sich in Anspruch – sofern sie nicht mit dem Kommunismus gebrochen haben und totgeschwiegen werden⁶¹. Solche pauschale Einstufung aufzuheben ist auch eine Aufgabe des Historikers.

komitee der SED, Berlin-Ost 1956; Pasaremos, Deutsche Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes, hrsg. von der Militärakademie ‚Friedrich Engels‘, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Berlin-Ost 1966 [weiterhin zitiert: Pasaremos, a. a. O.].

⁵⁰ Bertolt Brecht, Mein Bruder war ein Flieger, in: Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt/M. 1967, S. 647 f.; Ernst Busch, Ballade der XI. Brigade, in: Pasaremos, a. a. O., S. 237. Erich Weinert, in: Pasaremos, a. a. O., S. 255.

⁵¹ Bertolt Brecht, Die Gewehre der Frau Carrar, 1937, veröff. in: Ges. Werke, Bd. 3, a. a. O., S. 1195–1228 mit S. Anmerkungen 3*.

⁵² Bertolt Brecht, Rede zum II. Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur, Madrid 1937, veröff. in: Ges. Werke, Bd. 18, a. a. O., S. 247–250; ebd. S. Anmerkungen 17* Hinweise auf weitere Reden und Beiträge.

⁵³ Begegnung am Ebro, Berlin-Ost 1949. Vom Ebro zur Wolga, Drei Begegnungen, Berlin-Ost 1954.

⁵⁴ Spanisches Kriegstagebuch, Berlin-Ost 1949, Köln Neuauflage 1966. Vgl. dazu ‚Anstelle eines Vorworts‘, S. 7–16 der Neuauflage.

⁵⁵ Das Ohr des Malchus, eine Lebensgeschichte, Köln 1958.

⁵⁶ Der Spanische Krieg, Berlin-Ost 1955. Im spanischen Krieg, Berlin-Ost 1963. Ludwig Renn = Arnold Friedrich Vieth von Golssenau; vgl. Rühle, a. a. O., S. 233–242.

⁵⁷ Die Kinder von Gernika, Amsterdam 1939, auch rororo-Taschenbuch Bd. 142, Hamburg 1955, mit einem Vorwort von Thomas Mann.

⁵⁸ Leutnant Bertram, Berlin-Ost 1947.

⁵⁹ Vgl. Anm. 48–58, die das Material für die Berechnung ergaben.

⁶⁰ Heinrich Mann, a. a. O., S. 164.

⁶¹ Vgl. Kirsch, Der spanische Freiheitskampf, a. a. O., mit Pasaremos, a. a. O., bezüglich Kantorowicz, Kesten und Regler; sowie Kantorowicz, a. a. O., ‚Anstelle eines Vorworts‘, bes. S. 14 und das ‚Nachwort 1966‘, S. 412 ff. Zu Kesten vgl. auch Herting, a. a. O., S. 442.

Der Spanische Bürgerkrieg endete militärisch am 1. April 1939 mit dem Sieg der ‚Nationalen Erhebung‘⁶². Fünf Monate später begann der Zweite Weltkrieg. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Geschehen auf der Iberischen Halbinsel schob sich daher länger hinaus, als sein literarischer Widerhall zwischen 1936 und 1939 hätte erwarten lassen. Dementsprechend mußte sich die Geschichtswissenschaft mit einem historischen Vorgang auseinandersetzen, der bereits von einem subjektiven literarischen Bild überdeckt war – einem Bild, das weitgehend die Geschichtsvorstellungen geprägt hatte. Die Flut der Veröffentlichungen, die bis zur Stunde nicht wesentlich abgeebbt ist, läßt sich im negativen Sinne dadurch charakterisieren, daß ausländische Historiker keinen Zugang zu den wichtigen spanischen Archiven erhielten.

Auch in Spanien steht die streng wissenschaftliche Bearbeitung des Bürgerkrieges noch aus. Hier wird er als eine eigene Angelegenheit angesehen, was zur Folge hat, daß die gesamte Literatur einen unverkennbar nationalen, ja oft apologetischen Charakter trägt. Freilich läßt sich beobachten, daß man innerhalb dieses einmal festgesteckten Rahmens neuerdings bemüht ist, allzu extreme und emotional bedingte Stellungnahmen zu vermeiden. Die Forderung nach Objektivität wird immer häufiger laut⁶³. Einen ersten, vorsichtigen Versuch, die Parteilichkeit in der Geschichtsschreibung zu überwinden, bietet Carlos Seco Serrano⁶⁴. Der Bürgerkrieg wird darüber hinaus noch heute mit den Begriffen ‚Kreuzzug‘, ‚nationaler Befreiungskrieg‘ und ‚europäischer Krieg‘ gekennzeichnet. Die These vom Kreuzzug deutet an, daß die Nationalen das christliche Abendland gegen die ‚Barbarei aus dem Osten‘ verteidigt hätten⁶⁵. Weitaus stärker verbreitet findet sich die Interpretation des Bürgerkrieges als eines nationalen Befreiungskampfes⁶⁶. Sie besagt, daß die Kräfte, die sich hinter Franco stellten, um das Wesen und für das Fortbestehen des wahren Spaniens gekämpft haben. Die These, daß es sich um einen Krieg von europäischem Charakter gehandelt habe, ist als letzte entwickelt worden⁶⁷. Ihr zufolge beteiligten sich nicht nur ausländische Mächte am militärischen Geschehen, sondern es zeichnete sich schon damals in Spanien die allgemeine Konfliktlage ab, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Politik bestimmen sollte. In einem extremen Fall wurde der Bürgerkrieg sogar als Präludium zu einem dritten Weltkrieg ge-

⁶² Fernando Díaz-Plaja (Hrsg.), *El siglo XX, La Guerra (1936–39)*, Madrid 1963, S. 701 f.

⁶³ Vgl. dazu Carlos Seco Serrano, *Fuentes y recursos del historiador de la guerra civil*, Barcelona 1966.

⁶⁴ Carlos Seco Serrano, *Historia de España*, Barcelona 1962. Vgl. Joaquín Romero-Maura, *Spain: The Civil War and After*, in: *Journal of Contemporary History* 2 (1967), S. 157–168, bes. S. 163.

⁶⁵ Joaquín Arrarás (Hrsg.), *Historia de la Cruzada Española*, 35 Bde, Madrid 1939–1943. F. Perrino, *Bibliografía de la Cruzada Española 1936–1939*, in: *Boletín de la Dirección General de Archivos y Bibliotecas*, 1954.

⁶⁶ José Díaz de Villegas, *La Guerra de Liberación*, Barcelona 1957; Rafael García Valiño, *Guerra de Liberación Española*, Madrid 1949.

⁶⁷ José Díaz de Villegas, *Nuestra guerra no fue, jamás, una guerra civil*, Madrid 1964; Universidad de Zaragoza (Hrsg.), *La Guerra de Liberación nacional*, Zaragoza 1961.

deutet⁶⁸. Indem darüber hinaus die Verteidiger der Republik als Vertreter kommunistischer und damit sowjetrussischer Interessen eingestuft werden, läßt sich der Begriff ‚Bürgerkrieg‘ vermeiden – jener Terminus, dem das Odium des Brudermords anhaftet.

Die Fragestellung, inwieweit die deutsche und italienische Unterstützung zum Siege beigetragen haben, wird ebenfalls im nationalen Sinne behandelt⁶⁹. Wenn eine Darstellung das Problem aufgreift, betont ihr Verfasser meist nachdrücklich, daß Italien und besonders Deutschland nur zögernd und darüber hinaus erst interveniert hätten, nachdem sich Mussolini und Hitler von den eindeutig antikomunistischen Absichten der Generale überzeugt hatten; zum direkten Eingreifen hätten sich beide Mächte sogar erst entschlossen, als bereits französische Waffenlieferungen und Soldatentransporte, sowjetrussische und Kominternhilfe angelassen waren und damit die akute Gefahr eines kommunistischen Spaniens in nächste Nähe gerückt war⁷⁰. Außerdem wird die deutsche und italienische Hilfe höchstens als wichtig, nicht aber als kriegsentscheidend gewertet⁷¹. Größere Bedeutung als der militärischen Intervention und materiellen Unterstützung weist die spanische Geschichtsschreibung dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens beider Mächte zur republikanischen Staatsgewalt und vor allem der völkerrechtlichen Anerkennung der ‚Nationalregierung‘ am 18. November 1936 zu⁷².

Die Geschichtsschreibung in Spanien verfolgt also im großen und ganzen das Interpretationsschema, der Republik als Instrument ausländischer Interessen das ‚Alzamiento Nacional‘ als einzigen Verfechter und Sachwalter der wahren Belange Spaniens entgegenzustellen, oder anders formuliert, der „Tendenz zur Internationalisierung der einen Seite steht die Nationalisierung der anderen Seite gegenüber“. Bezeichnend für diese politisch bedingte Deutung ist auch der Wandel in der Bewertung der ideologischen Grundlagen und Verbindungen. Ältere Darstellungen hatten betont, daß die politischen Sympathien des ‚Dritten Reiches‘ für die ‚Nationale Erhebung‘ und die Falange einen Interventionsgrund abgegeben hätten. Da eine derartige ideologische Affinität nicht mehr opportun ist, wird sie in neueren Darstellungen möglichst verharmlost⁷³.

Wie in seinem Ablauf, so ist der Bürgerkrieg auch in seiner wissenschaftlichen Erforschung und Behandlung keine nationale Angelegenheit der Spanier geblieben. Ausländische Historiker haben sich nicht nur mit Problemen der Stellung und Anteilnahme ihres Landes zur kriegerischen Auseinandersetzung auf der Iberischen

⁶⁸ García Arias, in: *La Guerra de Liberación nacional*, Zaragoza 1961.

⁶⁹ Vgl. z. B. Manuel Aznar, *Historia militar de la guerra de España*, 3 Bde, Madrid 1958 bis 1961, der der militärischen Intervention Deutschlands kaum drei Seiten widmet: Bd. 3, S. 376ff.

⁷⁰ José Gomá, *La guerra en el aire*, Barcelona 1958, S. 164; *La Guerra de Liberación nacional*, Zaragoza 1961, S. 428.

⁷¹ Salvador de Madariaga, *Spanien, Wesen und Wandlung*, Stuttgart 1955, S. 364f.; Seco Serrano, a. a. O., S. 273.

⁷² Enrique Esperabé de Arteaga, *España evitará la ruina de Europa*, Madrid 1954, S. 46.

⁷³ José Díaz de Villegas, *La Guerra de Liberación*, S. 70.

Halbinsel beschäftigt, sondern diese als Gesamtkomplex dargestellt und gedeutet⁷⁴. Die gegenwärtig besten Werke stammen von Hugh Thomas und Gabriel Jackson⁷⁵.

Bei einer Betrachtung der deutschen Historiographie ist davon auszugehen, daß der Intervention des ‚Dritten Reiches‘ und insbesondere dem militärischen Einsatz deutscher Soldaten im Verbands der ‚Legion Condor‘ zugunsten des ‚Alzamiento Nacional‘ das Engagement von etwa 5000 deutschen Männern für die Republik gegenüberstand⁷⁶. Die meisten der Überlebenden des letzteren Kreises befinden sich heute in Mitteldeutschland; nicht wenige nehmen dort wichtige Funktionen wahr. Von ihrer Seite wird kein Aufwand gescheut, um mit propagandistischen Mitteln, aber auch mit wissenschaftlichen Veröffentlichungen nachzuweisen, daß die Bundesrepublik die Tradition der Intervention in Spanien fortführe mit dem Ziel, „die Vorherrschaft über Westeuropa“ zu erlangen, „die anderen Nato-Staaten in militärische Konflikte [zu] verwickeln und einen atomaren Weltkrieg [zu] provozieren“⁷⁷. Der Historiker würde es sich zu leicht machen, wenn er wegen derartiger Thesen historische Untersuchungen mitteldeutscher Autoren von vornherein unberücksichtigt ließe. Er darf sich auch nicht dadurch abschrecken lassen, daß sich die kommunistischen Geschichtsschreiber als „ein Stück der Partei“ betrachten und ihre Aufgabe darin sehen, „durch ihre Forschungsarbeit auf der Basis des Marxismus-Leninismus den Erkenntnisprozeß der Partei [zu] bereichern, aus ihrer Kenntnis und Analyse historischer Vorgänge der Partei [zu] helfen und das Gewonnene dem politischen Kampf nutzbar [zu] machen“⁷⁸. Allerdings kann er nicht außer acht lassen, daß die mitteldeutsche Geschichtswissenschaft „zur Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins beitragen und die patriotische Wehrbereitschaft der Werktätigen fördern“ soll⁷⁹. Solche Voraussetzungen und Forderungen bedeuten hinsichtlich des Geschehens von 1936 bis 1939, daß der

⁷⁴ Exilspanische Literatur stand leider nicht zur Verfügung. Die wichtigsten neuesten Werke sind: Pierre Broué – Emile Témime, *La Révolution et la guerre d'Espagne*, Paris 1961; Hellmuth Günther Dahms, *Der spanische Bürgerkrieg 1936–1939*, Tübingen 1962; Dante A. Puzo, *Spain and the great powers 1936–1941*, New York 1962; José M. Sánchez, *Reform and reaction, The politico-religious background of the Spanish Civil War*, Durham 1964; für ältere Literatur vgl. Anm. 5.

⁷⁵ Hugh Thomas, *The Spanish Civil War*, London 1961, *1964, Ausgabe Penguin 1965; deutsche Übersetzung: *Der spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1962, *1964. Gabriel Jackson, *The Spanish Republic and the Civil War 1931–1939*, Princeton 1965.

⁷⁶ Horst Kühne, *Der Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes*, in: *Interbrigadisten, Der Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936 bis 1939*, hrsg. vom Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie ‚Friedrich Engels‘, Berlin-Ost 1966 [weiterhin zitiert: *Interbrigadisten*], S. 11–80, hier S. 13.

⁷⁷ Kühne, a. a. O., S. 37, S. 75 u. a. Stellen. Vgl. auch Pasaremos, a. a. O., S. 5 ff. und S. 290.

⁷⁸ Albert Schreiner, *Bemerkungen zur marxistischen Historiographie der DDR über den national-revolutionären Freiheitskampf in Spanien 1936 bis 1939*, in: *Interbrigadisten*, S. 497–505, hier S. 502.

⁷⁹ Waldemar Verner, zit. nach Kühne, a. a. O., S. 12.

„Erinnerung an die Ereignisse in Spanien und der Analyse ihrer Hintergründe . . . stets das Anliegen zugrunde [liegt], . . . die Erfahrungen der Geschichte nutzbar zu machen und wichtige Lehren für den heutigen Kampf . . . um die Erhaltung des Friedens zu ziehen“⁸⁰.

Der Bürgerkrieg in Spanien soll also in Mittelddeutschland als historisches Beispiel zur Erläuterung von Grundfragen dienen, wie sie beispielsweise 1966 anlässlich einer wissenschaftlichen Konferenz über den ‚Kampf deutscher Kommunisten und anderer Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936 bis 1939‘ aufgestellt wurden⁸¹:

- „die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei als wichtigste Quelle der Stärke einer Armee des Volkes,
- die Notwendigkeit der unerschütterlichen Einheit von Volk und Armee,
- die Bedeutung der UdSSR im Kampf der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus,
- den Zusammenhang von revolutionärem Patriotismus und proletarischem Internationalismus,
- die Waffenbrüderschaft als Verpflichtung und Quelle der Siegeszuversicht,
- die antinationale Rolle des westdeutschen Imperialismus und Militarismus als des Hauptzentrums der Kriegsgefahr in Europa,
- die Freund-Feind-Problematik,
- und die Dialektik des Kampfes um die Verhinderung eines Weltkrieges, der Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen der DDR, des entschlossenen Zerschlagens aller Provokationen und der Bereitschaft, den Gegner im Falle einer Aggression auf seinem eigenen Territorium zu vernichten.“

Entsprechend diesem Auftragskatalog kann eine größere Anzahl der über fünfzig Beiträge ohne weiteres übergangen werden⁸². Andere lassen sich wegen ihres Materials oder diskutabler Thesen nicht übersehen⁸³. Neben Einzelproblemen wie dem der Zerstörung Guernicas⁸⁴ werden vornehmlich drei Fragestellungen von der

⁸⁰ Marion Einhorn, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (1962), S. 957–963 [Rezension zu Merkes; vgl. Anm. 85], hier S. 957.

⁸¹ Interbrigadisten, S. 12, aufgestellt von Horst Kühne.

⁸² Vgl. z. B.: Waldemar Verner, Die NVA – Hüterin der Tradition des bewaffneten Kampfes deutscher Antifaschisten in Spanien, in: Interbrigadisten, S. 81–92; Franz Dahlem, Die Erfahrungen des Kampfes deutscher Interbrigadisten und die patriotische Erziehung der Jugend, in: Interbrigadisten, S. 93–104.

⁸³ Beispielhaft seien genannt: Arnold Reisberg, Die Bemühungen der Kommunistischen Internationale um die internationale Aktionseinheit zur Unterstützung des kämpfenden spanischen Volkes, in: Interbrigadisten, S. 151–166; Edward Krawczyk, Die polnische Historiographie über den national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, in: Interbrigadisten, S. 224–233.

⁸⁴ Der tendenziösen Behandlung des Problems ‚Guernica‘ durch kommunistische Historiker (vgl. z. B. Günter Pritze, Die barbarischen faschistischen Terrorangriffe auf Madrid, Durango und Guernica – Ausdruck der Menschenfeindlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus, in: Interbrigadisten, S. 267–275, oder Marion Einhorn, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936–1939, Berlin-Ost 1962, S. 131) stehen ebenso einseitige Beiträge von westdeutschen Autoren gegenüber (vgl. Maria de Smeth, Vor 30 Jahren begann in Spanien der Bürgerkrieg, in: Soldat im Volk,

kommunistischen Geschichtsschreibung anders beantwortet als von der westdeutschen Historiographie⁸⁵.

1. Während in der Bundesrepublik erschienene Darstellungen die Hypothese einer deutschen Mitwisserschaft oder gar Anteilnahme an Vorbereitung und Auslösung des Aufstandes der spanischen Militärs widerlegen⁸⁶, halten die mitteldeutschen Historiker an ihr fest⁸⁷. Auch in Westdeutschland wird sie vereinzelt weiterhin vorgetragen⁸⁸. Angesichts solcher widersprüchlicher Thesen sollte einmal untersucht werden, ob und gegebenenfalls wie stark die Führer der ‚Nationalen Erhebung‘ auch ohne vorherige Absprachen darauf zählen konnten und einkalkuliert haben, daß sie notfalls von Deutschland Hilfe erhalten würden – ‚notfalls‘, weil sie damit rechneten, daß ihr Aufstand im ersten Anlauf zu vollem Erfolg führen würde. Sie läßt sich allerdings aus den bisher bekannten Materialien kaum beantworten, sondern setzt Zugang zu spanischen Archiven voraus.

2. Die kommunistischen Historiker werfen der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik vor, sie sei bestrebt, das Ausmaß der Intervention des ‚Dritten Reiches‘ zu „verniedlichen“⁸⁹. In Wirklichkeit habe die Unterstützung durch

Jg. 1966, Nr. 9, S. 12, oder H. G. von Studnitz, Tödlicher Juli, Vor dreißig Jahren begann der Bürgerkrieg, in: Christ und Welt, Ausgabe vom 8. Juli 1966, S. 28). Zur sachdienlichen Untersuchung kann nur der Fund neuer Materials beitragen. Hinweise gibt der Bericht des Kommandeurs der Pioniere VII, Oberst Meise, vom 21. 3. 1938 an das OKH über seine Reise nach Spanien vom 20. 1.–28. 2. 1938, in: Dokumentenzentrale Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, Sign.: II H 3 (E). Meise stellte S. 3 fest: „Einzelziele scheinen von den Fliegern nicht genommen zu werden. Bei dem Rückzug in Asturien sollte durch Flieger die Brücke bei Goernica (!) zerstört werden, um den roten Rückzug zu verlegen. Die Brücke weist keinen Treffer eines Splitters auf und ist unversehrt. Dagegen liegt Goernica (!) in Schutt und Trümmern, ein Bild, schlimmer als die Alberich-Zerstörung beim Rückzug auf die Siegfriedfront 1917.“ Der Pionieroffizier bemerkt hierzu nicht, daß es sich um Zerstörungen durch Sprengungen handelt, sondern scheint diese im Zusammenhang mit dem Auftrag der Flieger gesehen zu haben. Damit muß als gesichert angesehen werden, daß die Stadt einen Bombenangriff erlebt hat (vgl. Dahms, a. a. O., S. 176), jedoch verstärken sich die Zweifel an der These, „daß die Deutschen den Ort bewußt mit der Absicht der Zerstörung bombten, um sozusagen klinisch die Wirkungen eines solchen Terrorangriffs zu studieren . . .“ (so Thomas, a. a. O., S. 327). Da im übrigen „der größte Teil . . . der Akten der Legion Condor“ bei einem Luftangriff auf Berlin am 3. 2. 1945 vernichtet wurde (s. Fernschreiben OKL Chef Genst. 8. Abteilung an Chef Genst. d. Lw. vom 8. 2. 1945, in: Dokumentenzentrale Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg, Sign.: 8 A-2222, Teil 1, S. 209 und S. 212ff.), kann jedoch kaum noch mit neuen Materialien gerechnet werden.

⁸⁵ Neben der Monographie von Dahms (vgl. Anm. 14) ist hier vor allem die Dissertation von Manfred Merkes, Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, Bonn 1961 = Bonner Historische Forschungen, Bd. 18, zu erwähnen.

⁸⁶ Merkes, a. a. O., S. 14–17. Dahms, S. 293.

⁸⁷ Marion Einhorn, Die ökonomischen Hintergründe . . ., S. 60, S. 81, S. 93f., und zuletzt Hans Teubner, Das Heldentum eines Volkes, in: Neues Deutschland vom 10. Juli 1966, S. 7. Pasaremos, S. 10.

⁸⁸ Hans-Christian Kirsch (Hrsg.), Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1967, S. 11. Vgl. auch Anm. 102.

⁸⁹ Kühne, a. a. O., S. 23.

Deutschland und Italien Franco „eine meist erdrückende militärtechnische Kräfteüberlegenheit auf den Schlachtfeldern“ gesichert⁹⁰. Gemäß der Interpretation durch Dahms „war und blieb“ hingegen der Spanische Bürgerkrieg „in erster Linie eine Sache der Spanier. Mussolini und Hitler haben nicht den Sieg für Franco erkämpft, sondern jeweils, wenn die sowjetisch-französische Hilfe ein Übergewicht der Republikaner herbeiführte, das nationale Heer durch Legionärstruppen und Kriegsmaterial aufgewertet, so daß es wieder eine Offensive unternehmen konnte . . .“⁹¹. Beide Thesen entbehren nicht einseitiger Deutung. Nach Thomas' Auffassung war „mehr der Zeitpunkt der Hilfe als ihr jeweiliges Ausmaß“ entscheidend: fünfmal unterstützten ausländische Mächte eine der Bürgerkriegsparteien, wenn diese sich in einer kritischen Situation befand; die wichtigste Hilfeleistung erging im Herbst 1938 von Seiten Deutschlands⁹².

3. Als Motive der deutschen Intervention sehen westdeutsche Historiker an, daß Hitler „den Anschluß der Madrider Volksfront an den französisch-sowjetischen Militärpakt, das heißt die Einkreisung durch potentielle Gegner verhindern“ wollte und „wirtschaftliche Vorteile auf dem für die eigene Rüstung wegen seines Erzes hochinteressanten spanischen Rohstoffmarkt zu erlangen“ suchte⁹³. Dagegen stellen kommunistische Autoren eine ganze Liste von Gründen für das deutsche Eingreifen auf. Einerseits sei es ideologisch aus dem Bestreben zu erklären, in Verbindung „mit den reaktionärsten Kreisen anderer imperialistischer Mächte . . . die spanische Volksbewegung im Blute zu ersticken“⁹⁴. Andererseits sei es von rein materiellen Zielen bestimmt gewesen, wie „Ausbau der Ausgangspositionen für die Entfesselung eines Weltkrieges“, „Ausnutzung der Schlachtfelder Spaniens als Truppenübungsplatz der Wehrmacht“ und – über die „Sicherung der spanischen Bodenschätze“ hinaus – „Eroberung des spanischen Absatzmarktes und damit die Entscheidung des [internationalen wirtschaftlichen] Konkurrenzkampfes zugunsten der deutschen Industriellen“⁹⁵. Auf eine Formel gebracht bezweckte also die deutsche Intervention,

⁹⁰ Helmut Göpfert, Zur Kriegskunst der republikanischen Streitkräfte im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes, in: *Interbrigadisten*, S. 184–193, hier S. 188. In diesem Zusammenhang sei auch auf die unterschiedlichen Auffassungen und Kontroversen über die Internationalen Brigaden und ihre Abhängigkeit vom Kommunismus hingewiesen. Sie finden sich in autobiographischen Darstellungen (vgl. Kantorowicz, Regler, Renn) ebenso wie in Monographien (vgl. Dahms, a. a. O., S. 132 ff. mit *Interbrigadisten*, S. 316–447, und Luigi Longo, *Die internationalen Brigaden in Spanien*, Berlin-Ost 1958). Als neueste Darstellung: Vincent Brome, *The International Brigades, Spain 1936–1939*, London 1965. Vgl. auch Calvo Serer, a. a. O., S. 79 ff.

⁹¹ Dahms, a. a. O., S. 296 f.

⁹² Thomas, a. a. O., S. 436 u. S. 467 f.

⁹³ Merkes, a. a. O., S. 24 ff. Dahms, S. 106 f.

⁹⁴ Kühne, a. a. O., S. 25 f.

⁹⁵ Einhorn, a. a. O., S. 122. Teubner, a. a. O., S. 7. Pasaremos, S. 6 ff. u. S. 12. Vgl. außerdem Ján Lipták, Zur militärischen Bedeutung des spanischen Krieges für das faschistische Deutschland, in: *Interbrigadisten*, S. 251–257, und Roland Jäntsch, *Spanien – das militärische Versuchsfeld des faschistischen deutschen Imperialismus zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges*, in: *Interbrigadisten*, S. 258–266.

Spanien in möglichst hohem Maße dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß und den strategischen Interessen des NS-Regimes zu unterwerfen. Doch nicht genug damit, es wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß nicht Hitler und seine unmittelbare Umgebung für den Interventionsentschluß verantwortlich seien, sondern daß „die entscheidenden Kreise des deutschen Monopolkapitals die Richtung der Politik der Hitlerregierung gegenüber Franco-Spanien bestimmten, und den ihnen völlig untergeordneten Staatsapparat zur Durchsetzung ihrer Ziele ausnutzten“⁹⁶.

Derartige Thesen verraten deutlich ihre ideologische Bindung und ihr politisches Ziel. Sie dienen ebenso der Propaganda wie jene Artikel im Zentralorgan der SED ‚Neues Deutschland‘, in denen der 30. Jahrestag des Ausbruches des Bürgerkrieges ihren Verfassern Anlaß bot, Parallelen und Analogien zwischen dem damaligen Geschehen in Spanien und dem Krieg in Vietnam zu ziehen⁹⁷. Diese Auswertung vergangener geschichtlicher Vorgänge für aktuelle politische Probleme kennzeichnet nicht nur das Wesen kommunistischer Geschichtsauffassung, sondern offenbart auch, daß sich bei dem Versuch einer historischen Durchdringung des Spanischen Bürgerkrieges und insbesondere seiner Bezüge zum ‚Dritten Reich‘ zwischen der Historiographie in Mitteldeutschland und in der Bundesrepublik eine Kluft aufgetan hat, die durch eine wissenschaftliche Diskussion kaum noch überbrückbar zu sein scheint.

Die Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik war lange durch eine gewisse Unsicherheit in der Darstellung und Deutung des Geschehens bestimmt. Sie ist bis zur Stunde nicht völlig überwunden. Hierbei wirkte jene Vorstellung vom Bürgerkrieg mit, die von der nationalsozialistischen Propaganda vermittelt wurde und als Tradition noch heute weitergegeben wird⁹⁸. Diese Nachwirkung schlägt sich auch in dem Spanienbild nieder, in dem mit publizistischen Mitteln versucht wird, den Bürgerkrieg zu erfassen und zu interpretieren. Journalisten und Autoren, die sich aus vielschichtigen, nicht immer der Erkenntnis dienenden Motiven veranlaßt fühlen, über jene Vorgänge zu schreiben, tragen zu seiner Entzerrung wenig bei.

Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden zu Darstellungen und Kommentaren, Analysen und Reflexionen vornehmlich durch die besonderen Jahrestage des Ausbruches und der Beendigung des Bürgerkrieges angeregt⁹⁹. In Wiedergabe, Beurteilung und Deutung der Ereignisse, ihrer Hintergründe und Folgen weichen

⁹⁶ Einhorn, a. a. O., S. 121; vgl. auch S. 89, Kühne, a. a. O., S. 20, und Edgar Doehler, Zu zwei Veröffentlichungen reaktionärer westdeutscher Historiker über den spanischen Krieg, in: Interbrigadisten, S. 310–315.

⁹⁷ Neues Deutschland, Artikel in der Woche vom 10.–17. Juli 1966.

⁹⁸ Anton Dieterich, Der Blutige Bruderkampf, in: Stuttgarter Zeitung vom 15. Juli 1961, S. 3.

⁹⁹ Aus dem Rundfunk- und Fernsehprogramm seien angeführt: Hessischer Rundfunk, II. Programm, 15. 7. 1966, im Funk-Feuilleton ‚Deutsche Schriftsteller im spanischen Bürgerkrieg, Dreißig Jahre nach dem 16. Juli 1936, Ein Rückblick von Hans-Albert Walter‘; Norddeutscher Rundfunk, II. Programm, 15. 7. 1966 ‚Spanische Tragödie, Vor 30 Jahren begann der Bürgerkrieg, Ein Bericht von Ludwig Schubert‘. Die vom Bayerischen Rundfunk, I. Programm, für den 18. 7. 1966 angekündigte Sendung ‚Nach 30 Jahren, Der spanische Bürgerkrieg im Rückblick und Ausblick‘ wurde vom Programm abgesetzt.

die Verfasser stark voneinander ab. In der Presse steht einer Minderheit, die dem spanischen Staat unter General Franco und seiner Entstehung ablehnend begegnet¹⁰⁰, eine Mehrheit gegenüber, die ihn akzeptiert und in ihren Beiträgen von wohlwollender Haltung gegenüber dem seinerzeitigen Sieger ausgeht¹⁰¹. Während francofeindliche Beiträge an der These von der Beteiligung Italiens und Deutschlands bei der Vorbereitung des Aufstandes festhalten und der „Legion Condor“ den Sieg zuschreiben¹⁰², sehen manche der anderen Autoren das Geschehen von 1936 bis 1939 zu einseitig aus Blickwinkel und Interessenlage der Gegenwart. In Gedenkartikeln zum Ausbruch des Bürgerkrieges wird dieser nur noch am Rande erwähnt und dabei in vorsichtigen, geschickten Formulierungen zugunsten der damaligen Aufständischen Stellung genommen¹⁰³. Allgemein tritt nicht nur die „Nationale Erhebung“ stärker als die Republik in den Vordergrund, sondern unterschwellig wird auch Voreingenommenheit gegen die Republik spürbar. Sie läßt sich besonders dort feststellen, wo die Erinnerung an die Vergangenheit als Mittel in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verwertet wird¹⁰⁴. In diesem Zusammenhang wirken sich Analysen der Republik häufig zugunsten ihrer Feinde aus¹⁰⁵. Zwangsläufig ergibt sich eine solche Folgerung jedoch nicht; und die These, daß das „Bürgerkriegs-Spanien . . . auch schon Vorfeld für die Auseinandersetzung zwischen der freien Welt des demokratischen Gedankens und der geknebelten Welt der kommunistischen Herrschaft“ war, ermöglicht dennoch einen beachtenswerten Beitrag zu dem Versuch, der Vergangenheit gerecht zu werden¹⁰⁶.

Als allgemeine Tendenz läßt sich bei einem Vergleich der Presseveröffentlichungen zwischen 1956 und 1966 ein ansteigender „Hang nach rechts“ feststellen. Daß es auch Beiträge gibt, die völlig in dem Spanienbild nationalsozialistischer Ideologie verhaftet sind¹⁰⁷, kann nicht nur mit Verwundern, sondern muß mit Erschrecken

¹⁰⁰ Henri Rabassaire, Das Vorspiel des zweiten Weltkriegs, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 14. Juli 1956, S. 5; Peter Blachstein, Die Demokratie im Wartesaal, Eine spanische Analyse, in: Vorwärts vom 20. Juli 1966, S. 5.

¹⁰¹ Stuttgarter Zeitung vom 15. Juli 1961, S. 3; Die Welt vom 17. Juli 1961, S. 3; Christ und Welt vom 14. Juli 1961, S. 5; Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 18. Juli 1956, S. 17, 18. Juli 1961, S. 3; Rheinischer Merkur vom 21. Juli 1961, S. 5. Als symptomatisch für eine derartige Sicht in jüngster Zeit vgl. Robert Held, Wohin steuert Franco? in: Frankfurter Allgemeine vom 1. Juli 1967 (D-Angabe), Beilage Bilder und Zeiten: „Der Aufstand vom 18. Juli 1936 war eine Rebellion der spanischen Rechten, die den verfassungswidrigen Terror der extremen Linken nicht mehr mitansehen wollte.“ Der Anteil der extremen Rechten an den Unruhen und Mordtaten wird übergangen. Hierzu s. Thomas, a. a. O., S. 92 ff.

¹⁰² Vorwärts vom 20. Juli 1966, S. 3.

¹⁰³ Die Welt vom 18. Juli 1966, S. 5.

¹⁰⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1966, S. 2.

¹⁰⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April und vom 22. April 1961, Beilage „Ereignisse und Gestalten“; Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 26./27. August 1961, S. 18 f.

¹⁰⁶ Anton Dieterich, in: Stuttgarter Zeitung vom 15. Juli 1961, S. 3, und mit leichten Änderungen in Badischer Zeitung vom 15./16. Juli 1961, S. 3.

¹⁰⁷ Wg., Wenn die Roten gesiegt hätten . . . wären Spanien und ganz Westeuropa heute

vermerkt werden. Besonders bedenklich erscheint jedoch, wenn eine namhafte Wochenzeitung einen Artikel aufnimmt, in dem gegenüber Greuel und Terror der einen Bürgerkriegspartei das Verhalten der anderen als Vergeltung charakterisiert oder durch emotionale Ausdrucksweise das grauenhafte Ereignis eines Bruderkampfes zu Lasten der Republik interpretiert wird¹⁰⁸. Voreingenommenheit oder ideologische Bindung haften also noch immer dem publizistischen Spanienbild an, und die Erweiterung des historischen Wissens trug keinesfalls zwangsläufig zur Objektivität bei der Behandlung des Stoffes bei¹⁰⁹ – ein betrüblicher Aspekt für den Historiker, durch den er sich aber nicht verdrießen lassen darf. Die intensive Befassung mit dem Spanischen Bürgerkrieg bleibt nicht zuletzt deshalb geboten, weil sie zur Erforschung der deutschen Geschichte beiträgt. Solide Diskussionsgrundlagen sind vorhanden.

Jede Diskussion sollte jedoch von einer Erkenntnis ausgehen, die vielleicht als Ergebnis der Betrachtungen festgehalten werden kann. Für gemeineuropäische Augen sind Ablauf und Verhältnisse der Geschichte Spaniens in den letzten 150 Jahren nicht leicht zu überschauen. Vereinfachende Sicht überaus komplizierter Vorgänge führte vielfach zu einem schiefen Spanienbild oder gar zu falschen Beurteilungen. Auch das schwierige Problem des Spanischen Bürgerkrieges wurde und wird noch im Grunde relativ einfach behandelt. Während seines Ablaufes sah Europa in den innerspanischen Auseinandersetzungen ein Spiegelbild seiner eigenen geistigen und politischen Kämpfe. Die Mächte und Kräfte, die nicht intervenierten, engagierten sich zumindest geistig. Dieses Engagement orientierte sich meist an den überlieferten europäischen Begriffen von links und rechts und überdeckte so das historische Geschehen mit Empfindungen. Es fand seinen wohl nachhaltigsten Ausdruck in jener weltweiten Literatur, die Westeuropa und Nordamerika zugunsten der Republik beeinflusste. Der breiten Öffentlichkeit in den Staaten, die General Franco unterstützten, blieb sie lange unzugänglich, denn dort wurde die Meinung von der staatlich gelenkten Publizistik und Propaganda zugunsten der Aufständischen bestimmt. Diese Aufspaltung ist bis in die Gegenwart nicht überwunden, sondern schlägt sich sogar in der Historiographie nieder – ein Beispiel der Möglichkeiten und Grenzen in der Zeitgeschichte.

kommunistisch, in: Deutsche Soldaten-Zeitung und Nationalzeitung, Jg. 11, Nr. 16 vom 4. August 1961, S. 8; vgl. weiterhin: Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, Nr. 31 vom 5. August 1966, S. 2, und Soldat im Volk, Jg. 1966, Nr. 9, S. 12.

¹⁰⁸ H. G. von Studnitz, Tödlicher Juli, Vor dreißig Jahren begann der Bürgerkrieg, in: Christ und Welt vom 8. Juli 1966, S. 28.

¹⁰⁹ Mangelnde Faktenkenntnis belegen z. B. Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 14. Juli 1966, S. 5, und Die Zeit vom 19. Juli 1966, S. 2.

WINFRIED BAUMGART

ZUR ANSPRACHE HITLERS VOR DEN FÜHRERN DER WEHRMACHT
AM 22. AUGUST 1939

Eine quellenkritische Untersuchung¹

Über Hitlers Ansprache vor den obersten Wehrmachtsführern auf dem Obersalzberg am 22. August 1939, von der mehrere Niederschriften vorliegen, ist in den Sitzungsprotokollen der Nachkriegsprozesse, in zahlreichen Memoiren und in der Geschichtsschreibung viel Widersprüchliches geschrieben worden. Obwohl bei dem derzeitigen Stand der Forschung noch nicht das letzte Wort über diese Ansprache gesagt werden kann, ist es doch nützlich, den gegenwärtigen Stand unseres Wissens über diesen Vorgang darzulegen.

Die Anklagevertretung in den Nürnberger Prozessen ist auf die Ansprache Hitlers ursprünglich durch eine Version aufmerksam geworden, die sie selbst als Beweismaterial nicht gelten ließ und daher auch nicht als Beweisdokument abdruckte. Im Verlauf der Verhandlungen kamen dann zwei als zuverlässiger erachtete Versionen ans Tageslicht, und heute stehen der Forschung außer der zuerst genannten insgesamt vier im Druck zugängliche Wiedergaben zur Verfügung. Scheinbar also kann der Historiker über die Quellenlage so glücklich wie selten in ähnlicher Lage sein – aber nur scheinbar. Denn alle verfügbaren Quellen werfen die verschiedensten Fragen auf, Fragen, die nicht vollständig beantwortet werden können. Dennoch erlauben es die seit Nürnberg hinzugekommenen Dokumente, die Problematik etwas genauer zu beleuchten.

Bevor wir die entscheidende Frage nach der Zuverlässigkeit der vorliegenden Versionen erörtern, sind einige Vorfragen zu klären. Zunächst: Wie ist es um das Äußere der Dokumente – Überlieferungsart, Provenienz usw. – bestellt? Dann: Wie ist bisher über diese Dokumente geurteilt worden? Erst nach dem Vergleich der Versionen können wir ein vorläufig abschließendes eigenes Urteil über ihren Quellenwert abgeben.

Keines der Dokumente stellt ein wortwörtliches Protokoll der Ansprache dar. Aus einer Quelle ist zu entnehmen, daß bei der Ansprache amtlich bestellte Stenographen nicht zugegen waren und es den Teilnehmern auf ausdrückliche Anweisung Hitlers untersagt worden war mitzuschreiben². Es handelt sich also ausschließ-

¹ Zur Zitierweise: Literaturangaben werden nur beim ersten Hinweis vollständig vermerkt, bei weiteren Erwähnungen werden Autor und ein Schlagwort des Titels angeführt. Folgende Abkürzungen wurden verwendet: IfZ = Institut für Zeitgeschichte München; IMT = Internationales Militärtribunal; KTB = Kriegstagebuch; OKW = Oberkommando der Wehrmacht; ZS = Zeugschrifttum.

² Helmuth Greiner, Die oberste Wehrmachtsführung 1939–1943, Wiesbaden 1951, S. 38, Anm. 15. Vgl. auch Hans Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Bd. 2, Darmstadt 1948, S. 104.

lich um private Mit- oder Nachschriften, wobei uns wahrscheinlich nur in einem Fall die ursprünglichen Notizen des Verfassers in Abschrift erhalten sind.

In Nürnberg lagen, wie gesagt, drei Versionen der Ansprache vor: 1. eine Aufzeichnung, die der amerikanische Journalist Louis P. Lochner der Anklagevertretung übergab und die als Prozeßdokument die Bezeichnung L-003 erhielt (wir nennen sie der Einfachheit halber L)³, die also aus Privathand stammte; 2. die Dokumente 798-PS und 1014-PS aus OKW-Akten, die weder Datum noch Unterschrift tragen und aus noch zu erläuternden Gründen als Einheit angesehen werden können (C)⁴; 3. eine Niederschrift des Generaladmirals Boehm (B)⁵. Aus der Veröffentlichung des Kriegstagebuchs von Generaloberst Halder steht nun eine vierte (H)⁶ und aus dem von Helmuth Greiner geführten Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht neuerdings eine fünfte Version (G)⁷ zur Verfügung.

Auf welchen Autor L zurückgeht, ist uns nicht überliefert. In Nürnberg wußte man nur, daß Lochner, der 1939 Leiter des Büros der Associated Press in Berlin war, sie von einer „dritten Person“⁸ erhalten hatte. Unsere heutige Kenntnis geht über diesen dürftigen Befund hinaus. Lochner hat in einem Affidavit zum Manstein-Prozeß am 25. Juli 1949 erklärt, er habe die Aufzeichnung seinerzeit von dem nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten ehemaligen Jugendführer Hermann Maaß erhalten mit dem Bemerkten, er bringe sie Lochner auf Veranlassung von Generaloberst Beck⁹. Beck seinerseits habe sie von einem ungenannten Offizier als dessen „Nachschrift“ bekommen¹⁰. Aus der Veröffentlichung britischer Dokumente zum Kriegsausbruch geht die wichtige Einzelheit hervor, daß Lochner das Schriftstück spätestens am 25. August 1939 der britischen Botschaft in Berlin übergeben haben muß, denn es wurde am 25. August in englischer Übersetzung von Botschaftsrat Ogilvie-Forbes mit einem Brief an Kirkpatrick nach London gesandt¹¹. Im Begleit-

³ Text: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918, Serie D, Bd. VII, Baden-Baden 1956, S. 171, Anm. 1.

⁴ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946 [im folgenden als IMT zitiert], Bd. XXVI, Nürnberg 1947 [andere Bände 1947–49], S. 338–344, 523–524.

⁵ IMT XLI, S. 16–25.

⁶ Generaloberst [Franz] Halder, Kriegstagebuch Bd. 1, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1962, S. 23–26.

⁷ Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940 bis 1945, geführt von Helmuth Greiner und Percy Ernst Schramm, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Bd. 1 zusammengestellt und erläutert von Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt/M 1965, S. 947–949.

⁸ IMT II, S. 321.

⁹ Vgl. Helmut Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Frankfurt/M 1965, S. 381, Anm. 557.

¹⁰ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 488.

¹¹ Vgl. Documents on British Foreign Policy, ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler, Third Series, Vol. VII, London 1954, S. 257–260. – Helmut Krausnick teilte mir freundlicherweise mit (28. 8. 1966), Lochner habe ihm persönlich gesagt, er sei mit dem von Maaß er-

schreiben ist verständlicherweise der Name eines Gewährsmannes nicht genannt, es heißt nur, daß es ein „Stabsoffizier“ sei, „der es [das beigelegte Schriftstück] von einem der bei der Versammlung anwesenden Generale bekommen habe, welcher über das Gehörte entsetzt gewesen sein und auf die Bändigung eines Wahnsinnigen gehofft haben soll“. Während also die eigenen Aussagen Lochners von einer Kette von drei Gewährsleuten (Maaß, Beck, teilnehmender Offizier) sprechen, ist in dem erwähnten englischen Brief von zwei Vermittlern (Stabsoffizier, anwesender General) die Rede. Der Autor dieser Aufzeichnung ist, wie gesagt, bisher unbekannt.

Das zweite Nürnberger Dokument, die beiden Aufzeichnungen ohne Unterschrift (C), stammen aus OKW-Akten. Sie wurden nach Kriegsende am 21. Mai 1945 von General Winter in Saalfelden (Tirol) zusammen mit anderen Akten den alliierten Streitkräften übergeben¹². Die beiden Aufzeichnungen sind maschinenschriftliche Durchschläge¹³, die auf gleichem Papier in den gleichen Schreibmaschinentypen geschrieben sind¹⁴. Die erste trägt die Überschrift „Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern am 22. Aug. 1939.“, die zweite „Zweite Ansprache des Führers am 22. Aug. 1939.“. Mehrere Sätze der beiden Durchschläge sind mit Blei- oder Rotstift in Winkelklammern gesetzt. Merkwürdig ist, daß in Nürnberg der Verteidiger des angeklagten Großadmirals Raeder, Rechtsanwalt Dr. Siemers, die beiden Aufzeichnungen für zwei verschiedene Wiedergaben ein- und derselben Rede hielt¹⁵, obwohl ein Vergleich mit der von ihm für einzig richtig gehaltenen dritten Version ihm hätte zeigen können, daß es sich bei der zweiten Aufzeichnung ohne Unterschrift um den zweiten Teil dieser dritten Version handelt.

Das dritte Dokument nun, welches in der Nürnberger Aktenpublikation die Bezeichnung „Dokument Raeder-27“ trägt, ist eine Niederschrift des Generaladmirals Boehm, der sich während Hitlers Rede Aufzeichnungen machte und sie noch am gleichen Abend im Hotel „Vier Jahreszeiten“ in München in der vorliegenden Fassung¹⁶ zu Papier brachte. Das Original ist in der Handschrift von Generaladmiral Boehm¹⁷ und befand sich offensichtlich in dessen Privatbesitz.

Die Nürnberger Anklagevertretung betrachtete die Aufzeichnungen der Rede Hitlers vom 22. August 1939 zusammen mit der bekannten Hoßbach-Niederschrift über eine Ansprache Hitlers vom 5. November 1937, dem sog. Schmundt-Protokoll über eine Ansprache Hitlers vom 23. Mai 1939 sowie einer Rede Hitlers vom

haltenen Dokument zunächst zum amerikanischen Geschäftsträger (Alexander C. Kirk) gegangen, der seinerseits jedoch die Annahme abgelehnt habe mit dem Bemerkung: „That is dynamite, I won't touch it.“

¹² IMT XIV, S. 77.

¹³ IMT XXVI, S. 538, 525.

¹⁴ IMT XIV, S. 55.

¹⁵ Diese Auffassung bestand teilweise sogar in Kreisen der Anklagevertretung. Vgl. IMT XXII, S. 503.

¹⁶ Text: IMT XLI, S. 16–25.

¹⁷ Vgl. IMT XIV, S. 57. – Wie mir Gen. Adm. Boehm mitteilt (16. 11. 1966), hat er die während der Rede gemachten Notizen (leider!) vernichtet, da er sie ja kurz danach ausführlicher zu Papier gebracht habe.

25. November 1939 als Grundlage für ihre Behauptung, Hitler habe mit seinen Generalen eine „Conspiracy“ geplant, einen völkerrechtswidrigen Krieg mit der Generalität planmäßig vorbereitet, und bezeichnete die Niederschriften dieser vier Reden als „Schlüsseldokumente“¹⁸.

Die Verteidigung, besonders Rechtsanwalt Siemers, trat dieser Auffassung mit verschiedenen Einwänden entgegen¹⁹. Siemers' Bedenken gegen die beiden Aufzeichnungen ohne Unterschrift betrafen vor allem formale Mängel: Es handle sich um keine Aktenstücke im eigentlichen Sinne, es seien „nur lose Blätter“ ohne Kopf, Aktenzeichen, Tagebuchnummer, Geheimvermerk, Unterschrift, Datum²⁰; es seien also keine offiziellen Schriftstücke mit einem Verteiler, die den Beteiligten nachträglich zugeleitet worden wären; zudem kenne man nicht den Aktenzusammenhang, da beide Dokumente beim Sichten der OKW-Akten durch die US-Militärbehörden ausgesondert worden seien²¹.

Siemers ging von der Voraussetzung aus, daß die beiden Teile von C zwei verschiedene Versionen derselben Rede seien, und bezeichnete deshalb das Dokument 1014-PS als „äußerst unvollständig und ungenau“, zumal es „nur eineinhalb Seiten lang“ sei und „schon aus diesem Grunde keine hinreichende Darstellung einer zweieinhalbstündigen Rede“ sein könne²². B sei die genauere Fassung. Gestützt auf ein Affidavit Boehms²³ erklärte er, daß einige der schwerwiegenden Sätze in C – wodurch der Generalstab am ehesten im Sinne der Anklage (absichtliche Herbeiführung eines völkerrechtswidrigen Krieges, geplante Ermordung von Zivilpersonen) belastet würde –, nicht gesprochen worden seien. Hitler habe die Worte: „Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment ein Schweinehund einen Vermittlungsvorschlag vorlegt“ nicht gebraucht. Und besonders sei die entscheidende Wendung: „Vernichtung Polens im Vordergrund, Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie“ nicht gefallen; Hitler habe nur vom Zerschlagen der militärischen Kräfte gesprochen.

Auf diese Einwände wird später noch einzugehen sein. Es geht uns in erster Linie darum, mit Hilfe der neuerdings verfügbaren Versionen zum einen C auf ihre Brauchbarkeit als zuverlässige historische Quelle zu prüfen, zum andern die Möglichkeit zu erwägen, ob auf Grund dieser Erörterung gewisse Rückschlüsse auf die Autorschaft von C angestellt werden können.

Bei der vierten Version handelt es sich um eine Eintragung im Kriegstagebuch des Generalstabschefs des Heeres, Generaloberst Halder, vom 22. August 1939. Das Tagebuch Halders, das keinen privat-vertraulichen Charakter hat und mehr ein großer Notizblock ist, der dem unter einer ungeheuren Arbeitslast stehenden Generalstabschef als Gedächtnisstütze diente, war zur Zeit der Nürnberger Prozesse

¹⁸ Vgl. z. B. IMT II, S. 158.

¹⁹ Vgl. besonders IMT XVIII, S. 426–459.

²⁰ IMT XIV, S. 54–55.

²¹ IMT XIV, S. 78.

²² IMT XVIII, S. 437.

²³ Auszüge IMT XVII, S. 445–446.

nur in Bruchstücken bekannt. Im OKW-Prozeß 1947/48 wurde es in der Strafsache gegen Leeb u. a. von der Anklagebehörde als Beweisstück verwendet. Am leichtesten zugänglich ist es jetzt in der kritischen Ausgabe von Hans-Adolf Jacobsen²⁴.

Halders Notizen über die Ansprache Hitlers vom 22. August können kaum als unmittelbar während der Rede niedergeschrieben gelten. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Halder wie bei ähnlichen Gelegenheiten²⁵ die Ansprache des Führers mehr oder minder ausführlich mitschrieb und sie am selben Tage in den Hauptpunkten in sein Tagebuch, das er in Gabelsberger Kurzschrift führte, übertrug. Für diese Annahme sprechen außer Halders eigener Aussage über Anlage und Führung seines Tagebuchs²⁶ Kriterien, die der Eintragung vom 22. August selbst abzugewinnen sind: einmal die Wiedergabe der Führeransprache in indirekter Rede, zum andern die klare Gliederung und Unterteilung nach leitenden und untergeordneten Gesichtspunkten, die durch Verwendung römischer (I., II., III.) und arabischer Ziffern (1., 2. usw., letztere wiederum z. T. durch a, b) usw. weiter untergliedert) markiert sind. Unterstreichungen gewisser Wörter, die sicherlich bei späterem Nachschlagen die Hauptstichpunkte sofort augenfällig und erfaßbar machen sollten, weisen in dieselbe Richtung. Gemessen an äußeren Kriterien ist H der gleiche Quellenwert wie B zuzusprechen: beide Versionen sind nachträglich (und zwar noch am selben Tage²⁷) auf Grund von Mitschriften entstandene Aufzeichnungen, wobei der Grad der Überarbeitung natürlich nicht auszumachen ist. Ein Stilvergleich läßt höchstens die allgemeine Feststellung zu, daß Halders Aufzeichnung, da in asyndetischer Parataxe angeordnet, geringfügiger überarbeitet ist als die Boehmsche, die in abgerundeten Sätzen zu Papier gebracht ist.

Die fünfte Version (G₁) schließlich ist in ihrem originalen Wortlaut erst jetzt durch die Veröffentlichung des Kriegstagebuchs des OKW 1965 bekanntgeworden²⁸. Der Führer des KTB, Helmuth Greiner, hat diese Version in seinem bereits 1952 veröffentlichten Buch „Die oberste Wehrmachtführung“²⁹ S. 38–43 verwertet, indem er ihren Inhalt ausführlich in indirekter Rede zusammenfaßte (G₂).

Der Wert dieser Sekundärquelle (genauer Tertiärquelle) kann aber erst jetzt durch Vergleich mit dem KTB beurteilt werden: G₂ ist tatsächlich eine weitgehend wörtliche Übernahme aus G₁ mit einigen stilistischen Abwandlungen, wobei allerdings (besonders in Punkt 1³⁰, in dem Hitler den Erfolg einer Lösung der gespannten deutsch-polnischen Beziehungen von seiner Person, der Persönlichkeit Mussolinis und Francos abhängen läßt) unverkennbar ganze Formulierungen mit C übereinstimmen. Greiner hat auf dieses „Plagiat“ – wie man zu bezeichnen geneigt

²⁴ Vgl. Anm. 6.

²⁵ Halder, KTB I, S. 8, Anm. 18; S. 86, Anm. 1. Dazu Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 155.

²⁶ IfZ, ZS 240, Bl. 42. Vgl. auch Anm. 25.

²⁷ Es wird stillschweigend vorausgesetzt, daß Tagebucheinträgen Halders über einen Gegenstand noch am selben Tage, unter dem sie im Tagebuch stehen, erfolgten.

²⁸ Vgl. Anm. 7.

²⁹ Vgl. Anm. 2.

³⁰ Greiner, Wehrmachtführung, S. 39.

sein könnte – nicht hingewiesen. Man konnte vielleicht annehmen, daß sich G_2 im wesentlichen auf die damals ja in den IMT-Bänden gedruckt vorliegenden Aufzeichnungen ohne Unterschrift stützte³¹. Greiner hat jedoch darauf hingewiesen, daß sich G_2 auf einen Durchschlag der dem KTB beigelegten Niederschrift der Ansprache Hitlers gründete, und nachdem nun der Originalwortlaut der Eintragung im KTB gedruckt vorliegt, kann man eine quellenmäßig unbestreitbare, frappierende Feststellung treffen, die allerdings schon längst hätte ausgesprochen werden können, wenn man sich der Mühe unterzogen hätte (die Richtigkeit von G_2 vorausgesetzt), die Greiner-Wiedergabe mit den damals bekannten zu vergleichen. Unseres Wissens ist das nicht geschehen; so manche methodischen Fehltritte in der historischen Literatur wären sonst vermieden worden.

Bevor wir selbst diesen Vergleich anstellen und das daraus gewonnene Ergebnis formulieren, ist über Entstehungsart und Quellenwert von G_1 folgendes zu sagen: Nach Aussagen Greiners³² liegen seiner (nur noch im Durchschlag vorhandenen) Niederschrift Aufzeichnungen zugrunde, die er sich am Abend des 22. August 1939 in Berlin für das KTB gemacht hat, als ihm der Chef der Abteilung Landesverteidigung im OKW, der damalige Oberst Warlimont, unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Berghof Hitlers Ansprache ausführlich rekapitulierte. Diese Aufzeichnungen ergänzte er am nächsten Tag nach den stenographischen Notizen, die sich der Chef des Amtes Ausland/Abwehr, Admiral Canaris, während der Rede gemacht hatte, und brachte sie am selben Tage in die Form der vorliegenden Niederschrift.

Dieser Befund ist für unsere Fragestellung außerordentlich wichtig. Zunächst ist darin ausgesagt, daß Greiner der Ansprache nicht selbst beiwohnte, seine Niederschrift sich vielmehr auf zwei Quellen stützt: eine mündliche, die ihm ein Teilnehmer noch am 22. August vermittelte, sowie eine schriftliche, die ihm ein anderer Teilnehmer am 23. August zur Einsicht gab. Über den jeweiligen Grad der Abhängigkeit Greiners von seinen beiden Quellen wird leider nichts gesagt: Wir können uns bei der Beantwortung dieser Frage höchstens auf den allgemeinen menschlichen Erfahrungsbereich berufen. Wenn ein an einer Rede Unbeteiligter sich von zwei Ohrenzeugen eine Wiedergabe der Rede erbittet, wobei der eine sie ihm in nachträglich mündlicher, der andere in gleichzeitig angefertigter schriftlicher Form vermittelt, so wird man im allgemeinen der schriftlichen Form den Vorzug geben. Es liegt auch in diesem speziellen Fall kein Grund vor, den Wert der unmittelbaren schriftlichen Fixierung dem der nachträglichen mündlichen Rekapitulation hintanzustellen.

Dieser Beobachtung scheint allerdings Greiners Aussage zu widersprechen, er

³¹ Über Entstehungsart von G_2 ist auch aus dem im Bundesarchiv/Militärarchiv Koblenz verwahrten Nachlaß Greiner (vgl. dort Nr. 13, Bl. 1–6) nichts Schlüssiges zu entnehmen. G_1 liegt dort 1.) als maschinenschriftlicher Durchschlag und 2.) handschriftlich in Tinte vor. Das handschriftliche Exemplar ist durch Bleistiftergänzungen von (wahrscheinlich) anderer Hand erweitert bzw. geändert. Das handschriftliche Exemplar mit den Ergänzungen entspricht G_2 . Die Ergänzungen sind z. T. wörtliche Übernahmen von C! Also dürfte Greiner bei der Anfertigung von G_2 C zu Hilfe gezogen haben.

³² KTB des OKW I, S. 947, Anm. 1.

habe die auf Grund der mündlichen Rekapitulation gemachten eigenen Aufzeichnungen nach Canaris' stenographischen Notizen *ergänzt*. Was heißt *ergänzt*? Nimmt man es wörtlich, so muß die Aufzeichnung der mündlichen Rekapitulation die Grundlage für die KTB-Niederschrift gebildet haben. Diese wörtliche Interpretation – abgesehen davon, daß sie allgemeiner Erfahrung zuwiderläuft – läßt sich kaum aufrechterhalten, wenn man das entscheidendere Kriterium des Inhaltsvergleichs mit den anderen Versionen zu Rate zieht. Ein derartiger Vergleich zeigt nämlich eine verblüffende Symmetrie in den einzelnen sachlichen Punkten der Führeransprache mit allen anderen Versionen, ganz besonders mit C, so daß es schlechterdings unmöglich erscheint, die mündliche Wiedergabe Warlimonts habe in ihrem Wortlaut das Wesentliche für die KTB-Niederschrift abgegeben, während Canaris' Notizen lediglich zur *Ergänzung* gedient hätten. Ist es möglich, daß jemand alle in einer 2–2½stündigen Rede behandelten Punkte – großzügig gerechnet – vier bis neun Stunden danach (Hitler hat seine Ansprache irgendwann nach 15 Uhr beendet, Warlimont muß irgendwann vor 24 Uhr mit Greiner gesprochen haben) in der richtigen Reihenfolge³³ wiederzugeben vermag? Man muß darauf mit hoher Wahrscheinlichkeit nein antworten – es sei denn, man interpretiert „Rekapitulation“ derart, daß Warlimont sich selbst während oder unmittelbar nach der Ansprache Notizen darüber gemacht hat und Greiner aus ihnen vorlas, während dieser seine Aufzeichnungen machte. Das sind jedoch abwegige und unnötige Spekulationen³⁴. Als Ergebnis unserer Deduktionen ist zunächst festzuhalten, daß G₁ doch wohl im wesentlichen – was den darin wiedergegebenen sachlichen Inhalt der Rede Hitlers angeht – auf Canaris' Notizen zurückgeht.

Diese Feststellung führt uns zu einer zweiten nicht minder wichtigen, die aus Greiners Erklärung über die Entstehungsart seiner Niederschrift eindeutig zu gewinnen ist: Neben Boehm und Halder hat es eine dritte Person gegeben, die während der Ansprache Hitlers sich Notizen gemacht hat – Admiral Canaris. Seine *stenographischen* Notizen sind offenbar nicht mehr erhalten. Er mag sie zur Eintragung in sein eigenes Tagebuch angefertigt haben, das bekanntlich nach dem 20. Juli vernichtet worden ist³⁵, oder zur Verwendung für einen anderen Zweck.

Noch aus einer anderen Quelle ist bezeugt, daß Canaris während der Ansprache mitstenographierte. Gisevius berichtet davon in seinem Buch „Bis zum bitteren Ende“³⁶: „Gleich am nächsten Tage las er [Canaris] uns die wichtigsten Stellen³⁷ vor. Er war immer noch voller Entsetzen. Seine Stimme zitterte. Er fühlte,

³³ Vorausgesetzt, daß zumindest H und B die richtige Reihenfolge wiedergeben.

³⁴ General Warlimont bestätigte mir freundlicherweise diese Auffassung. Er habe gleich nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden Greiner „am späteren Nachmittag des 22. August die Ausführungen Hitlers in einem eingehenden, von ihm (Greiner) wörtlich nachgeschriebenen Diktat“ wiedergegeben. (Mitteilungen vom 5. und 21. 8. 1966.)

³⁵ Vgl. Helmut Krausnick, Aus den Personalakten von Canaris, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 281.

³⁶ Gisevius, Ende II, S. 104. Auch Erich Kordt (Nicht aus den Akten . . ., Stuttgart 1950, S. 325, 412) bezeugt, Canaris habe während der Rede mitstenographiert.

³⁷ Sperrung von mir.

Zeuge von etwas Ungeheuerlichem gewesen zu sein. Übereinstimmend waren wir der Meinung, dieses Dokument einer verworrenen Zeit müsse der Nachwelt erhalten bleiben. Daher“, so fährt Gisevius fort – das folgende ist für unsere Fragestellung besonders wichtig –, „wurde von der Tagebucheintragung ein weiterer Abdruck gemacht, den Oster zu seiner Dokumentensammlung nahm.“

Gisevius' Zeugnis kann wegen mancher Unstimmigkeit in Einzelfällen nicht als einzige Grundlage einer Beweisführung dienen, höchstens als Stütze für aus anderen Quellen ermittelte Erkenntnisse. So zitiert Gisevius unterschiedslos aus C und L, welch letztere von der Nürnberger Anklagevertretung nicht verwendet wurde. Ferner: Wie soll man sich vorstellen, Canaris habe Hitlers Rede, die seiner Meinung nach vier Stunden gedauert haben soll („zwei Stunden, ein opulentes Mahl mit Kaviar dazwischen, dann nochmals zwei Stunden“³⁸), „Wort für Wort“ mitstenographiert³⁹? Wieviele Stenogrammblocke müßten dann vollgeschrieben worden sein? Canaris mußte möglichst unauffällig mitschreiben, da Hitler dies ausdrücklich verboten hatte. Selbst wenn er sich „in einer verborgenen Ecke“⁴⁰ niederließ und seine kleine Statur⁴¹ ihm unbemerktes Mitschreiben erleichterte, durfte er nicht so unvorsichtig sein, durch häufiges Umblättern die Aufmerksamkeit neben ihm Sitzender oder gar Hitlers auf sich zu lenken. Was heißt schließlich: „Von der Tagebucheintragung [wurde] ein weiterer Abdruck gemacht“? Von einem *vorherigen* Abdruck ist nicht die Rede. Gisevius' Aussagen sind also mit Vorsicht zu verwenden.

Aus seiner Bemerkung: „Daher wurde von der Tagebucheintragung ein weiterer Abdruck gemacht, den Oster zu seiner Dokumentensammlung nahm“ ist allerdings ein wichtiger Fingerzeig zu entnehmen: Liegt es nicht nahe, diese Behauptung mit der in Nürnberg gemachten Feststellung, daß C aus OKW-Akten stammte, in Verbindung zu bringen? Unter Ostern „Dokumentensammlung“ wird man sich wohl dessen Materialsammlung über die das NS-Regime belastenden Vorgänge vorzustellen haben⁴², die zwar eine private Sammlung gewesen sein, z. T. aber aus Abschriften von OKW-Akten bestanden haben dürfte^{42a}.

Wie dem auch sei, die Nürnberger Feststellung, daß C unter OKW-Akten gefunden wurde, deutet allein schon darauf hin, daß sie mit aller Wahrscheinlichkeit^{42b} auf einen der in Berchtesgaden anwesenden Amtschefs des OKW zurück-

³⁸ Gisevius, Ende II, S. 103.

³⁹ Gisevius, Ende II, S. 104. In der einbändigen Sonderausgabe „Bis zum bitteren Ende“, Hamburg (o. J.), S. 397, heißt es allerdings nur noch: „möglichst wortgetreu“.

⁴⁰ Gisevius, Ende II, S. 104.

⁴¹ Krausnick, Canaris, S. 283 (aus einem Qualifikationsbericht des späteren Vizeadmirals Hopman).

⁴² Vgl. Gisevius' Aussagen in Nürnberg: IMT XII, S. 189, 200, 207, 293.

^{42a} Man könnte dann (vorsichtig) etwa so folgern: C (als Durchschlag) wurde in den OKW-Akten hinterlegt, das Original von C oder ein weiterer Durchschlag gelangte in Osterns Sammlung.

^{42b} Auch in der vom „Office of U. S. Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality“ den Nürnberger Prozeß-Dokumenten beigegebenen „Staff Evidence Analysis“ findet sich im vorliegenden Falle (hinsichtlich Dok. 798-PS) unter „Source of Original“ die Angabe: „OKW Files, Flensburg“. – Wie hätte auch eine von den anwesenden Armee- und Luftwaffengenerälen und den Admirälen stammende Niederschrift in die Akten des OKW gelangen sollen?

zuführen ist, d. h. theoretisch auf Keitel als Chef des OKW, auf Warlimont als kommissarischer Leiter der Geschäfte des Chefs des Wehrmachtsführungsamtes, auf Canaris als Chef des Amtes Ausland/Abwehr, auf Reinecke als Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, auf Thomas als Chef des Wehrwirtschaftsamtes oder schließlich auch auf die Adjutantur beim Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht (Schmundt, Engel, von Below, von Puttkamer). Letztere sind praktisch aus der Reihe der möglichen Autoren von C auszuschneiden, da sie Hitlers Anweisung, nicht mitzuschreiben, sicherlich befolgt haben werden⁴³; das gleiche darf von Keitel und Reinecke als hitlerhörigen Offizieren angenommen werden. Warlimont hat – wie man aus Greiners Erklärung deduzieren muß⁴⁴ – ebenfalls nicht mitgeschrieben. Es bleiben als mögliche Mitschreibende Canaris und Thomas. Letzterer hat während der Nürnberger Verhandlungen nichts über die dort mehrfach besprochene Aufzeichnung ohne Unterschrift ausgesagt⁴⁵.

Alle Vermutungen deuten somit auf Canaris. Sie werden gestützt durch Greiners und Gisevius' Aussage, der „Abwehrchef“ habe während der Rede mitstenographiert, wobei den beiden Aussagen allerdings unterschiedlicher Wert zuzumessen ist. Gisevius hat in seinem Buch behauptet⁴⁶, die drei Nürnberger Versionen kämen „nach Umfang und Inhalt [nicht] annähernd an das Manuskript von Canaris heran“. Dieses sei ihm in „plastischer Erinnerung“ geblieben, zumal er später oft in ihm geblättert habe. Wenn er aber weiter schreibt: „Augenscheinlich hat dieser oder jener Zuhörer aus der Erinnerung einige markante Gedankengänge aufgezeichnet“, so läßt sich dieses Urteil schwerlich auf C anwenden. Denn wenn man nicht alle Regeln des protokollarischen Stenographierens auf den Kopf stellt, ist kaum anzunehmen, daß C in der Erinnerung geschrieben wurde: Sie steht in der Ich-Form – ein wichtiges Indiz für gleichzeitige Mitschrift! –, zumindest wäre sie mit der gegenteiligen Behauptung schwerlich zu vereinbaren. Wenn man Gisevius aber nicht ganz aus der Suche nach dem Autor von C ausklammern will, könnte man in ihr nicht – wie bereits angedeutet – eventuell einen „Abdruck“ der „Tagebucheintragung“ oder einen Abdruck der „wichtigsten Stellen“ sehen?

Liegt es nicht fernerhin nahe anzunehmen, die von Greiner verwerteten „stenographischen Notizen“ Canaris' seien identisch mit dem von Gisevius erwähnten Stenogramm (ob Originalstenogramm, „Tagebucheintragung“ oder „Abdruck“ sei dahingestellt)? Erwägungen, ob Greiner am 23. August das Originalstenogramm

⁴³ Gen.Lt. Engel neigt zu meiner Auffassung, Canaris sei der Verfasser von C, denn Protokolle von Schmundt seien nur in einzelnen Fällen in die OKW-Akten gelangt (Mitteilung vom 5. 9. 1966). Diesen Sachverhalt bestätigt mir auch Gen. Warlimont (Mitteilung vom 29. 11. 1966).

⁴⁴ Und wie mir Warlimont selbst bestätigt (Mitteilungen vom 5. und 21. 8. 1966).

⁴⁵ General Warlimont (vgl. Anm. 44) schreibt mir, daß von höheren Offizieren des OKW neben dem damaligen Generaloberst Keitel, „der sicher nicht als Verfasser in Betracht“ komme, nur Admiral Canaris und er selbst zugegen gewesen seien, jedoch nicht die Generale Thomas und Reinecke, die mit eigentlichen Führungsaufgaben nichts zu tun gehabt hätten. In diesem Punkt also irre Greiner (der in G₂ von der Teilnahme der „Amtschefs des Oberkommandos der Wehrmacht“ schreibt).

⁴⁶ Ende II, S. 104.

oder eine Übertragung zur „Ergänzung“ seiner Aufzeichnungen vom 22. August abends benutzt hat, können wegen der fehlenden Quellenbasis zu keinem Ergebnis führen; sie sind wegen der aus einem Textvergleich gewonnenen zwingenden Erkenntnis auch unnötig. Es sei aber darauf hingewiesen, daß das in Nürnberg verwendete Exemplar von C erstens ein Durchschlag war (es muß also ein Original gegeben haben), zweitens, wie erwähnt, mehrere Sätze des Textes mit Bleistift- oder Rotstift-Winkelklammern⁴⁷ versehen sind. Der Schluß jedoch, diese Klammern könnten etwa von Greiner stammen, der sie für die Bearbeitung seiner KTB-Eintragung für den 22. August gesetzt habe – etwa um die eingeklammerten Stellen wegzulassen oder sie zu übernehmen –, erweist sich als nicht zwingend, da einige der eingeklammerten Sätze im Tagebuch erscheinen, andere nicht.

Bevor wir zum Textvergleich von C und G₁ übergehen, ist noch die Frage zu prüfen, ob C nicht die von Greiner am Abend des 22. August auf Grund der Warlimontschen Berichterstattung angefertigte Aufzeichnung sein könnte. Dafür spräche auf jeden Fall die enge textliche Übereinstimmung. Greiner könnte sie dann tatsächlich am nächsten Tag „ergänzt“, d. h. mit einigen Zusätzen versehen haben, so daß das Endprodukt dann G₁ sein würde. Dagegen spricht das simple Argument, daß C in der Ich-Form geschrieben ist. Und es ist doch wohl so, daß Warlimont bei seiner Wiedergabe in der dritten Person, von „ihm“, „Hitler“ oder sonstwie gesprochen und Greiner seine Aufzeichnung dann erst recht in der dritten Person gemacht haben wird.

Die Ich-Form weist, wie gesagt, auf direkte Mitschrift hin. Auch die Diktion läßt dasselbe erschließen: In der Mehrzahl der Sätze handelt es sich um beziehungslos aneinandergereihte Hauptsätze. Konjunktionen und Adverbien wie „deshalb“, „daher“, die in B häufig verwendet werden, fehlen fast ganz. Oft sind die Sätze unvollständig: „Das englische Empire ist schon aus dem letzten Krieg nicht gestärkt hervorgegangen . . . Konflikt England-Irland“⁴⁸ . . . Auch jetzt ist es ein großes Risiko. Eiserne Nerven, Eiserne [Großschreibung!] Entschlossenheit.“ Stilistisch unschöne Wiederholungen kommen vor: „Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen. Der Politiker muß ebenso wie der Feldherr ein Wagnis auf sich nehmen . . . Der Gegner hatte noch die Hoffnung, daß Rußland als Gegner auftreten würde nach Eroberung Polens. Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würmchen.“ Charakteristisch ist auch, daß am Anfang der Aufzeichnung ein 1.) steht, auf das kein 2.) folgt. Bezeichnend ist ferner, daß in der „Zweiten Ansprache“ in den meisten Sätzen Verben und Artikel fehlen, ja fast nur noch Stichpunkte erscheinen. Es ist einsichtig, daß jemand während einer Rede, die vorher ausgedrückte Gedankengänge fortführt, ja z. T. sogar wiederholt, Vollständigkeit der Wiedergabe nicht mehr anstrebt. – All diese stilistischen Kriterien sprechen für direkte Mitschrift.

Stellt man nun die Frage, ob G₁, die nachgewiesenermaßen nicht von Greiner

⁴⁷ Vgl. IMT XXVI, S. 338–343, 523–524.

⁴⁸ Sperrung jeweils von mir.

selbst stammt, sondern auf Mitteilungen Warlimonts und Notizen Canaris' beruht, nicht auch von den anderen Versionen abhängig sein könnte, so bietet sich für einen Vergleich nur C an. Die wörtlichen Übereinstimmungen sind so zahlreich, daß es nicht nötig ist, beide Versionen Satz für Satz zu vergleichen. Es genügen einige Proben:

C

Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen mußte. Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr.

Auf der Gegenseite ... gibt es keine Persönlichkeit von Format.

(Folgende besonderen Gründe bestärken mich in meiner Auffassung.) England und Frankreich haben sich verpflichtet, beide sind nicht in der Lage dazu.

Die Lage Englands in der Welt ist sicher prekär. Es wird kein Risiko auf sich nehmen.

Ich war überzeugt, daß Stalin nie auf das englische Angebot eingehen würde. Rußland hat kein Interesse an der Erhaltung Polens und dann weiß Stalin, daß es mit seinem Regime zu Ende ist, einerlei, ob seine Soldaten siegreich oder geschlagen aus einem Krieg hervorgehen.

Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht. Weg für den Soldaten ist frei, nachdem ich die politische Vorbereitung getroffen habe.

80 Millionen Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden.

Überzeugung, daß die deutsche Wehrmacht den Anforderungen gewachsen ist. Auslösung wird noch befohlen.

G₁

Es sei ihm, so führte er aus, seit langem klar gewesen, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen müsse. Den Entschluß zum Handeln habe er im Frühjahr ... gefaßt.

Auf der Gegenseite gäbe es keine Persönlichkeiten von Format.

Denn England und Frankreich hätten sich wohl zur Hilfeleistung an Polen verpflichtet, sie seien aber praktisch gar nicht in der Lage dazu.

Es erscheine ihm ausgeschlossen, daß ein britischer Staatsmann angesichts der sehr prekären Weltlage das große Risiko eines Krieges auf sich nehmen werde.

Er sei schon seit längerem davon überzeugt gewesen, daß Stalin auf kein englisches Angebot eingehen werde. Denn Stalin habe kein Interesse an der Erhaltung Polens und wisse auch genau, daß es, wenn es zum Kriege zwischen Deutschland und Sowjetrußland käme, mit seinem Regime vorbei sei, ganz gleich ob er siege oder unterliege.

... , der Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands sei damit gemacht. Nachdem er so die politischen Vorbereitungen getroffen habe, sei jetzt der Weg für den Soldaten frei.

80 Millionen Menschen müßten ihr Recht bekommen, ihre Existenz müsse gesichert werden.

Er sei der festen Überzeugung, daß die neue deutsche Wehrmacht allen an sie herantretenden Anforderungen gewachsen sein werde. Die Auslösung des Kampfes werde er noch befehlen.

Das Ergebnis ist eindeutig: G₁ muß von C abhängig sein. Unterschiede insgesamt lassen sich leicht aus dem Zweck von G₁ erklären. Sie ist eine Eintragung in ein amtliches Kriegstagebuch. Deshalb ist der Text von C teilweise gekürzt. Für ein Kriegstagebuch kommt es nur auf das Wesentliche an. Die genauen zahlenmäßig unterbauten Ausführungen über die Rüstungsbereitschaft Englands und Frank-

reichs haben keinen Platz im Kriegstagebuch. Andererseits sind Zusätze aus der Notwendigkeit zur Verdeutlichung und späteren Verwendbarkeit entstanden. Z.B. ist der Satz: „Auf dem Balkan ist seit Albanien das Gleichgewicht der Kräfte“ so formuliert: „Auf dem Balkan bestehe seit der Besetzung Albaniens durch Italien Ostern 1939 ein Gleichgewicht der Kräfte.“

Als einzige sachliche Differenz erweist sich die Wiedergabe von Hitlers Einschätzung des englischen Kriegswillens. In C heißt es: „Unsinn ist es, wenn man sagt, England will einen langen Krieg führen“, was Greiner so wiedergibt: „... einen langen Krieg, auf den England stets abzielen werde“. Als Erklärung bieten sich folgende Überlegungen an: Warlimonts Berichterstattung kann in diesem Punkt das Gegenteil von C gemeint haben; Greiner mußte beide Aussagen gegeneinander abwägen und entschied sich für erstere. Oder aber Greiner gab einer unsicheren Lesung in Canaris' Notizen vorliegende Bedeutung. Die Möglichkeit eines Mißverständnisses ist um so einsichtiger, wenn man sich den entsprechenden Passus in B zu Hilfe nimmt: „Nun sagen manche: ‚England macht sich auf einen langen Krieg gefaßt, rechnet damit oder wünscht ihn gar ...‘ Der Führer hält diese Ansicht für falsch.“⁴⁹

Zwei oder drei Punkte in G₁, die in C nicht zu finden sind⁵⁰, lassen sich mühelos als von der Warlimontschen Berichterstattung stammend erklären. Schließlich ist die für den 22. August nicht zutreffende Wendung: „Mit Sowjetrußland ... sei soeben [t] in Moskau ein Nichtangriffspakt abgeschlossen worden“ sicherlich unter dem Eindruck der am 23. August unmittelbar bevorstehenden tatsächlichen Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes niedergeschrieben worden.

Abgesehen von diesen kaum schwerwiegenden Differenzen ist die sachliche Übereinstimmung von G₁ mit C vollständig. Da aber auch mit den anderen Versionen (außer L) keine sachlichen Unterschiede bestehen, erlaubt erst die Beobachtung, daß G₁ und C in zahlreichen Formulierungen wörtlich übereinstimmen, den Schluß, daß C nur von Greiners Gewährsleuten stammen kann: Da Warlimont als Autor aus den erwähnten Gründen nicht angesehen werden kann, dürfte als ihr Verfasser nur Canaris in Frage kommen.

Unentbehrlicher Ausgangspunkt für unsere Überlegungen war die Erklärung Greiners, seiner KTB-Eintragung liege die Rekapitulation Warlimonts vom 22. Au-

⁴⁹ Bei H heißt diese Stelle etwas unschärfer: „Langer Krieg‘ reizt nicht.“ – Der entsprechende Passus in den im Anhang als Dokument 1 abgedruckten Liebmann-Notizen stimmt in dem fraglichen Punkt mit B überein: „Da sind dann noch die klugen Leute, die sagen, wenn England sich zum Kriege entschließt, gibt es einen *langen* Krieg. Ich sage Ihnen, England braucht Ruhe und wird vor jeder Kriegsverlängerung zurückschrecken, da diese seine überseeischen Besitzungen, besonders seine Stellung in Indien und Ostasien gefährden würde.“ – Die Frage, ob in diesem Punkt C oder G₁ richtig ist, wird wohl nach dem Vergleich mit den anderen Versionen zugunsten von C zu beantworten sein.

⁵⁰ „Jugoslawien könne heute als zuverlässiger Freund Deutschlands angesehen werden, aber es sei schwach ... Die polnische Antwort [auf Hitlers Vermittlungsvorschläge gegenüber Polen] habe in einer Teilmobilisierung und Truppenzusammenziehung bei Danzig bestanden ... Die Anregung hierzu [zu dem deutsch-russischen Nichtangriffsvertrag] sei von Sowjetrußland ausgegangen.“

gust abends zugrunde, die am folgenden Tag durch die stenographischen Notizen Canaris' ergänzt worden sei. Unsere Ausführungen dürften gezeigt haben, daß die Reihenfolge der Namen Warlimont und Canaris in der Chronologie zwar richtig ist, in der sachlichen Abhängigkeit aber umgekehrt werden muß. Greiners KTB-Niederschrift ist von C nachweislich stark abhängig, während die Abhängigkeit von Warlimonts Bericht, auch wenn wir Greiners eventuell darüber gemachte Aufzeichnungen noch besäßen, als relativ gering veranschlagt werden darf. Die Wendung Greiners, er habe seine Aufzeichnungen nach den stenographischen Notizen Canaris' *ergänzt*, ist in dieser Formulierung irreführend oder doch nur dem Buchstaben nach zutreffend, in der Sache dagegen besteht das umgekehrte Abhängigkeitsverhältnis⁵¹.

Mit Hilfe des so gewonnenen Ergebnisses und der Versionen H und G₁ können wir einige der vielen Aussagen über die Ansprache Hitlers vom 22. August 1939 in Nürnberg und in der späteren Memoirenliteratur wie in der Geschichtsschreibung auf ihren historischen Wahrheitsgehalt, zumindest auf ihren Aussagewert prüfen. Auch einige Nebenfragen – wie etwa: hat Hitler am 22. August nur eine Ansprache gehalten oder zwei? – lassen sich etwas klarer beantworten. Schließlich muß im Lichte unserer Ergebnisse die in unseren Ausführungen bisher wenig berücksichtigte Version L beleuchtet werden.

In Nürnberg hat Generaladmiral Boehm unter Eid erklärt⁵², daß gewisse Redewendungen in C von Hitler „teils überhaupt nicht, teils in anderer Form und anderem Sinne“ gebraucht worden seien. Als Beweis zog er seine eigene Niederschrift heran. So etwa sei der Satz in C: „Danach werden wir militärische Einzelheiten besprechen“ nicht gefallen, denn militärische Einzelheiten seien ja auch in C nicht gefolgt. Diese Begründung Boehms ist natürlich kein Beweis dafür, daß militärische Einzelheiten nicht besprochen wurden; das Schweigen einer Urkunde ist nie Beweis für die Nichtexistenz eines historischen Vorgangs. Am Schluß von C ist zumindest schon eine Andeutung enthalten, daß man zur Besprechung militärischer Einzelheiten übergang. Es ist die Wendung: „Auslösung wird noch befohlen, wahrscheinlich Samstag morgen“, die in der Boehm-Version nicht erscheint! Durch H ist aber bewiesen, daß militärische Einzelheiten erörtert wurden⁵³. Allerdings ist nicht eindeutig zu klären, in welchem Kreis diese Erörterungen stattfanden. Der Herausgeber des Halder-Tagebuches, Hans-Adolf Jacobsen meint, daß sie im Anschluß an den allgemeinen „Befehlsempfang“ zwischen Hitler, von Brauchitsch und Halder geführt wurden⁵⁴. Ein Teilnehmer an der Ansprache, Warlimont, dagegen zieht den Kreis der Beteiligten (in der Rückerinnerung) erheblich weiter:

⁵¹ General Warlimont (Mitteilung vom 21. 8. 1966) besteht allerdings darauf, daß Greiner die Niederschrift seines Diktats am folgenden Tage nach den Notizen des Admirals Canaris verglichen (!) und sie danach *ergänzt* habe.

⁵² IMT XVII, S. 445–447.

⁵³ Vgl. Halder, KTB I, S. 26.

⁵⁴ Den Einschnitt zwischen allgemeinem „Befehlsempfang“ und der Detailbesprechung würde ich auf Grund von C nicht mit Jacobsen nach Schluß des Abschnitts II von H (Halder, KTB I, S. 26) machen, sondern etwas später nach Abschnitt III, 1.

„Der Nachmittag war eingehenden Vorträgen der Befehlshaber über die Operationspläne bis zu den Armeen hinab vorbehalten.“⁵⁵ Es darf also zumindest als sicher gelten, daß nach der Rede militärische Einzelheiten besprochen wurden⁵⁶.

Es ist nicht nötig, sich mit sämtlichen Einwänden Boehms auseinanderzusetzen. Untersuchen wir noch die von der Nürnberger Anklagevertretung für schwerwiegend erachtete Wendung: „Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie.“ Boehm hat dazu geäußert, von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solchem sei nicht gesprochen worden, sondern nur vom Zerschlagen der militärischen Kräfte. B hat tatsächlich die eindeutige Fassung: „Das Ziel ist die Beseitigung und Zerschlagung der militärischen Kraft Polens.“ In diesem Fall entspricht H wiederum C: „Ziel: Vernichtung Polens = Beseitigung seiner lebendigen Kraft. Es handelt sich nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes, die auf immer neuen Wegen angestrebt werden muß.“ Die Frage, welche inhaltliche Tragweite der Formulierung „Beseitigung der lebendigen Kräfte Polens“ beizumessen sei, ist allerdings eine Ermessensfrage. Da über Hitlers Ansprache kein vollständiges Stenogramm existiert, ist sie weder in der einen noch in der anderen Richtung schlüssig zu beantworten. Vielleicht war Hitlers Äußerung tatsächlich mißverständlich formuliert, was die verschiedenen Wiedergaben zumindest nahelegen. Bemerkenswert ist, daß Greiner sie in G₁ deutlich niederschrieb: „Aufgabe der Wehrmacht sei es, die polnischen Streitkräfte restlos zu vernichten.“ Möglicherweise hat er, selbst ein Unsicherheitsgefühl verspürend, bei Warlimont, Canaris oder einem anderen Teilnehmer um Aufklärung nachgesucht. Merkwürdig ist, daß er in G₂ den Passus „Vernichtung der lebendigen Kräfte des Gegners“ erneut aufgenommen hat⁵⁷.

Die Frage, ob die berüchtigte und oft zitierte Wendung Hitlers: „Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt“ tatsächlich bei dieser Gelegenheit gebraucht worden sei, was Boehm⁵⁸ in Nürnberg und später andere Teilnehmer⁵⁹ mit Entschiedenheit be-

⁵⁵ Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945, Frankfurt/M 1962, S. 40.

⁵⁶ Die im Anhang als Dokument 1 abgedruckten Liebmann-Notizen bestätigen diesen Befund: „Hitler sprach nach Beendigung seiner Rede in dem Versammlungsraum noch mit einzelnen Persönlichkeiten [Kursivsetzung von mir], anscheinend über bestimmte Punkte der geplanten Feldzugseröffnung gegen Polen.“

⁵⁷ Auch die Liebmann-Notizen vermögen diese Frage nicht zu beantworten. Der entsprechende Passus, der allerdings in anderem Zusammenhang steht, lautet: „[Hitler] sei nunmehr fest entschlossen, eine endgültige Lösung herbeizuführen und das polnische Staatsgebilde von Grund aus zu zerschlagen.“ (Kursivsetzung von mir.) – In einer Aufzeichnung des Gen.Feldmarschalls von Bock über die Rede (Tagebuch, Fotokopie im IfZ) heißt es dagegen: „Die militärischen Operationen seien . . . zu führen, einzig und allein mit dem Ziel, die feindliche Wehrmacht zu vernichten.“

⁵⁸ IMT XVII, S. 446–447.

⁵⁹ Erich v. Manstein, Verlorene Siege, Bonn 1959, S. 19.

stritten haben, kann auch im Lichte der neuen Versionen nicht beantwortet werden. In der Fassung Halders, dem es allerdings bei seiner Niederschrift offensichtlich um das Festhalten rein sachlicher Gesichtspunkte ging, findet sich kein Anklang an diese emotional geladene Wendung⁶⁰. Greiner, dem C als Vorlage gedient haben muß, hat sie für eine Aufnahme in das offizielle Kriegstagebuch offenbar ebenfalls als ungeeignet erachtet. Vom Fehlen der Wendung „Schweinehund“ in den anderen Versionen ist wiederum nicht unbedingt darauf zu schließen, sie sei nicht gefallen. Daß Hitler mit der Lösung von München 1938 – worauf sich seine Wendung natürlich bezieht – keineswegs zufrieden war, ist bekannt⁶¹. Ja wie B am deutlichsten zeigt, hat sich Hitler sogar in dieser Rede bitter über die englische Propaganda im Herbst 1938 und ihre moralische Unterstützung „vieler deutscher Männer . . . in prominenten Stellungen“ ausgelassen. Es ist daher durchaus nicht unwahrscheinlich, daß dann Hitler jene umstrittene Wendung, wenn auch nicht unbedingt in der wörtlichen Wiedergabe von C, fallen ließ.

Man sehe sich diese Stelle aber auch einmal in ihrem Zusammenhang an. Hitler hat den Generalen soeben seinen Theatercoup in Moskau mitgeteilt. In überschwenglichen Worten malt er die Wirkung dieses Ereignisses aus. Jetzt habe er Polen in der Lage, in der er es haben wolle. Psychologisch bruchlos fügt sich dann die Wendung über den Vermittler-Schweinehund ein. Man könnte selbst mit sprachlichen Kriterien operieren, daß die Wendung in der vorliegenden oder einer ähnlichen Formulierung gefallen sei. Zweimal das Wort „Angst“ kurz hintereinander! „Wir brauchen keine Angst vor Blockade zu haben . . . Ich habe nur Angst, daß mir ...“ Die Tatsache, daß Teilnehmer über sechs Jahre danach diesen Ausspruch bestreiten, ist historisch ein unbrauchbarer Beweis dafür, daß er nicht gefallen sei⁶².

Für die Historie ist es weder recht noch billig, mit solch späteren Aussagen gegen den Quellenwert von C zu Felde zu ziehen. Durch die Identifizierung des Autors von C ist dieses Dokument wieder in die Stellung einer erstrangigen Quelle erhoben

⁶⁰ Man beachte aber einen Passus aus seinen Tagebuchnotizen vom 14. 8. 1939, an dem Hitler den Oberbefehlshabern und den Stabschefs der Wehrmacht (vgl. IFZ, ZS 240, Bl. 42) bereits ganz ähnliche Gedanken vorgebracht hatte: „Führer hat Sorge, daß England ihm den endgültigen Abschluß im letzten Augenblick durch Angebote erschwert.“ (Halder, KTB I, S. 11.) Vgl. bereits Helmut Krausnick, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 233.

⁶¹ Vgl. z. B. Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*, München/Leipzig/Freiburg i. Br. 1950, S. 191.

⁶² Diese Erwägungen werden in schöner Weise durch die (mir nachträglich vorliegenden) Liebmann-Notizen gestützt. Hier heißt es an der entsprechenden Stelle, Hitler fürchte nur eins, „daß ihm im letzten Augenblick noch irgend ein Kerl mit einem Vermittlungsvorschlag in die Quere käme“. – Liebmann schrieb 1954, er erinnere sich mit aller Deutlichkeit, daß Hitler nach „irgend ein“ eine kleine Pause gemacht habe, auf die dann die wegwerfende Bemerkung gefolgt sei: Ob „Kerl“ oder „Schweinehund“ könne er aber nicht mehr genau sagen. (IFZ, ED 1/1–2. Aufzeichnungen Gen. d. Inf. C. Liebmann 1922–1959, Bl. 365.) Auch Halder bestätigt, daß eine derart derbe Bemerkung gefallen sei. Er erinnere sich sogar, daß er einen Augenblick gezweifelt habe, ob er diesen Ausdruck mitschreiben solle. Da sein KTB meist offen auf seinem Schreibtisch lag, habe er es für besser gehalten, es nicht zu tun. (IFZ, ZS 240, Bl. 42.)

worden. Als unmittelbares Zeugnis der Ansprache Hitlers am 22. August 1939 gebührt ihr der Vorzug vor allen anderen Versionen, die, wie wir gesehen haben, nachträglich entstanden und in mehr oder minder durchgreifender Form überarbeitet worden sind. Unser Befund steht damit im Gegensatz zu dem Ergebnis, zu dem Hans-Günther Seraphim in einem Aufsatz „Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung“⁶³ in seiner Erörterung der Rede Hitlers vom 22. August 1939 gelangt ist. Seraphim sieht in C eine „dubiose Quelle“. Ohne weitere Begründung bezeichnet er die „Tendenz des Ausdrucks“ dieser Niederschrift als „unverkennbar“, die „nicht gerade für die Sachlichkeit des Verfassers“ spreche. Er stellt schließlich die Forderung auf, diese Quelle „als Unterlage für die Geschichtsdarstellung“ auszuscheiden, „da ja anderes Material reichlich vorhanden“ sei.

Dieses reichliche Material besteht für Seraphim in dem Affidavit Boehms und in späteren Aussagen Beteiligten im OKW-Prozeß von 1947/48. Sachlich ist Seraphims Beweisführung keineswegs überzeugend. Am historischen Aussagegehalt oder, wie das Gerhard Ritter formuliert hat⁶⁴, am „politischen Schwergewicht“ von C würde sich auch dann nichts ändern, wenn die Ausdrücke „Schweinehund“ oder „brutales Vorgehen“ wirklich nicht gefallen sein sollten. Sachlich stimmen alle Versionen (außer L) im wesentlichen überein.

Wenn wir Ritter in dieser grundsätzlichen Beurteilung folgen können, so müssen wir ihm in einigen gewisse Einzelfragen betreffenden Beobachtungen (die er vorsichtigerweise als Konjekturen hinstellt) widersprechen. Ritter vermutet⁶⁵ in Schmunt den Verfasser von C. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil Schmunt als Chefadjutant, junger Offizier und gläubiger Gefolgsmann Hitlers schwerlich gegen dessen Verbot des Mitschreibens gehandelt haben kann⁶⁶. Ritter meint ferner, zwei Ansprachen Hitlers vor den Generalen hätten „nach Ausweis des Tagebuchs“ von Halder nicht stattgefunden. Ritter hat aber nicht beachtet, daß die „Zweite Ansprache“ Hitlers mit dem letzten Teil von B (beginnend: „Natürlich würden die Westmächte bei einem Konflikt Deutschland-Polen versuchen, das Gesicht zu wahren.“) und mit Punkt II–III 1 von H inhaltlich übereinstimmt. Halder hat übrigens ein „Vormittag“ in Klammern hinter Punkt I gesetzt und ein „Nachmittag“ oder ähnliches hinter Punkt II offensichtlich aus Versehen nicht hinzugefügt. Durch G₁ ist deutlich erwiesen, daß tatsächlich zwei Ansprachen vor den Generalen stattgefunden haben („Nach einstündiger Mittagspause fuhr der Führer um 15.00 Uhr in seiner Ansprache folgendermaßen fort“); denn für den Betreuer eines amtlichen Kriegstagebuchs sind Einzelheiten wie Angaben über Zeit, Ort und Teilnehmer wichtig. Auch über diesen Umweg erweist sich übrigens C in der Trennung der Ansprache Hitlers in zwei Teile als zuverlässig⁶⁷.

⁶³ In: Mensch und Staat in Recht und Geschichte, Festschrift für Herbert Kraus, Kitzingen/M 1954, S. 436–455. Die folgenden Zitate ebenda S. 453.

⁶⁴ Ritter, Goerdeler, S. 488.

⁶⁵ Ritter, Goerdeler, S. 488.

⁶⁶ Vgl. auch Anm. 45.

⁶⁷ Der Herausgeber des Keitel-Nachlasses, Walter Görlitz, behauptet ohne Belege: „Abweichende Versionen haben bei manchen Autoren ... die Vermutung aufkommen lassen,

Ritters Beurteilung von L scheint uns ebenfalls zu hypothetisch zu sein. Er bringt sie nicht mit den anderen Niederschriften in Zusammenhang, sondern vermutet in ihr die Wiedergabe einer Nachmittagsansprache Hitlers vor Parteigrößen und SS-Führern auf dem Berghof, also vor einem anderen Publikum. Diese Vermutung hat zunächst für sich, daß sich dadurch der ordinäre Jargon der Aufzeichnung besser erklären ließe. Psychologisch wäre Hitler fehlgegangen, mit derart primitiven Äußerungen Kriegsbegeisterung in seiner Generalität zu entfachen. Er war zu instinktsicher, um das zu tun. Es scheint uns aber, daß sich Ritter durch seinen Erklärungsversuch der „Zweiten Ansprache“ (2. Teil von C) auf diese Vermutung bringen ließ. Nachdem wir festgestellt haben, daß Hitler am 22. August zwei Ansprachen gehalten hat und C sie beide wiedergibt, ist es nicht nötig anzunehmen, Hitler habe eine dritte Rede gehalten, um die Entstehung von L zu erklären⁶⁸.

Hitler habe eine zweite Ansprache gehalten. Dies trifft mit Sicherheit nicht zu.“ (Generalfeldmarschall Keitel, Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, hrsg. von Walter Görlitz, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1961, S. 209, Anm. 121.) – Gen. Adm. Boehm bestätigt mir, daß Hitler in seiner Rede eine Pause eingelegt habe, in der er ein Frühstück an kleinem Tisch auf der Terrasse vor dem Berghof gegeben habe. (Mitteilung vom 17. 9. 1966.) – Obwohl Liebmann (in der Rückerinnerung) bestreitet, Hitlers Ansprache sei durch eine „Mittagspause“ unterbrochen worden, spricht er doch von einem „Frühstück“ auf der Freiterrasse des Berghofes. (IfZ, ED 1/1–2. Aufzeichnungen Gen. d. Inf. C. Liebmann 1922–1959, Bl. 365). Auch Halder erwähnte im OKW-Prozeß 1947/48 „einen kleinen Imbiß“ auf der Terrasse. (IfZ, OKW-Prozeß, Fall XII, S. 1864.) – In den Tagebuchaufzeichnungen Felbers, der als Generalstabschef der 8. Armee unter General Blaskowitz an der Ansprache teilnahm, findet sich unterm 22. 8. 1939 die Eintragung: „Teeempfang aller Oberbefehlshaber und Chefs auf Obersalzberg.“ (Bundesarchiv/Militärarchiv Koblenz, Nachlaß Felber, H 08–67/2.)

Die Frage, ob Hitler zwei Ansprachen, zwischen denen ein Mittagessen stattfand, gehalten habe oder nicht, darf durch den Wortlaut der (mir nachträglich vorliegenden) KTB-Eintragung Albrechts (vgl. Dokument 2 im Anhang) als endgültig entschieden gelten: „Mittagessen mit Hitler, darauf nochmalige kurze Ansprache des Führers.“ Gen. Adm. Albrecht erläutert mir, daß während der zwei Ansprachen „an kleinem Tisch ein einfaches Mittagessen“ gereicht worden sei. (Mitteilung vom 6. 12. 1966.)

⁶⁸ Ritter möchte dennoch an seiner Annahme (Goerdeler, S. 488) festhalten, L sei auf eine Ansprache Hitlers am Nachmittag vor Parteigrößen und SS-Führern zurückzuführen. Halder habe ihm sehr eindrucklich den sonderbaren Eindruck geschildert, den die Generale gehabt hätten, als während des Essens sich der Berghof mit solchen Funktionären gefüllt habe. (Mitteilung vom 23. 1. 1967.) Die Entstehung von L ist jedenfalls auch damit nicht schlüssig bewiesen. Steht dem nicht der Passus in dem Brief Ogilvie-Forbes' an Kirkpatrick (vgl. S. 121 und Anm. 11) entgegen, L stamme von „one of the Generals present at the meeting“? Das dürfte ein Wehrmachtsgeneral gewesen sein, zumal er „horrified at what he heard“ gewesen sei.

Eine Rundfrage bei Ohrenzeugen (Albrecht, Boehm, Engel, Mackensen, Manstein, Milch, Warlimont), ob ihnen aufgefallen sei, daß sich am 22. August SS- und Parteigrößen auf dem Berghof angesammelt hätten, wie dies Halder Ritter geschildert hat, ist mir einmütig beantwortet worden: man habe keine solche Leute gesehen. Warlimont versicherte mir (4. 2. 1967) „mit aller Bestimmtheit“, daß er keine Partei- oder SS-Leute am 22. August auf dem Berghof gesehen habe. Der Nachmittag bis gegen 16 oder 17 Uhr sei im übrigen mit Vorträgen der höheren Befehlshaber vor Hitler ausgefüllt gewesen. Auch als er (Warlimont) in Begleitung Keitels den Berghof gegen 17 Uhr verlassen habe, seien keine anderen Besucher zu sehen ge-

Es bietet sich vielmehr eine andere Erklärung an, die aber nicht so beweiskräftig ist wie unsere Erörterung über die Autorschaft von C. Mit Krausnick⁶⁹ glauben wir ihren Verfasser im Kreise der Abwehr suchen zu dürfen.

Krausnicks Vermutung stützt sich besonders auf die Erwähnung der Kompanien in polnischen Uniformen, die „in Oberschlesien oder im Protektorat“⁷⁰ angreifen sollten, um den „propagandistischen Anlaß“ zum Krieg zu liefern. Himmler und Heydrich hätten die Uniformen bei Canaris angefordert. Dieser berühmte, noch nicht völlig geklärte Vorfall war bereits in Nürnberg Gegenstand von Erörterungen. Man berief sich damals u. a. auf eine ungezeichnete Niederschrift über eine Aussprache mit Generaloberst Keitel am 17. August 1939, die sich inzwischen als Bruchstück des vernichteten Canaris-Tagebuchs identifizieren ließ. Auch durch das Halder-Tagebuch ist jetzt erwiesen, daß sich Canaris ebenfalls am 17. August mit Halder über die polnischen Uniformen unterhielt.⁷¹

Mit Hilfe des Halder-Tagebuchs läßt sich Krausnicks Vermutung noch stärker untermauern. Die Wendung in L: „Ribbentrop ist angewiesen, in Moskau jedes Angebot zu machen und jede Forderung anzunehmen“, die den Verfasser als bestens wesen. Engel (8. 2. 1967) nimmt es auf seinen Eid, daß am 22. August keine Ansprache Hitlers an Hoheitsträger oder sonstige Parteigrößen gehalten worden ist.

Es ist zu vermuten, daß Halder bei seiner Schilderung gegenüber Ritter die Situation während Hitlers Ansprache vom 22. 8. 1939 mit derjenigen vom 14. 8. 1939 (vgl. Anm. 60) verwechselt hat. In einem anderen Fall ist es ziemlich sicher, daß Halder dieser sehr begreiflichen Verwechslung zum Opfer gefallen ist. In dem bereits erwähnten Schreiben (vgl. Anm. 62: IFZ, ZS 240, Bl. 42) meint Halder, der Ausdruck „Schweinehund“ sei am 14. 8. gefallen, während die in Anm. 62 angestellten Ermittlungen auf den 22. 8. weisen. Engel gibt meiner Vermutung recht, daß Halder die beiden Ansprachen verwechselt hat; er kann zwar für den 14. 8. als Tag nicht geradestehen, teilt mir jedoch mit, er wisse noch „mit Bestimmtheit, daß Hitler in der gleichen Zeit Reichs- und Gauleiter auf dem Berghof versammelte, um sie in ähnlicher Form über seine politischen Absichten zu informieren, wie er es mit der Generalität tat“.

Man müßte jedenfalls noch nach weiteren Indizien dafür suchen, daß am 14. 8. oder kurz davor oder danach Partei- oder SS-Funktionäre auf dem Berghof waren. Im Hassell-Tagebuch (Vom anderen Deutschland, 2. Aufl., Zürich/Freiburg i. Br. 1946, S. 74) findet sich unterm 15. 8. 1939: „Die Oberbefehlshaber seien gestern auf dem Berg von Hitler informiert worden, daß er gegen Polen losschlagen wolle; zu dem Zweck werde er den Parteitag [...] abblasen.“

Die Entstehung von L aber ist mit einer zu diesem Zeitpunkt abgehaltenen Versammlung von Partei- und SS-Größen wohl kaum in Zusammenhang zu bringen. Manche der in L enthaltenen Äußerungen nämlich können in jenen Tagen nicht gefallen sein (die Erwähnung von Ribbentrops Vollmachten für Moskau u. ä.).

⁶⁹ Krausnick, Vorgeschichte, S. 381, Anm. 557.

⁷⁰ So in L; nicht für das Unternehmen gegen den Sender Gleiwitz, wie Jürgen Runzheimer, Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 408 bis 426, nachgewiesen hat, wohl aber für ein ähnliches Unternehmen an der polnischen Grenze, wie ein weiterer Aufsatz Runzheimers zum Thema zeigen wird.

⁷¹ Halder, KTB I, S. 19: „Canaris: Himmler-Heydrich Obersalzberg 150 polnische Uniformen mit Zubehör (Dr. Trumler). Oberschlesien.“ – Hans-Adolf Jacobsen vermutet (ebenda, Anm. 5) in Dr. Trumler den SS-Brigadeführer Trümmeler; es dürfte sich eher um den ehemaligen Leiter der im oberschlesischen Grenzgebiet eingesetzten SS-Verfügungstruppe, SS-Oberführer Dr. Trümmeler, handeln.

informiert ausgezeichnet, könnte ebenfalls sehr wohl auf Canaris zurückgehen. Nach dem Halder-Tagebuch nämlich berichtete Canaris dem Generalstabschef am 21. August über die russisch-deutschen Verhandlungen⁷².

Ebenso erstattete Canaris am 25. August Halder Bericht über eine Aussprache zwischen ihm und dem Polizeipräsidenten von Berlin, Graf Helldorf, über die Halder bezeichnenderweise notierte: „Besorgnis [!] wegen Rolle Totenkopfverbände.“⁷³ Von den Totenkopfverbänden ist auch in L die Rede!

Weisen diese Einzelheiten schon deutlich auf Canaris' Aufzeichnung als benutzte Unterlage für L hin, so läßt sich das gleiche Ergebnis noch auf einem anderen methodischen Weg erreichen. Wir erwähnten bereits, daß bei den in Nürnberg vorgelegten maschinenschriftlichen Durchschlägen von C verschiedene Sätze und Absätze in Winkelklammern gesetzt sind. Mit der Entstehung der Greiner-Version ließ sich diese Erscheinung nicht schlüssig in Zusammenhang bringen. Befragen wir sie im Hinblick auf L, so läßt sie sich nicht einfach von der Hand weisen. Bei einem Vergleich der eingeklammerten Sätze mit L stellt sich vielmehr heraus, daß sich alle darin ausgesprochenen Gesichtspunkte in irgendeiner Form – wörtlicher Anklang, sinngemäße Entsprechung, Überspitzung – in L wiederfinden.

Im einzelnen braucht das nicht näher ausgeführt zu werden. Die Verwandtschaft von L mit C ist jedenfalls enger als mit einer der anderen. Nur in diesen beiden Wiedergaben wird Hitlers Furcht vor einem Vermittler erwähnt⁷⁴, der ihm nach seinem Erfolg in Moskau den Trumpf aus der Hand schlagen könne. Der Ausdruck „Schweinehund“ ist lediglich auf eine tiefere Sprachebene gerutscht und zum „Saukerl“ geworden. In beiden Versionen ist die Wendung von den „arm-seligen Würmchen“ Daladier und Chamberlain in München, ebenso die zweimalige Erwähnung Görings enthalten. Der Hinweis Görings in C über die mangelnde wirtschaftliche Durchhaltekraft Deutschlands wird charakteristischerweise zum Hinweis über das Scheitern des Vierjahresplans, und Görings „Dank an den Führer“⁷⁵ am Schluß der Ansprache wird zum „blutrünstigen Dank“, den Göring,

⁷² Halder, KTB I, S. 21.

⁷³ Halder, KTB I, S. 30.

⁷⁴ Vgl. jedoch Anm. 62.

⁷⁵ Gen. Adm. Boehm teilt mir mit (17. 9. 1966), daß der Satzsatz des Dokuments 798-PS, wonach Göring dem Führer dankte und die Versicherung der Pflichterfüllung der Wehrmacht aussprach, „absolut unzutreffend“ sei. Am 22. August 1939 habe einzig und allein Hitler gesprochen, es habe keinerlei Diskussion oder Schlußentgegnung eines Anwesenden stattgefunden. – Göring selbst hat jedoch in Nürnberg ausgesagt: „Ich habe mich damals, weil es eine reine Ansprache – ohne Diskussion . . . war, als rangältester anwesender Offizier darauf beschränkt, zum Führer zum Schluß zu sagen: ‚Die Wehrmacht wird ihre Pflicht tun. Ganz selbstverständlich; wenn sie aufgerufen wird, hat sie ihre Pflicht zu tun.‘“ (IMT IX, S. 547.) Ein Beweis, mit welcher Vorsicht aus der Erinnerung gemachte Behauptungen zu verwenden sind, und auch ein neuer Beweis für die Zuverlässigkeit von C, denn nur sie bringt diese Einzelheit. – Allerdings ist Görings nachträgliche Bestätigung seiner Dankesworte kein vollgültiger Beweis dafür, daß er sie tatsächlich ausgesprochen hat. Eine solche Aussage entspräche ohnehin seinem ganzen Auftreten in Nürnberg. Aus einer anderen Quelle ist aber ebenfalls zu entnehmen, daß Göring am 22. August 1939 eine derartige Abschlußbemerkung

wie ein Wilder auf einem Tisch herumspringend, abstattet. Ebenso wird Brauchitsch nur in diesen beiden Versionen erwähnt⁷⁶.

Sachlich neu in L ist eigentlich nur die Erwähnung Japans in dem Satz: „Den Abfall Japans müssen wir in Kauf nehmen.“ Er dürfte unter dem Eindruck von Mitteilungen (zwischen dem 23. und 25. August) über die japanische Entrüstung⁷⁷ bezüglich des deutsch-russischen Nichtangriffspakts entstanden sein. Alle übrigen scheinbar neuen Gesichtspunkte bedeuten entweder ein Ausmalen auch in den anderen bereits enthaltener („Dschingis Chan hat Millionen Frauen und Kinder in den Tod gejagt.“ – „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“) oder ein erstaunliches Vorausnehmen von später tatsächlich eingetretenen Ereignissen, so etwa wenn von der physischen Vernichtung der Polen die Rede ist (das dürfte auf die zweideutige Wendung „Beseitigung der lebendigen Kräfte des Gegners“ zurückzuführen sein!) oder von einem Angriff auf die Sowjetunion, der nur eine Wiederholung des „Exerzitiums“ mit Polen sein würde.

Es sind also nicht nur sachliche Kriterien, die uns den Verfasser von L im Kreise der Abwehr suchen lassen, sondern auch inhaltlich-stilistische und sogar aus Bearbeitungszeichen gewonnene Gründe, die in dieselbe Richtung weisen. Dürfen wir nicht folgern, daß, nachdem wir Canaris mit ziemlicher Sicherheit als den Verfasser der Aufzeichnung ohne Unterschrift erkannt haben, die Lochner-Version auf seine Niederschrift trotz einiger durch den politischen Zweck der Weitergabe nach London bedingten Zusätze und trotz der Dramatisierung des Inhalts zurückzuführen ist? Da er sie wohl kaum selber redigiert haben dürfte, so könnte man an Oster oder eine andere dem deutschen Widerstand nahestehende Person als ihren „Redakteur“ denken.

Unsere quellenkritische Untersuchung zur Überlieferung von Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern und Kommandierenden Generalen der Wehrmacht vom 22. August 1939 haben mithin zu folgenden Hauptergebnissen geführt:

Die Eintragung Greiners im Kriegstagebuch des OKW über diese Rede ist in erster Linie auf Grund der seit Nürnberg bekannten und umstrittenen „Aufzeichnung ohne Unterschrift“ entstanden. Die in Nürnberg getroffene Feststellung,

gemacht haben dürfte. Am 27. August 1939 schrieb Ogilvie-Forbes an Kirkpatrick: Lochner habe ihm mitgeteilt, daß ein Luftwaffenoffizier den Inhalt der Ansprache Hitlers bestätigt und bedauert habe, daß sich Göring in der beschriebenen Weise (gemeint ist der entsprechende Passus in L) aufgeführt habe. (Documents on British Foreign Policy VII, S. 316.) – Gen. Adm. Albrecht schreibt mir zu dieser Frage (Mitteilung vom 6. 12. 1966), er könne sich an eine „Dankrede“ Görings nicht erinnern, wolle aber „eine solche in kürzester Form nach dem Schluß der 2. Ansprache nicht ausschließen“.

⁷⁶ C: „Wenn mir Herr v. Brauchitsch gesagt hätte, ich brauche vier Jahre, um Polen zu erobern, dann hätte ich geantwortet: dann geht's nicht.“ L: „Generaloberst von Brauchitsch hat mir zugesagt, den Krieg gegen Polen in wenigen Wochen zum Abschluß zu bringen. Hätte er mir gemeldet, ich brauche zwei Jahre oder auch nur ein Jahr dazu, so hätte ich den Marschbefehl nicht gegeben...“

⁷⁷ Vgl. z. B. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik VII, Nr. 174, S. 154; Nr. 183, S. 159; Nr. 223, S. 198; Nr. 246, S. 217.

C stamme aus OKW-Akten, sowie die Aufdeckung der nicht nur sachlich, sondern auch sprachlich weitgehenden Übereinstimmung dieser beiden Niederschriften lassen den Schluß zu, daß jene „Aufzeichnung ohne Unterschrift“ von Admiral Canaris stammt. Dadurch konnten die bisher vielfach (Siemers, Boehm, Seraphim) geäußerten Zweifel am Wert dieser Quelle aus dem Wege geräumt werden. Da sie die einzig bekannte unmittelbare Mitschrift von Hitlers Ansprache ist, gebührt ihr der Vorrang vor allen anderen Versionen.

Weitere bislang strittige Fragen konnten schlüssig beantwortet werden: Hitler hat am 22. August 1939 tatsächlich zwei *Ansprachen* gehalten. Im Anschluß an die zweite hat er tatsächlich *militärische Einzelheiten* mit einem kleineren Kreis von Generalen besprochen.

Ob die in C enthaltene schwerwiegende Wendung, das Ziel des deutschen Angriffs auf Polen sei die „Beseitigung der lebendigen Kräfte“ Polens, in dieser Form gefallen ist, kann auch im Lichte unseres heutigen Wissens nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die verschiedenartige Wiedergabe dieser Wendung in den bisher bekannten wie in den im Anhang erstmalig veröffentlichten Versionen legt vielmehr nahe, daß Hitler sich in diesem Punkt mißverständlich ausgedrückt hat. Die Äußerung jedoch, er habe nur Angst, daß ihm noch im letzten Moment irgendein „Schweinehund“ einen Vermittlungsplan vorlege, dürfte er in dieser oder einer ähnlichen Formulierung getan haben.

Das Dunkel über der *Lochner-Version* wurde nur soweit aufgehellt, als vermutet werden konnte, daß sie auf Canaris' Aufzeichnung zurückgeht. Ihr eigentlicher Verfasser allerdings bleibt nach wie vor unbekannt.

Die Tatsache, daß wir von Hitlers Ansprache im Berghof vom 22. August 1939 so zahlreiche Niederschriften besitzen, zeigt, daß sie bei den Zuhörern einen großen Eindruck hinterlassen haben muß; bei einigen scheint sie sogar aufwühlend gewirkt zu haben. Das Gefühl, „Zeuge von etwas Ungeheuerlichem zu sein“⁷⁸, hat sicher nicht nur Admiral Canaris beherrscht.

ANHANG

Vorbemerkung

Im folgenden werden zwei bisher unveröffentlichte Niederschriften der Rede Hitlers vom 22. August 1939 abgedruckt, welche die Anzahl der bisher im Druck zugänglichen Wiedergaben auf sechs erhöhen. Es handelt sich um eine Niederschrift des Generals der Infanterie Curt Liebmann und um eine Eintragung im Kriegstagebuch des Generaladmirals Conrad Albrecht.

Die Liebmann-Version stammt aus den „Aufzeichnungen 1938/39“, die der General im November 1939 zu Papier gebracht hat. Der Abdruck erfolgt auf Grund einer mir von Herrn Wittilo Liebmann, Sohn des verstorbenen Generals, freundlicherweise zur Verfügung gestellten Kopie einer Abschrift der „Aufzeichnungen“. Die Abschrift wurde an drei durch Kursivschrift gekennzeichneten Stellen nach dem

⁷⁸ Gisevius, Ende II, S. 104.

handschriftlichen Original ergänzt. Diese drei Ergänzungen hat Liebmann 1954 dem Institut für Zeitgeschichte mitgeteilt⁷⁹, wo sich auch mehrere Kopien der Abschrift befinden.

Die Andersartigkeit dieser Niederschrift gegenüber den bisherigen Versionen erklärt sich aus ihrer Entstehungsart. Sie gliedert sich in einen Abschnitt, der von Liebmanns Fahrt nach dem Berghof berichtet, in das Kernstück, die eigentliche Wiedergabe der Rede, und in einige abschließende Bemerkungen über den eigenen Eindruck und die Reaktion der anderen Teilnehmer.

Der Quellenwert des Kernstücks steht den anderen Versionen insofern nach, als die Aufzeichnung 1. kürzer und 2. mehrere Wochen nach dem Ereignis entstanden ist. Trotzdem bietet sie einige wichtige Ergänzungen zu den bisher bekannten Quellen über die Rede Hitlers vom 22. August.

Ähnliches gilt auch für die Eintragung im Kriegstagebuch des damaligen Admirals Albrecht. Herr Generaladmiral a. D. Albrecht hat mir dankenswerter Weise eine Abschrift, die dem Abdruck zugrunde liegt, zur Verfügung gestellt. Das KTB, das Albrecht am 22. August 1939 begann und dessen Original sich in seinem Besitz befindet, ist kein amtlich, sondern ein privat geführtes Tagebuch. Den Abschnitt über Hitlers Ansprache trug Albrecht nach dem Gedächtnis „spät abends am 22./23. August 39“ ein⁸⁰.

Aus der zeitlichen Nähe dieser Quelle zu dem Ereignis ergibt sich ihr Wert, der gegenüber B und H nur durch ihre relative Kürze beeinträchtigt wird: Die eigentliche Wiedergabe der Rede Hitlers macht nur etwas mehr als eine halbe Schreibmaschinen-seite aus. Besonders wertvoll sind jedoch Zeit- und Zahlenangaben, die mit den bisher bekannten verglichen werden können. In zwei bisher strittigen Einzelheiten ermöglicht die Albrecht-Version eine endgültige Entscheidung: Die Teilnehmer sind auf dem Obersalzberg in Zivil erschienen, und Ribbentrop war bei der Ansprache zugegen⁸¹.

Die an sich wünschenswerte Wiedergabe aller Versionen im Paralleldruck verbietet sich leider aus technischen und aus Raumgründen.

Niederschrift des Generals a. D. Liebmann⁸²

Am frühen Morgen des 21. August 39 meldete sich ein Offizier des Gen.St. des Heeres in meiner Privatwohnung bei mir und überbrachte den Befehl zur Teilnahme an einer am 22. 8. stattfindenden Besprechung beim Führer auf dem Obersalzberg. Am 21. 8. abds. fuhr ich von Berlin nach Salzburg ab. Im Zuge traf ich den General von Bock, O.B. der Gr. 1⁸³, mit seinem Chef v. Salmuth⁸⁴ und erfuhr von diesen erstmalig, daß das Heer, d. h. die Mehrzahl der aktiven Verbände – bereits nahezu fertig

⁷⁹ IfZ, Aufzeichnungen Gen. d. Inf. C. Liebmann 1922–1959, Bl. 365, 368.

⁸⁰ Mitteilung vom 6. 12. 1966.

⁸¹ Vgl. Anm. 96 und 97.

⁸² Vgl. auch Hans-Adolf Jacobsens Literaturhinweise zu H: Halder, KTB I, S. 23–26.

⁸³ Der spätere Generalfeldmarschall Fedor von Bock (1880–1945) war am 22. 8. 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe „Nord“.

⁸⁴ General Hans von Salmuth erklärte zu Hitlers Ansprache beim OKW-Prozeß 1947/48: „Ich hatte den Eindruck, daß es nicht zum Kriege kommen würde . . . Und zwar auf Grund dessen, was Hitler uns ganz zum Schluß, so eo ipso möchte ich mal sagen, seiner Ansprache erklärte. Das war nämlich der kurz bevorstehende Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, und es war mir klar, daß nun nach diesem Abschluß Deutschland-Rußland Polen unbedingt nachgeben müsse.“ (IfZ, OKW-Prozeß, Fall XII, dtsh. Protokoll, S. 3868.)

aufmarschiert an der polnischen Grenze stand⁸⁵. Am Morgen des 22. brachten die Zeitungen, die wir noch im Zuge bekamen, die Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes⁸⁶. Ich las die Nachricht mit aufrichtiger Erleichterung. Wenn irgend etwas, so war vielleicht dieser Pakt noch geeignet, den Frieden zu erhalten, denn er bedeutete nicht nur das Scheitern der im Gange befindlichen englischen Anbiederungsversuche in Moskau, sondern auch, daß Polen im Osten allein stand, wenn nicht sogar von zwei Seiten bedroht war. Vielleicht riet England nun den Polen zur Annahme der deutschen Forderungen, deren wahren Umfang ich freilich nicht kannte. In Salzburg traf ich im Hotel den Botschafter in Ankara, v. Papen (mir aus dem Gen.Stabe gut bekannt)⁸⁷. Er erzählte mir, daß er am Vorabend eine Unterredung mit Hitler gehabt und diesen vor einem Kriege gegen England gewarnt habe: „Man sollte keinen Krieg anfangen, bei dem die Chancen zu gewinnen unter 50 % lägen“ hätte er ihm gesagt, glaube aber nicht, großen Eindruck gemacht zu haben. Mit Bock und Salmuth fuhr ich dann im Kr.Wg. zum Obersalzberg. Unterwegs erzählte Salmuth von einer Besprechung, zu der der Führer am 10. 8. 38 die Chefs der Stäbe der Heeresgruppen und Armeen versammelt hatte⁸⁸. Hitler hätte dabei seine mil. Pläne entwickelt und dabei, wie in Jüterbog am 15. 8. 38⁸⁹, seiner festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß England und Frankreich es nicht wagen würden, sich in den Konflikt Deutschland-Polen⁹⁰ einzumischen. Nachdem Hitler gesprochen hatte, hätte der General v. Wietersheim⁹¹ die Frage an ihn ge-

⁸⁵ Zum deutschen Operationsplan gegen Polen und zum Aufmarsch der deutschen Verbände vgl. Nikolaus v. Vormann, *Der Feldzug 1939 in Polen, Die Operationen des Heeres*, Weissenburg 1958, S. 57 ff., 63 ff.

⁸⁶ Bereits am 21. August hatte das Deutsche Nachrichtenbüro gemeldet, daß zwischen Deutschland und Rußland am 23. August ein Nichtangriffspakt abgeschlossen werde. Vgl. Archiv der Gegenwart 1939, Sp. 4180. Zur Vorgeschichte des Paktes vgl. Gerhard L. Weinberg, *Germany and the Soviet Union 1939-1941*, Leiden 1954, S. 33 ff., 41 ff. Walther Hofer, *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939*, Frankfurt/M 1964, S. 115 ff.

⁸⁷ Franz von Papen (1879) war Offizier im Ersten Weltkrieg gewesen, zuletzt Stabschef der türkischen 4. Armee in Palästina. Von April 1939 bis August 1944 war er Botschafter in der Türkei. Zu seinem Aufenthalt in Berchtesgaden vgl. seine Erinnerungen: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 511-512. Die Unterredung mit Hitler datiert Papen auf den 20. 8. 1939.

⁸⁸ Vgl. die Eintragung im Jodl-Tagebuch vom 10. 8. 1938: IMT XXVIII, S. 373-374. Dazu die Aussagen Jodls: IMT XV, S. 438-439; Mansteins: IMT XX, S. 659-660.

⁸⁹ Während Hitler am 10. 8. 1938 vor den Stabschefs, der „jüngeren Generation“, sprach, hatte er fünf Tage später die höheren Generale auf den Übungsplatz Jüterbog zitiert, um ihre Bedenken gegen den geplanten Angriff auf die Tschecho-Slowakei zu entkräften. – Auch vor der Ansprache vom 22. 8. 1939, am 14. 8. 1939, hatte Hitler die Generalstabschefs auf den Berghof geladen. Vgl. Halder, KTB I, S. 8 ff. Diese Rede ist als „Vorläufer“ derjenigen vom 22. 8. anzusehen. In beiden Fällen entwickelte Hitler die gleichen Gedankengänge. Beide Ansprachen sind übrigens ein Beispiel für die Führungstechnik Hitlers. Halder hatte den Eindruck, daß solche „Vorbesprechungen“ Hitler Gelegenheit geben sollten, seine „politischen Tiraden vorzuüben und auf das jeweilige Publikum abzustellen“. (IfZ, ZS 240, Bl. 42.) Vgl. auch IMT XV, S. 438-439; Görlitz, Keitel, S. 208-209.

⁹⁰ Nach den verfügbaren Quellen hatte Hitler in den Ansprachen vom 10. und 15. August 1938 vom Konflikt Deutschland-Tschecho-Slowakei gesprochen. Es könnte hier eine Verwechslung der Ansprachen Hitlers vom 10. August 1938 und vom 14. August 1939 (s. Anm. 89) vorliegen.

⁹¹ Generalmajor von Wietersheim, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe 2.

richtet, wie er sich den Verlauf denke, wenn Frankreich und England allen Erwartungen zum Trotz dennoch eingriffen? In diesem Falle seien doch die im Westen stehenden deutschen Kräfte trotz Westwall offenkundig ganz ungenügend. Hitler sei darauf in große Erregung geraten und habe Wietersheim und die, die ebenso dächten wie dieser, unverblümt der persönlichen Feigheit bezichtigt. „Im übrigen“, habe Hitler gesagt, „wenn das Offizierskorps versagt, vertraue ich auf den deutschen Musketier.“

Auf dem Obersalzberg versammelte sich bis zum Mittag⁹² den 22. 8. 39 allmählich die höhere Generalität. Vom Heere waren es die Führer der Heeresgruppen und Armeen und ihre Chiefs⁹³, von der Luftwaffe⁹⁴ und Marine⁹⁵ die entsprechenden Persönlichkeiten. Auch der Außenminister von Ribbentrop⁹⁶ war zugegen. Alles war in

⁹² G₁, H und Albrecht-Version (Dokument 2) geben übereinstimmend als Beginn der Ansprache Hitlers 12.00 Uhr. Vgl. auch Anm. 113.

⁹³ Nach Vormann, Polen, S. 202–208 („Kriegsgliederung und Stellenbesetzung des Deutschen Heeres am 1. September 1939“), dürfte es sich um folgende Offiziere gehandelt haben: Gen.Oberst v. Brauchitsch, Gen. d. Art. Halder, Gen.Oberst z. V. v. Rundstedt, Gen.Lt. v. Manstein, Gen.Oberst List, Gen.Major v. Mackensen, Gen. d. Art. v. Reichenau, Gen.Major Paulus, Gen. d. Inf. Blaskowitz, Gen.Major Felber, Gen.Oberst v. Bock, Gen.Major v. Salmuth, Gen. d. Art. v. Kluge, Gen.Major Brennecke, Gen. d. Art. v. Küchler, Gen.Major v. Böckmann, Gen.Oberst z. V. Ritter v. Leeb, Gen.Major v. Sodenstern, Gen. d. Inf. z. V. Liebmann, Gen.Major Sixt v. Armin, Gen. d. Inf. v. Witzleben, Gen.Major Mieth, Gen. d. Art. Dollmann, Gen.Major Fischer v. Weikersthal.

Die Teilnahme dieser 24 Offiziere ist in den meisten Fällen bezeugt. Herr Gen. d. Inf. a. D. Kurt Brennecke schreibt mir (23. 9. 1966), er sei bei der Besprechung nicht zugegen gewesen. Desgleichen teilt mir Herr Gen. d. Inf. a. D. Herbert von Böckmann mit (19. 9. 1966), daß er nicht teilgenommen habe.

⁹⁴ Neben Göring und dem Chef d. Gen. Stabes der Luftwaffe, Gen.Major Jeschonnek dürfte es sich um folgende Offiziere gehandelt haben: Gen.Oberst und Gen.Inspekteur der Luftw. Milch, Gen.Lt. Bodenschatz, Gen. Kesselring, Oberst Speidel, Gen. Löhr, Oberst Korten, Gen. Felmy, Oberst v. Wühlisch, Gen. Sperrle, Gen.Major Ritter v. Pohl.

Von ihnen ist (nach Aussagen in Nürnberg) die Teilnahme von Milch, Kesselring und Sperrle bezeugt.

⁹⁵ Von der Marine waren nach Mitteilungen Boehms und Albrechts sowie nach Nürnberger Zeugenaussagen zugegen:

Großadm. Raeder, Vizeadm. Schniewind, Vizeadm. Schulte-Möntig, Adm. Albrecht, Adm. Saalwächter, Adm. Boehm, Vizeadm. Densch, Kap. z. S. Fricke.

⁹⁶ Ribbentrop behauptete in Nürnberg, er sei bei der Ansprache nicht zugegen gewesen (IMT X, S. 414–415). Seine Teilnahme wird aber von verschiedenen Seiten bezeugt, am eindeutigsten durch Dokument 2. Vgl. auch in diesem Dokument den kursiv gesetzten Passus nach „in die Quere käme“. – Gen.Feldmarschall Rundstedt sagte am 19. 6. 1946 in Nürnberg aus: „Bei dieser Besprechung auf dem Berghof meldete sich der Reichsaußenminister von Ribbentrop ab zu einem Flug nach Moskau.“ (Vernehmung Rundstedts vom 19. 6. 1946: „Amtliche Niederschrift der Zeugenaussagen über angeklagte Organisationen vor der vom Internat. Militärgerichtshof (Nürnberg) am 13. März 1946 gemäß § 4 ernannten Kommission (Umdruck im IFZ, A 279, S. 1128–1129.) Ribbentrop traf am „Spätnachmittag“ in Berlin ein und flog erst um 21.00 Uhr von Berlin nach Moskau ab. (Vgl. Kordt, Nicht aus den Akten . . ., S. 324. – Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45, Bonn 1952, S. 441.) – Vgl. noch Manstein, Siege, S. 20.

Von den in G₂ erwähnten Amtschefs des OKW ist die Teilnahme von Keitel, Canaris und Warlimont bezeugt. (Vgl. Anm. 45.) Der Reichspressechef Otto Dietrich und Gen. August Winter waren nicht anwesend, wie es nach Krausnick, Vorgeschichte, S. 308, Anm. 554 und

Civil⁹⁷, da die Besprechung in der hochgespannten politischen Atmosphäre möglichst S. 381, Anm. 556, den Anschein haben könnte. Dietrich nahm nur am Mittagessen teil (IfZ, OKW-Prozeß, Fall XII, S. 1863), Gen. Winter war als Gruppenleiter in der Operationsabt. (1. Abt.) des Gen.Stabs des Heeres ex officio nicht dabei. (Mitteilung Winters vom 28. 7. 1966. Vgl. IfZ, ZS 315, Bl. 19–20; ZS 149, Bl. 20–21.)

Rechnet man noch die vier Adjutanten Hitlers hinzu, kommt man insgesamt auf eine Teilnehmerzahl von etwa 50 Personen.

⁹⁷ Im OKW-Prozeß (Fall XII, S. 1935; IfZ) sagte Gen.Oberst Halder aus, daß die Teilnehmer in Uniform erschienen seien, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Ereignis zu lenken. Die Teilnehmer seien von allen Gegenden des Reiches im Flugzeug auf dem Flughafen Salzburg angekommen, „und von da fuhr eine fast ununterbrochene Kolonne von hohen militärischen Funktionären in voller Uniform nach dem Berghof hinauf, beobachtet von dem Publikum in Berchtesgaden. Wir sind daher, O.B. Brauchitsch und ich, zu der Auffassung gekommen, daß es sich hier um eine absichtliche, ostentativ herausgestellte Versammlung handelt, die wir als einen weiteren Beitrag im Nervenkrieg gegen Polen gewertet haben.“ Gen.Feldmarschall Kückler sagte in dem Prozeß ganz ähnlich aus (Fall XII, S. 2771–2772), daß die Besprechung „in voller Öffentlichkeit stattfand, daß die Teilnehmer mit Flugzeugen, meistens mit Flugzeugen in Salzburg über München eintrafen, ganz öffentlich mit dem Auto in Uniform zum Obersalzberg hin- und zurückfuhren durch eine Gegend im August, wo großer Fremdenverkehr herrschte.“ – Dem unmittelbaren Zeugnis Liebmanns ist dagegen eher Glauben zu schenken, zumal es durch Dokument 2 bestätigt wird. Gen.Adm. Albrecht schreibt mir, es bestehe kein Zweifel, daß er am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg einen Zivilanzug getragen habe. (Mitteilung vom 6. 12. 1966.) Vgl. auch Walter Görlich, Der deutsche Generalstab, Geschichte und Gestalt 1657–1945, Frankfurt/M. [o. J.], S. 498.

Auch in diesem Punkt äußert Ritter Bedenken (vgl. Anm. 68; Mitteilung vom 23. 1. 1967): Selbst wenn aus Dokument 2 im Anhang hervorgehe, daß die in München abgefahrenen Herren „befehlsgemäß“ Zivil getragen hätten, sei damit noch nicht gesagt, daß alle in Zivil, entgegen der bestimmten Erinnerung Holders und anderer, erschienen seien. Auch sehe er den Zweck dieses Befehls nicht ein. Das Ziviltragen hätte an dem Bekanntwerden der Zusammenkunft ja auch kaum etwas geändert.

Anfragen bei noch lebenden Teilnehmern führten zu keinem eindeutigen Ergebnis. Warlimont schreibt (Mitteilung vom 4. 2. 1967), alle anwesenden Offiziere seien in Uniform erschienen. Manche Beobachter hätten aus diesem „Massenauftrieb“ hoher Offiziere, die zudem fast alle im Flugzeug gekommen und auf dem kleinen Flugfeld bei Berchtesgaden gelandet seien, auf eine bewußte Demonstration schließen wollen, die den polnischen Nachrichtendienst und die Westmächte blaffen und abschrecken sollte. Auch Milch und Mackensen meinen (Mitteilungen vom 30. 1. 1967 bzw. vom 27. 1. 1967), man sei ihrer Erinnerung nach in Uniform gewesen. Dagegen teilt mir Albrecht nochmals mit (27. 1. 1967), daß alle Teilnehmer „befehlsgemäß“ in Zivil erschienen seien. Die Benachrichtigung der in Frage kommenden Offiziere sei mit persönlicher Anschrift unter Benutzung der höchstmöglichen Geheimstufe erfolgt. Auch Boehm bestätigt mir das Ziviltragen (29. 1. 1967). Die Zusammenkunft sei von den verschiedensten Gesichtspunkten aus in geheimer Form durchgeführt worden. Ihre Geheimhaltung sei dringend notwendig gewesen, da die Operationen des Heeres z. B. eine kampflose Besetzung der Weichsel-Eisenbahnbrücke bei Dirschau vorsahen, um ihre Sprengung zu vermeiden. Er entsinne sich im übrigen noch deutlich des Anblicks von Göring, der in einem Jagdgewand erschienen sei.

Der Aufzug Görings in Jagdkleidung – der ja für allgemeines Ziviltragen spricht – ist auch schon durch die genaue Schilderung Mansteins (Siege, S. 18–19) bekannt. Wie mir Manstein dazu mitteilt (5. 8. 1966 und 5. 2. 1967), seien ihm die Einzelheiten der Kostümierung Görings wegen ihrer Narrenhaftigkeit so genau, wie er sie in seinen Memoiren geschildert habe, im Gedächtnis geblieben.

geheim gehalten werden sollte. Zunächst wurde auf der herrlich gelegenen Freiterrasse gefrühstückt. Dann ging's, als ein Gewitter aufzog, in das Arbeitszimmer des Führers, dessen eine Wand ganz durch ein riesiges Fenster eingenommen wird, durch das man einen großartigen Ausblick auf die Bergwelt hat. Im gleichen Zimmer hatte vor kurzem⁹⁸ auch die erwähnte Besprechung mit den Chefs stattgefunden, die der Führer – wie mir erzählt wurde – mit den Worten eröffnet hatte: „Ich habe Sie hierher gerufen, damit Sie einmal sehen, in welcher Umgebung ich meine Entschlüsse zu fassen pflege.“ Hitler gab zunächst einen Überblick über den polnischen Konflikt und ließ keinen Zweifel, daß er mit seinem Ausgleichsvorschlag an Polen nur eine vorläufige Lösung im Auge gehabt habe. Er sei nunmehr fest entschlossen, eine endgültige Lösung herbeizuführen und das polnische Staatsgebilde von Grund aus zu zerschlagen. Mit einem Dazwischentreten Englands und Frankreichs rechne er nicht, sei vielmehr überzeugt, daß beide Staaten wohl drohen, mit dem Säbel rasseln, Sanktionen verhängen, vielleicht auch eine Blockade aufrichten, aber niemals militärisch eingreifen würden. England wie Frankreich verfügten z. Z. über keinen wirklichen Staatsmann, sondern nur über Politiker und Parlamentarier, die vor jedem entscheidenden Entschluß zurückschrecken würden. Ihre Hoffnung sei bisher die Sowjet-Union gewesen. „Auch diese Karte habe ich ihnen nun aus der Hand geschlagen.“ Wenn nicht alle Zeichen trügen, so meinte Hitler, so wäre Rußland seit Ausbootung des Außenministers Litwinow⁹⁹ im Frühjahr 39 auf dem Wege, sich von extrem-kommunistischen Zielen abzuwenden und sich einer national-russischen Politik zuzuwenden. Damit sei die Möglichkeit gegeben, daß das deutsche und russische Volk wieder zu ihrem im 19. Jahrhundert bewährten Freundschaftsverhältnis zurückfänden, da gegenseitige Feindschaft beiden Völkern bisher immer Unheil gebracht hätte¹⁰⁰. Wenn es, nach seiner festen Überzeugung, jetzt auch zu keiner mil. Auseinandersetzung mit den Westmächten kommen werde, so würde die Abrechnung mit diesen aber doch in einigen Jahren kommen müssen. Das deutsche Volk werde sich jetzt an das Kämpfen gewöhnen müssen, und der polnische Feldzug sei eine gute Vorübung dazu. Denen, die einwendeten, die deutsche Wehrmacht sei noch nicht fertig und daher einem Kriege nicht gewachsen, erwiderte er, daß eine Wehrmacht „nie“ fertig wäre. „Da sind dann noch die klugen Leute, die sagen, wenn England sich zum Kriege entschließt, gibt es einen langen Krieg. Ich sage Ihnen, England braucht Ruhe und wird vor jeder Kriegsverlängerung zurückschrecken, da diese seine überseeischen Besitzungen, besonders seine Stellung in Indien und Ostasien gefährden würde.“ Im übrigen sei Deutschland dank der in den letzten Jahren betriebenen Vorratswirtschaft auch

⁹⁸ „vor kurzem“ ist irreführend. Es könnte wiederum eine Verwechslung der beiden Ansprachen Hitlers vom 10. August 1938 und vom 14. August 1939 (vgl. Anm. 90) vorliegen.

⁹⁹ Maksim Maksimovič Litvinov (1876–1951), der im Juli 1930 Čičerin als Volkskommissar des Äußeren abgelöst hatte, wurde am 3. Mai 1939 durch Molotov ersetzt. Zu den Gründen seiner Entlassung vgl. Henry L. Roberts, Maxim Litvinov, in: Gordon A. Craig and Felix Gilbert, *The Diplomats 1919–1939*, Princeton 1953, S. 370–375.

¹⁰⁰ Diese Ausführungen über eine deutsch-russische Annäherung und erst recht natürlich die Mitteilung vom bevorstehenden Abschluß eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes muß bei den Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben. Als beispielhaft dafür sei die Aussage Rundstedts wiedergegeben: „Dieses Abkommen mit Rußland hat uns Soldaten aus der alten Seeckt-Schule in hohem Grade befriedigt, ich möchte fast sagen, beglückt. Gute Beziehungen zu Rußland waren in der Reichswehr Tradition. Offiziers-Deputationen von hüben und drüben machten Besuche. Dieser Pakt mit Rußland war nach unserer Ansicht für die Polen eine starke Bedrohung, so daß wir glaubten, es würde niemals wagen, nunmehr einen Krieg zu führen. Wir verließen den Berghof mit dem Gefühl, es werde ein Blumenkrieg, wie 1938 im Sudetenland.“

zu einem langen Kriege befähigt. Die ausgezeichnete Ernte dieses Jahres sähe er geradezu als einen Wink der Vorsehung an, daß der Augenblick zum Handeln gekommen sei. Nie wieder werde sich eine solche Gelegenheit ergeben. England und Frankreich seien schlecht geführt und mit ihren Kriegsvorbereitungen nicht fertig. Rußland habe sich mit Deutschland geeinigt. Italiens sei er sicher, aber auch nur solange, wie dort Mussolini an der Spitze stände. Das Königshaus habe immer proenglische Neigungen gehabt und habe sie noch. Vor allem aber sei er selber, Hitler, noch da; aber Niemand könne wissen, wie lange ihm die Vorsehung noch Zeit lasse. Er habe volles Vertrauen zum Gelingen seiner Pläne und fürchte nur eins, daß „ihm im letzten Augenblick noch irgend ein Kerl mit einem Vermittlungsvorschlag in die Quere käme“. *Zum Schluß wandte sich der Führer dann an Ribbentrop, der im Begriff war, zur Paktunterzeichnung nach Moskau zu fliegen, und wünschte seiner Mission alles Gelingen.*

Ich hatte schon viele Reden Hitlers über mich ergehen lassen müssen, und manche waren durch ihren sachlichen, überzeugenden Ton nicht ohne Wirkung geblieben. Diese Rede aber strotzte nach meinem Gefühl von Unsachlichkeit und Illusionen. Ihr bramarbasierender und naßforscher Ton war geradezu abstoßend. Man hatte das Gefühl, daß hier ein Mann sprach, der jedes Gefühl der Verantwortlichkeit und jede klare Vorstellung von dem, was selbst ein siegreicher Krieg bedeutete, verloren hatte und mit einer nicht zu überbietenden Leichtfertigkeit entschlossen war, ins Dunkle hineinzuspringen. Schon im Herbst 1938 war Deutschland an einem Abgrund entlang getaumelt und es war nicht das Verdienst der deutschen Führung gewesen, daß wir nicht hineinstürzten. Würde sich jetzt wieder Jemand finden, der uns vor dem Absturz bewahrte? Zwar war unsere militärische Stärke seit 1938 sicher nicht unerheblich gewachsen, und für einen Krieg gegen Polen reichte sie ohne Zweifel aus. Wer aber konnte im Ernst glauben, daß dieser Krieg sich lokalisieren lassen würde? Weitete er sich aber aus, so konnte er Jahre dauern, und dem waren – nach allem was ich wußte – weder die im Eiltempo aufgebaute, noch weitgehend ungesicherte Wehrmacht, noch auch die deutsche Wirtschaft gewachsen. Hitler aber hatte einen langen Krieg nur als ganz fern liegende Möglichkeit behandelt und deswegen weder ein etwaiges Absinken Rußlands, noch ein Eingreifen Amerikas überhaupt für wert gehalten, erörtert zu werden. Während er sprach, hatte ich mir mehrfach die Frage gestellt, was wohl geschehen würde, wenn Irgendeiner der Anwesenden sich nachher zum Wort gemeldet, Fragen gestellt oder Bedenken geäußert hätte, und hatte mir diese Frage dahin beantwortet, daß man ihn mit Sicherheit nötigenfalls gewaltsam am Reden gehindert haben würde.

Die Wirkung von Hitlers Worten auf die Zuhörer war schwer abzuschätzen. Irgend eine Aussprache fand selbstredend in Anwesenheit des Führers nicht statt. Auch Brauchitsch verzichtete darauf, seinen Untergebenen irgend einen Kommentar zu geben. Schließlich fehlte auch die Zeit, sich mit anderen Generälen über das Gehörte eingehender auszusprechen. Allenthalben sah man viele ernste und besorgte Gesichter, und ich hatte das Gefühl, daß zum mindesten ein großer Teil der Generäle des Heeres meine Bedenken teilte. Brauchitsch trug eine mir unecht erscheinende Zuversicht zur Schau. Andere zeigten eine Art Galgenhumor. Für die Generäle der Luftwaffe (ich denke dabei an Milch und Kesselring) stellte das Ganze augenscheinlich eine Bagatelle dar. Die Marine dagegen war, wie das Heer, auf einen ernsten Ton gestimmt. *Im allgemeinen schien mir die Stimmung darauf hinauszulaufen: Wir sind uns zwar klar darüber, daß die Dinge keineswegs so rosig aussehen, wie der Führer sie hinstellte; zu irgendwelchen Einwänden oder Zweifelsäußerungen ist es jetzt aber zu spät. Hoffen wir, daß die Sache gut geht!*¹⁰¹ Hitler sprach nach Beendigung seiner Rede in dem Ver-

¹⁰¹ Zum Eindruck, den Hitlers Rede auf die Anwesenden gemacht hat, vgl. außer Anm. 84

sammelungsraum noch mit einzelnen Persönlichkeiten, anscheinend über bestimmte Punkte der geplanten Feldzugseröffnung gegen Polen. Ein Gespräch zwischen ihm und Raeder¹⁰² hörte ich zufällig mit an: Raeder hatte wohl den Führer darauf aufmerksam gemacht, daß das in der Danziger Bucht liegende Seekadetten-Schulschiff (es war wohl die „Hannover“ oder „Schleswig-Holstein“) den Gdingener Küstenbatterien der Polen wesentlich unterlegen sei¹⁰³. Darauf Hitler wörtlich: „Na, wenn der alte Kahn versackt, so schadet das auch nichts.“ Als Raeder entgegnete, daß der mögliche Verlust von 300 Seekadetten doch für die Marine ein schwerer Schlag sein würde, antwortete Hitler nur mit einer wegwerfenden Handbewegung.

Ich hatte erwartet, daß Brauchitsch¹⁰⁴ wenigstens den Armeeführern noch irgend und 100 IMT X, S. 578 (Keitel), IMT XIV, S. 202 (Raeder), IMT XX, S. 624 (Brauchitsch), IMT XX, S. 661 (Manstein); ferner Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 53–54. Erich Raeder, Aus meinem Leben, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 165–166. Manstein, Siege, S. 18–21.

Sodenstern hatte von der Ansprache den bestimmten Eindruck gewonnen, daß der Krieg gegen Polen „unbedingt bevorstehe“. Offenbar habe Hitler mit der Herausstellung der günstigen Nachrichten aus Moskau „die Generalität für diesen Krieg entflammen“ wollen. Gleichzeitig habe er ihr „eine Art Garantie, daß England und Frankreich sich am Krieg nicht beteiligen würden“, gegeben. Der Eindruck von Hitlers Ausführungen hinsichtlich einer Lokalisierung des Krieges „sei wohl unterschiedlich gewesen“. Er (Sodenstern) und Witzleben seien sich bei einem Gespräch am Abend „jedenfalls in der Meinung einig“ gewesen, „daß Hitler sich irre“. Im übrigen halte er die Tatsache für beschämend, daß die höheren Offiziere kaum gewagt hätten, miteinander offen über ihre Eindrücke zu sprechen, „in dem – wahrscheinlich irrthümlichen – Gefühl, daß dies bedenklich sein könnte. Es habe eine Atmosphäre des Argwohns bestanden.“ (IfZ, ZS 149, Bl. 20–21.) Dazu vgl. Sodensterns eidesstattliche Erklärung im „Dokumentenbuch I für Generaloberst v. Salmuth“ im OKW-Prozeß, Fall XII, S. 62, Dokument 28: „Es ging aus Hitlers Ausführungen nicht eindeutig hervor, daß von ihm ein Angriffskrieg beabsichtigt sei. Mir selbst erschien das allerdings wahrscheinlich, doch habe ich aus Unterhaltungen nach der Ansprache entnommen, daß viele Teilnehmer den Eindruck gewonnen hatten, Hitler verspreche sich von seiner Haltung wieder einmal eine einschüchternde Bluffwirkung.“

Sodenstern scheint der einzige Teilnehmer zu sein, der nach dem Krieg zugab, daß er von der Ansprache den bestimmten Eindruck mitgenommen habe, es werde unabwendbar zum Krieg gegen Polen kommen. Dazu vgl. noch OKW-Prozeß, Fall XII, S. 2415 (Leeb), S. 4710 bis 4711 (Schniewind), S. 2771–2772 (Küchler, der die Ansprache für „einen großen Bluff“ hielt), S. 4839 (Schulte-Möntig), S. 3868 (v. Salmuth). Für Rundstedt vgl. Anm. 100. Halder gab während des OKW-Prozesses (S. 1863–1864) folgende Begründung für seinen Eindruck, daß es nicht zum Krieg kommen würde: „Das stand nicht fest, zumindest für diejenigen, die Hitlers Diktion und Ansprachen kannten. Es mag sein, daß Leute, die ihn zum erstenmal hörten und seine Eigenart nicht kannten, vielleicht einen anderen Eindruck gehabt haben. Ich habe mit verschiedenen älteren Offizieren gesprochen . . . Hier herrschte der Eindruck vor, der berühmte Nervenkrieg wird fortgesetzt in der günstigen Situation, die die Isolierung Polens geschaffen hat, ein Entschluß ist nicht gefallen . . . Nach dieser Ansprache fand auf der Terrasse vor dem Haus ein kleiner Imbiß statt. Der Zufall brachte mich an einen Platz neben dem Reichspresseschef Dr. Dietrich, den ich damals erst kennenlernte. Er fragte mich, „Was ist denn heute hier gesprochen worden, daß die Leute alle einen so betrübten Eindruck machen?““

¹⁰² Erich Raeder (1876) 1935–50. 1. 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.

¹⁰³ Vgl. Friedrich Ruge, Der Seekrieg 1939–1945, Stuttgart 1954, S. 34–36.

¹⁰⁴ Walther von Brauchitsch (1881–1948) Oberbefehlshaber des Heeres 4. 2. 1938 bis 19. 12. 1941.

welche Direktiven zu geben haben würde. Er sagte aber nur obenhin: „Herrschaften, begehrt Euch bald auf Eure Plätze.“ Das war für einen Armeeführer, der wie ich bereits im Ruhestand lebte und daher über die tatsächlich getroffenen mil. Maßnahmen völlig ununterrichtet war, etwas wenig!*

* *Anmerkung von Liebmann, nach dem Kriege hinzugefügt:*

Die wiederholt an mich gerichtete Frage, ob es nicht bei dieser Besprechung auf dem Obersalzberg noch möglich gewesen wäre, die sicher zum mindesten beim Heere bestehenden schweren Bedenken zur Sprache zu bringen und den Krieg zu verhüten, muß ich verneinen. Zunächst ist zu sagen, daß für Hitler ja nur ein Krieg gegen Polen in Frage stand. Diesem fühlte sich auch das Heer mit Recht gewachsen. Dem Einwand, daß der Krieg sicher nicht derart begrenzt bleiben würde, konnte Hitler damit begegnen, daß dies eine politische Frage wäre, deren Beurteilung seine Sache und nicht die der Generäle wäre. In jedem Falle wäre ein Einspruch des Heeres gegen seine Pläne nur dann vielleicht wirksam gewesen, wenn der O. B. des Heeres als Sprecher für die Gesamtheit der Generäle aufgetreten wäre. Aber dieser Einspruch hätte dann früher (spätestens im Frühjahr 39) eingelegt werden müssen. Nachdem Brauchitsch hierauf verzichtet hatte, oder nach Zurückweisung seines Einspruchs im Amte geblieben war, und die mil. Maßnahmen gegen Polen, soweit sie das Heer betrafen, geleitet hatte, war es selbstverständlich zu spät. Hier – wie auf anderen Gebieten – hat seit dem Abgang Fritsch's dem Heer eine wirkliche Führung gefehlt. Sie wäre in so kritischen Zeiten wie den damaligen doppelt nötig gewesen. Die Auflehnung einzelner Generäle, mochte sie auch noch so wohl begründet sein, mußte immer wirkungslos verpuffen. Die sich Auflehrenden wurden damals zwar noch nicht gehängt, wohl aber in jedem Falle kaltgestellt¹⁰⁵.

Aus dem Kriegstagebuch des Generaladmirals a. D. Albrecht

22. 8. 1939.

Am 21. August Flug nach München. Unterkunft Hotel Vier Jahreszeiten. Befehl: 22. 8. morgens 09⁰⁰ Uhr vor Verwaltungsgebäude am Königlichen Platz sein.

22. 8. 09⁰⁰ Uhr mit Saalwächter¹⁰⁶, Densch¹⁰⁷ und Böhm¹⁰⁸ an befohlener Stelle befehlsgemäß in Zivil¹⁰⁹. Treffen dort SS-Kraftwagen, der uns bei herrlichem Wetter auf den Obersalzberg bringt. Dort treffen wir die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile, Gruppenbefehlshaber des Heeres und der Luftwaffe sowie Befehlshaber der Angriffsverbände. Morgens haben wir den Nichtangriffspakt Deutschland-Rußland erfahren, eine ungeheuer wichtige Tatsache. Das Gruppenkommando¹¹⁰, das sich bisher mit dem Kriege gegen Rußland stark beschäftigen mußte, erhält hierdurch starke Bewegungsfreiheit.

12⁰⁰ Uhr Versammlung der Befehlshaber in der großen Halle des Berghofes¹¹¹.

¹⁰⁵ Zum Problem des Widerstandes der Militärs (besonders auch Brauchitschs) bei Kriegsausbruch und im ersten Kriegsjahr vgl. die Beiträge von Helmut Krausnick und Kurt Sendtner in: *Vollmacht des Gewissens*, S. 177–384, 385–532.

¹⁰⁶ Admiral Saalwächter, Marinegruppenbefehlshaber West.

¹⁰⁷ Vizeadmiral Densch, Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte.

¹⁰⁸ Admiral Hermann Boehm, Flottenchef.

¹⁰⁹ Vgl. Anm. 97.

¹¹⁰ Das Marinegruppenkommando Ost, dessen Leiter Albrecht war.

¹¹¹ Gen. Oberst v. Mackensen teilt mir mit, die Teilnehmer hätten Hitler „auf nächste Nähe in einigen wenigen (3–4?) Stuhlreihen“ gegenüber gesessen. Hitler habe im Stehen und „völlig frei“ gesprochen, mit dem rechten Arm auf den dortigen Konzertflügel gestützt,

Hitler erscheint, mit ihm der Außenminister von Ribbentrop¹¹². 1 ½stündige¹¹³ Ansprache Hitlers.

Inhalt: Seit Frühjahr Klarheit, daß die Auseinandersetzung mit Polen unvermeidlich ist. Englands Rolle hierbei.

Günstige Lage Deutschlands, die dazu zwingt, diesen Konflikt, der früher oder später kommen muß, jetzt zu lösen.

Personen Hitlers und Mussolinis, die als Menschen zeitbedingt sind. Harte und unausweichliche Lage Deutschlands (Raum-, Ernährungs- u. Rohstofflage), politische Schwäche Englands (Japan). Hitler ist der Auffassung, daß Krieg zwischen Polen und Deutschland lokalisiert bleibt. Es heißt jetzt Handeln oder Untergehen.

Nervenkrieg Englands gegen Deutschland. Englands Land- und Luftrüstung erst im Werden. Frankreich: Psychologie der Maginot-Linie. Stärke der deutschen Luftwaffe 390 000 Mann, der englischen 120 000 Mann, der polnischen 15 000 Mann¹¹⁴. Belgische und holländische Neutralität sicher. Sie werden sich gegen Durchmarsch der Westmächte zur Wehr setzen.

Hitler glaubt bestimmt, daß England und Frankreich drohen, aber nicht Krieg erklären werden.

Rußland: Hitler hat seit Neujahrsempfang¹¹⁵, wo er russischen Botschafter¹¹⁶ und Frau besonders freundlich begrüßte, auf besseres Verhältnis zu Rußland hingearbeitet. Rußland hat der Entente das Kriegsergebnis nicht vergessen. Brief Stalins an Hitler und Beantwortung¹¹⁷.

Bedingungen des Pakts sehr folgenreich für die Zukunft. Konzessionen Deutschlands in Osteuropa. Weitgehendes Ziel der Zusammenarbeit.

Mittagessen¹¹⁸ mit Hitler, darauf nochmalige kurze Ansprache des Führers: Offensives, rücksichtsloses Vorgehen im Angriff, Verfolgung.

„Ich habe meine Pflicht getan, tun Sie die Ihre.“

Rückfahrt nach München, Flug nach Berlin, Landung bei Dunkelheit, Autofahrt nach Swinemünde, Eintreffen dort 01⁰⁰ Uhr nachts.

in der anderen Hand einen kleinen Zettel haltend, der bisweilen auf den Flügel gelegt, aber kaum benutzt wurde. (Mitteilung vom 17. 9. 1966 und vom 21. 11. 1966.)

¹¹² Vgl. Anm. 96.

¹¹³ Während G₁ von „mehrständiger“ Rede spricht und die anderen Niederschriften keine näheren Auskünfte darüber geben, ist dies die einzige präzise Angabe über Dauer des ersten Teils der Ansprache. – Gen.Feldmarschall a. D. Erhard Milch teilte mir freundlicherweise seinen Tagebucheintrag vom 22. 8. 1939 mit, den er am selben Tag abends nach der Rückkehr in Berlin vermerkt hat: „12 Uhr Ansprache Hitlers an die höhere Generalität über Lage, Absichten und Weisungen. Dauer der Ansprache: 2 ½ Stunden.“ (Mitteilung vom 18. 9. 1966.) Mit „2 ½ Stunden“ sind höchstwahrscheinlich beide Teile der Rede („und Weisungen“) gemeint.

¹¹⁴ Vgl. die entsprechenden Zahlenangaben in B: deutsche Luftwaffe 390 000 Mann, englische „etwa 130 000“; von allen anderen Versionen außer C gibt nur Albrecht auch die Stärke der polnischen Luftwaffe.

¹¹⁵ Vgl. Archiv der Gegenwart 1939, Sp. 3885–3886 (Hitler beim Empfang der in Berlin beglaubigten Diplomaten am 12. Januar 1939).

¹¹⁶ Aleksej Merekalov, Botschafter der Sowjetunion in Berlin Juli 1938–September 1939.

¹¹⁷ Es dürfte sich um den auch in C („Die persönliche Verbindung mit Stalin ist hergestellt“) und H („Persönliche Verbindung Stalin–Führer“) erwähnten telegraphisch übermittelten Briefwechsel Hitler–Stalin vom 20. und 21. August handeln. Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. VII, Nr. 142 (S. 131) und Nr. 159 (S. 140–141).

¹¹⁸ Vgl. Anm. 67.

WALTER LIPGENS

DAS KONZEPT REGIONALER FRIEDENSORGANISATION*

Resistance und europäische Einigungsbewegung

Über *Zusammenhänge* zwischen kollektiver Friedenssicherung und europäischer Einigungsbewegung ist in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur – sei es zu Völkerbund und UNO als Versuchen globaler Friedensorganisation, sei es zur europäischen Einigungsbewegung – noch nirgends genauer behandelt worden¹. Im Bereich der *Quellen*, der zeitgenössischen Publizistik etc., war allerdings schon in der Zwischenweltkriegszeit viel von möglichen Zusammenhängen die Rede, aber tastend und theoretisch, denn der Gedanke engerer europäischer Union war noch eine Sache nur der Ideen- und Gruppengeschichte, noch ohne jede politische Realisation und ohne die Erfahrungen der zweiten Weltkriegskatastrophe². In der Nach-

* Auf dem Freiburger Historikertag am 13. Oktober 1967 im Rahmen der Sektion Zeitgeschichte zu deren Oberthema „Die kollektive Friedenssicherung im 20. Jahrhundert“ vorgetragener Beitrag. Vorangegangen war E. Fraenkel, Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken (jetzt gedruckt in dieser Zeitschrift 16 [1968], S. 1–14); es folgte abschließend B. Meissner, Friede und Friedenssicherung in sowjetischer Sicht (demnächst in: *Moderne Welt. Zeitschrift für Internationale Beziehungen*). Mein Beitrag, der bewußt ein Mittelstück vom ersten zum dritten Thema zu geben suchte, wird hier unverändert in dem Wortlaut vorgelegt, in dem er unter Zeitlimit gehalten wurde, obwohl sich Erweiterungen zu jedem Absatz aufdrängen. Doch würde damit der Sinn erster Übersicht über einen noch wenig erforschten Bereich, das logische Konzentrat eines Leitgedankens der Resistance-Planung der Kriegszeit beeinträchtigt. Ausführliche Nachweise werden die in Anm. 4 und 27 genannten Bücher bringen; Auswertungen unter anderen Fragestellungen hoffe ich demnächst vorzulegen. Deshalb bieten die folgenden Anmerkungen nur direkte Zitat- und knappe Literatur-Nachweise sowie vier nachträgliche Zusätze (Anm. 5, 7, 26 und 34), die sich aus den Nachbarreferaten sowie aus Diskussionsbeiträgen ergaben, für die ich den Sprechern aufrichtigen Dank sage.

¹ Die den Art. 52 der UN-Charta behandelnde Literatur erwähnt allenfalls nebenbei, daß mit ihm über militärische Regionalpakete hinaus auch regionale Staatenföderationen gedeckt sein könnten; vgl. Schrifttum zu den regionalen Sicherheitspakten 1946–56 (1363 Titel, Aktuelle Bibliographien des Europa-Archivs 14), Frankf./M. 1957; B. V. Cohen, *The U.N., Constitutional Developments, Growth and Possibilities*, Cambridge/Mass. 1961. Bisherige Darstellungen zur Europäischen Einigungsbewegung (weit überwiegend auf Analyse der ersten europäischen Institutionen gerichtet) erwähnen allenfalls, daß mit ihrer Verwirklichung Kriege zwischen den westeuropäischen Staaten unmöglich gemacht würden; vgl. R. Bind-schedler, *Rechtsfragen der europäischen Einigung*, Basel 1954, S. 13; derzeit beste Bibliographie: L. L. Paklons, *Bibliographie Européenne* (Cahiers de Bruges N.S. 8), Bruges 1964.

² Vgl. als erste Skizzen einer Darstellung Ch. H. Pegg, *Der Gedanke der europäischen Einigung in den zwanziger Jahren*, in: *Europa-Archiv* 17 (1962), S. 785–790, 865–874; H. Brugmans, *L'Idée Européenne 1918–1965* (Cahiers de Bruges N. S. 12), Bruges 1965, S. 39–65; W. Lipgens, *Europäische Einigungsidee 1923–1950 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten*, in: *HZ* 203 (1966), bes. S. 48–63, 316–363 (z. B. Coudenhove-Kalergis Memorandum 1925 an den Völkerbund, vgl. ebenda S. 68). Eine umfassende Monographie über die Europäische Einigungsidee 1922–1950 von Ch. H. Pegg (Chapel Hill, N. C.) ist im Druck.

kriegszeit seit 1945 andererseits erzielte der Gedanke Anfänge der Verwirklichung, aber nur in der amerikanisch besetzten Westhälfte Europas; er schien de facto eher Bestandteil eines Hegemonialsystems denn eines Systems kollektiver Friedenssicherung zu werden; und die Publizistik teilte weitgehend diese Einengung und Einformung in den beherrschenden Ost-West-Konflikt – obwohl, wie immer bei lang herangewachsenen geschichtlichen Bewegungen, die erste Eintrittsstelle in Anfänge politischer Verwirklichung nicht fürs Ganze genommen werden sollte³. Deshalb will mein Beitrag seinen Standort zwischen diesen beiden Phasen, in der Analyse von Texten der Widerstandsbewegungen *während* des Zweiten Weltkriegs nehmen. In diesen Texten sind meines Erachtens die reifsten Grundsatz-Programme der europäischen Einigungs-Bewegung vor ihrem Eintritt in das Mühen um erste politische Durchsetzungen formuliert worden, und in ihnen war, wie ich zeigen möchte, der Zusammenhang mit dem Bemühen um kollektive Friedenssicherung schlechterdings zentral.

Vorweg sei noch vermerkt, daß alles, was sich aus den zu zitierenden Texten zum Verständnis der Widerstandsgruppen als solcher ergibt, im folgenden unerörtert bleiben muß; die aus den Archiven gesammelten Texte werden demnächst in einem dahingehend kommentierten Bande vorgelegt werden. Hier muß die Versicherung genügen, daß alle Zitate aus quellenkritisch einwandfreien Texten der Jahre 1940–44 stammen, und nicht von unbedeutenden Nebenfiguren, sondern von führenden Personen des nichtkommunistischen Widerstandes der von Hitler besetzten Länder geschrieben wurden – wobei sich zu jedem Text, aus welchem der Länder er auch stammt, zahlreiche Parallelstellen aus jeweils allen andern zitieren ließen, nennenswerte nationale Unterschiede in der Programmatik nicht feststellbar waren⁴. – Auch an die historischen Voraussetzungen sei nur stichwortartig erinnert: Diese Widerstandsautoren (naturgemäß eine kleine Minorität) schrieben unter dem

³ – weil sie stets vorläufige Schrumpfung, Konzentration aufs Erreichbare verlangt. Als erste Beispiele der Wiederausweitung des Verständnisses vgl. H. Brugmans, a. a. O., S. 85–261; Z. Brzezinski, *Alternative to Partition*, New York 1965. Vgl. unten Anm. 27.

⁴ Umfassende Nachweise in: W. Lipgens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945* (Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Bd. 26), München 1968, 540 Seiten (im Ausdruck). Der Band (im Folgenden abgekürzt „Föderationspläne“) bietet (meist Erst-)Edition eines Großteils der ausgeformteren Planungstexte, mit Einführungen zu jedem Land und Kommentierung der Texte; dazu die Skizze einer Darstellung, in der einleitend alle weiteren Abgrenzungen hinsichtlich des minoritären Charakters der Widerstandsbewegungen, ihrer Denaturierung im Kriegsende und des Ausbreitungsgrades der im Folgenden referierten Gedanken gegeben werden. Daß es nicht verwunderlich sein kann, die europäische Föderationsidee in der politischen Ideengeschichte der Kriegszeit als eine Dominante anzutreffen, hat ein Text des illegalen sozialistischen „Franc-tireur“ selbst wie folgt begründet: „Wer würde jenen, die sich in Europa gegen die Naziherrschaft erhoben haben, zu unterstellen wagen, sie kämpften für das Wiedererstehen einer Vergangenheit, deren tiefster Schwächheit und deren unwiderruflichen Zusammenbruch“ sie erlebten? Sie wollen „keine Rückkehr zur Balkanisierung Europas, wo jedes Volk hinter wirtschaftlichen und politischen Schranken abgesondert“, jedes Streben „entweder verkümmert oder irregeleitet war“ (Föderationspläne, Nr. 81, 1. März 1944).

unmittelbaren Eindruck des vollständigen Zusammenbruchs ihrer Staaten (1939/40/41) und trugen im Bewußtsein, wie enttäuschend die Erfahrungen aller Europäer mit ihren Nationalstaaten schon in der Zwischenkriegszeit verlaufen waren, wie diese Staaten den innen- und wirtschaftspolitischen Problemen nicht mehr gewachsen gewesen, wie in allen faschistischen Gruppen mit Trotz-Parolen autoritärer „Zusammenfassung“ entstanden waren und in rund einem Drittel bei wirtschaftlichem Elend die Macht in die Hand bekommen hatten. Die allen Texten gemeinsame Absicht war, zu geistigem Widerstand gegen die totalitäre Nazi-Herrschaft über Kontinentaleuropa aufzurufen, zu diesem Zweck aber auch anzugeben, was an ihre Stelle treten sollte, wofür man kämpfe, wie künftig Menschenrechte, Friede und Wohlfahrt besser gesichert werden könnten⁵.

Wir fragen nun: 1. Weshalb waren nach Meinung dieser Widerstandsautoren alle Bemühungen um kollektive Friedenssicherung nach dem Ersten Weltkrieg im Völkerbund gescheitert? 2. Welche Folgerungen zogen sie daraus für die Voraussetzungen einer effektiveren Friedenssicherung? 3. Was kann zu den ermittelten Thesen an Hand der Nachkriegsentwicklung gesagt werden?

1

Das Bemühen, den Menschen eine Antwort auf die elementare Hauptfrage inmitten der Kriegs- und Besatzungsleiden zu geben, wie künftig der Friede gesichert werden könne, führte in den Texten der Resistance zu vielfältig bewußter Formulierung unserer 1. Frage: Aus welchen Gründen hatte die nach dem Ersten Weltkrieg erstrebte kollektive Friedensorganisation versagt? Hatten nicht aus Erschütterung darüber, daß schon dieser Krieg allen europäischen Völkern den Verlust ihrer Sicherheit, ihres Wohlstandes und den Niedergang ihrer Weltgeltung gebracht hatte, die Staatsmänner mit der Satzung des Völkerbundes ein Kriegsverhütungsrecht schaffen wollen, wie es in den Jahrzehnten vor 1914 undenkbar gewesen wäre? Warum war 20 Jahre später – so oder ähnlich wurde hundertfach gefragt – „der erste Traum vom Weltfrieden im Blute untergegangen“⁶? Darauf antworteten Widerstandsautoren in jedem europäischen Land, unabhängig voneinander und ohne voneinander zu wissen, erstaunlich gleichartig mit der Nennung von zwei Hauptgründen:

⁵ Es ist dies „wofür“, also die positive Planung, nach der ersten Phase geschichtswissenschaftlicher Aufarbeitung der Fakten, Organisationen und Aktionen der Widerstandsgruppen verständlicherweise noch zu wenig erforscht. Ebenso wünschenswert, wie die vergleichende Analyse der „außenpolitischen“ Planungstexte, wäre eine die „innenpolitische“ Planung möglichst vieler Resistance-Gruppen möglichst vieler Länder vergleichende Arbeit, die ebenso gleichartige Haupttendenzen in jedem Land nachweise könnte. Weder diese noch das Gegenbild von Hitlers „Europa“ noch Zusammenhänge mit den Realitäten der Kollaboration einerseits, der Alliierten Kriegführung andererseits (vgl. Föderationspläne, Einleitung S. 6–26) konnten im Rahmen des knappen Vortrags angedeutet werden, der die Systematisierung nur einer für jedes Land aufweisbaren Hauptlinie versuchte.

⁶ Föderationspläne, a. a. O., z. B. Nr. 71, 73 u. ö.

A) Der Völkerbund scheiterte nicht an dieser oder jener akzidentellen Aufgabe, sondern weil er als völkerrechtliche Verbindung *souveräner* Staaten gegründet worden war – das stellten alle Texte unverhüllt heraus – und *deshalb* die ihm zugedachte Aufgabe der Kriegsverhütung, auf welchem Weg im einzelnen er sie auch zu erfüllen versuchen mochte, strukturell gar nicht erfüllen konnte. Der Völkerbund scheiterte, wie es Léon Blum 1941 im Vichy-Gefängnis in einem in der ganzen französischen Résistance einflußreichen Text formulierte, „weil er nicht eine große selbständige Macht war, unabhängig von den nationalen Souveranitäten und ihnen übergeordnet; weil er zur Durchführung seiner Entscheide weder eine politische Autorität noch eine materielle Gewalt besaß, die gegenüber derjenigen der Staaten den Vorrang gehabt hätte“. Er scheiterte, schrieb 1943 der Führer der italienischen illegalen Liberalen, Einaudi, wie alle bloßen Bünde oder Konföderationen, „weil sie keine eigene beschlußfassende Körperschaft und keine eigene Exekutivgewalt besaßen, sondern von dem einstimmigen Votum der assoziierten Staaten abhingen“. Ähnlich lautete die Argumentation, wie hier nicht aufgeführt werden kann, in allen europäischen Sprachen⁷. – Schon im Ersten Weltkrieg hatte wohl die Mehrzahl der von privaten Gruppen und Komitees vorgelegten Entwürfe dem gewünschten Völkerbund eine Art Parlament von Volks-, nicht Staatsvertretern begeben und, dadurch legitimiert, mehr Exekutivbefugnisse zusprechen wollen, als die Staatsmänner ihm dann in der Satzung von 1919 zugebilligt hatten, derzufolge für jeden materiellen Beschluß Einstimmigkeit erfordert und zudem nur der Rang einer „Empfehlung“ an die Staaten gewährt worden war⁸. – Die Widerstandsautoren, im Einzelnen beschreibend, wie die Nationalstaaten, unfähig zur Lösung der ihrer Souveränität belassenen politischen und wirtschaftlichen Probleme, sich in ihrer Behauptung verkrampft und Europa in den Zweiten Weltkrieg gestürzt hätten, argumentierten nun mit ganz anderer Entschiedenheit: Die zur Souveränitätsdoktrin komplementäre „Politik der Nichteinmischung hat die europäische Demokratie umgebracht“. „Länder“, hieß es im verbreitetsten niederländischen Untergrundblatt 1943, „in denen die elementarsten Menschenrechte mit brutaler Gewalt

⁷ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 59 und 11; für Parallelstellen zu hier gegebenen Stichziten vgl. das Register. – Im Unterschied zu der von Ernst Fraenkel vorangehend zu Recht „schizophren“ genannten Inkonsistenz vieler Völkerbundskritiken der Zwischenkriegszeit, die ein Schlichtungsobligatorium ohne Absage an den Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten gefordert hatten (vgl. in dieser Zeitschrift 16 [1968], S. 9), machten also die Widerstandsautoren, inmitten des erneuten Weltkrieges, eben diese „Beibehaltung der absoluten Souveränität der einzelnen Staaten“ (Föderationspläne, Nr. 71) für das Scheitern des Völkerbundes verantwortlich – eine grundsätzliche Ebene der Kritik, die in den zwanziger Jahren noch „unrealistisch“ gewesen sein mag, als Folgerung aus der erneuten Weltkriegskatastrophe aber, wie das Folgende erweisen will, nicht mehr so genannt werden kann.

⁸ Zu Entwürfen vgl. D. H. Miller, *The drafting of the Covenant*, 2 Bde, New York 1928; Ch. H. Pegg, *Der Gedanke der europäischen Einigung während des Ersten Weltkrieges*, in: *Europa-Archiv* 17 (1962), S. 749–758; W. Lipgens, *Briand-Plan*, a. a. O., S. 48–53, mit weiterer Lit.; – zur Satzung W. Schücking/H. Wehberg, *Die Satzung des Völkerbundes*, Berlin 1931⁸.

geschändet werden, bilden gefährliche Infektionsherde, gegen die anzugehen die Gemeinschaft der Völker das Recht haben muß⁹. Es sei nun erwiesen, formulierte ein Beschluß der italienischen Resistenza, daß in den Händen der alten Nationalstaaten „die Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, die Macht, über nationale Heere zu gebieten, die Macht, die Welt in getrennte abgeschlossene Wirtschaftsgebiete zu unterteilen, . . . die Macht, in einem Staat die Despotie zu errichten, ohne hierbei durch eine Intervention von außen gestört zu werden, . . . zwangsläufig zu Instrumenten des Untergangs“ wurden und daß alle diese Machtbefugnisse den Nationalstaaten genommen und übergeordneten Autoritäten übertragen werden müßten. Nur so könne, schrieb die Pariser illegale „Défense de la France“, „das prinzipielle Hindernis beseitigt werden, das der Schaffung eines freien Gemeinwesens im Wege stand: die fürchterliche Notwendigkeit zu totalitärer Herrschaft, wie sie unvermeidlich durch den Nationalismus geschmiedet wird“¹⁰.

B) Zum anderen scheiterte der Völkerbund, wie Widerstandstexte aus allen Ländern stets betonten, weil er weder seiner „theoretischen Universalität“ zu entsprechen, noch sich auf Europa zu konzentrieren vermocht hatte, sondern ein Zwitter zwischen beiden Möglichkeiten geblieben war; so betonte das führende sozialistische Untergrundblatt Hollands, es habe „der Völkerbund zu hoch gegriffen“, indem er „versuchte, eine weltumspannende Organisation zu schaffen, während Europa noch ein Chaos war“; er habe „das Dach ohne den Unterbau erstellt“¹¹. Die klügsten Analysen erläuterten, daß sich aus diesem zweiten Faktum das vorgenannte erste der Machtlosigkeit fast notwendig ergeben habe. – Sie setzten damit wiederum eine schon während des Ersten Weltkriegs geführte Diskussion fort, in der eine Mehrheit eine Mitwirkung der wenigen in der damaligen außereuropäischen Welt noch selbständigen Staaten am Völkerbund, im bisherigen europazentrischen Gleichgewicht weiterdenkend gutgeheißen, eine Minderheit aber den Eintritt Rußlands und Amerikas in selbständige weltpolitische Führungsrollen 1917 in seinem vollen Gewicht begriffen und gefolgert hatte, zunächst müsse Europa

⁹ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 16 und 103. Zur grundlegenden Bedeutung dieses immer wiederkehrenden Teilmotivs, sicherzustellen, daß künftig gegen etwaige erneute nationalistisch autoritäre Regime rechtzeitig eingeschritten werden könne, nicht in Form von „Interventionen“ von Großmächten, sondern in neuer Legalität, nachdem „alle Nationen Europas auf einen Teil ihrer nationalen Hoheitsrechte zugunsten der Europäischen Föderation verzichteten“ (Nr. 82), vgl. Föderationspläne, im Register unter „Interventionsrecht“ und „Europabundesregierung“.

¹⁰ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 10, 100 und 78. Offensichtlich wurden hier schon eine Reihe von Erkenntnissen der jüngsten Faschismus-Forschung vorwegformuliert; vgl. E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, bes. S. 510. Ebenso offensichtlich bedarf die im Kriegsende von Kommunisten wie von rechtsstehenden Einzelpersonen aufgebrachte Deutung der Resistance als nationalistisch noch entschiedenerer Einschränkung, als schon in den ersten Darstellungen auf nationaler Ebene geschehen; vgl. H. Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt 1958; H. Michel, *Les Courants de Pensée de la Résistance*, Paris 1962; Ch. F. Delzell, *Mussolini's Enemies, The Italian Anti-Fascist Resistance*, Princeton 1961 (jeweils die Seiten unter „Europa“ in den Indices).

¹¹ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 71 und 104.

innereuropäische Kriege unmöglich machen und sich als Union zwischen den großen Unionen konstituieren¹². – Die Widerstandsautoren, oft beschreibend, wie die USA und die Sowjetunion trotzdem dem Völkerbund ferngeblieben waren, die teilnehmenden nichteuropäischen Staaten aber manche Lösung innereuropäischer Fragen gehemmt hätten¹³, zogen nun die Summe. Um „Libération“, das Organ der zweitgrößten französischen Résistance-Gruppe 1943, stellvertretend für viele gleichartige Texte aus allen Ländern zu zitieren: Übergenuß hat die Enthaltung Amerikas und Rußlands erwiesen, daß Abschaffung des Krieges, d.h. Begrenzung der nationalen Souveränität „nicht auf Anhieb im Weltmaßstab zu lösen sein dürfte“; also „muß man sich um eine schrittweise und abschnittsweise Lösung bemühen“ und zwei Aufgaben unterscheiden: „Die eine besteht in der Schaffung von Föderationen, in denen die Staaten, die territorial oder kulturell einander nahe stehen, ihre Währungs-, Zoll- und Verteidigungsschranken beseitigen und ihr Potential gemeinsam verwalten“, damit zwischen ihnen schon mal Nationalismus und Krieg unmöglich gemacht werden. „Die zweite umfaßt“ die Bemühung um globale „internationale Gesetze, durch die Interessengegensätze zwischen den Föderationen geschlichtet und Gemeinsamkeiten auf den Gebieten der Moral und des Rechts erarbeitet werden können“¹⁴. Das Endziel bleibe – formulierte der Dachverband aller Résistancegruppen der Region Lyon – definitive Bannung des Krieges und „Zusammenschluß aller Völker in einer föderativen Weltorganisation“; aber diese „langwierige Aufgabe kann erst dann mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden, wenn zunächst einmal für das Problem Europa, von wo die die Welt immer wieder erschütternden Katastrophen ihren Ausgang genommen haben, eine Lösung gefunden wurde“¹⁵.

¹² Mit umfassendster Begründung, so viel ich sehe, G. Agnelli und A. Cabiati, *Fédération européenne ou ligue des Nations?*, Paris 1918; für weitere Zitate vgl. Lippgens, Briand-Plan, a. a. O., S. 52; manche weitere Hinweise bei Miller und Pegg (vgl. Anm. 8) sowie in: *Les Français à la recherche d'une Société des Nations*, Paris 1920, und P. Rühlmann, *Der Völkerbundsgedanke*, Berlin 1919. Eine monographische Untersuchung dieser Seite der „Kriegsziel“-Diskussion wäre erwünscht.

¹³ F. P. Walters, *A History of the League of Nations*, London/New York 1960², zeigt, wie faktisch bei unzähligen Detailfragen 1919–38 das Problem „global-regional“ präsent war; wie überwiegend sich Probleme regionaler Art stellten, die nur einen (vornehmlich den europäischen) Kontinent betrafen und bei deren Entscheidung die jeweils außerkontinentalen Mitglieder nicht gebunden sein wollten; wie Diplomaten und Journalisten in Genf über die Notwendigkeit diskutierten, zum weitgehend europäischen Völkerbund eine „American League of Nations“ und eine „Asiatic League“, diese dann unter Beteiligung der USA und der UdSSR, zu gründen (S. 360) usw. – Auch dies war ein Motiv für Briands Vorschlag von 1930, durch Gründung einer „Europäischen Föderalen Union“ unter Aufsicht des Völkerbundes diesem eine Entwicklung zur Globalität zu ermöglichen; vgl. Lippgens, Briand-Plan, a. a. O., S. 317 und 360f.

¹⁴ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 70.

¹⁵ Ebenda Nr. 89. Dieses Lyoner Programm, als Flugblatt und Plakat in fast allen süd-französischen Städten verbreitet, war eine inhaltliche Zusammenfassung der auf einer illegalen Konferenz von Widerstandskämpfern aus neun europäischen Ländern im Frühjahr 1944 formulierten „Genfer Deklaration“ (Nr. 136).

Wir sind damit schon eingetreten in die Antwort auf unsere 2. Frage: Welche Folgerungen zogen die Widerstandsautoren aus ihrer Analyse des Scheiterns des Völkerbundes für die Voraussetzungen einer effektiveren Friedenssicherung? Es waren zwei Folgerungen:

A) Mögen die beiden außereuropäischen Großmächte, nunmehr vollends durch-industrialisiert und zu kontinentalen Produktionseinheiten ausgestaltet, sich geistig-politisch und wirtschaftlich noch selbst genügen, ihre Wohlfahrt und ihre Landes-verteidigung noch aus eigenen Kräften leisten können – die im Vergleich mit ihnen klein gewordenen Nationalstaaten im kleinen europäischen Kontinent tun und können dies nicht mehr. Mag also verständlich sein, daß die außereuropäischen kontinentalen Unionsstaaten noch kein Bedürfnis zur Abgabe von Souveränitätsrechten erkennen – die Nationalstaaten in Europa können, weil die Maßstäbe von Technik, Wirtschaft, Verteidigung und Macht über Einheiten von ihrer Größe hinausgewachsen sind, nur durch deren Zusammenlegung als Gemeinschaft überleben¹⁶. So wurde die künftige freiwillige *Europäische Föderation* zu einer Dominante in den Programmen und Aufrufen der nichtkommunistischen Widerstandsgruppen aller Länder; sie erbrachte zahllose Beschreibungen, wie diese Föderation im einzelnen beschaffen sein müsse. Hier können wir, unserm Thema entsprechend, nicht ins Detail gehen. Innerhalb der Resistance wohl jedes Landes gab es kleine, aus speziellen Gründen nicht im Lager der Kollaboration stehende Rechtsgruppen, die Goerdeler-Gruppe in Berlin, die OCM in Paris etc., die zwar die Notwendigkeit bindender übernationaler Rechtsordnung und wirtschaftlichen Zusammenschlusses bejahten, jedoch eine gewisse außenpolitische Selbständigkeit der Staaten beibehalten wollten; sie sprachen von „europäischem Direktorium“ und „Wirtschaftsrat“, die Mittel zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse benötigten, suchten jedoch noch nach Lösungen, die den Staaten Freiheit bei wesentlichen Entschlüssen belassen und mehr konföderal als föderal sein sollten¹⁷. Die große Mehrheit der Widerstandsautoren aber widersprach jeglicher Schonung der nationalstaatlichen Souveränität in den Bereichen der Außenpolitik, der Wirtschaft und der Verteidigung; diesmal

¹⁶ Vgl. die in Föderationspläne, Register, unter „USA“ und den Wirtschafts-Stichworten angegebenen Seiten. Hier wirkte insbesondere die in der Zwischenkriegszeit schon umfangreich angewachsene Literatur über die Notwendigkeit innereuropäischen Zollabbaus, europäischer Zollunion und wirtschaftlichen Zusammenschlusses nach (vgl. Lipgens, Briand-Plan, a. a. O., S. 55 und 58).

¹⁷ Z. B. Föderationspläne, a. a. O., Nr. 50, 62 und 100. Offensichtlich war diese retardierende Vorsicht in keiner Widerstandsbewegung auch nur annähernd so stark vertreten, wie in der deutschen: Folge einerseits des Faktums, daß der Zusammenbruch des eigenen Nationalstaats hier noch ausstand, andererseits der soziologisch stärker konservativen Zusammensetzung (nach frühzeitiger und weitgehender Ausmerzungen der Linken); vgl. dazu in dem Sammelband von W. Schmitthenner und H. Buchheim, *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, Köln/Berlin 1966, die ausgezeichneten Studien von H. Mommsen, S. 73–167, H. J. Reichhardt, S. 169–215, und, sehr gut die doch erfolgende Annäherung an den Kreisauer Europaföderalismus analysierend, H. Graml, S. 15–72.

gelte es, den Hauptfehler von 1919, die institutionelle Schwäche des Bundes zu vermeiden, also innereuropäische Kriege endgültig durch Schaffung einer starken europäischen Bundesregierung unmöglich zu machen. Diese These sei durch je ein Zitat aus den Hauptländern verdeutlicht. Im polnischen Widerstand formulierten Delegierte von drei der vier ihn tragenden illegalen Parteien ein Grundsatzprogramm, dessen einziger außenpolitischer Punkt lautete: „Die Polnische Republik wird Mitglied der Föderation Freier Europäischer Völker sein“ und in ihr „sich bemühen, den größtmöglichen Zusammenhalt zu fördern und eine Bundesbehörde zu unterstützen, die machtvoll genug ist, um die Föderierten Völker gegen Angriffe von außen zu schützen und alle Versuche zu unterdrücken, durch Nationalismus inneren Zwiespalt zu schaffen“. Das grundlegende Dokument, auf dem die deutschen Kreisauer ihre Planung aufbauten, begann mit dem Satz: „Europa ist ein Bundesstaat mit einheitlicher Souveränität... Zur Zuständigkeit des Bundes gehören: Auswärtige Angelegenheiten, Wehrmacht, europäische Planwirtschaft“. Die führende niederländische Untergrundzeitung forderte: „Ein neues Oberorgan muß in Europa gebildet werden, ... eine europäische Föderation, welche die Machtmittel besitzt, um ihren Willen durchzusetzen und ihn den nationalen Einheiten aufzuerlegen.“ Das Programm einer italienischen Resistancegruppe definierte: „Die Wahrung von Freiheit und Frieden auf dem ganzen Kontinent muß ausschließlich von der europäischen Föderation und ihren Exekutiv-, Legislativ- und Judikativorganen ausgeübt werden.“¹⁸ Ein vom Dachverband aller Resistancegruppen der Region Lyon verabschiedeter Text faßte viele gleichartige Zeugnisse gut zusammen: „Dem gemeinsamen föderativen Staat“ muß zustehen „das Recht, das Wirtschaftsleben Europas zu ordnen, das alleinige Recht, über Streitkräfte zu verfügen und gegen jeden Versuch der Wiedererrichtung faschistischer Regime einzuschreiten, das Recht, die auswärtigen Beziehungen zu regeln, das Recht, diejenigen Kolonialgebiete zu verwalten, die für die Unabhängigkeit noch nicht reif sind, die Schaffung einer europäischen zusätzlich zur nationalen Staatsbürgerschaft. Die Regierung des föderativen Staates ist nicht von den nationalen Staaten, sondern in demokratischen und direkten Wahlen von den Völkern zu wählen.“¹⁹ – Konkret wurde erwartet, daß am Kriegsende alle europäischen Gebiete, so wie sie von Hitlers Herrschaft befreit würden, einer Alliierten Obersten Verwaltungsbehörde unterstellt würden, die allmählich Wirtschaftsleben, freie politische Betätigung und Landesregierungen

¹⁸ In der Reihenfolge der Zitate: Föderationspläne, a. a. O., Nr. 114 („Program Polski Ludowej“, Dez. 1941); 52 (Moltke, „Ausgangslage und Aufgaben“, 9. Juni 1941); 100 (Heuven Goedhart in „Het Parool“, 12. Dez. 1942); 10 (Programm des „Movimento Federalista Europeo“, 28. Aug. 1943) – dort vgl. jeweils Nachweis des repräsentativen Charakters und weitere Kommentierung des Wortlauts.

¹⁹ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 89 (vgl. oben Anm. 15). Zu „gleichartigen Zeugnissen“ vgl. auch schon die beiden einzigen, bisher vorliegenden Spezialstudien: Ch. H. Pegg, *Die Résistance als Träger der europäischen Einigungsbestrebungen in Frankreich während des II. Weltkriegs*, in: *Europa-Archiv* 7 (1952), S. 5197–5206; Ch. F. Delzell, *The European Federalist Movement in Italy, First Phase 1918–1947*, in: *The Journal of Modern History* 32 (1960), S. 241–250.

mit beschränkten Vollmachten wiederherstellen, dann allgemeine Wahlen zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Europäischen Versammlung ausschreiben und schließlich ihre Befugnisse der daraus hervorgehenden Europäischen Bundesregierung übergeben sollte²⁰. Für diese Widerstandsautoren erschien es als völlig undenkbar, es könnte nach allen erlittenen Exzessen in Faschismen und Weltkriege je noch einmal das System souveräner Nationalstaaten restauriert werden.

B) Die Folgerungen für kollektive Friedenssicherung auf *globaler* Ebene waren, wie schon zitiert, weniger entschieden, waren zurückhaltend realistisch – nicht weil eine globale Friedensorganisation für weniger wichtig gehalten worden wäre, sondern weil man annahm, daß die großen Weltmächte noch nicht zu Souveränitätsabgaben bereit sein würden. Immerhin werde schon viel erreicht sein, wenn diesmal eine zwischenstaatliche Organisation nach Art des Völkerbundes die Mitgliedschaft tatsächlich aller Staaten der Erde erhalten würde. Eine Konferenz von Widerstandskämpfern aus neun europäischen Ländern, die illegal im Frühjahr 1944 auf Schweizer Boden zusammentrat, formulierte das behutsam so: „Der Mangel an Einheit und Zusammenhalt, der noch zwischen den verschiedenen Teilen der Welt besteht, gestattet es nicht, unverzüglich zur Schaffung einer Organisation zu gelangen, die alle Kulturen unter einer einzigen Bundesregierung zusammenfaßt. Am Ende dieses Krieges wird man sich darauf beschränken müssen, eine universale Organisation von weniger ehrgeizigem Ausmaß zu schaffen.“²¹ Der große Fortschritt, der *jetzt* möglich sei, bestehe in der Gründung kontinentaler Föderationen, die den Frieden je in ihrem Kontinent garantieren. Da die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als solche schon bestünden, sei die Schaffung vor allem der Vereinigten Staaten von Europa, wo bisher die Kriege entstanden, sodann je einer Asiatischen, Islamischen und Lateinamerikanischen Föderation die Aufgabe unseres Jahrzehnts. Auf diesen werde die nächste Generation dann eine Weltunion aufbauen können. Vor allem die Gründung der Europäischen Föderation wird „durch ihr Beispiel die Völker der Welt veranlassen, nach einer föderativen Weltorganisation zu streben“²². So klang ein progressives Geschichtsbild in manchen Texten an: Es gehe um die Fortsetzung „einer jahrhundertealten Einigungsbewegung, die im Verlaufe der Geschichte die Sippen zum Stamm, die Stämme zur Provinz und die Provinzen zum Staat zusammengeschweißt hat“ – so hieß es in einem französischen Text, und in einem holländischen: „Ebenso wie einstmal die Provinzen sich trotz aller Privilegien zu einer Union zusammenschlossen, so besteht heute... das Bedürfnis, durch ein Aufbrechen der nationalen Einzelgrenzen zu größeren kontinentalen Gemeinschaften zu kommen.“²³ Oder

²⁰ Vgl. Föderationspläne, a. a. O., Nr. 12, 22, 86, 104, 136 u. 5.

²¹ Ebenda Nr. 136 (mit allen über diese Konferenz zu ermittelnden Fakten in den Vorbemerkungen und Anmerkungen zu Nr. 131 und 133–137).

²² Zusammenfassung aus Föderationspläne, a. a. O., Nr. 10, 71, 89 (Zitat), 104 und 136. Aus gleichzeitig in Großbritannien geschriebenen Plänen vgl. insbesondere Ronald W. G. Mackay, ebenda Nr. 145 (S. 429).

²³ Ebenda Nr. 73 (Janvier von „Résistance“, 20. Nov. 1945) und 104 (Romein in „Het

wie es der Chef des Combat, der bis kurz vor Kriegsende größten französischen Résistancegruppe, Henri Frenay, knapp zusammenfaßt: „Die Geschichte lehrt uns eine ständige Ausweitung der Grenzen. Die Vereinigten Staaten von Europa – eine Etappe auf dem Wege zur Einheit der Welt – werden bald die lebendige Realität sein, für die wir kämpfen.“²⁴

3

Es bleibt nun 3. zu fragen, was zu diesem Konzept der Elite der nichtkommunistischen Resistance – kollektive Friedenssicherung auf der Basis regionaler föderativer Friedensorganisationen – an Hand der Nachkriegsentwicklung zu sagen ist. Es kann natürlich nur auf einige der für unser Thema wichtigsten Fakten hingewiesen werden.

A) Mit ihren Plänen zu sofortiger freiwilliger Schaffung einer Europäischen Föderation hatten die Widerstandsautoren zweifellos das Ausmaß der Katastrophe Europas, wie es am Ende des Zweiten Weltkriegs vor Augen trat, weit unterschätzt. Im Mai 1945 trafen die beiden neuen Weltmächte in der Mitte des verwüsteten europäischen Kontinents zusammen und teilten ihn in Einflußsphären unter sich auf; das war das einfache, jedermann sichtbare Kernfaktum. Formal aber verfügten sie, ohne Rücksicht auf innereuropäische Einsichten, die Restauration der früheren Staatssouveränitäten; – entscheidend dafür war, daß die Sowjetunion, getreu Lenins Weisung, ein europäischer Zusammenschluß mit all seinen sicheren Vorteilen dürfe nur unter kommunistischem Vorzeichen gestattet werden²⁵, bereits 1943 erreicht hatte, daß alle Ansätze zur Aufnahme des europäischen Föderationsgedankens in die westliche Nachkriegsplanung, die es gegeben hatte, ihrem kategorischen Widerspruch geopfert worden waren; wie denn auch die kommunistischen Widerstandsgruppen, Moskauer Weisung folgend, dem Europagedanken stets mit allen Re-

Parol“, 10. Sept. 1945) – mit ausdrücklicher Zitierung des Historikers der Zwischenkriegszeit, der dieses Geschichtsbild wohl am eindringlichsten entwickelt und am wirkungsvollsten vertreten hat, J. Ortega y Gasset (vgl. bes. *Der Aufstand der Massen*, span. und französ. 1929, dt. Stuttgart 1930): „Es ist nicht die Verfassung, die versagt, sondern der Staat selbst; er ist zu klein geworden.“ Europa ist „auf eine neue Lebensstufe geführt, wo alles sich vergrößert hat; aber seine Strukturverhältnisse, die aus der Vergangenheit herüberdauern, sind zwerghaft und hemmen die Expansionskräfte der Gegenwart.“ (S. 98 f.) „Für die Europäer bricht jetzt die Zeit an, da Europa zu einer Nationalidee werden kann. Und der Glaube hieran ist viel weniger utopisch, als es im 11. Jahrhundert die Prophezeiung eines einigen Spanien oder Frankreich gewesen wäre.“ (S. 119).

²⁴ Föderationspläne, a. a. O., Nr. 64; vgl. im Register unter Frenay dessen zahlreiche gleichartige Äußerungen.

²⁵ W. I. Lenin, *Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa*, erstmals in: Sozialdemokrat, Nr. 44 vom 23. Aug. 1915, am zugänglichsten in: Lenin, *Ausgewählte Werke* in zwei Bänden, I, Berlin (Ost) 1955, S. 750–754. Ihr entsprechend hatte Stalin schon 1930 den Briandplan energisch bekämpft und alle Wünsche nach europäischer Föderation als „bourgeoise Bewegung zur Intervention gegen die Sowjetunion“ bezeichnet; vgl. Lipgens, *Briand-Plan*, a. a. O., Anm. 67 und 87 (Zitat).

gisten nationalistischer Parolen widersprochen hatten²⁶. Wären die beiden Weltmächte in ihrem faktischen Koimperium und in ihrer Ablehnung des europäischen Einigungsgedankens einig geblieben, so hätte es für Europa keine Chance mehr gegeben. Erst nach dem Ausbruch des Ost-West-Konflikts, als beide Mächte begannen, ihre Hälfte des europäischen Potentials zu organisieren, und die USA für Westeuropa den Gedanken übernationalen Zusammenschlusses nicht nur zu erlauben, sondern zu fördern sich entschlossen, wurden Realisierungen noch möglich. Es war für die Sprecher der europäischen Einigungsbewegung ein überaus schwerer Entschluß, anzuerkennen, daß Anfänge faktischer Vereinigung dergestalt nur im Zeichen vorheriger Teilung Europas möglich geworden waren, aber sie rangen sich dazu durch, 1947 auf dem Kongreß in Montreux, „mit dem Zusammenschluß da zu beginnen, wo es möglich ist“²⁷. Auch seither blieb, als eines der Kennzeichen europäischen Niedergangs, jeder Schritt zu Teilzusammenschlüssen abhängig von der Genehmigung durch die eine Weltmacht, jede Erwartung gesamteuropäischen Zusammenschlusses abhängig von der Genehmigung durch beide Weltmächte.

Durch die verfügbaren Restaurationen waren sodann aber auch die inneren Hemmnisse stärker, als in der Kriegszeit vorhergesehen. In Westeuropa führte der durch die Wendung der USA ermöglichte erste Anlauf 1947–1949 zur Gründung des noch zwischenstaatlichen „Europäischen Wirtschaftsrats“ der OEEC und des gemeinsamen, jedoch nur konsultativen Parlaments im Straßburger Europarat. Dann zeigte sich, daß Großbritannien und die wenigen im Krieg neutral gebliebenen europäischen Staaten, deren Bevölkerungen nicht den Zusammenbruch ihrer nationalen Institutionen erlebt hatten, noch nicht zu effektiver Zusammenlegung von Souveränitätsrechten bereit waren²⁸. – In einem zweiten Anlauf 1950–1960 wurden

²⁶ Vgl. Föderationspläne, a. a. O., Nr. 13, 84, den Bericht aus dem polnischen Widerstand Nr. 118, und zu den Aktionen 1943 besonders Nr. 170 und 172. Nach den ersten Studien (B. Dutoit, *L'Union Soviétique face à l'intégration européenne*, Lausanne 1964; G. Zellen-tin, *Die Kommunisten und die Einigung Europas*, Frankfurt 1964) wäre eine umfassende Analyse des tragisch-kategorischen und bis heute erfolgreichen Versuches der Sowjetunion, Europa in möglichst balkanischer Ohnmacht zu halten, dringend erforderlich. – Der umfangreiche und komplexe Bereich der Erörterung des Europäischen Einigungsgedankens in der privaten und offiziellen Nachkriegsplanung in Großbritannien und den USA, auf den in der Diskussion Heinrich Bodensieck aufmerksam machte, mußte aus diesem Vortrag ausgeklammert bleiben; er bedürfte, insbesondere hinsichtlich des eigenartig korrespondierenden Unverständnisses sowohl von Hull wie von Eden, ebenso monographischer Bearbeitung; erste Übersicht und Materialsammlung in: Föderationspläne, Anhang: Europa-Pläne in Großbritannien und den USA (1939–44), S. 405–521.

²⁷ Formulierung aus der „Politischen Entschliebung“ des I. ord. Kongresses der „Union Européenne des Fédéralistes“ (Rapport du Premier Congrès Annuel de l'U.E.F., 27–31 août 1947 Montreux, Genève 1947, S. 132f.). Zur Geschichte der im scheinbar noch hoffnungslosen Jahre 1946 entstandenen, in den Folgejahren bis etwa 1953 kraftvollen Pressure-Groups der europäischen Föderalisten-Verbände, an deren Spitze in allen Ländern ehemalige Resistance-Chefs standen, ihrer Entwicklung in den einzelnen Ländern und den Etappen im jeweiligen weltpolitischen Zusammenhang demnächst W. Lipgens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, 2 Bde, München (Oldenbourg).

²⁸ Bisher brauchbarste Quellensammlung zu dieser Etappe: Europa, Dokumente zur Frage

von den sechs Kernstaaten des Zusammenbruchsraums (bei erstaunlich überwiegender Zustimmung der Bevölkerungen, die anzeigte, daß die Widerstandsautoren offenbar Einsichten eines erheblichen Bevölkerungsteils vorformuliert hatten) tatsächliche Föderalisierungen versucht, sowie die effektive Zusammenlegung zunächst ihrer Montanindustrien, dann ihrer gesamten Volkswirtschaften eingeleitet. Indem sie wenigstens im wirtschaftlichen Bereich allmählich die nationalen Grenzen niederlegten und ihn gemeinschaftlichen Behörden unterstellten, ermöglichten sie das bisher einzige Beispiel des Gelingens und eine relative Erholung Europas wenigstens in den traditionellen Wirtschaftssektoren²⁹. Aber alle Verhandlungen über Zusammenlegung und Schaffung einer Bundesbehörde auch für Außenpolitik und Verteidigung blieben ohne Ergebnis. Trotz des jedem vernünftigen Menschen offenkundigen Faktums, daß die technologischen Voraussetzungen nicht nur der wirtschaftlichen Wohlfahrt, sondern ebenso die der Landesverteidigung und der Macht über Einheiten von der Kleinheit der europäischen Nationalstaaten hinausgewachsen sind; trotz einer machtpolitischen Situation, die Chruschtschow vollkommen zutreffend während der Suezkrise 1956 beschrieb: es genügten acht mittlere Wasserstoffbomben, um in Großbritannien jegliches Leben auszulöschen, und sowohl die Sowjetunion als auch die USA benötigten nur einen Teil ihrer Arsenale, um ganz Europa das gleiche Schicksal zu bereiten, ohne daß die Europäer für sich allein die geringste Chance der Gegenwehr hätten; trotz dieser Situation und trotz fortwährender amerikanischer Bereitschaft, ihre achtzehn kleinen Staaten gegenüber notwendig hegemoniale Schutzrolle auf gleichrangig amerikanisch-europäische Partnerschaft zweier Unionsstaaten umzustellen, brachten es die Regierungen nicht zum politischen Föderationsbeschluß. Die Widerstände dagegen haben sich seither durch de Gaulle nur verhärtet³⁰.

der europäischen Einigung (Dok. und Berichte der Dt. Gesellschaft für Ausw. Politik 17), Band 1, München 1962; als Darstellungen: E. Bonnefous, *L'Europe en face de son destin*, Paris 1952; H. Brugmans, *L'Idée Européenne 1918-1965*, Bruges 1965, S. 82-128; zu Ländern: F. R. Willis, *France, Germany and the New Europe 1945-63*, Stanford 1965; H. J. Heiser, *British policy with regard to the unification efforts on the European continent*, Leyden 1959; M. Beloff, *The United States of America and the Unity of Europe*, Washington D.C. 1963. Für die Gegenüberstellung von Großbritannien mit den Kriegsneutralen einerseits (im Sinn der späteren EFTA) und Zusammenbruchsraum andererseits, wie auch zur entscheidenden Bedeutung des ersten Anlaufs und seines Scheiterns demnächst Lipgens, *Die Anfänge*, a. a. O. (Anm. 27); zu Entstehung und den ersten Sitzungsperioden des Europarats demnächst Br. Martin, *Phil. Diss.*, Heidelberg.

²⁹ Beste Übersicht über die bis 1953 geschaffenen Institutionen, insbesondere die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ R. Bindschedler, *Rechtsfragen der europäischen Einigung*, Basel 1954. Zu der nach Scheitern der von den USA zum Kummer der Europa-Föderalisten zu früh forcierten Militärintegration (EVG) geschaffenen „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und „Euratom“ ist die schon überaus umfangreiche Literatur am besten greifbar in: *Vierteljährliche methodische Bibliographie*, hrsg. Jg. 1-3 (1956-58) vom Dokumentationsdienst der Gemeinsamen Versammlung, ab Jg. 4 (1959ff.) von der Dokumentationsabteilg. des Europäischen Parlaments.

³⁰ Der seit Beginn der sechziger Jahre im wesentlichen abgeschlossene Verlust der früheren Kolonialgebiete, die Jahr für Jahr deutlichere Verzweigung der europäischen Staaten zwischen

So haben die Widerstandsautoren Ausmaß und Schwere der Hemmnisse nicht vorhergesehen, die sich ihren Europa-Föderationsplänen entgegenstellten: zuerst das russisch-amerikanische Verbot, dann die russisch-amerikanische Zerreißung Europas, schließlich die Beharrungskraft der 1945 von den Weltmächten restaurierten nationalstaatlichen Traditionen und Bürokratien. Daß hingegen trotz all dieser Hemmnisse nach und nach ein Geflecht multilateraler Bündnisse, zwischen- und überstaatlicher Organisationen und Parlamente entstand und die praktische Integration der westeuropäischen Völker täglich fortschreiten ließ, als Zukunftschance auch der osteuropäischen Völker, hat erwiesen, wie richtig die Resistance die einzig positive Konzeption und Dominante der europäischen Nachkriegsentwicklung vorausgesehen hat. Ob aber diese bis zu tatsächlicher Föderation gelangen und die Hemmnisse überwinden wird, ist bis heute unentschieden.

B) Vollauf und sogleich bestätigt hat sich die andere These, daß auf *globaler* Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht mehr als abermals ein zwischenstaatlicher Völkerbund zustande kommen werde. Nach den Erfahrungen dieses Krieges waren die USA bereit, dem Isolationismus abzuschwören und einer Organisation kollektiver Friedenssicherung beizutreten; noch im Kriege erlangten sie die Zustimmung auch der Sowjetunion; aber beide waren sich einig darin, daß die Organisation „auf die Souveränität der Staaten gegründet“, wiederum also eine völkerrechtliche Verbindung souveräner Staaten sein müsse. Bei den Verhandlungen über die Charta der „Vereinten Nationen“ haben die USA nicht weniger als die Sowjetunion auf unbeschränktem Vetorecht der Großmächte bestanden³¹. In einiger Hinsicht wurden Fortschritte gegenüber dem Völkerbund erzielt: Die „Vereinten Nationen“ umfaßten bald, bis auf begründbare Einzelfälle, alle Staaten der Welt als Mitglieder; die Mehrzahl der Beschlüsse in der Vollversammlung können mit einfacher oder Zweidrittel-Mehrheit gefaßt werden; die Stellung des Generalsekretärs wurde gestärkt; für Entscheidungen im Falle einer Friedensbedrohung wurde ein engerer Sicherheitsrat geschaffen, der bei einmütiger Konstatierung eines Falles von Aggression den beklagten Staat tatsächlich zum Frieden zwingen kann. Auf der andern Seite: jede andere Art von Beschlüssen kann weiterhin nur als „Empfehlung“ an die Staaten gehen; und vor allem ist für die Konstatierung eines Falles von Friedensbedrohung die positive Zustimmung aller „ständigen“ Mitglieder des Sicherheitsrats (der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas) erforderlich,

den in ständiger Entwicklung weiter vorausseilenden Weltmächten brachte zwar Großbritannien und seinen Anhang zu rational nachvollzogener Beitrittsbereitschaft zur Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs und innerhalb dieser begannen Verhandlungen über eine Zusammenlegung auch von Außenpolitik und Verteidigung; aber de Gaulle verhinderte beide anstehenden Schritte, nicht ohne Erfolge seiner Renationalisierungspredigt auch in den andern Ländern. Vgl. als Versuch der Skizze dieser Etappe W. Lipgens, *Die europäische Integration, Entwicklungsphasen und Stand*, in: Ruperto-Carola, 17. Jg., Band 38, Heidelberg 1965, S. 23–43, bes. S. 35–39.

³¹ Vgl. H. Feis, *Churchill, Roosevelt, Stalin*, Princeton 1957, bes. S. 427–437 und 550–558; R. Opie u. a., *The Search for Peace Settlements*, Washington D.C. 1951; E. O. Czempel, *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–49*, Berlin 1966.

selbst wenn – ein entscheidender Rückschritt gegenüber der Völkerbunds-Satzung! – einer von ihnen der Beklagte ist. Also muß sich in jedem Fall eines Konfliktes zwischen diesen fünf „ständigen Mitgliedern“ ein verfahrensrechtlicher Kurzschluß ergeben und der UNO eine Wahrung des Friedens unmöglich machen³². Der de facto die Nachkriegs-Geschichte beherrschende Konflikt war aber der Ost-West-Konflikt zwischen den beiden Weltmächten, ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, die also von der UNO nicht belangbar waren, weil sie ihr gegenüber ihre uneingeschränkte Souveränität mit Vetorecht bewahrt hatten. So hat die UNO zwar als Ort des Meinungsaustausches und – im Falle einmütiger Stellungnahme *beider* Weltmächte – als Instrument der Friedenswahrung gegenüber kleineren Staaten, die nicht dem Sicherheitsrat angehörten, wirken können. Aber die Friedenswahrung im Hauptkonflikt war und ist nicht ihr, sondern der Tatsache zu danken, daß der unerbittliche thermonukleare Rüstungswettlauf zwischen den beiden Weltmächten Jahr um Jahr ein ungefähres Rüstungsgleichgewicht hielt, dessen potentielle Schrecken beide Mächte immer grundsätzlicher einen Übergang zum „heißen Krieg“ scheuen ließ.

C) Schließlich aber erweist jeder Gesamtüberblick über die Nachkriegsgeschichte ein Faktum, das nun die beiden, bisher nebeneinander geführten Problemreihen der Friedenssicherung auf europäischer und auf globaler Ebene im Sinne der Konzeption der Widerstandsautoren miteinander verknüpft. Da das Rüstungsgleichgewicht zwischen den beiden Weltmächten mit all seinen Schrecken den „großen Krieg“ unwahrscheinlicher gemacht hat, spielt ihr Ringen um Einflußzonen seit langem in den vergleichsweise staatlich balkanischen Zwischengebieten sich ab, in Südasien, dem Vorderen Orient, Europa, Afrika und Lateinamerika. Nicht mehr die großen Weltmächte als solche, sondern die balkanischen Zwischengebiete stellen die Gefahrenzonen für Kriege dar, die mit lokalen, konventionell geführten Konflikten die Gefahr der atomaren Ausweitung in sich bergen. Ganz offensichtlich aber nehmen die Gefahren ab, sobald die Kleinstaaten nicht mehr zwischen den Hegemonien hin und her manövrieren, sondern sich auf den Weg der regionalen Zusammenarbeit begeben. Auch nur einigermaßen auf dem Weg zu Regionalföderationen befindliche Gebiete wie Europa und Lateinamerika hören in eben dem Maße auf, weltpolitische Gefahrenzonen zu sein, in dem sie auf diesem Wege vorankommen. In jedem einzelnen Fall ließ sich nachweisen, daß dann ernstlich beunruhigende Probleme nur noch aus den noch nicht integrierten Bereichen erwachsen. So sind die USA dazu übergegangen, in allen Zwischengebieten immer nachdrücklicher „regionale Zusammenarbeit“, den Cento-Staaten, den Südostasiatischen Staaten etc. nach dem Muster der EWG „Wirtschaftsgemeinschaften“ als ersten Schritt zu empfehlen³³. Eine der entscheidenden Fragen ist, ob auch die Sowjetunion in der

³² Hier genüge der Hinweis auf das UN-Kapitel bei E. Menzel, *Völkerrecht*, München, Berlin 1962, bes. S. 412–418, und dort genannte Literatur.

³³ Vgl. insbesondere die Reden des amerikanischen Stellv. Außenministers George W. Ball 1966; die Vorschläge der USA auf den Lateinamerikanischen Konferenzen zur Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft 1966/67; auf Einzelnachweise kann hier verzichtet werden.

Zukunft einmal in solchen Regionalföderationen mehr als in der Offenhaltung von Konfliktherden im Zwischenbereich ihr Interesse sehen, also am Ende ihren Widerspruch gegen die europäische Einigung aufgeben, einer dergestaltigen Friedensorganisation den Vorzug vor dem „divide et impera“ geben wird – oder nicht³⁴. Bestätigt sich die Analyse der Krisenherde der Nachkriegsgeschichte, die hier nur noch angedeutet werden konnte, so würde sich damit zugleich der Schlüsselpunkt der Konzeption der Widerstandsautoren als eine realistische Voraussicht erweisen.

³⁴ Das nachfolgende Referat von Boris Meissner gab auf diese entscheidende Frage überzeugend abgewogene Antworten: Daß zwar sowjetischerseits seit 1955 der „vorläufige Friede der Koexistenz“ als eine Periode bezeichnet werde, die noch unerwartet lange dauern könne, so daß Entwicklungen in der oben bezeichneten Richtung nicht völlig ausgeschlossen sind; daß aber die Sowjetunion bis jetzt nicht bereit ist, von der These strikter zeitlicher, räumlicher und sachlicher Begrenztheit dieses „Friedens der Koexistenz“, der nach wie vor als ein „Waffenstillstand“ bezeichnet wird, abzugehen; daß deshalb alle sowjetischen Vorschläge für einen europäischen Sicherheitspakt weiterhin nur Nichtangriffs- und Nichteinmischungs-, aber keine Bündnis-Klauseln enthalten und eindeutig auf der nationalstaatlichen Zersplitterung des europäischen Raums bestehen mit der Hoffnung auf sowjetische Hegemonie-Ausweitung. – Die politische Folgerung kann dann nur lauten: Beschleunigter Fortbau am westeuropäischen Zusammenschluß, so lange die Sowjetunion nichts anderes bietet; Überwindung der Widerstände gegen die föderative Zusammenlegung von Außenpolitik und Verteidigung; da die osteuropäischen Regierungen meist mehr von verständlicher Angst vor deutschem Revanchismus als von kommunistischer Ideologie bei der Sowjetunion gehalten werden, wäre es ein Ereignis von außerordentlichen Folgen, wenn diese Angst hinfällig werden könnte, weil alle Außen- und Verteidigungspolitik einer europäischen Bundesbehörde obliegen würde.

Miszelle

ERICH KORDT

DIE SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK IM WANDEL DER
WELTPOLITISCHEN KONSTELLATIONEN

Die Zahl der sowjetischen Außenkommissare bzw. Minister läßt sich an einer Hand aufzählen, sieht man einmal von denen ab, die nur ganz kurze Zeit im Amt waren. Das sind erheblich weniger als bei anderen Großmächten. 49 Jahre ist die Außenpolitik des Sowjetstaates, der vor einem halben Jahrhundert als weltrevolutionäre Macht ins Leben trat, von nur 5 Persönlichkeiten offiziell geführt worden. Molotow verfügte über insgesamt 13 Dienstjahre als er abtrat, Tschitscherin über 12, Litwinow über fast 9 und Gromyko hat bereits am 15. Februar dieses Jahres sein 10jähriges Dienstjubiläum als Außenminister feiern können. Lediglich Wyschinski, der Generalstaatsanwalt der sogenannten Säuberungsprozesse der dreißiger Jahre, der während des Zweiten Weltkrieges schon als Vizeminister fungierte, hat nur 4 Jahre an der Spitze des Außenamtes gestanden.

Tschitscherin und Litwinow sind ebenso wie Wyschinski, der nach seiner Ablösung noch Vertreter bei den Vereinten Nationen blieb, eines natürlichen Todes gestorben, und die beiden Erstgenannten haben ebenso wie heute Molotow ihr Gnadenbrot in Frieden essen können. Der heute 58jährige Gromyko hat seit über 28 Jahren viele verantwortungsvolle Posten in der Außenpolitik unter Stalin, wie Chruschtschow und heute Kossygin und Breschnew bekleidet. Er bietet durchaus das Bild eines gewiegten Außenministers einer traditionellen Großmacht. Er dürfte schon heute über mehr diplomatische und Konferenzerfahrung als die meisten seiner ausländischen Kollegen verfügen.

Das Bild von einer Rückkehr des Sowjetstaates zu einer gewiß nicht immer angenehmen, aber im Grunde doch normalen Großmachtpolitik, vermutlich kaum umstürzlerischer als die des Zarenreichs, scheint eine Bestätigung in der beißenden Kritik zu finden, die von Peking an der vom Kreml angeblich verfolgten degenerierten, revisionistischen Politik geübt wird, die einen offenen Verrat an der weltrevolutionären Mission darstelle. Die sowjetische Führung setzt sich gegen diesen Vorwurf leidenschaftlich zur Wehr. In der Tat werden auf Konferenzen der kommunistischen Parteien, so im April 1967 in Karlsbad, nach wie vor alle Register weltrevolutionären Pathos gezogen. Die Beschlüsse der Staaten des Warschauer Paktes stehen dem kaum nach. Dies alles ist an sich aber noch kein Beweis dafür, daß die Kritik Pekings, der Kreml verfolge in Wirklichkeit eine verbürgerlichte Politik, unbegründet sei. Einem weltmissionarischen, weltherrschaftlichen Streben ist auch in der Vergangenheit oft noch Lippendienst gezollt worden, nachdem die dynamischen Kräfte, die seine Träger waren, sich längst verausgabt hatten. Könnte es sich bei den ständigen Wiederholungen weltrevolutionärer Parolen also nur noch um eine Art Ritual handeln, das abzuschaffen dem Kreml die Pietät verbietet?

Eine Spanne von 50 Jahren genügt allerdings kaum, um eine schlüssige Antwort

Vierteljahrshefte 5/1

auf die Frage zu geben, ob – wie die freiheitliche Welt hofft und wie Peking verächtlich behauptet – die Tendenzen einer Normalisierung und Entspannung im Kreml das Übergewicht zu erlangen im Begriff sind.

Keine andere weltmissionarische Macht hat ihren Gang durch die Weltgeschichte mit so klar ausgesprochenen Zielen angetreten wie die Sowjetmacht. Anders als bei anderen Weltreichen sind sie nicht erst langsam herangereift.

Lenin hatte seit Beginn des Ersten Weltkrieges konsequent auf eine Niederlage des russischen Reiches hingearbeitet. Diese sollte die Chance für die Machtergreifung seiner noch kleinen Kaderpartei, der Bolschewiki, eröffnen. Bei allem, was sich zunächst ereignen werde, handelte es sich nach Lenins fester Überzeugung um Randerscheinungen, die den Prozeß der Weltgeschichte, den er einleiten wollte, nur ganz vorübergehend beeinflussen konnten. Niederlage, Verzicht auf Gebiete, die im Laufe von Jahrhunderten von Rußland erworben und dieses erst zur Großmacht hatte aufsteigen lassen, waren Vehikel zur Vernichtung des feindlichen feudalistischen, kapitalistischen, imperialistischen Staates, Vorstufen zur Befestigung der eigenen revolutionären Macht, die nicht nur ein ganz neues Rußland, sondern eine neue Welt schaffen werde.

Die dreimonatige Ära Trotzki, der sich als Außenkommissar auf weltrevolutionäre Proklamationen beschränkte und in der Formel: „Kriegsbeendigung ohne Frieden“ ein Mittel zur Beschleunigung der Weltrevolution, beginnend in Deutschland, entdeckt zu haben glaubte, führte fast zum Zusammenbruch der eben erst errichteten Sowjetmacht.

Die Berufung Tschitscherins 1918 zum Außenkommissar, eines Berufsdiplomaten, der schon vor dem Ersten Weltkrieg zu den Bolschewiki gestoßen war, beendete das Stadium, in der die Räteregierung revolutionäre Weltpolitik ganz unter Verzicht auf zwischenstaatliche Außenpolitik treiben zu können glaubte.

Die Partei, die die Macht zur radikalen Umgestaltung der Welt zunächst in Rußland an sich riß, mußte feststellen, daß sie, anders als geplant, vorerst nur Träger eines verkleinerten russischen Staates geworden war. Die Hoffnungen auf eine kommunistische Revolutionierung Deutschlands als Auftakt zur Revolutionierung weiterer Länder und schließlich der ganzen Welt, hatten getrogen. Der revolutionären Flut war eine Ebbe gefolgt. Die drei Baltischen Staaten, Finnland und Polen hatten sich auf früher zum russischen Reich gehörendem Territorium als nichtkommunistische Staaten konsolidieren können. Rumänien hatte sich Bessarabien einverleibt, ohne daß ihm dessen Besitz zunächst machtmäßig streitig gemacht werden konnte. Durch Zusammenschluß der von den Bolschewiki beherrschten, scheinbar souveränen Republiken Rußland, Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien war zunächst nur die UdSSR als föderativer Staat entstanden.

Von Anbeginn aber sollte sich der sowjetische Föderativstaat von allen anderen bestehenden Staaten unterscheiden. Seine Bestimmung sollte es sein, über sich selbst hinauszuwachsen.

An Stelle der auswärtigen Staaten, mit denen keine diplomatischen Beziehungen mehr bestanden, hoffte Lenin in direkte Beziehungen mit dem Proletariat anderer

Völker treten zu können. Weniger als zwei Jahre, nachdem Lenin in den Aprilthesen 1917 zur „Erneuerung der Internationale“ aufgerufen hatte, forderte er in einem offenen Brief die Arbeiter Europas und Amerikas zur Gründung einer dritten Internationale auf. Am 24. Januar 1919 erfolgten offizielle Einladungen an sympathisierende Parteien. Es ist bezeichnend, daß diese Einladungen durch den Außenkommissar Sowjetrußlands, Tschitscherin, verschickt wurden. Waren die mit den Bolschewiki sympathisierenden Parteien in aller Welt nicht in der Tat die richtigen Adressaten, wenn ein sowjetrussischer Außenkommissar Beziehungen zum Ausland aufnehmen wollte?

Im März 1919, im gleichen Monat, in dem der erste Kongreß der Dritten Internationale zusammentrat, wurde Ungarn Räterepublik. Am 7. April folgte Bayern. In der ersten Nummer der Zeitschrift der Komintern schrieb Sinowjew, der eben gewählte Präsident:

„Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: In Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zur Zeit, wo diese Zeilen im Druck erscheinen, wir bereits *nicht* drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjetrepubliken haben werden. In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen . . . Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahre wird ganz Europa kommunistisch sein.“

Da die weltrevolutionären Erwartungen, mit der Hoffnung auf eine neue Form von Auslandsbeziehungen, sich nicht erfüllten, war das durch Krieg, Bürgerkrieg und nachfolgende Interventionen des Auslands erschöpfte Sowjetrußland genötigt, Frieden auf konventionelle Art zu suchen.

Tschitscherin und seinen Mitarbeitern gelang es bald, mit den Baltischen Staaten und Finnland Friedensverträge abzuschließen. Am 18. März 1921 wurde auch der Krieg mit Polen durch den Vertrag von Riga formell beendet. Jetzt war es soweit, daß sich die Sowjetmacht um Wiederezulassung in den Kreis der traditionellen Staaten bemühte. Länder des Nahen und Mittleren Orients waren die ersten, mit denen Sowjetrußland und die Kaukasischen Sowjetrepubliken noch im Winter 1921 zu Übereinkommen gelangten. Zu diesen Staaten, die noch um ihre Unabhängigkeit und Sicherheit kämpfen oder bangen mußten, gesellte sich am 16. April 1922 auch Deutschland, das sich seit Versailles als Paria behandelt fühlte. Im Rapallo-Vertrag kamen Deutschland und Sowjetrußland überein, auf gegenseitige Entschädigungsansprüche und die Rückzahlung von Anleihen zu verzichten. Die Räteregierung erreichte hiermit eine erste Anerkennung ihres Dekrets vom 28. Januar 1918, in dem sie die Einlösung der Schulden des Zarenreiches verweigert hatte. Die sowjetische Enzyklopädie spricht in Zusammenhang mit den obengenannten Abkommen, die zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führten, von der „Sprengung der Blockade“. Es sollten aber noch Jahre vergehen, bis die am 30. Dezember 1922 formell zur UdSSR vereinigte Sowjetmacht diplomatische Anerkennung seitens der Mehrzahl der europäischen Staaten erlangte. Erst 1933 entschlossen sich auch die

Vereinigten Staaten zu einem gleichen Schritt, dem sich eine Reihe weiterer Staaten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und z. T. erst im Laufe des Weltkrieges anschlossen.

Auch nach dem Austausch diplomatischer Vertretungen blieben die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und vielen nichtkommunistischen Ländern prekär. Die Sowjetunion hatte ja nicht nur gegen die anerkannten Regeln des internationalen Verkehrs verstoßen, indem sie die Anerkennung der Vorkriegsverpflichtungen und Schulden Rußlands verweigerte. Moskau war auch Sitz der Dritten Internationale, deren offen verkündetes Ziel der Sturz der bestehenden nichtkommunistischen Ordnung in aller Welt war. Die illegale, vom Sowjetstaat mit allen Mitteln geförderte Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten durch kommunistische Infiltration und Subversion entsprach der Sendungsaufgabe, die sich die Sowjetunion als der erste Staat der Diktatur des Proletariats selbst zugelegt hatte. Die Arbeit der sowjetischen Diplomatie wurde aber durch dieses Verfahren sehr erschwert und immer wieder kompromittiert. Lange Zeit haben die Männer im Kreml befürchtet, in der nichtkommunistischen Welt werde eine gemeinsame militärische Aktion gegen die Sowjetunion vorbereitet. Man wird es infolgedessen als eine beachtliche Leistung der Außenpolitik des Sowjetstaates unter Tschitscherin ansehen müssen, daß es gelang, trotz der offensichtlichen Zweigleisigkeit von amtlicher, in traditionellen Bahnen sich abspielender, und der nebenhergehenden Komintern-Politik, das Zustandekommen einer Einheitsfront der nichtkommunistischen Staaten zu verhindern.

Deutschland, das vorerst zum Völkerbund nicht zugelassen war, spielte in den außenpolitischen Erwägungen Moskaus eine besondere Rolle. Dem Vertrag von Rapallo kam auch eine über den im Grunde mageren Vertragsinhalt hinaus kapitale politische Bedeutung zu. Sie erschöpfte sich nicht in der streng geheimegehaltenen militär-technischen Zusammenarbeit und in dem sich bald erweiternden Wirtschaftsverkehr. Wichtiger war auch für den Sowjetstaat, daß man sich in Deutschland in dem Glauben wiegte, durch Rapallo eine Waffe in die Hand bekommen zu haben, mit der früher oder später die Revision des Versailler Vertrages durchgesetzt werden sollte. Rapallo bedeutete eine klare Absage an jede einseitige Westorientierung Deutschlands zu Lasten der Sowjetunion. Der Gedanke, eine Optionsfreiheit erlangt zu haben, wirkte in Deutschland so attraktiv, daß an dieser Linie festgehalten wurde, auch nachdem der Kreml im Herbst 1923 den deutschen Kommunisten die Weisung erteilte, in Ausnutzung der revolutionären Situation in Deutschland gewaltsam die Macht an sich zu reißen.

Auch als das Deutsche Reich mit seinen westlichen Nachbarn unter der Garantie Großbritanniens und Italiens den Locarno-Vertrag abschloß und in den Völkerbund eintrat, nahm die deutsche Regierung peinlich Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Sowjetunion. In einem Sonderprotokoll zum Locarno-Vertrag wurde der besonderen politischen und geographischen Lage Rechnung getragen. Deutschland sollte danach nicht gezwungen werden können, an etwaigen Sanktionen gegen die Sowjetunion teilzunehmen. Dies gab Deutschland die Handhabe, um im Berliner Vertrag vom

24. April 1926 dem Kreml im Falle eines nicht provozierten Angriffs auf die Sowjetunion Neutralität zuzusichern. Durch das besondere außenpolitische Verhältnis zu Deutschland war die Sowjetunion auch in der Zeit der inneren Machtkämpfe, die zur Alleinherrschaft Stalins führten, gegen äußere Gefahren in Europa einigermaßen geschützt.

Um sich ungestört einer energischen Industrialisierung zuwenden zu können, war die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bestrebt, das Verhältnis zu seinen Nachbarn und darüber hinaus zu anderen Staaten zu normalisieren. Die innere Lage der europäischen Staaten bot ohnehin wenig Aussicht auf baldigen revolutionären Umsturz. Die Sowjetunion hatte sich bei Kriegsende geweigert, mit den Nachbarstaaten, die früher zum russischen Reich gehörten, Nichtangriffsverträge abzuschließen, und inzwischen war Frankreich eifrig bemüht gewesen, sie kollektiv zu einer Art Cordon sanitaire gegen die Sowjetunion zusammenzuführen. Es war Litwinow, damals noch Stellvertreter und bald Nachfolger Tschitscherins, der gegen Ende der zwanziger Jahre eine Schwenkung der Außenpolitik durchführte. Ihr Ziel bestand darin, den Nachbarstaaten, aber auch anderen nichtkommunistischen europäischen Staaten eine Entspannungspolitik schmackhaft zu machen. Ansatzpunkt bot der Kriegsächtungspakt, auch Kellogg-Pakt genannt, zu dem die Sowjetunion auf Fürsprache Deutschlands gegen den Widerstand Frankreichs und Großbritanniens nachträglich am 6. September 1928 zugelassen wurde. Am 9. Februar 1929 wurde in Moskau das sog. Litwinow-Protokoll von der Sowjetunion, Polen, Rumänien, Estland und Lettland unterzeichnet, dem schließlich auch Litauen, die Türkei und Persien beitraten. Damit war ein vielversprechender Anfang gemacht. Während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Sommer 1933 gelang es Litwinow, alle europäischen, sowie nah- und mittelöstlichen Nachbarstaaten, die Tschechoslowakei und Jugoslawien zum Abschluß eines Kollektivabkommens zu bewegen, in dem eine genaue Definition des Angreifers festgelegt war. Das Kollektivabkommen war als Ergänzung zweiseitiger Nichtangriffspakte gedacht, die zu Beginn der dreißiger Jahre oder schon vorher vereinbart worden waren. Es sollte hierdurch der Beweis erbracht werden, daß die Sowjetunion nicht nur keinerlei aggressive Absichten gegenüber ihren nichtkommunistischen Nachbarn hege, sondern daß sie auch bereit sei, auf gewisse in der Definition des Angriffs ausdrücklich aufgeführte Aktionen der Subversion zu verzichten. Das Ziel der sowjetischen Politik, den Cordon sanitaire, der mit Hilfe der Westmächte als Bollwerk gegen die Sowjetunion geschaffen war, durch systematische Entspannungspolitik seines bisherigen Charakters zu entkleiden, schien weitgehend erreicht zu sein. Schließlich konnte auch Frankreich, ohne dessen Plazet das System der Nichtangriffspakte vor allem mit Polen und den Staaten der kleinen Entente kaum hätte zustande kommen können, für den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens am 29. November 1932 gewonnen werden. Im Spätsommer und Herbst 1933 folgte ein gleiches Abkommen mit dem faschistischen Italien, sowie Vereinbarungen mit den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Durch den Vertragsabschluß mit Italien sollte die ideologische Vorurteilslosigkeit der sowjeti-

schen Außenpolitik unterstrichen werden. Bei der Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die es bisher abgelehnt hatten, die das traditionelle Völkerrecht negierende Sowjetregierung anzuerkennen, fand sich der Kreml bereit, juristisch recht präzise erscheinende Zusagen zu machen, jede kommunistische Propaganda zu unterlassen. In bezug auf die praktische Wirksamkeit derartiger Versprechungen haben die Vereinigten Staaten allerdings keine günstigeren Erfahrungen machen können als andere Staaten, denen gegenüber vorher ähnliche Zusagen gegeben worden waren.

Zweifellos hatte aber die Sowjetunion eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zur nichtkommunistischen Welt erreicht. Gefördert wurde dieser Vorgang ohne Zweifel durch die militärischen Interventionen Japans in der Mandschurei und im übrigen China. Auch die innerpolitische Entwicklung in Deutschland hatte das sowjetische Bestreben nach Entspannung mit den europäischen Nachbarstaaten und den Westmächten beeinflußt. Die Sowjetunion war aber noch keineswegs gewillt, einseitig zu optieren und an die Seite der Siegermächte des Ersten Weltkrieges zu treten, denen die Erhaltung der bisherigen Ordnung und des territorialen Status quo am Herzen lag. Trotz aller Beteuerungen, daß sich die Sowjetunion jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten enthalten werde, wurde in Deutschland gerade um die Wende des Jahres 1932/33 ein innerpolitisches Spiel mit höchstem Einsatz gewagt. Angebote der deutschen Sozialdemokraten, nach Moskauer Diktion der „Sozialfaschisten“, zur Zusammenarbeit, wurden auf Geheiß des Kremls von den deutschen Kommunisten rundweg abgelehnt.

Da sich Hitler als Reichskanzler zunächst weniger antisowjetisch als angenommen gebärdete und Anfang 1933 sogar den Berliner Neutralitätsvertrag um 10 Jahre verlängern ließ, kam es bis Ende 1933 zu keiner Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik. Diese wird wohl erst vom Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffsabrede vom 26. Januar 1934 datiert werden können. Stalin glaubte nunmehr zu erkennen, daß für eine Fortsetzung der Rapallo-Politik mit Deutschland keine Basis mehr vorhanden war. Zugleich aber mußte der Kreml am Beispiel Polens feststellen, daß seine Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Cordon sanitaire doch nur beschränkte Auswirkung gezeitigt hatte und daß das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion bei diesen Staaten noch keineswegs gewichen war.

Man wird in der nunmehr eingeleiteten Politik des Kremls, die im Juni 1934 zum Vorschlag eines Ostpaktes, der Deutschland jede Bewegungsfreiheit nehmen sollte, sodann zum Beitritt in den Völkerbund am 18. September 1934 und schließlich zum Abschluß von Bündnissen mit Frankreich und der Tschechoslowakei am 2. und 16. Mai 1935 führte, eine Abwendung von der bisherigen sowjetischen Außenpolitik erblicken müssen. Auch die Komintern rückte mit der Ausgabe der Volksfrontparole auf ihrem VII. Weltkongreß Sommer 1935 von den bisherigen Direktiven zur Führung des innerpolitischen Kampfes um die Macht vollständig ab. Es war gewiß ein ungewohntes Bild, kommunistische Parteien in demokratischen Parlamenten als Stütze nichtkommunistischer Regierungen auftreten und deren Verteidigungshaushalte billigen zu sehen. Das Bild einträglicher Zusammenarbeit

wurde aber schon im Laufe des nächsten Jahres nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges getrübt, als die von Moskau unterstützten Kommunisten schließlich als allein ausschlaggebend ihre nichtkommunistischen Alliierten ganz in den Schatten drängten. Nicht weniger mögen die innerpolitischen Vorgänge in der Sowjetunion, die die Liquidierung auch von 10000 und mehr Offizieren der Roten Armee brachten, dazu beigetragen haben, daß die außenpolitische Zusammenarbeit der Sowjetunion und ihre Bündnisse mit dem Westen keine tieferen Wurzeln schlagen konnten.

War die Sowjetunion unter Stalin überhaupt ein möglicher Partner für die demokratische Welt? Ein Mann wie der Amerikaner Kennan, der zu Stalins Zeiten in Moskau auf Posten war, verneinte die Frage. Auch in den Jahren von 1934 bis 1937 sei Stalin nach seiner Ansicht nicht für eine ehrliche antifaschistische Koalition gegen Hitler zu gewinnen gewesen. Stalin habe einen Sieg der freiheitlichen republikanischen Partei in Spanien über Franco als eine größere Gefahr für seine eigene Stellung in der Sowjetunion angesehen als selbst einen Sieg des spanischen Militärs.

München, das ganz ohne Zuziehung der Sowjetunion im September 1938 zustande kam, brachte dem Kreml jedenfalls zum Bewußtsein, daß die Politik der Zusammenarbeit mit dem Westen im Völkerbund und seine Allianzen außenpolitisch nur begrenzte Auswirkungen zeitigen würden. Auch das Experiment der innerpolitischen Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien hat sich im Ergebnis eher schädlich als nützlich für die Sowjetunion erwiesen.

Moskau hätte wohl auf lange Zeit wenig Chancen gehabt, die europäische Politik außen- und innerpolitisch zu beeinflussen, wäre es nunmehr zu der Zusammenarbeit der Vertragspartner von München gekommen, zu der die Westmächte bereit zu sein schienen. Das Bild änderte sich jedoch vollständig, als Hitler die Zeit für gekommen sah, angesichts der von ihm in München konstatierten Schwäche der Westmächte im Blitztempo eine deutsche Vorherrschaft über Europa aufzurichten.

Die Sowjetunion sah sich nach der Besetzung der Resttschechoslowakei, die zunächst, wie Hitler richtig angenommen hatte, nicht mehr als papierne Protestaktionen der Westmächte nach sich zog, plötzlich wieder von den Westmächten umworben. Es war zweifellos ein schwerer diplomatischer Fehler, daß Großbritannien den verspäteten Aufbau eines umfassenden Sicherheitssystems, das Hitler Einhalt gebieten sollte, mit dem Austausch von Garantieerklärungen zwischen London und Warschau einleitete. Es tat diesen Schritt, ohne sich vorher des sowjetischen Einverständnisses versichert zu haben. Stalin hatte schon vor diesen Ereignissen auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU am 10. März 1939 deutlich gemacht, die Sowjetunion sei nicht bereit, für die Westmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

In der Krise des Sommers 1939 war die Sowjetunion in der Lage, eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht, wie sonst oft, auf gleichzeitig bestehende weltrevolutionäre Erwartungen und Chancen Rücksicht zu nehmen hatte. Der Apparat der Komintern war inzwischen zum reinen Werkzeug einer sowjetischen Machtpolitik degradiert worden.

Wieder wurde der Wechsel durch eine Neubesetzung des Außenkommissars eingeleitet. Litwinow wurde durch Stalins ersten Gehilfen Molotow ersetzt. In den entscheidenden Monaten des Sommers 1939 hat sich die sowjetische Führung als Meister des Taktierens bewährt. Die Rechnung, daß sie bald auch von Hitler umworben sein werde und daß es sodann an ihr lag, den richtigen Augenblick für eine Wahl zu treffen, mußte aufgehen. Der Wunsch, die Sowjetunion aus den kommenden Auseinandersetzungen herauszuhalten, wird gewiß eines der Motive gewesen sein, die bewirkten, daß sich Stalin dafür entschied, Hitler den Weg freizugeben. Er entschloß sich, kein Verteidigungsbündnis mit den Westmächten, sondern am 23. August 1939 den Stalin-Hitler-Pakt einzugehen.

Nicht zweifelhaft sein kann, daß daneben auch die Hoffnung eine Rolle spielte, die Sowjetunion werde zusehen können, wie sich die unzuverlässigen Demokraten und die Vorkämpfer des Antikommunismus in einem langen zermürbenden Kampfe bis zur Erschöpfung schwächten. Schon Lenin hatte beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Aufgabe seiner Parteigänger darin gesehen, den imperialistischen Krieg zwischen Entente und Mittelmächten in einen Weltbürgerkrieg der Klassen zu verwandeln, der mit dem Sieg der Revolution in allen Ländern enden müsse. Der 1939 ausgebrochene Krieg schien noch mehr geeignet, zu einem solchen Resultat zu führen, da nunmehr die Sowjetunion bereit stand, mit ihrer Macht die kommunistische Revolution in der geschwächten nichtkommunistischen Welt zum Siege zu führen.

An die Stelle der prekären Zusammenarbeit mit den Westmächten schien nunmehr so etwas wie eine bolschewistisch-nationalsozialistische Allianz zu treten. Molotow und Ribbentrop erklärten bei einem erneuten Zusammentreffen September 1939 in Moskau in einer gemeinsamen Veröffentlichung in drohender Sprache, daß sie die Westmächte für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich machen müßten. Nur die Kenntnis der eigenen Schwäche mag damals die Westmächte daran gehindert haben, ihren Gefühlen der Empörung nachzugeben und während des sowjetisch-finnischen Winterkrieges einen Konflikt mit der Sowjetunion herbeizuführen. Dies hätte wohl Hitler die einzige Chance geboten, den Krieg auf unbegrenzte Zeit zu verlängern, vielleicht sogar zu gewinnen. Wahrscheinlich war es der Tatsache zu verdanken, daß Hitler den Wettlauf um die Besetzung Norwegens gewann, daß die Alliierten einen solchen kapitalen Fehler nicht begingen. Hitler hat den erfolgreichen Feldzug gegen Norwegen als die genialste militärische Tat seiner ganzen Laufbahn angesehen.

Auf die Dauer allerdings konnte nicht damit gerechnet werden, daß sich die Bundesgenossenschaft Hitlers mit Stalin bewährte. Es waren die überraschenden militärischen Erfolge Hitlers in Nord- und Westeuropa, die die latenten Spannungen zwischen den unnatürlichen Verbündeten früher offen hervortreten ließen als dies im Interesse des Kremls gelegen sein konnte. So richtig Stalin im Sommer 1939 taktiert hatte, um Nutznießer des Konflikts zwischen Hitler und den Westmächten zu werden, im Spätsommer und Herbst 1940 zeichnete sich Stalins Politik nicht durch eine gleiche Feinfühligkeit in der Beurteilung der politischen Situation aus.

Durch die überstürzte Art, mit der er nunmehr den vollen Anteil an der Konkursmasse des zertrümmerten Cordon sanitaire in die Scheuern holte und die darüber hinausgehenden Forderungen, die ihm den Weg ins Mittelmeer offenlegen sollten, bewirkte Stalin, was er vermeiden wollte, nämlich die Sowjetunion gegen ihren Willen in einen großen Krieg zu verwickeln, bevor eine Chance bestand, ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Es ist die Frage gestellt worden, ob die Weltgeschichte vielleicht anders verlaufen wäre, wenn nicht Molotow, der erhaltene Weisungen minutiös auszuführen gewohnt war, sondern Stalin selbst die entscheidenden Gespräche mit Hitler November 1940 geführt hätte. Hier zeigte sich die Schwäche totalitärer Diktaturen, wie später noch einmal im Korea-Konflikt, daß ihnen nämlich zur Ausführung der Außenpolitik nur Befehlsempfänger und keine selbständigen, staatsmännisch denkenden Unterhändler zur Verfügung stehen. Es nützte dem Kreml nichts mehr, daß er sich verspätet im April und Mai 1941 bemühte, das Geschehene bei Hitler vergessen zu machen. Stalin verfügte die Ausweisung der Diplomaten der von Hitler unterworfenen Länder. Er schien sie somit nicht mehr als Staaten anzuerkennen, wodurch den Eroberungen gewissermaßen der Stempel des Definitiven aufgedrückt wurde. Hitler ließ sich hierdurch nicht von seinen neuen Angriffsplänen abbringen.

Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion ließ diese zwangsläufig wieder zum Alliierten der Westmächte werden. Churchill hat am Abend des 22. Juni 1941 die passende Formel geprägt: „Falls ich von einer Invasion Hitlers in der Hölle höre, werde ich am nächsten Tage im Unterhaus eine lobende Anspielung auf den Teufel machen.“

Erwartungen, daß die kriegsbedingte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten auch später Bestand haben werde, haben sich jedoch bald verflüchtigt. Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, die Roosevelt und Churchill in Casablanca am 24. Januar 1943 aufstellten, entthob den Kreml der Notwendigkeit, mit seinen Kriegsalliierten verbindliche Vereinbarungen über Kriegsziele einzugehen. Auf den Konferenzen von Teheran und Jalta konnten die westlichen Staatsmänner nachträglich nur indossieren, was bereits vorher auf den Schlachtfeldern Ost- und Südeuropas praktisch vorentschieden worden war. So konnte es der Sowjetunion gelingen, nicht nur alle Staaten des Cordon sanitaire ihrem Herrschaftsbereich einzuverleiben, sondern darüber hinaus auch über die magyarisch-rumänische Volkstumsbarriere hinweg ihren direkten Einfluß auf die südlichen Slawen zu erstrecken.

Die militärischen Erfolge der Sowjetunion im Zweiten Weltkriege haben ihr Ansehen, das durch die opportunistisch erscheinende Außenpolitik des Kremls, insbesondere durch den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes arg gelitten hatte, im Kreise der ausländischen kommunistischen Parteien einigermaßen wiederhergestellt. Allerdings hatte die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihre Stellung als allein anerkannter Führer der Weltbewegung, dem alle Parteien auch in partibus infidelium sich willig unterordneten, zu stark mißbraucht, um wieder als unbestrittener Führer gelten zu können. Hegemonie empfängt ihre Rechtfertigung aus der größte-

ren Hingabe des zur Führung Berufenen an die gemeinsame Sache. Sie verliert ihre Berechtigung und wird zur bloßen Herrschaft, wenn der Führende seine Sonderinteressen mit der Sache gleichsetzt. In der Tat war in der kommunistischen Weltbewegung an die Stelle der Beziehungen eines Hegemons zu einer willigen Gefolgschaft eine absolute Hörigkeit von Dienenden zur herrschenden Partei getreten. Ein solches Verhältnis war nur durch rücksichtslosen Terror innerhalb der eigenen wie über die anderen Parteien aufrechtzuerhalten.

Stalin schien, wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, der zum Bruch zwischen dem Kreml und Belgrad führte, eine Expansion des Kommunismus wie in den Satellitenraum nur noch von der Roten Armee zu erwarten. Das als Ersatz für die 1944 aufgelöste Dritte Internationale 1947 geschaffene Kominformbüro vermochte der Bewegung keine neuen dynamischen Impulse zu geben.

Solange die USA das Monopol über nukleare Vernichtungswaffen besaßen, wäre ein Einsatz der Roten Armee jenseits der Demarkationslinien des Zweiten Weltkrieges trotz der unbestrittenen konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion ein unübersehbares Risiko gewesen. Oft hat zwar die Führung im Kreml in diesen Jahren versichert, daß der Sowjetstaat, wenn angegriffen, auch aus einem Atomkrieg schließlich siegreich hervorgehen werde, ihn also weniger als seine Gegner zu fürchten habe. Wenn der Kreml mit einer solchen Sprachführung die eigene Öffentlichkeit beruhigen und die Vereinigten Staaten, die sich 1947 zu einer Politik der Eindämmung entschlossen, in Respekt halten wollte, so hat er damit Erfolg gehabt. Hätte der Kreml nicht größeren Gewinn für die Sache des Weltkommunismus verbuchen können, wenn er nach Ende des Zweiten Weltkrieges an Stelle der Politik des Njet mehr Bereitschaft zu einem gewissen Maß von Zusammenarbeit mit den hierfür nur allzu empfänglichen Vereinigten Staaten gezeigt und sich gemeinsam mit ihnen zum Vorkämpfer einer Auflösung der Kolonialreiche aufgeworfen hätte? Die ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Marshall-Plan, die Blockade von Berlin, der Angriff durch Stellvertreter auf die Republik Korea, die antiwestlichen Parolen, unter denen die chinesischen Kommunisten, mit halbem Herzen vom Kreml unterstützt, das festländische China im Sommer 1949 eroberten, mögen ihre Gründe darin haben, daß eine weltmissionarische Macht nicht ohne Spannung bestehen zu können glaubt. Die Unternehmungen gegenüber der nicht-kommunistischen Welt erwiesen sich aber kaum als erfolgreich. Der Bruch mit Tito, ebenso wie der seit Ende der fünfziger Jahre sichtbar werdende Konflikt des Kremls mit Peking ließen offenbar werden, daß die sowjetische Führung der schwierigen Aufgabe, wirksamer Hegemon einer dynamischen Weltbewegung zu bleiben, nicht gewachsen war.

Für eine Politik im zwischenstaatlichen Sinne blieb in der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr so viel Raum, daß dies den Einsatz eines Mitglieds des Politbüros im Außenministerium lohnte. Molotow wurde im März 1949 durch Wyschinski ersetzt, um in der Krise nach Stalins Tod nochmals für drei Jahre bis Juni 1956 in das Amt zurückzukehren.

Erst in der Ära Chruschtschow hat sich die Sowjetführung in das zwischenstaat-

liche Spiel wieder stärker eingeschaltet. Es ist erstaunlich, daß eigentlich erst in dieser Zeit im Kreml die Chance erkannt wurde, die sich für eine geschickte Außenpolitik aus der rasanten Auflösung der Kolonialreiche ergab. Aus den bisherigen Resultaten zu schließen, scheint die Vorbereitung für eine erfolgreiche Politik in den sog. bündnislosen Staaten zu kurz gewesen zu sein, um die Ergebnisse zu erzielen, die man erhofft haben mag. Es ist nicht zu verkennen, daß der Kreml große Investitionen in den Ländern wie Ghana, Indonesien und an anderen Orten gemacht hat, die sich als politisch ineffektiv erwiesen. Man kann auch die Frage stellen, ob sich die Aufwendungen im Nahen Osten wie im Falle Kuba tatsächlich lohnten. Vielleicht sind durch untaugliche weltrevolutionäre Versuche an wenig geeigneten Objekten für eine erfolgreiche zwischenstaatliche Außenpolitik Hemmungen entstanden, mitverursacht durch die Besorgnis, bei wirklichen oder potentiellen Partiegängern vom ideologischen Rivalen Peking überflügelt zu werden.

Es mag als Paradoxon erscheinen, daß der augenfällige Vorsprung, den die Sowjetunion zwischen 1957 und 1961 gegenüber den USA auf dem Gebiete der Fernraketen und Erdsatelliten gewann, den Konflikt mit Peking außerordentlich verschärft hat. Man wird Peking vermutlich unrecht tun, wenn man unterstellt, es habe in dieser Periode den Kreml zur Entfaltung eines Atomkrieges gegen die USA auffordern wollen. Auch Peking wird einen Atomkrieg weder früher gewollt haben noch heute wollen. Strittig dagegen war und ist wohl die Grenze einer Provokationstoleranz, bis zu der Washington einer Konfrontation mit allen Folgen ein Nachgeben vorziehen werde.

Zweimal in den letzten vier Jahren, beim Kuba-Abenteuer und während der Nahostkrise, sind Fehlkalkulationen im Kreml, der sonst durchweg recht vorsichtig operierte, unterlaufen. Während Chruschtschow gehen mußte, konnte der für die zwischenstaatliche Außenpolitik zuständige Fachminister Gromyko bleiben. Es mag noch einige Zeit vergehen, bis sich herausstellt, wer der Schuldige für die letzte Fehlberechnung war, oder wer als Sündenbock dafür in die Wüste geschickt werden wird.

Wenn nicht alles täuscht, so ist heute ein wichtiges Ziel der sowjetischen Außenpolitik, ähnlich wie in der Ära Litwinow, den durch die sowjetische Politik des Kalten Krieges entstandenen neuen Cordon sanitaire der Verteidigungsbündnisse durch eine Politik zwischenstaatlicher Entspannung aufzulösen. Wie damals soll dies, wenn möglich, mit Duldung des Paten, seinerzeit Frankreichs heute der Vereinigten Staaten, unter Umständen aber auch ohne dessen Zustimmung bewirkt werden. Wie damals soll diese Operation auch heute, wie die Konferenz in Karlsbad zeigt, innerpolitisch durch eine Art Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien gefördert werden. Wie damals bleiben bei den Staaten, die gewonnen werden sollen, ernste Zweifel lebendig, ob eine Politik der Entspannung Bestand haben und nicht sehr plötzlich durch das Hervorrufen neuer inner- und außenpolitischen Spannungen ihr Ende finden wird. Hinzu kommt, daß die ideologische Rivalität mit Peking vielleicht auch ein irrationales, emotionales Moment in die Politik des Kremls eingebracht hat, das ihr sonst fremd war. Hierdurch mag es beispielsweise für die

Sowjetunion schwierig sein, für eine Beendigung des Vietnam-Krieges durch ein parti remis sich energisch einzusetzen.

Man wird der Sowjetunion nicht vorwerfen können, daß sie je leichtfertig größere Konflikte provozierte. Sie hat im Gegenteil unter Inkaufnahme von Prestigeverlusten sich zu Rückzugsaktionen bereitgefunden, die für Großmächte des vergangenen und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kaum vorstellbar waren. Man sollte zur Erklärung nicht nur an das atomare Patt der sog. Supermächte und an die inzwischen im zwischenstaatlichen Außenamt des Kremls gesammelten politischen Erfahrungen denken. Schließlich hat die Sowjetunion nur vier Kriege im technischen Sinne geführt. Von diesen waren zwei, der polnisch-sowjetische Krieg 1920 und der Krieg mit Hitler klarerweise Verteidigungskriege. In den beiden anderen Kriegen im technischen Sinne, in denen die Sowjetunion nicht der Angegriffene war, dem finnischen Winterkrieg 1939/40 und dem Angriff durch Stellvertreter auf die Republik Korea, hatte die Sowjetunion nur mit kleinen und kurzfristigen Auseinandersetzungen gerechnet. Sie hat es vorgezogen, konventionellen Frieden bzw. Waffenstillstand zu schließen oder schließen zu lassen, als die Gefahr einer Ausweitung der Unternehmen zu größeren Konflikten drohte.

Für die freiheitliche Welt, der die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, mag in der Tatsache, daß die Führer im Kreml nach wie vor überzeugte Kommunisten sind, auch eine gewisse Chance dafür gesehen werden, daß gerade größere Konflikte auch in Zukunft vermieden werden können. Solange die leitenden Männer im Kreml an das Bestehen eines Geschichtsgesetzes glauben, dem zufolge ihrer Sache der Enderfolg notwendigerweise zufallen muß, werden sie nicht bereit sein, eine Abenteuerpolitik, die ein Risiko für die eigene Existenz in sich schließt, zu betreiben, zumal ihnen andere Mittel zur Förderung ihrer Ziele zur Verfügung stehen. Verfolgten sie eine aventuristische Politik, so müßten sie sich selbst anklagen, Häretiker zu sein. Für die freiheitliche Welt aber bleibt in jedem Falle die schwierige Aufgabe, Fehlkalkulationen im Kreml möglichst auszuschalten. Vielleicht hat sich in dieser Hinsicht schon einige Male der heiße Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml bewährt.

DokumentationZU DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER KPD
UND DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Die Kommunistische Internationale (Komintern) war zwischen 1919 und 1943 die Zusammenfassung sämtlicher Kommunistischer Parteien¹. Im Jahre 1928 gehörten der Komintern, der III. Internationale, 40 Parteien mit 1,6 Millionen Mitgliedern an². Die straffzentralisierte Komintern verstand sich als „Weltpartei der Revolution“, die Mitgliederparteien waren nationale Sektionen, vom EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) in Moskau geleitet. Die einzige Staatspartei der III. Internationale, die Kommunistische Partei Rußlands (später KPdSU), hatte eine dominierende Stellung in der Komintern, die in den zwanziger Jahren zu einer Beherrschung der Internationale durch die KPdSU ausgebaut wurde. Die veränderten Verhältnisse waren vor allem für den deutschen Kommunismus bedeutsam, der in immer stärkere Abhängigkeit von Moskau und damit von Stalin geriet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war zwischen 1920 und 1933 neben der russischen KP die stärkste Sektion der III. Internationale (sie zählte zwischen 100 000 und 350 000 Mitglieder und – 1932 – fast 6 Millionen Wähler). Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD³ hatte sich allerdings auf dem I. Kongreß

¹ Eine neuere Bibliographie zur Kommunistischen Internationale gibt Witold S. Sworowski, *The Communist International and its Front Organisations*, Stanford, Cal., 1965. An neueren Dokumentensammlungen seien erwähnt: Jane Degras (Ed.), *The Communist International 1919–1943*, Documents, Vol. I, London 1955, Vol. II, London 1960, Vol. III, London 1965; Theo Pirker (Hrsg.), *Utopie und Mythos der Weltrevolution, Zur Geschichte der Komintern 1920 bis 1940*, München 1964. Ders.: *Komintern und Faschismus 1920 bis 1940*, Stuttgart 1965; Hermann Weber, *Die Kommunistische Internationale, Eine Dokumentation*, Hannover 1966; *Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale*, Berlin (Ost) 1959; Helmut Gruber, *International Communism in the Era of Lenin, A documentary History*, Greenwich, Conn., 1967. Auf folgende Darstellungen sei hingewiesen: Franz Borkenau, *The Communist International*, London 1938; Kermit McKenzie, *Komintern and World Revolution 1928–1943*, London 1964; Günther Nollau, *Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus*, Köln 1959.

² Die Komintern zählte 1923 in 41 Parteien 1 163 000 Mitglieder, davon waren 748 000 in den Parteien außerhalb Rußlands organisiert. 1926 sank sie auf 29 Parteien mit 1 219 000 Mitgliedern (339 000 außerhalb der Sowjetunion) ab. 1928 gab es wieder 40 Parteien mit 1 680 000 Mitgliedern (443 000 außerhalb der Sowjetunion), 1935 schließlich gab es in 61 Parteien 3 141 000 Mitglieder, davon 785 000 in den nichtrussischen Parteien. Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 1068 ff.; Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1923/24, Hamburg o. J., S. 66 f.; Dass. 1925/26, Hamburg-Berlin 1926, S. 57; Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7. Jg. Nr. 8, 1964, S. 717; Julius Braumthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, S. 340; Vgl. auch: *Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß*, Materialien, Moskau 1935, S. 36.

³ Zur KPD der Weimarer Republik vgl. Enzo Collotti, *Die Kommunistische Partei Deutsch-*

der Komintern (2.–6. März 1919 in Moskau) gegen die sofortige Gründung der III. Internationale ausgesprochen. Die geistige Führerin des deutschen Kommunismus, Rosa Luxemburg, bestimmte die neue Partei zu dieser Haltung. Sie hielt die Zeit noch nicht reif für eine neue Internationale, hauptsächlich aber befürchtete sie, daß eine Internationale, in der nur die russischen Bolschewiki eine machtvollere Partei waren, in Abhängigkeit von Lenin und Genossen geraten müsse. Der Vertreter der KPD auf dem Gründungskongreß der Komintern, Hugo Eberlein (Pseud. Max Albert), hielt sich an diese Linie. Lenin entschied zunächst, daß man von einer alsbaldigen Gründung absehen müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung versage; er beugte sich dann aber dem Beschluß der übrigen Delegierten, sofort die Komintern zu gründen. Hugo Eberlein, der innerlich schon für die neue Internationale gewonnen war, aber an den strikten Auftrag seiner Parteiführung gebunden blieb, enthielt sich der Stimme⁴.

Nach der Gründung schloß sich die KPD als erste Partei der Komintern an. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die beiden Hauptgegner einer überstürzten Neubildung der Internationale, waren tot, ermordet, ihre Nachfolger in der deutschen Parteiführung sahen in der III. Internationale einen Zusammenschluß gleichberechtigter Parteien. Fast alle Kommunisten glaubten damals an den Sieg ihrer Revolution binnen Jahresfrist, und schon darum lag ihnen die Idee einer Vormachtstellung Sowjet-Rußlands denkbar fern. Sie erwarteten ja mit Lenin eine Verlagerung des Revolutionszentrums nach Mittel- und Westeuropa. Im Gründungsbeschluß der Komintern war festgelegt worden, „daß der Sitz der Exekutive und das Büro nach Berlin gehöre“, die Zentrale sollte nur bis zum Siege der deutschen Räterepublik in Moskau bleiben⁵.

In dem von Trotzki verfaßten Manifest der Kommunistischen Internationale, in den von Lenin ausgearbeiteten Leitsätzen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur, sowie in Bucharins Richtlinien zum I. Kongreß wurden die deutschen Probleme ausführlich behandelt und der KPD damit eine wichtige Rolle zuerkannt; sie stand anfangs gleichwertig neben der russischen Partei. Gerade die

lands 1918–1933, Ein bibliographischer Beitrag, Mailand 1961; Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948; Werner T. Angress, Stillborn Revolution, The Communist bid for Power in Germany 1921–1923, Princeton 1963; Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, Hrsgg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960; Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963. Ders., Völker hört die Signale, Der deutsche Kommunismus 1916 bis 1966, München 1967. Die offizielle Version der SED findet sich in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3 und 4, Berlin (Ost) 1966.

⁴ Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919, Hamburg 1921, S. 151 f. Eberlein gab am 29. Februar 1924 in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ Einzelheiten über den Kongreß, die Haltung der KPD-Führung usw. Die wichtigsten Passagen des Artikels sind wieder abgedruckt in: H. Weber, Der deutsche Kommunismus, a. a. O. (vgl. Anm. 3).

⁵ Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses, Aufruf und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum 2. Kongreß, Hamburg 1919, S. 70 f., abgedruckt in H. Weber, Die Kommunistische Internationale, a. a. O. (Anm. 1), S. 29 f.

selbständige Haltung der KPD bei der Komintern-Gründung zeigt, daß die III. Internationale am Beginn noch keineswegs eine straffe, einheitliche Weltorganisation war. Diese Einheitlichkeit zu schaffen, war das Ziel der Kominternführung in den folgenden Jahren. Verstärkt wurde diese Absicht durch den Zulauf, den die Komintern 1920 in Mittel- und Westeuropa erhielt. Die ersten Ergebnisse der Revolutionen nach dem Krieg enttäuschten breite Massen, der Zug nach links war allgemein, und der chiliastische Enthusiasmus der Kommunisten hatte große Anziehungskraft. Viele sozialistische Parteien waren damals bereit, sich der III. Internationale anzuschließen (die norwegische Arbeiterpartei tat es), bei den italienischen und französischen Sozialisten und in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gab es lange Debatten über den Eintritt in die Komintern. Lenin wollte verhindern, daß auf diese Weise nichtkommunistische Gruppen in die Komintern gelangten. Er arbeitete die „21 Bedingungen“ aus, die vom II. Weltkongreß im Juni 1920 angenommen wurden; sie schufen die Voraussetzung für einen straffen Zentralismus der Komintern⁶. Dieser Zentralismus sollte die Komintern als „kommunistische Weltpartei“ mit nationalen Sektionen von dem lockeren Bündnis unabhängiger Parteien, das die II. Internationale dargestellt hatte, unterscheiden. Die meisten Linksradiكالen hielten eine straff disziplinierte Internationale für notwendig, um die Fehler der II. Internationale zu vermeiden, die nach ihrer Meinung wegen der Selbständigkeit ihrer Mitgliederparteien und deren Nationalismus bei Kriegsbeginn auseinandergebrochen war.

Anfangs konnte die starke Zentrale der Komintern noch nicht alle Sektionen dem Willen Moskaus unterwerfen. Noch Ende 1922 wurden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und dem KPD-Vorsitzenden Meyer in der Sprache von Partnern geführt (vgl. Dok. 2 und 3). Und doch vollzog sich seit 1921 ein Wandel in den Beziehungen der Komintern zu den einzelnen Parteien und der Kommunisten zu Sowjetrußland. Auch wenn die KP Rußlands in der Exekutive zahlenmäßig keine Mehrheit besaß, war Rußland doch das Land, auf dessen technische und auch finanzielle Hilfe die Komintern angewiesen war, und vor allem war es das Land, das als Vorbild galt und auf dessen Autorität die Internationale aufgebaut war, „so daß die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen ge-

⁶ Die „21 Bedingungen“ schrieben u. a. vor, Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale müßten neben der legalen auch illegale Arbeit leisten, „Reformisten“ aus ihren Reihen entfernen, die Parlamentsfraktionen der Parteiführung unterstellen. Die 12. Bedingung lautete: „Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet wird.“ Die „21 Bedingungen“ sind abgedruckt bei Nollau, a. a. O. (Anm. 1), S. 317 ff.; bei Pirker, Utopie ... a. a. O. (Anm. 1), S. 24 ff., und Weber, Die Kommunistische Internationale a. a. O. (Anm. 1), S. 55 ff.

sichert war“⁷. Zunächst nicht offensichtlich und den führenden Kräften wahrscheinlich nicht einmal bewußt, änderte sich das Verhältnis der KPD (wie das der andern Mitgliederparteien) zur KP Rußlands in der Komintern: anstelle von gleichberechtigten Sektionen gab es bald führende und mitlaufende und zuletzt eine bestimmende Partei und ausführende Organisationen. In dem Maße, in dem die revolutionäre Welle in Europa abebbte und gleichzeitig der Sowjetstaat erstarkte, bestimmte die KPdSU und damit die Sowjetunion Stalins den Kurs der Komintern und ordnete die Kommunistischen Parteien in aller Welt ihren Interessen (oft sogar nur ihren vermeintlichen Interessen) unter.

Auch wenn die Beziehungen zwischen der Komintern und den einzelnen kommunistischen Parteien im allgemeinen bekannt sind, liegen doch bis heute kaum authentische Dokumente über das direkte Verhältnis zwischen Moskau und den einzelnen Parteizentralen vor. Der Schriftwechsel ruht mit wenigen Ausnahmen in den Geheimarchiven, und es ist kaum anzunehmen, daß er in absehbarer Zeit veröffentlicht wird. Um so bedeutsamer sind alle Materialien, die über die Methoden der Anleitung oder die allgemeinen Kontakte Aufschluß geben können. Das gilt auch für die hier abgedruckten Dokumente. Die meisten der wiedergegebenen Briefe und Erklärungen stammen aus dem Nachlaß von Ernst Meyer. Seiner Witwe Rosa Meyer-Leviné gilt der herzliche Dank dafür, daß sie die Veröffentlichung der Dokumente aus ihrem Privat-Archiv gestattete (bei den Briefen Meyers nach Moskau handelt es sich um Durchschläge und Abschriften). Ebenso gilt der Dank für das Recht zur Veröffentlichung der anderen Dokumente Herrn Rudert und dem Bundesarchiv in Koblenz. (Offensichtliche Schreibfehler in den Dokumenten und Abschriften wurden stillschweigend berichtigt, Zusätze in eckige Klammern gesetzt.)

Ernst Meyer war einer der bemerkenswertesten Führer des deutschen Kommunismus. Doch während KPD-Führer wie Heinrich Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann weitgehend ein Begriff sind, ist die Rolle von Ernst Meyer fast unbekannt. Dabei war Meyer in den wichtigsten Perioden der KPD-Geschichte Führer der Partei: nach der Märzaktion 1921 löste er Brandler in der Parteiführung ab und lenkte über eineinhalb Jahre die Geschicke der KPD, die in dieser Zeit wieder eine machtvolle Organisation wurde und so 1923 Kurs auf die Vorbereitung des Aufstandes nehmen konnte. Ende 1926 und 1927 war Meyer noch einmal maßgebender Führer der Partei, auch wenn damals nach außen hin bereits Thälmann die Partei leitete. Aber auch als tatkräftiger Organisator innerparteilicher Oppositionsgruppen wie der „Mittelgruppe“ (1924/25) oder der „Versöhnler“ (1928/29) spielte Meyer eine entscheidende Rolle.

Am 10. Juli 1887 in Prostken (Ostpreußen) als Sohn eines Lokomotivführers geboren, studierte Ernst Meyer⁸ in Königsberg und Berlin Philosophie, Psychologie

⁷ Richard Löwenthal, Rußland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten, in: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Hrsgg. von Werner Markert, Stuttgart 1964, S. 105.

⁸ Eine ausführliche Biographie von Ernst Meyer wird zusammen mit weiteren Kurzbiographien von 500 KPD-Führern erscheinen in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD 1924–1929, Hannover 1968.

und Nationalökonomie. 1908 Mitglied der SPD, kam er nach seiner Promotion zum Dr. phil. (1910) im Jahre 1913 als politischer Redakteur an das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“. Meyer gehörte zum Freundeskreis von Rosa Luxemburg, er war im Ersten Weltkrieg einer der Mitbegründer der Gruppe Internationale (Spartakus). 1915 wegen seiner Opposition gegen die SPD-Linie aus dem „Vorwärts“ entfernt, kam Meyer 1916 in „Schutzhaft“. 1918 lag die Führung des Spartakusbundes (da Liebknecht, Luxemburg und Jogiches verhaftet waren) in seinen Händen. Auf dem Gründungsparteitag 1918 in die Zentrale der KPD gewählt, wurde er 1919 wieder mehrere Monate in „Schutzhaft“ festgehalten. Meyer gehörte dem Politischen Büro der KPD-Zentrale an, vom II. Weltkongreß der Komintern 1920 wurde er zum Mitglied des EKKI berufen. 1921/22 war Meyer Parteivorsitzender (bei der Wahl zur Zentrale auf dem Jenaer Parteitag 1921 erhielt er die meisten Stimmen). Nach der Rückkehr Brandlers im August 1922 und nach Machenschaften der Komintern wurde Meyer abgelöst, übte aber weiterhin verantwortliche Funktionen aus; so war er 1923 Leiter des Oberbezirks Süd (Bayern, Hessen, Württemberg und Baden) der KPD. 1924/25 Führer der oppositionellen Kreise gegen die Ruth Fischer-Führung, wurde er 1926 wieder in die Spitzenkörperschaft der KPD aufgenommen und war bald der eigentliche Parteiführer. Nach der erneuten „Links“-wendung der Komintern (vgl. Dok. 13) wurde der schwerkranke Meyer 1928/29 zum Führer der sogenannten „Versöhnler“, einer Oppositionsgruppe, die den ultralinken Kurs der KPD verhindern wollte. Meyer, von 1921 bis 1924 und von 1928 bis zu seinem Tode Abgeordneter des preußischen Landtags, litt an Tuberkulose und starb am 2. Februar 1930 an Lungenentzündung.

Als Mitglied des EKKI stand Meyer zu Beginn der zwanziger Jahre in ständigem Kontakt mit der Kominternführung. Seine Antwort auf den Brief Sinowjews (Dok. 2 und 3) zeigt ihn als überlegenen, aber loyalen Partner der russischen Führer. 1921 hatten die Kommunisten – noch unter dem Einfluß Lenins* – die „Einheitsfrontpolitik“ auf ihre Fahnen geschrieben. Die Komintern billigte diese Linie, an der – trotz des Widerstandes der linken Opposition in der KPD – auch 1922 und 1923 festgehalten wurde. Das Krisenjahr 1923 mit Inflation und Ruhrbesetzung führte zur Radikalisierung der Massen. Die KPD bereitete sich auf den revolutionären Umsturz vor. Im August 1923 entwarf die Komintern einen Aktionsplan für den bewaffneten Aufstand. Im Oktober 1923 traten die Kommunisten in die sozialistischen Regierungen von Sachsen und Thüringen ein. Noch im gleichen Monat glaubte die KPD-Führung unter Brandler und Thalheimer¹⁰ jedoch, der Aufstand sei nicht möglich, und sagte die Aktion ab. Nur in Hamburg kam es zu bewaffneten

* Vgl. dazu Arnold Reiserberg, *Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland, Berlin (Ost) 1964.*

¹⁰ Heinrich Brandler (1881–1967) war 1921 und 1923 Führer der KPD. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, leitete er eine Oppositionsgruppe, die KPO. Brandler lebte – 1949 aus der Emigration zurückgekehrt – bis zu seinem Tode in Hamburg. August Thalheimer (1884–1948) war bis 1923 Theoretiker und Parteiführer der KPD. 1928 ausgeschlossen, mit Brandler Führer der KPO, starb in der Emigration in Kuba.

Auseinandersetzungen. Der isolierte Aufstand wurde aber rasch niedergeschlagen. Damit war die letzte größere militärische Aktion der Kommunisten in Deutschland zusammengebrochen; der KPD war es nicht gelungen, auf revolutionärem Wege an die Macht zu kommen. Innerhalb der Partei kam es zu heftigen Debatten über die Schuldfrage am Mißlingen der Revolution. Die KPD wurde bis April 1924 verboten.

Die Komintern konnte ihren Einfluß auf die geschwächte KPD weiter ausdehnen. Auch die innerparteilichen Differenzen der KP Rußlands griffen auf die KPD über. Im April 1924 übernahmen die Linken unter Maslow und Ruth Fischer die Führung der KPD¹¹. Sie proklamierten die Bolschewisierung der Partei, und bald vertraten sie Sinowjews Politik in Deutschland. Doch ihre ultralinke Politik isolierte die KPD, Ende 1925 griff die Komintern ein und änderte die Leitung und Politik der deutschen Partei. Nunmehr leiteten kominterntreue Linke (Thälmann, Dengel, Schneller) zusammen mit Führern einer kommunistischen Realpolitik (Meyer, Ewert) die KPD¹². Den Kurs der Sowjetunion und damit der Komintern bestimmte mehr und mehr Stalin. Die Politik der KPD wurde nicht selten von Fraktionsrücksichten der russischen Partei anstatt von der Situation in Deutschland bestimmt. Im Februar 1928, auf der 9. Tagung des EKKI, schlossen KPD und KPdSU ein Abkommen, das einen neuen ultralinken Kurs einleitete. Bis 1934 hielt die KPD an dieser Linie fest, ihre Politik wurde nun eindeutig von den Komintern Stalins dirigiert. Mit ihrer Frontstellung gegen den „Hauptfeind“ SPD („Sozialfaschismus“) und der Gleichsetzung von Weimarer Republik und Faschismus („Brüning-Faschismus“, „Papen-Faschismus“) trug die KPD ihren Teil bei zum Untergang des Weimarer Staates, der 1933 auch den Untergang der KPD bedeutete. *Hermann Weber*

¹¹ Arkadij Maslow (1891–1941), Russe, seit der Jahrhundertwende in Deutschland, schloß sich nach dem Studium 1919 der KPD an. Ab 1921 einer der Führer der Berliner Parteiorganisation, Wortführer der linken Opposition. 1924 Führer der KPD, aber verhaftet und bis 1926 im Gefängnis. 1926 als „Ultralinkler“ aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Emigration nach Frankreich, später Kuba, wo er 1941 starb. Ruth Fischer (1895–1961), Pseud. von Elfriede Golke geb. Eisler. 1921 Leiterin der Berliner KPD und der linken Opposition. 1924 Führerin der Partei, im Herbst 1925 abgesetzt und 1926 aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Emigration nach Frankreich, später USA. Sie verfaßte mehrere Bücher über den Kommunismus, u. a.: Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt/M. 1949.

¹² Ernst Thälmann (1886–1944), Transportarbeiter, von 1925 bis 1933 Führer der KPD. 1933 verhaftet und am 18. 8. 1944 im KZ Buchenwald ermordet. Philipp Dengel (1888–1948), Studienrat, gehörte seit 1924 zur Spitzenführung der KPD, von 1933 bis 1945 lebte er in der Emigration in Moskau. Ernst Schneller (1890–1944), Lehrer, von 1924 bis 1929 Mitglied der KPD-Führung. 1933 verhaftet und 1944 im KZ Sachsenhausen erschossen. Arthur Ewert (1890–1959), Sattler, seit 1925 in der KPD-Spitzenführung, 1928/29 zusammen mit Ernst Meyer Führer der „Versöhnler“. Nach seiner Kapitulation zur Komintern abgestellt, später in Südamerika aktiv. 1935 beim kommunistischen Aufstand in Brasilien verhaftet, nach schweren Folterungen geisteskrank geworden. 1947 nach Deutschland gebracht, lebte er bis zu seinem Tode in einem Sanatorium der DDR.

DOKUMENTE

Zu den Dokumenten 1–3

Unter der Führung Ernst Meyers versuchte die KPD 1922 mit den andern Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsfront zu gelangen. Sie intensivierte ihre Anstrengungen nach dem Rathenau-Mord. Noch am Tage der Ermordung Rathenaus, am 24. Juni 1922, forderte die Zentrale der KPD Spitzengespräche zwischen SPD, USP, KPD und Gewerkschaften. Am 26. Juni riefen die Berliner Organisationen der KPD, SPD, USP und die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Protestdemonstration auf. Einen Tag später beschlossen die drei Arbeiterparteien gemeinsam mit dem ADGB und dem Afa-Bund in einem „Berliner Abkommen“ Forderungen zum Schutz der Republik, die der Regierung und dem Reichstag unterbreitet wurden. Wegen Differenzen zwischen der KPD und den andern Parteien wurden die Gespräche am 8. Juli 1922 abgebrochen.¹³

Wie aus Dokument 1, einem Privatbrief von Ernst Meyer an seine Frau Rosa Meyer, hervorgeht, kam es in der KPD-Führung zu Auseinandersetzungen über den Kurs der Parteileitung unter Meyer. Die Zentrale der KPD¹⁴ stimmte der eingeschlagenen Taktik zunächst zu. Doch der Komintern-Emissär Kleine-Guralski¹⁵ kritisierte – wohl im Auftrage Sinowjews – die Haltung der Partei, die er auf eine „linkere“ Position drängen wollte. Dabei solidarisierte er sich mit der „linken Oppo-

¹³ Das „Berliner Abkommen“ ist abgedruckt im Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“, Nr. 294 vom 28. 6. 1922 (Morgenausgabe) und im Zentralorgan der SPD „Vorwärts“, Nr. 302 vom 28. 6. 1922 (Morgenausgabe). Für die KPD hatten Meyer und Koenen unterschrieben, für die SPD Müller und Braun, für die USP Ledebour und Crispian, für den ADGB Leipart und Graßmann und für den Freien Angestellten Bund (Afa) Aufhäuser, Urban und Staehr.

Der „Vorwärts“ schrieb am 9. 7. 1922 (Nr. 320), die KPD sei aus der Aktionseinheit ausgeschieden, man habe einen „Trennungsstrich“ gezogen. Bereits am 6. 7. (Nr. 301) hatte „Die Rote Fahne“ begonnen, den Briefwechsel zwischen den Parteiführungen zu veröffentlichen. Vgl. dazu auch: Arnold Reiser, Um die Einheitsfront nach dem Rathenau-Mord, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost), 5. Jg. (1963), S. 995 ff.; Ders.: Zur Losung der Arbeiterregierung im Jahre 1922, a. a. O., 9. Jg. (1967), S. 1024 ff. Reiser's informative Darstellungen sind sachlich gehalten, auf die hier wiedergegebene Problematik geht er allerdings nur am Rande ein, die hier abgedruckten Dokumente waren ihm nicht bekannt.

¹⁴ Auf dem VII. Parteitag der KPD (22.–26. 8. 1921 in Jena) waren 14 Personen in die Zentrale der KPD gewählt worden: Paul Böttcher, Bertha Braunthal, Hugo Eberlein, Ernst Friesland (Reuter), Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, August Thalheimer, Jakob Walcher, Rosi Wolfstein und Clara Zetkin. Ernst Reuter-Friesland schied im Januar 1922 aus der KPD aus, für ihn rückte Wilhelm Koenen in die Zentrale nach. Bericht über die Verhandlungen des 2. [d. i. der VII.] Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin 1922, S. 406; Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1923, S. 56 f.; vgl. auch H. Weber, Der deutsche Kommunismus, a. a. O., S. 648.

¹⁵ Samuel Guralski (1885–1960) war seit 1921 Vertreter der Komintern in der KPD-Zentrale. Auf dem VIII. Parteitag 1923 wurde er (unter dem Pseudonym August Kleine) in die Zentrale und später ins Polbüro der KPD gewählt. Nach dem Oktober 1923 einer der Führer der Mittelgruppe, kehrte er 1924 nach Moskau zurück. 1926 Anhänger der Sinowjew-Opposition. Später lange Jahre für die Komintern in Südamerika tätig, während der Stalin-Ära in der Sowjetunion verhaftet, nach neueren Ostberliner Angaben 1960 gestorben.

sition“ um Maslow und Ruth Fischer, die in der Berliner Organisation das Übergewicht hatten. Aus dem Dokument ist ersichtlich, wie die Mehrheit der Zentrale unter dem Druck des Komintern-Vertreter umfiel. Noch aber ließ die innerparteiliche Demokratie in der KPD den Einfluß der Komintern nicht übermächtig werden.

Im Zentral-Ausschuß der Partei¹⁶ stieß Guralski auf Widerstand, und nun wechselten die meisten Zentrale-Mitglieder erneut ihre Position. Die Haltung Meyers – er war auf der Tagung der einzige Referent – wurde mit großer Mehrheit gebilligt¹⁷. Die Interna, die Meyers Brief enthüllt, dürften die aufschlußreichsten Aussagen über die innerparteiliche Situation im Jahre 1922 und die Beziehungen zur Komintern sein.

Vom 5. November bis 5. Dezember 1922 tagte in Moskau und Petrograd der IV. Weltkongreß der Komintern. Ernst Meyer war Delegierter der Konferenz und es kam zwischen ihm, dem Vorsitzenden der KPD, und Grigorij Sinowjew, dem Präsidenten der Komintern, zu einem interessanten Briefwechsel (Dok. 2 und 3).

Auf der Sitzung des Komintern-Kongresses am 12. November hatte sich Sinowjew zur Kritik des „linken“ KPD-Flügels an der Rathenau-Kampagne geäußert, und sich mit Ruth Fischer einverstanden erklärt. Um das EKKI zu rechtfertigen, verlas Sinowjew Auszüge aus einem vertraulichen Schreiben, das er am 18. Juli an die KPD-Führung gerichtet hatte: „Man sollte nicht Republik! Republik! schreien in einer Situation, wie sie bestand. Man sollte vielmehr von der ersten Minute an den Massen ad oculus zeigen, daß das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist. Man sollte den breiten Arbeitermassen, die sich nicht so viel um die Republik als um ihre ökonomischen Interessen kümmern, in diesem Moment der Aufregung zeigen, daß die bürgerliche Republik nicht nur keine Garantie für die Klasseninteressen des Proletariats ist, sondern umgekehrt in der gegebenen Lage die beste Form der Unterdrückung der Arbeitermassen. Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP. zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die Selbständigkeit unserer Agitation ausschließen . . .“¹⁸

Nachdem Meyer der KPD-Führung in Berlin über die öffentliche Verlesung des vertraulichen Schreibens durch Sinowjew berichtet hatte (vgl. Dok. 3), nahm das deutsche Polbüro am 21. November dazu Stellung. Sinowjew (dem die Protokolle der

¹⁶ Höchstes Organ der KPD war der Parteitag, bis 1925 war zwischen den Parteitagen der Zentral-Ausschuß (ZA) oberste Instanz und zugleich Kontrollorgan der Zentrale (vgl. Anm. 14). Der ZA setzte sich aus Vertretern der 27 KPD-Bezirke zusammen, er wurde vom Parteitag gewählt. Die Sitzung am 25. 7. 1922 war die 4. Tagung des auf dem VII. Parteitag 1921 gewählten ZA, dem 35 Mitglieder und 35 Ersatzmitglieder angehörten. Bericht über den III. (8.) Parteitag . . . a. a. O. (Anm. 14), S. 124f., 127.

¹⁷ Während Ernst Meyer schreibt, daß 5 Gegenstimmen abgegeben wurden (vgl. Dok. 1), hieß es im Bericht der „Roten Fahne“ über die ZA-Tagung, die Resolution sei einstimmig angenommen worden („Die Rote Fahne“ Nr. 333 vom 25. 7. 1922). Auch im Bericht des ZA an den VIII. Parteitag 1923 hieß es: „Die von der Partei aus Anlaß des Rathenauermordes betriebene Kampagne gegen die Konterrevolution war der Anlaß der Sitzung. Von einer Anzahl Genossen wurde Kritik an dem Verhalten der Zentrale geübt, daß sie neben den Verhandlungen mit den Spitzenkörperschaften nicht genügend scharf und schnell genug die eigenen Kampfesparolen der Partei vor die Massen getragen und damit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern die Versandung der Aktion ermöglicht habe. Diese Kritik wurde aber als unberechtigt zurückgewiesen, und in seiner Resolution, die einstimmig angenommen wurde, bekundete der Zentralausschuß, daß die Taktik der Einheitsfront auch in der Rathenaukampagne allgemein richtig angewendet worden ist . . .“ (a. a. O., S. 127).

¹⁸ Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 198 (Im Protokoll steht für 18. Juli irrtümlich 18. Juni).

deutschen Parteiführung zugänglich waren) verlangte seinerseits am 1. Dezember von Meyer nähere Auskunft, dieser antwortete noch am gleichen Tage. Dabei spielte die Frage eine Rolle, ob der vertrauliche Brief, mit dem Sinowjew im Juli nach dem Rathenau-Mord in die KPD-Kampagne eingegriffen hatte, seine „persönliche Meinung“, oder aber die Auffassung der Kominternführung enthielt. Der Briefwechsel in Verbindung mit Meyers Brief vom 24. Juli (Dok. 1) läßt erkennen, daß die KPD-Führung unter dem Einfluß Meyers im Juni-Juli 1922 für die Republik und eine Einheitsfront gegen die Rechtsextremisten in Deutschland eintrat, während Sinowjew (und mit ihm die linke Opposition der KPD) diesen Einsatz für die Republik mißbilligte und andere Vorstellungen von der Einheitsfront hatte. Die Diskussionen beleuchten nicht nur den Hintergrund der Rathenau-Kampagne der KPD, sie sind auch charakteristisches Detail der damaligen Beziehungen zwischen KPD und Komintern.

Dokument 1

Ernst Meyer
Mitglied des Preußischen
Landtags
7¹/₂ Uhr morgens

Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 5
den 24. 7. 22

Liebste, die beiden letzten Tage haben mich so aufgeregt, daß ich gar nicht schlafen kann.

Ich wollte Dir noch gestern Abend schreiben, aber gleich nach dem Anzünden platzte mein Lampenzylinder u. ich mußte sie auslöschten. Dafür schreibe ich Dir ganz früh.

Bis Sonnabendnachmittag ging alles gut. Dann kam Kätes Mann¹⁹, bildete eine kleine Fraktion u. überfiel uns in der Abendbesprechung mit der Androhung einer Parteikrise, falls die Z[entrale] nicht ihre eigene Resolution zurückziehe u. seine zur Grundlage mache. Seine ganze Rede war ein Akt politischer Erpressung schlimmster Art. Er solidarisierte sich ausdrücklich mit Maslows Linken, um den Druck auf uns noch zu verschärfen. Ich geriet in maßlose Wut u. verlangte, daß er auf dem Zentral-Ausschuß ebenso offen rede. Denn wenn die Partei wirklich in Gefahr sei, habe er die Pflicht, in der Öffentlichkeit zu warnen, sonst treibe er ein Verbrechen mit der Partei. Diese offene Kampfansage u. mein Verlangen, seine Erpressung aus engem Zirkel an die Öffentlichkeit zu tragen, machten ihn stutzig und unsicher. Die Z. fiel aber mit Ausnahme von Walcher und Heckert²⁰ um u. schluckte als Basis die Resolution des G.[uralski]

Ich kam um 12 Uhr nach Hause, mußte mein Referat natürlich umarbeiten und hielt es matt und schlecht (nur für Rosa geschrieben) vor dem Zentr.-Ausschuß, (da ich ja doch durch die neue Resolution der Z. gebunden war, obwohl ich mir nichts vergab). Dann sprach Kätes Mann, noch schlechter u. inhaltlich großen Blödsinn²¹.

¹⁹ Mit „Kätes Mann“ ist Gurski-Kleine gemeint (s. Anm. 15). Seine Frau, Käthe Pohl (richtig: Katharina Rabinowitsch, geb. 1892 in Petersburg), spielte seit 1920 in der KPD eine Rolle. 1921/22 war sie Sekretärin des Polbüros. 1923/24 für die Mittelgruppe aktiv, schied sie später aus der Politik aus.

²⁰ Jakob Walcher (geb. 1887), Dreher, seit 1919 Mitglied der KPD-Führung, schied 1924 als „Rechter“ aus, 1928 aus der KPD ausgeschlossen, führend in der KPO. Seit 1946 Mitglied der SED, lebt er in Ostberlin. Fritz Heckert (1884–1936), Maurer, von 1919 bis zu seinem Tode in sowjetischer Emigration Mitglied der KPD-Führung.

²¹ „Die Rote Fahne“ brachte in Nr. 333 vom 25. 7. 1922 einen Bericht über die Sitzung des ZA. In einer Kurzfassung der Rede Meyer hieß es: „Die Auswirkungen der zentralen Ver-

Die Diskussion ergab die zu erwartende Tatsache fast einmütiger Ablehnung der Auffassung von Kätes Mann. Blamiert war nur die Z., deren Vertreter unter dem Druck der Z.-A.-Stimmung nun sämtlich mit Ausnahme Böttchers gegen ihre letzte Resolution sprachen. Pieck²² hat das durch eine plumpe Erklärung – die Z. hatte um eine Parteikrise zu vermeiden, Fehler auf sich genommen, die sie gar nicht begangen – noch unterstrichen. Ich hielt im Schlußwort gepfefferte Abrechnung mit den Kritikern. Ich war so aufgeregt, daß ich auf einen Zwischenruf von Klein (Kätes Mann) mit einem Stuhl auf den Boden stampfte. Meine Angriffe waren so scharf, daß Pieck mir einen Zettel reichte „etwas mäßigen“ und die Angegriffenen ein paar Mal laut aufheulten. Das Resultat war eine klägliche Niederlage Kleins und Maslows. Maslow blieb mit 5 Mann in der Minderheit. Weitere 10 sympathisierten zwar mit ihm bzw. Klein, stimmten aber doch für die End-Resolution, für die die Z. eintrat, u. für die ich auch stimmte, trotzdem sie viel Quatsch, aber ungefährlichen, enthält. Gerade die besten und größten Organisationen, Rheinland, Mittelddeutschland, Sachsen, Württemberg usw. waren auf meiner Seite²³. Die Wut der andern auf mich ist grenzenlos. Ich weiß, daß sie alle Minen springen lassen werden. Aber ich freue mich fast auf den Kampf. Ich werde jede Woche mindestens 3 Tage in der Provinz sein müssen. Also viel Reisen und Arbeit. Aber wir müssen endlich die Gesundung u. Beruhigung der Partei erzwingen.

Es tut mir leid, daß der Kleine sich so unmöglich gemacht hat. Den letzten Anstoß bekam er durch einen an uns gerichteten törichten Brief Sinowjews, der übrigens in der Exekutive allein steht. S. regte eigene Aktionen, mindestens 24stünd. Proteststreiks an! (Dies alles über S. natürlich vertraulich!) . . .

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

handlungen [nach dem Rathenaumord, H. W.] in der Provinz und in Berlin zeigten, daß die Beschlüsse der Zentrale die richtigen waren . . . Dieses Zusammengehen mit den andern unter Wahrung unserer Kritik hat unserer Partei eine äußerst günstige Position verschafft.“

Kleine schloß seine etwas unklaren Ausführungen: „Im ganzen war die Haltung der Zentrale richtig, im ganzen hatte sie eine Linie, die richtigen Parolen wurden herausgegeben, aber die Stimmung war eine falsche.“

²² Paul Böttcher (geb. 1891), Schriftsetzer, von 1921 bis 1923 in der Führung, als „Rechter“ abgesetzt, 1928 ausgeschlossen, führend in der KPO. 1935–1945 Emigration in der Schweiz, nach 1945 in der SED, einige Jahre in der Sowjetunion inhaftiert, lebt in Leipzig. Wilhelm Pieck (1876–1960), Tischler, ab 1919 in der KPD-Führung, 1949 bis zu seinem Tode Präsident der DDR.

²³ „Die Rote Fahne“, Nr. 353 vom 25. 7. 1922 berichtete nur kurz über die Diskussion auf der ZA-Tagung. Der Chefredakteur der „Roten Fahne“ Heinrich (Pseud. von Heinrich Süßkind, 1895–1937, später Kandidat des Polbüro, „Versöhnler“, Opfer der Stalinschen Säuberungen) erklärte: „Neues in dem Sinn, wie es der Gen. Kleine darstellt, ist nicht eingetreten. Wenn wir diesen Quatsch annehmen, dann verlieren wir die Grundlage . . .“ Tittel-Stuttgart (Hans Tittel geb. 1894, später als „Rechter“ ausgeschlossen, KPO, dann SPD, lebt in der Bundesrepublik) sagte: „Es könnte fast scheinen, daß, nachdem wir die Aktion durchgeführt haben, in der keine Fehler gemacht worden sind, man gewaltsam Fehler bei den Haaren herbeizieht, um Unruhe in die Partei zu bringen“. Schreiner-Stuttgart (Albert Schreiner, geb. 1892, später als „Rechter“ ausgeschlossen, KPO, jetzt Mitglied der SED) unterstützte: „Ich glaube nicht, daß es außer dem Genossen Kleine jemanden in der Partei gegeben hat, der die Einheitsfront so falsch aufgefaßt hat.“ Sofort nach der ZA-Sitzung sprach der wichtige Bezirk Rheinland-Westfalen-Süd „der Zentrale der Partei sein Vertrauen aus und lehnt die übertriebene Kritik einzelner Genossen ab“.

24

Dokument 2

An

Moskau, 1. Dezember 1922

den Genossen Ernst Meyer
Kopie an die deutsche Delegation

Werter Genosse!

In dem Protokoll des deutschen Pol-Büro vom 21. November 1922 lese ich:

„Kongreß. Es werden die Berichte des Genossen Meyer verlesen. Man ist der Ansicht, daß drüben nicht alles klappt. Brandler weist darauf hin, daß Genosse Sinowjew auf dem Kongreß einen internen Brief ausgenützt hat. Der Brief wurde nicht als offizielle Meinung der Exekutive, sondern als Sinowjews Privatmeinung geschickt. Der Sachverhalt ist Eberlein²⁴ bekannt.“ Wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, Genosse Meyer, mir mitteilen zu wollen, was Sie der Zentrale der KPD über diese Angelegenheit mitgeteilt haben.

Nachdem ich Ihre Antwort in dieser Frage erhalten habe, werde ich ausführlich der deutschen Zentrale und der deutschen Delegation Bericht erstatten über den wirklichen Stand der Dinge.

Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie mir mitteilen, was nach Ihrer Meinung am Kongreß „nicht klappt“ – damit die nötigen Verbesserungen gemacht werden können.

Mit kommunistischem Gruß
G. Zinowiew

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 3

Moskau, 2. Dezember 1922

Werter Genosse Sinowjew!

Ihre Anfrage, was ich der Zentrale der KPD über den Brief vom 18. Juli geschrieben habe, beantworte ich am besten mit der wörtlichen Abschrift der betreffenden Stelle meines Berichtes:

„Brief der Exekutive. Zu meinem Erstaunen erklärte Sinowjew den Genossen Fischer und Urbahns²⁵, daß sein Schreiben vom 18. Juli von der Zentrale hätte den Genossen bekannt gegeben werden können, trotzdem doch dieses Schreiben als „streng vertraulich“ bezeichnet ist. Sinowjew berief sich weiter in seinem Schlußwort öffentlich auf die in diesem Schreiben enthaltene Stellung der Gesamtexekutive, obgleich in dem Schreiben wiederum ausdrücklich gesagt wird, daß es sich nicht um „formelle Direktiven, sondern vielmehr nur um Anregungen und um Anfragen handele, um der Exekutive selbst klarer zu machen“. Einzelne Genossen der Delegation suchten trotzdem die Behauptung aufzustellen, daß die Zentrale den Brief unterschlagen habe. Wir werden jetzt den Brief in der nächsten Delegationssitzung in vollem Wortlaut verlesen.“

Dasselbe habe ich Ihnen Mitte November mündlich erklärt.

In einem Schreiben Brandlers an die Zentrale vom 18. Juli heißt es:

„Es wurde (im Präsidium) beschlossen, einen Aufruf zu erlassen, und einen

²⁴ Hugo Eberlein (1887–1940), Techn. Zeichner, Mitbegründer der KPD, Delegierter des Gründungskongresses der Komintern, bis 1929 Mitglied der KPD-Spitzenführung, dann als „Versöhnler“ abgesetzt. Eberlein wurde ein Opfer der Stalinschen Säuberungen.

²⁵ Hugo Urbahns (1890–1946) Lehrer, Führer der Hamburger KP und der linken Opposition, 1925 Mitglied des ZK, 1926 als „Ultralinkler“ ausgeschlossen, leitete bis 1933 den linkskommunistischen „Leninbund“, starb in Schweden.

Brief an die Zentrale zu schreiben, worin Sinowjew seine Meinung zur Lage schildern soll.“

Auch in einem weiteren Brief Brandlers vom 22. Juli wird ausdrücklich von „dem Brief von Sinowjew“ gesprochen. Ich erfuhr erst gestern durch die Genossen Zetkin²⁶ und Eberlein, daß Ihr Brief vom 18. Juli laut Beschluß des Präsidiums noch zwei anderen Genossen vorgelegt werden sollte. Brandler, einer der beiden mit der Durchsicht beauftragten Genossen, betrachtet offenbar noch heute den Brief vom 18. Juli als Ihre Privatmeinung, was aus dem von Ihnen zitierten Protokoll des Pol-Büros vom 21. November hervorgeht.

Sie fragen mich weiter, was nach meiner Meinung am Kongresse nicht klappt. „Man ist der Ansicht, daß drüben nicht alles klappt“ – heißt doch nicht, daß ich dieser Ansicht bin. Wenn ich über die Debatten in der deutschen Delegation berichtet habe, so ist das sicher nicht der Punkt, an dem Sie Anstoß genommen haben. Und was ich sonst zu sagen hatte, das habe ich öffentlich gesagt.

Ich ersuche Sie, von meinem Briefe allen Genossen Kenntnis zu geben, denen Sie Ihren Brief sandten.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Zu den Dokumenten 4 und 5

Seit dem VIII. Parteitag der KPD im Januar 1923 war der erbitterte Gegensatz zwischen zwei Flügeln der Partei unüberbrückbar geworden: der von Brandler und Thalheimer geführten „rechten“ Parteileitung einerseits und der linken Opposition andererseits, die von Ruth Fischer, Maslow, Schlecht, Rosenberg und Scholem, den Führern des Berliner Bezirks, sowie von Thälmann, dem Hamburger Parteiführer, geleitet wurde²⁷. Im Verlauf der Kontroverse nach dem Oktober 1923 trennte sich die Mehrheit der „rechten“ Führung von Brandler, sie bildete die „Mittelgruppe“. Die Brandler-Fraktion verlor durch die Linkswendung der Parteiorganisation ihren Einfluß, im Januar 1924 entzog ihr auch die Komintern das Vertrauen. Mit deren Unterstützung trat die Mittelgruppe an die Spitze der KPD. Die Abstimmungen auf den Bezirksparteitagen im Frühjahr 1924 zeigten jedoch, daß nunmehr die Parteilinke die Mehrheit in der KPD besaß. Vor dem IX. Parteitag (April 1924) kam es zwischen der Kominternführung in Moskau und den verschiedenen Gruppen der KPD zu einem hektischen „Notenaustausch“. Eines der wichtigsten Dokumente über das Verhältnis zwischen Komintern und KPD ist ein Brief von Max Levien²⁸ an Maslow (Dok. 5). Levien's Bericht macht deutlich, wie die Fraktionskämpfe in Rußland

²⁶ Clara Zetkin (1857–1933), Lehrerin, bis 1914 führend in der Sozialistischen Internationale, Mitbegründerin der KPD, Mitglied der Führungsgremien bis zu ihrem Tod in Moskau.

²⁷ Ruth Fischer, Maslow und Thälmann, vgl. Anm. 11 und 12. Paul Schlecht (1882–1950), Berliner Metallarbeiter, 1924 Mitglied der KPD-Führung, 1926 ausgeschlossen. Arthur Rosenberg (1889–1943), Professor in Berlin, 1924/25 Mitglied der Parteiführung, 1927 aus der KPD ausgetreten, starb in den USA. Seine Bücher über Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Geschichte des Bolschewismus usw. wurden nach 1945 neu aufgelegt. Werner Scholem (1895–1940), 1924/25 Mitglied der KPD-Führung, 1926 ausgeschlossen, er wurde am 17. 7. 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

²⁸ Max Levien (1885–1937), Dr. phil., 1919 einer der Führer der Münchener Räterepublik, floh nach Moskau und war im Komintern-Apparat aktiv. Levien war eng mit Maslow verbunden, seitdem Maslow von September 1923 bis Januar 1924 in einer Art „Verbannung“ in Moskau lebte. Levien wurde später ein Opfer der Stalinschen Säuberungen.

zwischen Sinowjew, Kamenew und Stalin einerseits und Trotzki andererseits auch die Haltung der Komintern in Deutschland beeinflussen.

In den Reihen der KPD-Linken verstärkten sich im Frühjahr 1924 „ultralinke“ Tendenzen, es wurde zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgerufen und auch die leninistischen Organisationsvorstellungen kritisiert. Auf dem Bezirksparteitag der Berliner KPD hatte sich Samosch (Pseud. von Samosch Muschinski, einem jungen Russen, der auf dem äußersten linken Flügel der KPD stand) für Rosa Luxemburgs Organisationsauffassungen eingesetzt, ähnlich hatte Arthur Rosenberg schon vorher argumentiert²⁹. In „Der rote Kurier“, dem Organ der Leipziger KPD, das von Ultralinken beherrscht wurde, hatte man die Kominternführung direkt und indirekt angegriffen. Die Warnungen Sinowjews an Maslow und Ruth Fischer (Dok. 4) vor einer ultralinken Politik in der Gewerkschaftsfrage usw. wurden ergänzt durch den Versuch, einen Keil in die linke Führung zu treiben.

Gleichzeitig mit dem Brief an Maslow und Ruth Fischer hatte Sinowjew einen zweiten (auch von Bucharin unterschriebenen) Brief an die „proletarischen Führer“ Thälmann und Schlecht abgesandt. Die Kominternführer betonten in diesem Schreiben³⁰ zwar, sie seien nicht für das „Appellieren an die schwierige Faust der Proletarier gegen die linken intellektuellen Führer“. Das ist wenig überzeugend, wäre doch dann der zweite gesonderte Brief überflüssig gewesen. Im Frühjahr 1924 stand die Komintern der linken Führung eben skeptisch gegenüber, wie die Linke ihrerseits der Komintern mißtraute, weil diese die Mittelgruppe favorisierte hatte. Die Vermittlerdienste von Levien konnten dieses gegenseitige Mißtrauen noch nicht durchbrechen. Auf dem IX. Parteitag der KPD im April 1924 übernahmen die Linken die Parteiführung. Jetzt erfolgte eine Annäherung an die Komintern und auf dem V. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1924) endeten die Differenzen zwischen der KPD-Linken und der Kominternführung zunächst, die deutschen Linken schlossen sich eng an Sinowjew an.

Die beiden abgedruckten Briefe (Dok. 4 und 5) waren der Polizei in die Hände gefallen, als ein Kurier der KPD, aus Berlin kommend in Frankfurt (Main) verhaftet wurde. Der Kurier sollte den bereits Anfang April 1924 zum IX. Parteitag nach Frankfurt abgereisten Ruth Fischer und Maslow die Post aus Moskau nachbringen. Die Briefe wurden im September 1925 beim Prozeß gegen Maslow vor dem Reichsgericht verlesen, aber bisher nie vollständig veröffentlicht, obwohl sie zu den interessantesten internen Dokumenten der KPD gehören³¹.

²⁹ „Die Rote Fahne“ Nr. 21 vom 25. 3. und Nr. 22 vom 26. 3. 1925; vgl. auch „Internationale Pressekorrespondenz“, Nr. 55 vom 16. 5. 1924.

³⁰ Eine Abschrift des Briefes von Sinowjew und Bucharin an Thälmann und Schlecht befindet sich im Bundearchiv Koblenz (R 43 I/2671 Reichskanzlei, Akten betr. Komm. Partei, Bd. 7, L 483200-02), der Brief wird abgedruckt in: Weber, Wandlungen des deutschen Kommunismus, a. a. O. (Anm. 8).

³¹ Aus den Briefen geht hervor, daß Ruth Fischers Version (Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 485) nicht richtig ist. Sie schrieb von Briefen Sinowjews und Stalins an die deutschen Linken und behauptete, beide hätten gegeneinander im Fraktionskampf gestanden und Hilfe bei den deutschen Linken gesucht. Tatsächlich wollten beide gemeinsam (und zusammen mit Bucharin) die deutschen Linken gegen Trotzki gewinnen. Ruth Fischer hatte den Streit zwischen Sinowjew und Stalin zeitlich vorverlegt, offenbar um ihre eigene Haltung 1924 zu rechtfertigen.

Abschrift

Dokument 4

An die Genossen

Arkadij Maslow und Ruth Fischer

Teure Genossen!

Ihr werdet mit unseren Delegierten alle Dinge genügend gründlich besprechen können. Außerdem bat ich den Gen. Thälmann, Euch mit unserem (meinem und des Gen. Bucharin) an ihn gerichteten Brief bekannt zu machen.

Diesmal nur noch ein paar Worte, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Aus einem Gespräch mit dem Gen. Max Levien, der mit Euch einen freundschaftlichen Briefwechsel unterhält, ist mir manches klar geworden, was ich bisher nicht verstand.

Es scheint, daß bei Euch eine Stimmung entstanden ist, als hätten wir hier den Klagen der „Mittelgruppe“ nachgegeben, als schwankten wir, ob wir mit Euch gemeinsam die Verantwortung für die neue Führung der KPD teilen sollen, als brächten wir Euch nicht das nötige Vertrauen entgegen oder als hüllten wir uns in die Toga unfehlbarer Schulmeister, die ihre Neulinge einem strengen Examen unterwürfen. All das ist Unsinn. In Wirklichkeit gibt es nichts dergleichen. Wir sind vollauf bereit, gemeinsam mit Euch die volle Verantwortung für den Gang der Dinge in der KPD beim Vorhandensein einer linken Mehrheit zu tragen, sind bereit, der kommenden linken Zentrale volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir wissen, wie groß die Schwierigkeiten sind, und sind daher durchaus nicht geneigt, über kleinliche Dinge und geringfügige Fehler herzufallen. Wir sind keineswegs begeistert von der „Mittelgruppe“ und beabsichtigen auch durchaus nicht, den Fraktionskampf innerhalb der KPD zu verewigen. Begreift doch, daß, wenn sich unserer eine gewisse Unruhe bemächtigt, das die Folge dessen war, daß hierfür eine Reihe ernster Tatsachen vorlagen.

Ich will Euch ganz offen sagen, daß ich mich *schämte*, dem Polit-Büro der KP Rußlands³² zu erzählen, in einer so grundlegenden Frage, wie die Gewerkschaftsfrage, seien bei Euch kaum 5–6 Wochen, nachdem wir in dieser Frage in Moskau eine Resolution angenommen hatten, neue Beschlüsse gefaßt worden³³. Das ist doch schon keine Kleinigkeit mehr, sondern eine Kardinalfrage der Bewegung. Die Gewerkschaftsfrage ist eine entscheidende Frage. Sollte jemand bei Euch glauben, man könne sich in aller Eile einen „neuen Typus“ der proletarischen Massenorganisation ausdenken, so beginge er damit den größten Fehler. Die Gewerkschaften sind keine Erfindung, weder die Graßmanns, noch Dißmanns. Die Gewerkschaften sind die historisch gegebene Form der proletarischen Massenorganisation für die Dauer einer ganzen Epoche. Man muß unterscheiden, zwischen der Rolle der Gewerkschaften *vor der Revolution*, *während der Revolution* und *nach der Revolution*. In diesem Punkte darf man sich nicht von KAPD-Stimmungen³⁴ beeinflussen lassen, da das den *Untergang der Partei* bedeuten würde.

³² In der Abschrift steht irrtümlich „KPD“.

³³ Auf der Beratung des EKKI-Präsidiums mit Vertretern der KPD im Januar 1924 in Moskau war beschlossen worden, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu verstärken. Im März 1924 verlangte aber der Bezirksparteitag Westsachsen, der ganz von den Linken beherrscht wurde, für Mai einen Kongreß der ausgeschlossenen und revolutionären Gewerkschafter, der ein „Gerippe“ von Industrieverbänden schaffen sollte („Die Rote Fahne“ Nr. 14 vom 18. 3. 1924).

³⁴ Die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) war eine „ultralinke“ Abspaltung der KPD. Die im April 1920 gegründete KAPD lehnte den Bolschewismus ebenso ab wie die herkömmlichen Gewerkschaften. Sie forderte „Industrieverbände“ und zeitweise „Einheitsorganisationen“ anstelle von Parteien und Gewerkschaften.

Überlegt doch einmal: wenn man in der Gewerkschaftsfrage der „neuen Taktik“ nachgibt, in Organisationsfragen an die in dieser Hinsicht menschwistische Tradition Rosa Luxemburgs appelliert, Beschlüsse gegen die Einheitsfronttaktik als solche faßt, falsche Töne gegenüber Sowjetrußland (vgl. „Der Rote Kurier“) anschlägt, über eine sogenannte „Krise“ der KI spektakelt, – wodurch unterscheidet man sich dann von der KAPD?

Tröstet Euch nicht damit, die Ultra-„Linke“ repräsentiere zur Zeit keine ernst zu nehmende Kraft, all das seien einfach Übertreibungen nicht besonders ernster Leute. Nein, so liegen die Dinge nicht. In der gegenwärtigen deutschen Situation sind objektiv jene Gefahren enthalten, die Lenin als „linkes Liquidatorentum“ bezeichnete. Entschließt Ihr Euch nicht, offen diesem linken Liquidatorentum entgegenzutreten, so werdet ihr selbst zu dessen Gefangenen werden.

Das gerade war es, was uns Alarm schlagen ließ.

Ihr habt uns sehr ausführlich über die kleinen Machinationen berichtet, die Euch zufolge der eine oder andere Vertreter der Mittelgruppe begangen haben soll. All das ist aber reiner Mumpitz verglichen mit der grundlegendsten prinzipiellen Frage, ob Ihr dem „linken Liquidatorentum“ irgend welche ideellen Konzessionen machen werdet. Wenn ja, so werden wir, ungeachtet all unseres Widerwillens gegen eine Erschwerung Eurer Arbeit, dennoch genötigt sein, gegen Euch offen zu polemisieren und zu kämpfen. – Wenn nicht, wenn Eure prinzipielle Haltung sich sowohl gegen *rechtes* wie *linkes* (wie es bei Lenin in analoger Lage der Fall war) Liquidatorentum richten wird, so gibt es unter uns keinerlei Differenzen.

Wir alle harren hier mit Ungeduld der Entscheidungen Eures Parteitages. Eure Gegner, wie Radek und Co.⁹⁵, spekulieren zweifellos darauf, daß Ihr irgend welche ernstesten Fehler begeht, um sich dann vor allem vor der öffentlichen Meinung der russischen Kommunisten zu revanchieren. Wir hingegen sind fest überzeugt, daß es unserer Delegation gelingen wird, in allen wichtigsten Fragen mit Euch zu einem Einvernehmen zu gelangen und wir in Deutschland, wie in der gesamten KI durchaus einmütig vorgehen werden.

Schreibt, was Ihr von all dem haltet.

Mit aufrichtigem Gruß
G. Sinowjew

Moskau, 31. 3. 24

P. S. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, inwieweit Rosenberg und Scholem auf ihren ultra-„linken“ Fehlern beharren werden. Wir wünschten, sie täten es nicht. Dann wäre auch mit ihnen ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten durchaus möglich.

Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2671

Reichskanzlei.

Akten betr. Kommunistische Partei, Spartakus,

Bolschewismus. Bd. 7 (1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1924)

L. 483182-84

⁹⁵ Karl Radek (1885–1939), einer der Führer der Bolschewiki und der Komintern, hatte bis 1923 maßgebend die Politik der KPD unter Brandler bestimmt. Radek war im russischen Fraktionskampf Anhänger Trozki und da er in Deutschland die Rechten um Brandler verteidigte, waren die deutschen Linken Gegner Radeks und Trozki.

Dokument 5

Abschrift

Nicht auf diesen Brief berufen,
außer Deinen nächsten Freunden.

Ganz vertraulich.

Mat. [d. i. Max Levien]

Lieber Max!⁹⁶

Habe Dir ungeheuer viel zu sagen, verzichte jedoch auf vieles, nicht, weil ich den Spruch wahr machen will, wonach sich der Meister in der Beschränkung zeigt, sondern einfach, weil ich närrisch überladen bin. Die letzte Sitzung des Präsidiums hat mir neue verantwortungsvolle Arbeiten für den 5. Kongreß neben meinen übrigen laufenden Arbeiten aufgesteckt. Übrigens ist auf dieser Sitzung auch schon die allgemeine Tagesordnung für den 5. Kongreß festgelegt worden. Darüber ein andermal Näheres⁹⁷.

Heute nur das Wichtigste.

Vor allem: Meine offizielle Vertretung Eurer politischen Interessen ist in eine neue Phase eingetreten. Das geschah so: am 26. 3. wurde ich plötzlich telefonisch zu Grisca [Sinowjew] gebeten. Grisca schlägt mir einen Spaziergang im Kreml vor. Akzeptiere. Unterhalten uns eine Stunde. G. erklärt mir, er betrachte mich als Euren Vertrauensmann und wünsche daher a) mit mir offen über allerlei ernste Dinge zu sprechen, b) Euch durch mich über das momentane Verhältnis des Polit-Büro der KPR zu Euch zu orientieren. Näheres über das Gespräch weiter unten. G. bat mich, ihn laufend zu informieren, und sei auch bereit, seinerseits mich zu informieren. Das tut er auch. Am nächsten Tage erhielt ich seinen unveröffentlichten Artikel gegen die Dummheiten in der Linken (den Artikel hat er der Delegation mitgegeben, mit dem Auftrag, ihn, wenn vor dem Parteitag inopportuno, nicht zu veröffentlichen). Das für Dich wichtig zu wissen, weil daraus der Versuch G's spricht, Euch nicht neue Schwierigkeiten zu bereiten. Du kannst also ruhig von der Delegation fordern, daß Dir der Artikel vor evtl. Drucklegung gezeigt wird. Du hast wohl kein Vetorecht, aber bestimmt das Recht der Einsicht. Übrigens wirst Du ihn wohl schon jetzt kennengelernt haben, ferner die beiden Briefe der Exekutive an Euern Parteitag⁹⁸, die ich notabene für zu scharf pointiert halte, im Großen und Ganzen aber billige, wie ich im Großen und Ganzen überhaupt G's Standpunkt billige. (Ich habe diese Briefe für den Parteitag dann übersetzt.) Gestern erhielt ich weiter die beiliegenden Briefe an Dich – Ruth und Thälmann – Schlecht mit der Bitte, sie zu übersetzen und an Euch weiterzubefördern.

⁹⁶ Arkadij Maslow (vgl. Anm. 11) wurde damals in deutschen Parteikreisen auch Max Maslow genannt.

⁹⁷ Der V. Weltkongreß der Komintern tagte vom 17. 6. bis 8. 7. 1924 in Moskau. Das EKKI teilte der KPD-Zentrale mit Schreiben Nr. 1412 am 1. 4. die Tagesordnung mit. Für die Anarbeitung eines Programmentwurfs werden in diesem Schreiben, Zetkin, Thalheimer, Maslow und Ruth Fischer genannt. (Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I/2671, L. 483189.) Auf dem V. Weltkongreß kam es zur Aussöhnung und Verständigung zwischen Sinowjew und der KPD-Führung Fischer-Maslow.

⁹⁸ Beide von Sinowjew unterschriebenen Briefe wurden dem IX. Parteitag der KPD im April 1924 überbracht. Der erste, als „offizielles Dokument des EKKI“ bezeichnete Brief beschäftigte sich mit der Taktik der KPD, vor allem der Gewerkschaftsfrage. Der zweite, nur als „Artikel Sinowjews“ genannte Brief ging auf die innerparteiliche Situation ein. Der Brief rief bei den Delegierten des Parteitags Entrüstung hervor, weil Sinowjew die „ausgezeichnet revolutionären“ Arbeiter den Intellektuellen gegenüberstellte (Einzelheiten vgl. in meinem Buch: Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, a. a. O., Anm. 8).

Soeben erhielt ich Deinen Alarmbrief an Grisca vom 25. 3. Ich habe ihn nebst einem ausführlichen Begleitschreiben unverzüglich an G. weitergegeben. Eine charakteristische Kleinigkeit: Trotzdem G. sehr überladen ist (es tagt seit gestern das Plenum des ZK) sandte er doch sofort noch nachts persönlich seinen Sekretär zu mir, um Deinen Brief einzuholen, ein Beweis dafür, mit wie gespanntem Interesse er *alles* verfolgt, was bei Euch vorgeht, aber auch dafür, welchen Wert er gerade Deinen Mitteilungen beimißt. Ich gab dem Sekretär gleichzeitig die ebenfalls vor zwei Stunden eingetroffenen Nummern der „Roten Fahne“ mit den Berichten über den Berliner Bezirksparteitag und „Der Funke“ Nr. 2 mit (a propos: Der Bericht der Roten Fahne ist nicht bloß „frisiert“, wie Du G. schreibst, sondern glattweg abscheulich³⁹). Alle wichtigen Stellen, für Euch günstige wie ungünstige, habe ich durch Blaustift vermerkt.

Dein Brief vom 18. 3. wurde von mir übersetzt und Kamenew und Stalin gesandt, nicht aber Tomski, der in London ist.

Ich schreibe Dir alle diese Details, damit Du siehst, daß ich erstens alle Deine Aufträge ausführe, zweitens sie gewissenhaft ausführe und drittens Du bei irgend einer Verzögerung mir meine Arbeitsüberlastung zugute hältst.

Nun zur Sache, doch vorher noch eine Bitte: Ich bedarf *schnellerer und reichlicherer* Information. Dein Brief ist datiert 25. 3., ich erhalte ihn aber erst heute, 1. 4.! Ferner muß ich mehr Material für G. und mich selbst haben. Schicke auch den „Roten Kurier“. Schnellste Nachricht über Parteitag, wenn möglich über jede Sitzung und telegraphisch. G. fiebert tatsächlich vor Ungeduld.

Einige Worte noch zu den beiden Briefen der Exekutive an Euren Parteitag. Sie wurden 30. 3. im Präsidium en-bloc angenommen. In dieser Sitzung sagte übrigens G., Schlecht habe dem oben erwähnten unveröffentlichten Artikel über Eure Fehler (richtiger die Fehler der Ultra-„linken“ akademischen Hanswürste) „im allgemeinen“ zugestimmt, und sei „nur gegen die Veröffentlichung“ des Artikels gewesen⁴⁰.

Nun aber zum eigentlichen Stoff.

Mein Bester, *täusche Dich ja nicht!* Die Dinge liegen *sehr ernst*. G. ist Euch wirklich und ganz aufrichtig herzlich gesinnt, aber natürlich nicht als sentimentaler Spießler, sondern als revolutionärer Führer, der für Euch vor der RKP verantwortlich ist, d. h. also er liebt Euch *cum grano salis*. Dieses *cum grano salis* mußt Du verstehen. Ich kann mir kein freundschaftlicheres Verhältnis zu Euch denken als seines und habe den Eindruck, daß es sich durch nichts von dem unterscheidet, das *ich* Euch gegenüber hege. Das müßt Ihr zu *allererst* kapieren, sonst kommt Ihr nicht vom Fleck!

G's Gespräch mit mir begann damit, daß er mir mitteilte, er wolle mich über das Verhältnis des Polit-Büro (das dreimal Eure Fragen behandelt hat) zu Euch orientieren, damit Ihr Euch klar seid, über das Terrain, auf dem Ihr manövriert. Ich unterbrach ihn, und sagte ihm, ich wüßte genau, daß er sich um Euch sehr *sorge* (*sorge* ist der einzig richtige Ausdruck; man muß ihn dazu jetzt beobachtet haben), wüßte auch, daß diese *Sorge* ein dreifache sei: 1) für die KPD, 2) die KI und 3) um die Position der Leninisten, also des russischen ZK auf dem bevorstehenden Parteitag der KPR. Ich sagte ihm ganz offen: „Sie wollen und müssen natürlich dem KPR-Parteitag in der deutschen Frage mit Erfolgen aufwarten, denn das ist der letzte Rettungsanker der Trotzki'schen und Radek'isten, die jetzt natürlich die Ohren spitzen und sich diebisch über jeden Unsinn eines Rosenberg und Co. die Hände reiben werden.“

³⁹ Die ausführlichen Berichte über den Berliner Bezirksparteitag sind in „Die Rote Fahne“ Nr. 21 und 22 vom 25. und 26. 3. 1924 abgedruckt. „Der Funke“ war das Berliner Funktionärorgan.

⁴⁰ Vgl. Anm. 38; Paul Schlecht (vgl. Anm. 27) war damals Vertreter der KPD beim EKKI.

Sie kämpfen also hierbei um Ihre, der Zentrale Stellung gegen die Querulanten der Trotzki-Radek-Opposition.“ G. gab das offen zu. Weiter sagte ich ihm, ich sei ebenfalls besorgt um Euch, weil ich Tendenzen sehe, die Euch gefährlich werden können. Ferner sagte ich ihm, „Ich weiß, daß Sie diesen Artikel zur Warnung Maslows und Ruths vor den „Ultralinken“ geschrieben haben, kenne ihn aber nur vom Hörensagen, und sage Ihnen offen, daß ich eine Veröffentlichung desselben *gegenwärtig* für einen großen Fehler halten würde. Waschen Sie Maslow und Ruth ordentlich nach Lenin-scher Art den Kopf, sie sind keine alten Weiber und zu klug, um nicht zu lernen, und ihre Mängel einzusehen – aber um Himmelswillen nicht jetzt *vor* dem Parteitage, wo sie eine ordentliche Mohrenwäsche nicht machen können und auch nicht *dürfen*, es sei denn, sie wären verrückt. Sie stehen in hartem Kampf gegen den Sumpf der Mitte und da heißt es zunächst einmal mit diesem Feinde fertig werden. Das ist elementare Strategie.“ Ich zeigte ihm die Stellen in Deinem Brief an mich, wo Du schreibst, daß Ihr bei de muros [sic!] den Scholomiten und Varietäten dieser Spezies „die Hosen straff zieht“. G. schüttelte seine Locken und meinte: „Sehr schön. Ich glaube Ihnen, daß Maslow diese Schweinerei nicht haben will. Aber nützt die private Zurechtweisung, wenn diese Leute am nächsten Tage öffentlich denselben Blödsinn wiederholen.“ Ich antwortete, daß das wohl ein Beweis dafür sei, daß erstens der Kampf gegen diese Elemente eben sehr schwer sei, zweitens der Unsinn der Ultra-„Linken“ eben nicht bloßen Zufällen entspringe, sondern eine bestimmte Tendenz darstelle und drittens Maslow und Ruth eben noch nicht energisch genug zupacken – aber auf keinen Fall sei das ein Grund zu fordern, nun *öffentlich*, zum Gaudium des Zentrums mit seinen verkappten Brandlerianern, den Kampf am Vorabend des Parteitages aufzunehmen. Er stimmte dem dann zu und sagte: „Ich war auch nicht ganz sicher, ob ich meinen Artikel jetzt veröffentlichen soll und habe ihn darum vorläufig *nicht* veröffentlicht, um Maslow und Ruth nicht zu erschweren. Ich habe ihn unserer Delegation zum Parteitag mitgegeben, damit sie an Ort und Stelle nach Rücksprache mit den deutschen Genossen entscheide, ob man ihn jetzt so veröffentlichen soll oder nicht.“ Und er fuhr fort: „Bitte teilen Sie Maslow und Ruth mit, daß die Lage sehr ernst ist, daß, wenn in der Gewerkschaftsfrage und Einheitsfrontpolitik *überhaupt* weiter wie bisher operiert wird, wir, so ungeheuer schwer, den Kampf aufnehmen müssen. Wir werden den Leninismus auch auf dieser Linie verteidigen. Wir wissen auch, was das bedeutet. Wir wissen, daß das vielleicht eine Katastrophe für die Partei sein wird, aber da läßt sich nichts machen, da die andere Bahn viel schlimmer ist.“ Daneben betonte er mehrmals seine Geringschätzung gegenüber der Mitte, die „charakterlos“ und als Richtung „nichts“ sei und bemerkte: „Ich verstehe das Mißtrauen M's [Maslows] und R's [Ruth Fischers] nicht. Wenn wir uns nicht auf sie stützen wollen, so frage ich: Auf wen denn sonst? Es gibt ja sonst überhaupt nichts, worauf wir uns stützen könnten. Wir können uns nur auf die Linke stützen. Aber wir müssen darauf sehen, was innerhalb der Linken selbst vorgeht. Das Verhalten Scholems, Rosenbergs, Samoschs und anderer ist doch Wasser auf die Mühle Brandlers und Radeks. Radek hausiert hier schon mit allerhand Geschichten über die Linke, die uns und Euch diskreditieren sollen. Also bitte, schreiben Sie ihnen, daß es sich hier um *sehr ernste* Dinge handelt.“ Zum Schluß betonte er, er denke nicht im Entferntesten daran, in Panik zu verfallen, sondern sehe nur und spreche nur von Gefahren, die sich bereits angekündigt hätten.

So viel über dieses Gespräch, von dem ich nur das Wichtigste in aller Eile erwähne. Er war mit mir in allen Punkten einverstanden und aus dem beiliegenden Brief wirst Du ersehen, daß „meine“ „Bearbeitung“ seiner bisherigen Auffassung nicht fruchtlos war. Vieles erklärt sich aus der Tatsache, daß er eben bisher von keiner Seite richtig informiert wurde. Da er sieht, daß ich Dich und Ruth durchaus nüch-

tern einschätze und dem Grundsatz huldige: *amicus Plato sed magis veritas*, zudem kein Neubolschewist bin, so hegt er volles Vertrauen zu mir. Unser Verhältnis ist das denkbar beste. Merk Dir das.

Noch etwas: G. sagte mir, Ihr hättet auch der zweiten Aufforderung zu kommen, nicht Folge geleistet, und er finde das ganz verständlich, da „Ihr Euch wirklich in einer sehr schweren Lage jetzt befindet und einen Haufen Arbeit habt, sodaß es ganz natürlich ist, daß Ihr Euch geweigert habt, zu kommen.“ Das gebe ich wörtlich wieder. Also, denkt ja nicht, ihn hätte Eure Weigerung auch nur im Geringsten verschluckt. Keine Spur! Er sagte das ohne geringste Enttäuschung, als wäre es das Natürlichste von der Welt.

Nun bekomme ich heute eine kurze Notiz vom 22. 3. von Ruth und Dir, in der es heißt, der Brief des EK habe „eine neue Krise heraufbeschworen“. Jedenfalls „sei die Lage dadurch katastrophal verschlechtert“ worden usw. Nun, dieser Punkt ist ja jetzt zu Eurem Gunsten entschieden, und ich wiederhole, für G. ist die Bedeutung Eurer Weigerung zu kommen, gleich null.

Nun noch meine Meinung: Ich sehe die Gefahr für Euch, Dich, Ruth, Thälmann, König usw. nicht wie G. von seiten der Scholomiten (übrigens habe ich Scholem doch schon hier richtig eingeschätzt, Dir das hier gesagt und dabei bleibe ich), mit denen werdet Ihr schon fertig werden, denn Ihr seid erstensmal hundertmal gescheiter und politisch durchgebildeter als diese Akademiker (Hoernle teilte mir mit, daß sich in Thüringen Korsch⁴¹ speziell als Euer orthodoxer Anhänger gebärde. Da paßt aber auf!), zweitens hundertmal charakterfester und drittens hundertmal besser mit den Massen verbunden als diese Menschen.

Nein, ich sehe die Gefahr bei Euch selbst und zwar 1.) in dem Durcheinander, das bei Euch in bezug auf Terminologie und Analyse der Einheitsfronttaktik überhaupt, d. h. der *allgemeinen* Linie des 3. und 4. Weltkongreß herrscht (Ich erinnere mich besonders an Dich, bester Max, an Deinen Ausspruch, Lenins „Radikalismus als Kinderkrankheit“, sei das schwächste und schädlichste Buch Lenins gewesen, wogegen ich sofort protestierte. Dies Büchlein ist eine wahre Goldgrube gerade für Euch jetzt, ein wahres Vademecum revolutionärer Taktik). Nirgends auch nur ein spezieller gründlicher Artikel von Dir oder Ruth mit *sorgfältigen* Beweisen, daß die Taktik überhaupt falsch gewesen sei (vgl. Ruth Fischer „Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei“ in „Die Internationale“ vom Januar 1924, ferner die Rede Ruths auf dem 4. Weltkongreß, Dein Artikel in der „KI“⁴², nirgends eine sorgfältige Analyse der Einheitsfronttaktik, wie sie nach Eurer Auffassung für die KI im allgemeinen in Anpassung an konkrete Verhältnisse in Indien, Japan, England, Deutschland usw. zu sein hätte). Wenn Ihr noch nicht erblindet seid und ich sehe wahrhaftig nicht die geringsten Anzeichen dafür – so werdet Ihr sagen müssen, daß, a) die Einheitsfronttaktik in Deutschland in *entscheidenden* Momenten in 80 % der Fälle opportunistisch durchgeführt wurde, weil die Zentrale jede Taktik opportunistisch machte und machen mußte. Bei Euch kommt die Sache ganz idealistisch heraus: weil man eine schlechte Taktik *vorschrieb*, waren Brandler und Co. schlecht. Nee, meine Besten, so hat Marx den Satz von der Bestimmung des Bewußtseins durch das soziale Sein wahrhaftig

⁴¹ Edwin Hoernle (1883–1952), ursprünglich Pfarrer, war Mitbegründer der KPD und ihr Agrarspezialist, nach 1945 auch für die SED auf dem Agrargebiet tätig. Karl Korsch (1886–1961), Professor, 1923 für die KPD Minister in Thüringen, 1926 als Ultralinkler ausgeschlossen, bedeutender Theoretiker des Marxismus, starb in den USA.

⁴² Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern (November–Dezember 1922) sprach Ruth Fischer für die linke Opposition. Die Rede ist abgedruckt im Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 5. 11.–5. 12. 1922, Hamburg 1923, S. 80ff. Der Artikel Maslows ließ sich nicht ermitteln.

nicht gemeint, b) sie gewisse gute Seiten hat und *unbedingt haben muß* und die KI ohne sie heute ein Häuflein Unglück wäre.

2) In der Generalisierung der Krisen der Sektionen zu einer revisionistischen Generalkrise. Revolutionäre Parteien leben und gedeihen in Krisen, dauernden Krisen, je nachdem stärkeren oder schwächeren. Nur Revisionisten stellen sich die Dinge anders vor, nach denen die Bewegung alles, das Ziel nichts ist und man allmählich in den sozialistischen Staat hineinrutscht. Nur eine Partei des „Schwanzlerturns“ (Leninscher Ausdruck)⁴³, des Opportunismus, eine Partei, die nicht *führt*, sondern mit dem Strom schwimmt, kennt keine eigentlichen Krisen. Die Geschichte der KPR von der Periode der ersten „Iskra“ bis zum Oktober 1917 ist eine *Kette* von Krisen. Es ist purer Unsinn, von einer allgemeinen Krise der KI zu reden. Die Ursachen der Krisen in den einzelnen Sektionen, die übrigens von sehr verschiedener Tiefe und Intensität sind, sind sehr verschieden und wollt Ihr wirklich, daß alles, was sich „Linke“ in der KI nennt, sich Euch an die Rockschoße hängt? Dann werdet Ihr ein *Debéle comme il faut* erleben! Es wird nach dem Parteitag das Wort „links“ verschwinden müssen und den guten alten revolutionären oder orthodoxen Marxisten oder neuen Leninisten Platz machen müssen. Die Krise z. B. der franz. Partei ist heute ein Dreck gegen die Frossard-Krise⁴⁴. (Die franz. Partei ist ein buntscheckiges Gebilde, in dem aber ausgezeichnete Elemente stecken: alte Proudhonisten, Blanquisten der Commune, revolutionäre Syndikalisten usw., Leute, die im Alter von 50 bis 60 Jahren zur KPF gekommen sind. Dazu 15000 Bauern auf ca. 50000 Proleten. Ja, Bauern, von denen viele Teilnehmer waren des berühmten revolutionären Winterstreiks von 1907, seitdem ihr revolutionäres Patent in der Tasche tragen. Wo gibt es außer Rußland soviel Bauern in der Partei?) Die Führung ist natürlich noch schlecht, unbolschewistisch, aber beim Teufel, wo ist eine solche außer der KPR und wie kann die französische Partei eine bolschewistische Führung kriegen, ohne richtig und schwer gekämpft zu haben (denn bisher hat die KPF noch nicht gekämpft!). Die Bolschewiki sind auch nicht in der Retorte gemacht worden, sondern haben dauernd auch gegen äußere Feinde Prüfungen zu bestehen gehabt, nach besseren Wegen, besserer Führung gerungen. (So lag die Sache bei den Bolschewiki *nicht*, wie Du es als erster Leiter in Nr. 1 „Der Funke“ schreibst).

Krisen sind Dinge, die zum größten Teil von objektiven, nicht subjektiven Faktoren abhängen. Ihr werft alles durch Ankleben des Wörtchens Opportunismus in einen Topf und erhaltet so einen italienischen Salat. Ihr umgeht eine *detaillierte* spezielle Analyse jedes einzelnen Krisenfalles in jedem einzelnen Lande. (Das ist Leninismus.) Das könnt Ihr angesichts der Überlastung mit ungeheuren deutschen Aufgaben zur Zeit auch gar nicht leisten. Aber Ihr wollt doch gleich die ganze KI retten. Retten wir erst die deutsche KP, und wir haben ein Gegengift gegen den Opportunismus auch in anderen Ländern, auf das wir uns werden was einbilden können.

Ich schreibe in höchster Eile, muß daher schließen, ohne eine ganze Reihe von kleineren Fragen zu behandeln, die dennoch wichtig sind. Werde in den nächsten Tagen wieder schreiben. Einstweilen herzlichste Grüße an Dich, Ruth, Ernst und alle Deine Trabanten. Wünsche Dir sichere, aber nicht zu blendende Erfolge auf dem Parteitag, über den ich Dich nochmals bitte, mich, wenn irgend möglich, telegrafisch zu informieren.

[Dein

gez. Mat. [Max Levien]

⁴³ Levien meint hier den von Lenin gebrauchten Begriff Chwostismus (vom Wort „chwoŝt“ = Schwanz), der allgemein mit „Nachtrabpolitik“ übersetzt zu werden pflegt.

⁴⁴ Ludovic-Oscar Frossard war der erste Generalsekretär der KP Frankreich. Zunächst „rechter Kommunist“, trat er Anfang 1923 aus der KPF aus und geriet immer weiter nach rechts, er war im 2. Weltkrieg Minister Pétains.

P.S. Ich lege Dir eine Copie des Briefes Grischa's an Thälmann und Schlecht bei, bitte Dich jedoch, beiden davon nichts zu sagen, da sie sonst böse sein würden, wenn ich ihnen nicht auch eine Copie des Briefes Grischa's an Euch geschickt habe. Den Brief werden sie Euch entsprechend der Bitte, die G. an sie im Brief selbst richtet, Euch ja sowieso zeigen und dann lest Ihr ihn, als ob er für Euch eine Neuigkeit wäre.

P.P.S. Bronja läßt herzlich grüßen, Dich und Ruth und Thälmann.

P.P.P.S. Bitte Dich, den Brief an Thälmann und Schlecht geschlossen weiter zu befördern, so daß sie nicht wissen, daß er von Dir geschickt ist. Das russische Original⁴⁵ des Briefes an Thälmann und Schlecht lege ich für Dich bei. Wenn Du es aber für besser hältst, daß Thälmann und Schlecht die Unterschrift G's sehen, so schicke ihnen russisches Original und deutsche Übersetzung gleichzeitig.

P.P.P.P.S. Lege Dir einen hochinteressanten bisher ungedruckten Artikel Lenins bei⁴⁶, der demnächst in der „KI“ erscheinen wird. Du wirst gerade für die Gegenwart Interessantes darin finden. (Übrigens Serrat.[i] ist gerade hier.)

[Moskau, 1. 4. 1924]

Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2671

Reichskanzlei

Akten betr. Kommunistische Partei, Spartakus,

Bolschewismus. Bd. 7 (1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1924)

L. 483203-11

Zu den Dokumenten 6-10

Der Frankfurter Parteitag im April 1924 wählte eine neue Zentrale aus 15 Personen, von denen 11 der Linken und nur vier der Mittelgruppe angehörten. Die neue Führung unter Ruth Fischer und Maslow schrieb die Bolschewisierung auf ihre Fahnen, dazu gehörte eine Auswechslung des Parteiapparates, die Zerstörung der Tradition des Spartakusbundes (vgl. Dok. 8) und erhöhte Rußlandgläubigkeit der Funktionäre und Mitglieder. Unter „Bolschewisierung“ wurde vor allem eine radikale Zentralisierung verstanden. Einer der Parteideologen schrieb 1924: „Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.“⁴⁷ Solche Vorstellungen mußten auch der Unterordnung unter die Kominternführung Vorschub leisten, war die KPD doch lediglich eine Sektion der „kommunistischen Weltpartei“, deren Zentrale in Moskau residierte. Auch wenn die rein formale Berichterstattung an die Komintern offenbar nicht immer richtig klappte (Dok. 6), wuchs dennoch die Abhängigkeit.

Die Opposition gegen die Fischer-Maslow-Führung, getragen in erster Linie von Ernst Meyer, konnte sich auf die politischen Thesen der Komintern stützen, trotzdem ließ die Kominternführung die Opposition fast unbeachtet und ließ ihr Prestige der Fischer-Führung. Meyer mußte sich mehrfach gegen unrichtige Darstellungen des innerparteilichen Fraktionskampfes wenden, seine Kritik an der KPD-Politik beleuchtete deren Situation. Die linke Führung isolierte die KPD, da sie die Einheitsfrontpolitik ablehnte. 1925 behauptete die Parteileitung, die KPD sei „die einzige Arbeiterpartei“, die SPD wurde als feindliche „bürgerliche“ Partei bekämpft. Damit

⁴⁵ In der Abschrift steht irrtümlich „rumänische“.

⁴⁶ Es handelt sich um Lenins Artikel „Notizen eines Publizisten“ (vgl. Lenin, *Ausgewählte Schriften*, herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, München 1963, S. 1112-1121). Der Artikel wurde kurze Zeit später, am 16. April 1924, in der „Prawda“ veröffentlicht.

⁴⁷ Alexander Emel im Funktionärorgan der Berliner KPD, „Der Funke“, Nr. 15 vom 28. 8. 1924. Alexander Emel (1897-1936) wurde unter seinem richtigen Namen Moses Lurje im Moskauer Schauprozess gegen Sinowjew u. a. (1936) angeklagt und zum Tode verurteilt.

distanzierte sich die Fischer-Führung indirekt von den Losungen „Arbeiterregierung“ und „Arbeiter- und Bauern-Regierung“. Die Komintern hatte diese Begriffe seit 1922 benutzt, um damit von SPD und KPD gemeinsam gebildete Regierungen (z. B. 1923 in Sachsen und Thüringen) zu umschreiben. Ernst Meyer hielt 1925 an dieser Losung fest, doch er stieß in der KPD auf Widerspruch (Dok. 9).

Mit dem schwindenden Einfluß nach außen wuchs die innerparteiliche Diktatur. Meyer wies in seinen Briefen an die Kominternführung auf diese Schwächen hin. Doch seine Kritik blieb ohne Wirkung, solange die Kominternspitze glaubte, in der Fischer-Maslow-Zentrale eine willige Helferin in Deutschland zu besitzen. Erst als sich im Sommer 1925 verstärkt Autonomiebestrebungen der KPD zeigten, griff die Komintern ein. Nunmehr wurden (im „Offenen Brief“ vom August 1925) die von Meyer längst signalisierten Gefahren auch von der Komintern bestätigt.

Für das Verhältnis der KPD-Führer zur Komintern ist aber auch Dok. 10 wesentlich, zeigt der Brief doch, daß führende deutsche Kommunisten noch Rückgrat besaßen. Manuilski war damals nach Sinowjew und Bucharin wichtigster Kominternführer und bereits Stalins Vertrauensmann in der III. Internationale. Wenn Ernst Meyer einem solchen Funktionär „politische Korruption“ vorwarf, so spricht dieses Auftreten für sich.

Dokument 6

AGITATIONS UND PROPAGANDA ABTEILUNG DES E.K.K.I. MOSKAU

Moskau, im August 1924

No 210

An die

Zentrale der K.P.D.

Kopie an die Redaktion

Werte Genossen!

Die Exekutive der K.I. stellte der Agitprop-Abteilung des E.K.K.I. die Aufgabe, die gesamte kommunistische Presse eingehend zu kontrollieren, zwischen den Leitungen der Presse und der einzelnen Sektionen und dem E.K.K.I. einen engen Kontakt aufrechtzuerhalten, sowie den Sektionen regelmäßig Vorschläge über Inhalt, Form und Technik der Presse zu machen.

Wir haben deshalb beschlossen, in einer Frist von 3 Monaten die wichtigsten Parteiorgane einiger Sektionen einer eingehenden Beobachtung und Kontrolle zu unterziehen, und nach dieser Frist die gesammelten Erfahrungen für die gesamte Internationale als auch für die einzelnen Sektionen besonders, zu verwerten.

Für Eure Partei kommen folgende Organe in Betracht:

„Rote Fahne“, „S.A.Z.“, „Kämpfer“, „Ruhr-Echo“, „Schlesische A.Z.“, „Volkswacht-Mecklenburg“, „Klassenkampf“.⁴⁸

Wir bitten Euch, uns regelmäßig und umgehend je drei Exemplare dieser Zeitungen zuzusenden.

Im Falle Eure Zentrale bereits ähnliche Arbeiten durchgeführt hat, so ersuchen wir um Bekanntgabe des Ergebnisses und Zusendung der diesbezüglichen Materialien.

Mit kommunistischem Gruß

Abteilung Agitpro des E.K.K.I.

Bela Kun

Privat-Archiv Rudert

⁴⁸ Die genannten Zeitungen waren (außer dem Zentralorgan „Die Rote Fahne“) Bezirkszeitungen der KPD. Die „S.A.Z.“, die Sächsische Arbeiter-Zeitung erschien in Leipzig, der „Kämpfer“ in Chemnitz, das „Ruhr-Echo“ in Essen, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, die „Volkswacht“ in Rostock und der „Klassenkampf“ in Halle.

Dokument 7

An die Exekutive der Komintern

Berlin, 5. November 1924

Moskau

Werte Genossen.

Die Zentrale hatte beschlossen, dem Bezirksparteitag Ostpreußen die Auswahl der Parlamentskandidaten⁴⁹ zu überlassen. Was mich anbetrifft, so beschloß die Zentrale, von vornherein Alles zu unternehmen, um den Bezirk dahin zu beeinflussen, meine Wiederaufstellung zu unterbinden. Trotzdem der Zentrale-Vertreter versucht hatte, meine politische Tätigkeit scharf zu kritisieren, mußte der Bezirksparteitag doch einsehen, daß mein ganzes Auftreten in keiner Weise den Beschlüssen der Komintern widerspricht. Ich stelle hier fest, daß meine so viel besprochene Auffassung über die Arbeiterregierung – schon auf dem Leipziger Parteitag – identisch ist mit der des 5. Weltkongresses⁵⁰, was sich aus den stenographischen Parteitagsprotokollen ergibt. Sogar von den 13 Delegierten, die auf Veranlassung der Zentrale einen Gegenvorschlag unterschrieben hatten, stimmten nach Kenntnisnahme der Tatsachen 9 für mich. Ich wurde also mit allen Stimmen (ca. 60) gegen 4 als Spitzenkandidat aufgestellt.

Die Zentrale hat trotzdem den Beschluß des Bezirksparteitages annulliert, nachdem Versuche der Zentrale, durch die Bezirksleitung den Beschluß des Bezirksparteitages aufheben zu lassen, zurückgewiesen wurden.

Außerdem hat die Zentrale mir verboten, nach Ostpreußen zu fahren. Selbst bereits vom Zentral-Wahlkomitee festgelegte, vom Bezirk verlangte öffentliche Versammlungen mußten eilig abgesagt werden.

Die Zentrale kann mir in keinem einzigen Falle eine Durchbrechung von Beschlüssen der Partei und der Komintern nachsagen. Die Maßregelung erfolgt ausschließlich deshalb, weil ich notwendige Einzelkritik im Rahmen der vorgesehenen Parteinstanzen geübt habe. Die Verhinderung meiner Parlamentstätigkeit, trotzdem auch die Zentrale anerkennen muß, daß sie für die Partei nur förderlich war, bedeutet den Beginn meiner völligen Ausschaltung aus der Parteitätigkeit, die vom Standpunkt der Zentrale weniger „gefährlich“ wäre.

Ich ersuche die Exekutive, die politischen Gründe der Zentrale nachzuprüfen, und dazu umgehend Stellung zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Abschrift

Dokument 8

An den Genossen Robert⁵¹

Berlin, den 3. Januar 1925

W. G.! Die unerhörte Passivität der Partei veranlaßt mich, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

⁴⁹ Es handelt sich um die Reichstagswahlen und die preußischen Landtagswahlen vom 7. Dezember 1924. Bis 1924 war Meyer Abgeordneter des preußischen Landtags gewesen.

⁵⁰ Auf dem Leipziger Parteitag der KPD (28. 1.–1. 2. 1923) hatte Meyer u. a. gesagt: „Der ‚Vorwärts‘ schrieb mit Recht, daß unsere Forderung der Arbeiterregierung in Deutschland den Bürgerkrieg bedeutet ... Die von Bedenken geplagten Genossen übersehen, daß die Arbeiterregierung nicht nur als Folge einer Massenbewegung entsteht, sondern daß auch durch die Aufstellung der geeignetsten Forderungen Massenbewegungen ausgelöst werden.“ Bericht, a. a. O., (Anm. 14) S. 366 f. Auf dem V. Weltkongreß der Komintern (vgl. Anm. 37) nahm Sinowjew eine „Konkretisierung“ der Losung „Arbeiterregierung“ vor; Protokoll, Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Band 1, S. 487 ff.

⁵¹ Der Brief ist an den Kominternvertreter in Deutschland gerichtet (vgl. Dok. 9), möglicherweise an Dimitrij *Manuilski* (1883–1959), bis zur Auflösung führend in der Komintern tätig, dann Außenminister der Ukrainischen SSR.

Fast die gesamte Zentrale ist ins Ausland gegangen und läßt die Partei völlig directionslos.

Die Partei lebt überhaupt nur noch von den Skandalen, die im Sumpfe der SPD und des Bürgertums entstehen.

Die wichtigste aktuelle politische Frage ist die der Lösung der Regierungskrise. Das Bürgertum vertagte diese Frage bis nach den „Festtagen“. Die „Rote Fahne“ tat ihnen den Gefallen, ebenfalls darüber zu schweigen. Als die R. F. am 31. 12. einen Artikel zur Regierungskrise aufnahm, stand darin kein Wort von unserer Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung⁵². Selbst das Wort Arbeiter- und Bauernregierung ist nach wie vor in der deutschen Partei verpönt. Der Hallesche „Klassenkampf“ (vom 6. 12. 24) hat sogar in dem offiziellen Aufruf der Exekutive eigenmächtig die Worte „die Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauernschaft“ gestrichen und durch „die Diktatur aller Werktätigen in Stadt und Land“ ersetzt.

In den Ministerien liegen die neuen Steuer- und Zollvorlagen für den neuen Reichstag bereit. Die Partei macht keine Propaganda, um den Verwirrungsmanövern der SPD erfolgreich entgegenzutreten. Die „Rote Fahne“ druckte am 17. 12. einen Artikel ab, in dem es richtig hieß:

„Lastenabwälzung? Vortrefflich, ihr Wälzer und Schieber. Also Konfiskation aller königlichen, kaiserlichen, fürstlichen, kirchlichen Reichtümer und Vermögen, aller Krieger- und Inflationsgewinne, Aufhebung der Lohnsteuer.“⁵³

Dieser Artikel ist Oase in der Wüste geblieben. Ihm ging keine Propaganda für die dort enthaltenen Forderungen voraus. Ihm ist keine Propaganda gefolgt; und diese Forderungen, die ich schon lange vertrete, werden von einer Reihe von Parteigenossen jetzt als eine kleine Entgleisung Maslows kritisiert.

Im Februar, März finden die Betriebsrätewahlen statt. Der Aufruf in der „Roten Fahne“ vom 24. 12. fordert „Die rote Einheitsfront des Proletariats von unten“⁵⁴. Aber auf die praktische Frage des Verhältnisses zu den gewerkschaftlichen SPD-Arbeitern in den Betrieben bei den Wahlen (gemeinsame gewerkschaftliche Liste) gibt er keine Antwort und vermehrt noch die Verwirrung. In den Bezirken richtet man sich noch nach den alten, falschen Anweisungen.

In wichtigen Industriezweigen sind Lohnbewegungen (so im Ruhrgebiet, beim Bergbau, in der Metallindustrie). Der „Vorwärts“ behandelt sie zum Teil gar nicht, zum Teil ebenso versteckt. Die KPD ist nicht die Führerin dieser Bewegungen, beeinflusst sie nicht einmal.

Seit Mai 1924 haben wir eine Teuerungswelle, die seit dem Herbst immer stärker wird. Die Parteipresse ließ diese wichtige Erscheinung unbeachtet, statt sie täglich auszunutzen. Die Teuerung ist eine verschleierte, schwächere Inflation. Die Partei glaubt an den Schwindel der Markstabilisierung und tröstet sich damit über ihre Mißerfolge.

Solange nicht die politische und ökonomische Einheitsfront-Kampagne wirklich durchgeführt wird, bleibt auch die Kampagne für die gewerkschaftliche Einheitsfront Papier. Das englische Argument ist vorzüglich. Es kann das deutsche Argument unterstützen, aber nicht ersetzen.

⁵² Gemeint ist der Leitartikel „Zur Regierungsbildung, Einige Fragen, die sich jeder Arbeiter überlegen sollte“, in: „Die Rote Fahne“, Nr. 195 vom 31. 12. 1924.

⁵³ Das Zitat ist dem Leitartikel „Generalpause? Oder braucht man so lange zum Kuhhandel?“ entnommen, „Die Rote Fahne“ Nr. 184 vom 17. 12. 1924.

⁵⁴ Gemeint ist der Aufruf der Zentrale vom 23. 12.: „Schafft die Rote Front in den Betrieben und Gewerkschaften, Wählt nur rote Betriebsräte.“ In: „Die Rote Fahne“ Nr. 190 vom 24. 12. 1924.

Ich bitte Sie, mit allen Mitteln auf Abstellung dieser Verhältnisse zu wirken.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Dokument 9

An die

Berlin, 11. Februar 1925

Exekutive der Komintern Moskau

Werte Genossen!

In Ergänzung meines Briefes vom 18. Dezember⁵⁵ (ich bitte mir den Empfang meiner Briefe zu bestätigen) und der beiliegenden Kopie meines Briefes vom 3. Januar an den hiesigen Vertreter der Exekutive⁵⁶ möchte ich für die Sitzung der erweiterten Exekutive noch folgendes betonen.

Die KPD hat auf die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und der Konfiskation (Steuern) der kapitalistischen Vermögen verzichtet. Sie versuchte sich auf die Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage zu konzentrieren. Diese Einstellung hat zu schweren Schäden und Mißerfolgen für die Partei geführt, weil 1.) die Situation die Erörterung auch rein politischer Fragen (Regierungsfrage, Steuerfrage) von der Partei zwingend verlangt und 2.) weil eine Vernachlässigung der politischen Seite unmittelbar Versäumnisse der wirtschaftlichen Seite hervorrufen muß.

Es ist eine alte Erfahrung des revolutionären Kampfes, daß Arbeiterorganisationen, die die wirtschaftliche oder politische Seite negieren, nirgends Erfolg haben. Bei der KPD mußte sich das umso stärker zeigen, weil sie die Einheitsfronttaktik bewußt verletzte.

Als ich bei Beginn der Kampagne gegen den Dawesplan eine politische Antwort forderte, hielt man mir entgegen, die Losung „Für Achtstundentag und höheren Lohn“ sei das beste Mittel zur Auslösung von Kämpfen, und jeder andere Vorschlag stelle ein opportunistisches Manöver zur Ablenkung von diesen Kämpfen dar.

Jetzt muß die Zentrale selbst eingestehen, daß die Partei trotz einjähriger Wiederholung ihrer Forderung nichts erreicht hat, und daß, soweit Lohn- und Arbeitszeitbewegungen entstehen, nicht wir sie führen, sondern der ADGB und die christlichen Gewerkschaften.

Das Flasko der Partei auf diesem Gebiet ist ebenso gründlich wie in unserer Gewerkschaftsarbeit. Die Partei redet zwar viel von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit. Aber leider bleibt es bei der bloßen Behauptung, die Partei sei in dieser Frage weit vorangekommen. Tatsächlich geht unser Einfluß in den Gewerkschaften noch immer zurück, wofür die Wahlergebnisse bei Gewerkschaftswahlen der beste Beweis sind.

Worauf sind die Rückschläge zurückzuführen?

Die Zentrale behauptet, wir hätten jetzt eine bessere, mehr bolschewistische Partei als früher. Sie schob ihre Mißerfolge auf eine ungünstige Situation. Auch die Zentrale wird jetzt nicht sagen können, daß im Proletariat pazifistische Illusionen vorhanden sind oder daß die allgemeine Situation die kommunistische Agitation erschwert. Die

⁵⁵ Am 18. 12. 1924 schrieb Ernst Meyer einen ausführlichen Brief über die Lage in der KPD an das EKKI. Er konstatierte Fehler der linken Führung in der Gewerkschaftsfrage, in der Politik gegenüber dem Dawesplan und der Steuerfrage und verlangte die KPD solle: „a) die Einheitsfronttaktik konkretisieren, b) den Rahmen der notwendigen Teilforderungen umgrenzen, c) eine theoretische Klärung und die praktische Handhabung kommunistischer Steuerpolitik herbeiführen“. Der Brief befindet sich im Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné.

⁵⁶ Vgl. Dok. 8.

Bildung der Lutherregierung, die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, der Barmatskandal der SPD sind glänzende Voraussetzungen für die Stärkung der kommunistischen Partei. Die Partei gewinnt nur deshalb nicht an Boden unter den Massen, weil sie auf die wirkliche Durchführung der Taktik der Einheitsfront verzichtet.

Das zeigt sich am deutlichsten bei den Betriebsrätewahlen. Die Zentrale hat für diese Wahlen eine „doppelte Moral“. Den Bezirksleitungen übersendet sie Rundschreiben, die sie vor den Mitgliedern ängstlich hütet. Diese Rundschreiben werden der Forderung nach gewerkschaftlichen gemeinsamen Listen mit der SPD knapp gerecht. Die Richtlinien für die „einfachen“ Mitglieder lassen dagegen weiten Spielraum für falsche Anwendung.

Wie die Einheitsfronttaktik in der Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage in der Praxis aussieht, zeigen die Anweisungen der Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Dort wurde im „Klassenkampf“ ein Artikel des Polbüros veröffentlicht, der den Forderungen Lenins in den „Kinderkrankheiten“ offen ins Gesicht schlägt und der in der ganzen sozialdemokratischen Presse auch gegen die englisch-russische Einheitsfrontkampagne ausgenutzt wird. Dieser Artikel und ähnliche Plumpheiten erschweren nicht nur unsere Gewerkschaftsarbeit in Deutschland, sondern wirken auch schädigend auf die Einheitskampagne in England zurück⁵⁷.

Zu den Betriebsrätewahlen hat die Bezirksleitung Halle ein Rundschreiben versandt, das von den Genossen als eine Aufforderung zur Aufstellung von rein kommunistischen Listen aufgefaßt werden muß. Bei solcher Arbeit unserer Partei kann es kein Wunder nehmen, daß die Betriebsrätekonferenz für Mitteldeutschland nur von ein paar Dutzend statt von mehreren hundert Großbetrieben beschickt war.

Die Unfähigkeit, die Einheitsfronttaktik auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden, ist eine Folge der Negierung dieser Taktik auf politischem Gebiet. Dabei schreit die ganze Lage nach einer politischen Anwendung dieser Taktik. Die Massen wollen, ohne kommunistisch zu sein, eine Opposition gegen die Lutherregierung. Die Ruhrskandale belasten Regierung und Parteien. Die Barmatskandale haben die SPD vollends kompromittiert. Aber die Partei versteht es nicht, das Mißtrauen gegen die anderen Parteien für sich auszunutzen und zu einem Faktor der eigenen Stärke zu machen.

Wie unfähig die KPD in der Ausnutzung dieser Situation ist, zeigt die Preußenkrise. Die KPD stürzte die Regierung; aber was tut sie, um die Massen dafür zu interessieren und ihnen diesen Sturz verständlich zu machen⁵⁸? Wagt sie auch nur zu sagen, was sie selbst will? Als ich in der allwöchentlichen Besprechung mit der Zentrale die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung verlangte, erklärte ein Genosse: Die Losung Arbeiterregierung widerspräche der Losung, die KPD als einzige Arbeiterpartei treibe allein Arbeiterpolitik! – ohne daß jemand widersprochen hätte. Zu solchem Unsinn treibt die Furcht vor politischen Antworten auf politische Fragen.

Die Passivität der Partei bestimmt auch das Leben der Partei im engeren Sinne des Wortes. Die Parteiführung treibt engste Fraktionspolitik. Sie negiert die Einheitsfronttaktik auf politischem Gebiet. Sie verfolgt eine fraktionelle Personalpolitik. Sie sucht ihre parteipolitischen Gegner aus der Partei zu drängen, wie die Ausschlüsse

⁵⁷ 1924 kam es durch eine Linkswendung der britischen Gewerkschaften zu einer „Einheitsfront“, im Frühjahr 1925 wurde ein anglo-russisches Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit gegründet. Nach dem britischen Generalstreik im Mai 1926 brach diese Einheitsfront wieder auseinander, das anglo-russische Komitee wurde aufgelöst.

⁵⁸ Am 14. 1. 1925 hatte die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag – ebenso wie die Rechte – einen Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun eingebracht, am 23. 1. 1925 trat Braun zurück, am 18. 2. wurde Marx Ministerpräsident.

und Ausschlußanträge zeigen, und verfolgt auf diese Weise eine reine Spaltungspolitik. Sie zerstört systematisch die revolutionäre Tradition in der deutschen Arbeiterschaft, wie sie in der Geschichte des Spartakusbundes trotz aller Mängel aufgespeichert ist, weil sie keine Tradition auf diesem Gebiet aufzuweisen hat. Die Partei wehrt sich gegen jede Kritik. In den Artikeln der Parteipresse steht zwar manchmal, daß die Partei Selbstkritik üben müsse. Aber wehe den Genossen, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen! In den Parteikonferenzen werden diejenigen als Reformisten verdonnert und ihrer Funktionen beraubt, die etwa mit dem Genossen Sinowjew den Wahlausfall als eine zum Teil selbst verschuldete Niederlage bezeichneten.

Diese Erstickung jedes gesunden Lebens wird bemäntelt mit dem Argument, daß eine bolschewistische Partei eine Partei aus einem Guß ohne die geringste abweichende Meinung sein müsse. Wenn die deutsche Partei die Reife der russischen erreicht haben wird, wird kein wahrer Revolutionär der praktischen Durchführung dieser Forderung widersprechen. Aber augenblicklich ist wohl niemand von der politischen Unfehlbarkeit der jetzigen Parteiführung überzeugt.

Die Durchführung meiner politischen Vorschläge wird die Hetze der gegnerischen Parteien wirksamer für die Arbeiterschaft unschädlich machen, als die Abwehr des Zentralorgans, einer der Hauptangeklagten in einem politischen Prozeß sei geisteskrank⁵⁹.

Mit kommunistischem Gruß
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 10

Berlin, 16. 3. 25

Werter Genosse Manuilsky!

In Ihrem Artikel in der „Kommunistischen Internationale“ Heft 2 stellen Sie die Behauptung auf⁶⁰:

⁵⁹ Am 10. Februar 1925 hatte in Leipzig der sogenannte „Tscheka-Prozeß“ begonnen. Angeklagt waren 16 Kommunisten, die 1923 einer kommunistischen Geheimorganisation angehört hatten. Die Organisation – nach dem Vorbild der russischen Geheimpolizei „Tscheka“ genannt – wurde beschuldigt, Terroranschläge und einen Fememord verübt zu haben. Einer der Hauptangeklagten (neben dem russischen General Skobolewski-Gorew) war Felix Neumann, er machte belastende Aussagen über die Gruppe und über die Aufstandsvorbereitungen von 1923. „Die Rote Fahne“ brachte in Nr. 34 vom 10. Februar 1925 einen Leitartikel unter der Überschrift „Der ‚Tscheka‘-Zeuge Neumann geisteskrank“, und am 11. Februar lautete eine Schlagzeile „Der geisteskranke Neumann sagt aus“. Um die belastenden Aussagen Neumanns zu entwerten, behauptete die KPD einfach, er sei geisteskrank. Diese Haltung des KPD-Zentralorgans hatte Meyer im Auge. Im April wurden die Urteile im Tscheka-Prozeß gefällt. Drei Angeklagte, darunter Skobolewski und Neumann, wurden zum Tode verurteilt. Skobolewski wurde später in die Sowjetunion ausgetauscht, Neumann begnadigt, er schloß sich der NSDAP an.

⁶⁰ Gemeint ist Manuilskis Artikel „Zur Frage der Bolschewisierung der Parteien“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 2, 1925, S. 157–156, in dem es hieß: „Daß es bei uns in der gegenwärtigen Periode an Menschen nicht fehlen wird, die den Kampf um die konkreten Forderungen der Arbeiterklasse in Opportunismus verwandeln wollen, davon zeugt z. B. das vom rechten Flügel aufgestellte ‚Steuerprogramm‘. Warum hatten die deutschen Kommunisten recht, als sie diesen Vorschlag einer harten Kritik unterzogen? Natürlich nicht, weil das deutsche ZK die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei überhaupt leugnete, sondern nur, weil das Stellen dieser Frage in den Mittelpunkt aller Parteibestrebungen Opportunismus ist ...“ (S. 150).

1.) daß die Zentrale der KPD „natürlich“ nicht „überhaupt die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei verneint“,

2.) daß „der rechte Flügel der KPD den Versuch macht, das Steuerprogramm dem Kampf um die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen.“

Beide Behauptungen sind, wie gerade Sie selbst am besten wissen, unwahr.

Sie wissen aus Ihrer Teilnahme an dem ersten Zentralausschuß nach dem Frankfurter Parteitag und an vielen Zentrale-Sitzungen, daß die Zentrale es ablehnte, ein Steuerprogramm aufzustellen, das über die rein negative Ablehnung von Lohn- und indirekten Steuern hinausgeht. Eigene Steuerforderungen wurden von der Zentrale nur für das Parlament zugelassen. Ihre Formulierung wurde aber von der Zentrale selbst auf der Parlamentarierkonferenz nicht nur abgelehnt, sondern mit Mandatsentzug und Maßregelungen anderer Art bestraft.

Sie wissen weiter, daß von mir niemals das geforderte Steuerprogramm der Diktatur entgegengesetzt, sondern stets als Vorbereitung der Kämpfe um die Diktatur und in Verbindung mit dem Ziel der Diktatur propagiert wurde.

Sie wissen ferner ganz genau, daß auch die anderen Genossen, so sehr sie sich in anderen Fragen geirrt haben, diese Frage in unserem Sinne richtig formuliert haben.

Gerade die Zentrale zerriß durch die rein parlamentarische Begrenzung der Steuerforderungen die Verbindung von Teilforderungen und Diktatur.

Diese meine Auffassungen haben Sie in privater Unterhaltung Anfang dieses Jahres in allen Punkten geteilt.

Wenn Sie jetzt etwas anderes schreiben, so grenzt das an politische Korruption.

Mit kommunistischem Gruß
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Zu den Dokumenten 11–13

Der X. Parteitag der KPD (12.–17. Juli 1925) hatte die Ruth Fischer-Maslow-Führung einstimmig bestätigt. Bereits einen Monat später übte jedoch eine Konferenz des EKKI (12.–14. August 1925) heftige Kritik an dieser Führung; Ruth Fischer, Maslow und ihre engsten Anhänger wurden aus der KPD-Spitze verdrängt. Die Politik der Parteileitung, die zur Isolierung der KPD geführt hatte, wurde als ultralinks verworfen. Sinowjew hatte seine Anhänger Ruth Fischer und Maslow geopfert, denn deren Politik bot im Fraktionskampf mit Stalin zu viele Angriffsflächen. Ein Jahr später gelang es Stalin dennoch, Sinowjew aus der Kominternführung zu verdrängen.

In Deutschland wurden nach monatelangen inneren Auseinandersetzungen die linken und ultralinken Gruppen, die sich gegen die Komintern wandten, aus der KPD ausgeschlossen⁶¹. Die neue Führung aus kominterntreuen Linken wie Thälmann und Dengel und bewährten Funktionären wie Meyer und Ewert konsolidierten die Partei 1926/27. Auf dem XI. Parteitag der KPD (2.–7. März 1927 in Essen) wurde die Zusammenarbeit beider Gruppen offiziell sanktioniert, und die „Konzentration“ aller Parteirichtungen beschworen.

Stalin und die Kominternführung stützten sich vor allem auf Thälmann, den offiziellen Führer der KPD, und bald berief man sich wieder auf die Tradition der KPD-Linken. Ernst Meyer, Artur Ewert und ihre Anhänger – als „Versöhner“ bezeichnet – wehrten sich gegen die Verfälschung der Parteigeschichte, weil diese politische Konsequenzen zeitigte: die Abrechnung mit dem ultralinken Kurs von 1924/25 blieb eine halbe Maßnahme.

⁶¹ Vgl. hierzu Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“, Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 359 ff.

Unmittelbar nach dem XI. Parteitag wandte sich Meyer gegen Darstellungen der sowjetischen Presse, nach denen er seinen „rechten Fehlern“ abgeschworen habe (Dok. 11). Die Manipulierung der Geschichte durch Moskau diene einer politischen Legendenbildung: Thälmann und die kominternreue Linke hatte danach „immer recht“ gehabt. Mit solcher These wollte vor allem Stalin seinen Gefolgsmann Thälmann aufwerten.

Aber auch Bucharin, der auf dem 15. Parteitag der KPdSU (Dezember 1927) Ewert und Meyer verteidigte, ging der Legendenbildung Stalins ins Garn und Meyer protestierte dagegen (Dok. 12). Stalins Einfluß auf die KPD verstärkte sich, als im Februar 1928 ein Abkommen zwischen der KPdSU und der KPD getroffen wurde, das festlegte, nunmehr sei der Kampf vor allem gegen die „Rechten“ in der KPD zu führen. Damit waren die Weichen für die neue ultralinke Politik gestellt. Dieses Abkommen, das geheimgehalten wurde (in der KPD-Presse erschienen später nur Auszüge), unterzeichneten die deutschen und sowjetischen Delegierten während der 9. EKKI-Tagung. Die Tagung selbst beschäftigte sich gar nicht mit deutschen Problemen, sondern mit der chinesischen und der russischen Frage. Das Geheimabkommen war statutenwidrig, und es beendete den Kurs der „Konzentration“.

Eine Skandalaffäre im Herbst 1928 wurde zum akuten Anlaß, das Geheimabkommen zu realisieren. Der Hamburger Parteisekretär Wittorf, ein enger Freund Thälmanns, hatte Parteigelder unterschlagen. Rechte und Versöhnler erreichten, daß das ZK Thälmann seiner Funktionen enthob. Doch Stalin setzte durch, daß Thälmann wieder die Parteiführung erhielt, nunmehr wurden die Rechten und Versöhnler ausgeschlossen oder ihrer Funktionen enthoben. Im Sinne des Geheimabkommens vom Februar 1928 praktizierte die KPD bis 1934 die ultralinke Politik.

Dokument 11

Ernst Meyer an: 1.) Die Redaktion der „Prawda“ in Moskau
2.) Die Redaktion der „Tass“ in Berlin

Berlin, den 17. März 1927

Werte Genossen!

Ich ersuche um Aufnahme folgender Berichtigung:

In Ihren Berichten über den Essener Parteitag der KPD wird von mir als dem „früheren Anhänger der Gruppe Brandler-Thalheimer“ gesprochen und gesagt, ich hätte im Interesse der Konzentration die Notwendigkeit unterstrichen, „offen die früheren Fehler einzugestehen.“

Ich muß dazu folgendes feststellen:

Ich habe sofort im Oktober 1923 gegen die Fehler der damaligen Brandler-Zentrale scharf Stellung genommen und gehörte der sogenannten Mittelgruppe an, die von der Exekutive keineswegs als opportunistisch bekämpft wurde; vielmehr verlangte die Exekutive, daß die damaligen Linken mit der Mittelgruppe ein Bündnis auch in der Parteiführung schlossen.

Nach dem Frankfurter Parteitag (Frühjahr 1924) ging ein Teil der Mittelgruppe zu Ruth Fischer über, und seither bezeichnete Ruth Fischer den Rest der Mittelgruppe als „brandleristisch“. Mein „Opportunismus“ bestand unter anderem in Vorschlägen zur Bekämpfung des Dawesplanes und zu den Steuerfragen, deren Richtigkeit von der Exekutive und selbst von dem Genossen Sinowjew auf der VI. Erweiterten Exekutive⁶² ausdrücklich anerkannt worden ist.

⁶² Die VI. Erweiterte Exekutive tagte vom 17. 2. bis 15. 3. 1926 in Moskau. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem Kampf gegen die linke Opposition.

Zu dem Berliner Parteitag der KPD (Juli 1925) veröffentlichte ich mit einigen Genossen eine detaillierte Plattform in Form eines Offenen Briefes, den als opportunistisch zu kritisieren bisher niemand auch nur den Versuch gemacht hat⁶³. Mit dieser Plattform solidarisierten sich auch Genossen der früheren Brandler-Gruppe.

Alle diese Tatsachen werden durch meine Erklärung vom 24. Dezember 1926 nicht aufgehoben, sondern bestätigt⁶⁴.

In der Erklärung anerkenne ich die Beschlüsse der VII. Exekutivsituation – diese Beschlüsse enthalten kein Wort der Kritik gegen mich.

In der Erklärung wiederhole ich meine Bereitwilligkeit, gegen Fehler der Genossen Brandler und Thalheimer zu kämpfen, so „wie ich das wiederholt getan habe“.

Diese Erklärung enthält keine Verpflichtung, nachträglich eine ultralinke Kritik an Brandler zu übernehmen.

In der Erklärung anerkenne ich die Führung des ZK. Die Erklärung nennt als Voraussetzung dieser Anerkennung mein Recht der Kritik in den führenden Organen der Partei. Wie weit dieses Recht von mir in Anspruch genommen wird, habe ich auf dem Essener Parteitag deutlich gesagt.

Meine Erklärung wird ergänzt durch eine Vereinbarung zwischen ZK und mir, worin mir die volle Garantie meiner Mitarbeit zugesichert wurde.

Angesichts dieser Tatsachen ist mir der Kommentar in dem Tass-Telegramm vollständig unverständlich.

gez. Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 12

Kopie

vom 6. 2. 1928

Werter Genosse Bucharin,

in Ihrem Schlußwort auf dem 15. Parteitag behaupteten Sie, daß ich mich in meiner Erklärung von meinen früheren Fehlern losgesagt habe⁶⁵. Unter Bezugnahme auf

⁶³ Ernst Meyer richtete zusammen mit Paul Frölich (1884–1953, bis 1924 Mitglied der KPD-Zentrale, 1928 als „Rechter“ ausgeschlossen, Führer der KPO und SAP, Verfasser einer Rosa Luxemburg-Biographie) und Karl Becker (1894–1942, bis 1924 Mitglied der Zentrale, ab 1927 ZK-Mitglied, als „Versöhnler“ abgelöst, 1942 in Deutschland hingerichtet), einen Brief an den X. Parteitag der KPD (Juli 1925), der eine scharfe Kritik an der Ruth Fischer-Führung enthielt. Der Brief ist abgedruckt in: Die Internationale, Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 8 (1925), S. 505–507.

⁶⁴ Mit der von Thälmann und Meyer unterschriebenen Erklärung wurde die Mitarbeit Ernst Meyers in der Parteiführung geregelt. Die Erklärung (und die verschiedenen Entwürfe) werden abgedruckt in: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, a. a. O. (Anm. 8).

⁶⁵ Auf dem XV. Parteitag der KPdSU (2.–19. 12. 1927) hatte sich Bucharin gegen die Linken Lominadse und Schatzkin gewandt. Er sagte: „Die zweite Übertreibung begeht Genosse Schatzkin, indem er behauptet, daß in Deutschland die rechte Gruppe in letzter Zeit erstarkt sei, während sie es früher nicht gewagt habe, auch nur einen Ton zu sagen. Ich halte auch diese Behauptung für falsch. Noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit vereinigte sich der größte Teil der ehemaligen Rechten mit der sogenannten Gruppe Ernst Meyer. Hier in Moskau kam mit unserer Hilfe ein „Übereinkommen“ zwischen der Gruppe Meyer und dem Zentralkomitee zustande, wobei der Genosse Meyer, der Führer dieser ehemaligen rechten Gruppe, eine Erklärung unterzeichnete, daß er sich von seinen früheren Fehlern lossage und mit dem Zentralkomitee zusammenarbeiten werde. Die Führer dieser Gruppe, die in Deutschland tätig war, haben wir auf den Weg der Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee geführt und sie arbeiten heute ziemlich gut. Das ist eine Tatsache. Was bedeutet das? Ein Wachstum,

mein Schreiben vom 28. November 1927 an das ZK der KPD betreffend den Genossen Kuusinen⁶⁶, der in seiner Antwort auf Sinowjews 21 neue Bedingungen ähnliches behauptet hat, und auf die Antwort des ZK der KPD an den Genossen Kuusinen, erkläre ich folgendes:

In meiner Erklärung vom 24. 12. 1926 ist kein Wort von früheren Fehlern enthalten.

Bei meiner Erklärung handelt es sich vielmehr darum, ob ich zu jener Zeit auf öffentliche Kritik im Interesse der Konzentration verzichte.

Andere Behauptungen sind eine Unwahrheit. Ich erwarte, daß auf der Sitzung des EKKI die Angelegenheit endgültig berichtigt wird.

Mit kommunistischem Gruß!
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 13

Die gemeinsame Sitzung der Delegationen der KPD und Kpdsu beschließt:

1. Festzustellen, daß die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist, die Hauptgefahr darstellt;
2. Festzustellen, daß dieser Umstand es notwendig macht, die verschärfte Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf den Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei (darunter auch gegen den Trotzkismus) zu lenken;
3. Festzustellen, daß die Überwindung der ultralinken Gefahr eine der notwendigen Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Gefahr innerhalb der Partei, wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen darstellt;
4. Festzustellen, daß dieser Standpunkt die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei ausschließt und daß nur auf Grundlage dieser Linie die wirkliche Einheit der Führung und die wirkliche Konzentration der revolutionären Kräfte in der Partei geschaffen werden können und müssen.
5. Davon ausgehend festzustellen, daß
 - a) die Auswahl der Parteiarbeiter für die leitenden Funktionen in allen Gebieten

ein Erstarken der rechten Gruppe oder das Gegenteil. Meines Erachtens das Gegenteil ... Also Genosse Meyer stand in Opposition zu der Linie des ZK, jetzt verteidigt er diese Linie. Das ist eine Tatsache und gegen diese Tatsache kann man nicht streiten ..."; Protokoll, Fünfzehnter Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 2.-19. 12. 1927, Hamburg-Berlin 1928, S. 240f.

⁶⁶ In einem Brief vom 28. 11. 1927 an das Polbüro der KPD hatte sich Meyer gegen Äußerungen des Kominternführers Otto Kuusinen (1881-1964, Mitbegründer der KP Finnland, Kominternführer, bis zu seinem Tod Sekretär des ZK der Kpdsu) gewandt. Meyer hatte auf einen ZK-Beschluß vom September 1927 hingewiesen, in dem es hieß: „Die Versuche der ausgeschlossenen Maslow-Gruppe, einzelne Genossen der Führung gegeneinander anzuspiesen ... (Geschwätz von der ‚Kaltstellung‘ des Genossen Thälmann und der ‚Auslieferung der Partei‘ an den Genossen Meyer, daß Genosse Meyer ein ‚Rechter‘ sei usw.) werden wirkungslos bleiben. Das ZK wird nach wie vor an dem Prinzip einer kollektiven Führung der Partei festhalten.“ (Die Rote Fahne, Nr. 218 vom 16. 9. 1927). Meyer ersuchte das Polbüro, Kuusinen „darauf aufmerksam zu machen, daß weder falsche Behauptungen über einzelne Polbüro-Mitglieder noch der Versuch der Differenzierung zwischen führenden Genossen den Interessen der Partei und der Vereinheitlichung der Führung dienen“. Der Brief befindet sich im Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné.

der Parteiarbeit, wie im Reichstage, so auch außerhalb desselben den Forderungen dieser Linie untergeordnet werden muß;

- b) die sofortige Reorganisation der Gewerkschaftsabteilung im Sinne der Politik des Z.K. der KPD notwendig ist⁶⁷;
- c) die Aufstellung der Kandidaturen der Genossen Brandler und Thalheimer zum Reichstag unzweckmäßig ist⁶⁸.

6. Die Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der sachlichen Kritik der Mängel der Parteiarbeit zu lenken, die praktische Arbeit des Z.K. der KPD zu verbessern, die Sache der Auslese neuer Kräfte und ihrer Heranziehung zu der leitenden Arbeit zu heben.

Moskau, den 29. Februar 1928

Thälmann, Ewert, Remmele, Dengel, Gerhart, H. Neumann, C. Blenkle, Bucharin, Stalin, Tomski, Molotow, Losowski, A. Mikojan, Pjatnitzki⁶⁹.

Privat-Archiv Rudert

⁶⁷ In der Gewerkschaftsabteilung waren viele „rechte“ Kommunisten, die nun abgelöst wurden, zuerst der Abteilungsleiter Walcher (vgl. Anm. 20).

⁶⁸ Die „rechten“ Kommunisten erhielten für die Wahlen zum Reichstag 1928 keine aussichtsreichen Kandidaturen, nur Paul Frölich (vgl. Anm. 62) zog als Abgeordneter in den Reichstag ein.

⁶⁹ Thälmann, Ewert und Dengel vgl. Anm. 12; Hermann Remmele (1880–1939), Dreher, von 1920 bis 1933 Mitglied der Parteiführung, 1933 Emigration nach Moskau, Opfer der Stalinschen Säuberungen; Gerhart ist Gerhart Eisler (geb. 1897), 1927 Kandidat des Polbüro, als „Versöhnler“ abgelöst, jetzt Mitglied des ZK der SED; Heinz Neumann (1902–1937), leitete von 1928 bis 1932 neben Thälmann und Remmele die KPD, er wurde Opfer der Stalinschen Säuberungen; Conrad Blenkle (1901–1943), Bäcker, war bis 1928 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes, er wurde 1943 in Deutschland hingerichtet. Neben den bekannten russischen Führern Stalin, Molotow und Mikojan unterschrieben auch die Führer der „rechten“ Kommunisten Bucharin (1889–1938) und Tomski (1880–1936), außerdem der Leiter der Roten Gewerkschaftsinternationale S. A. Losowski (1878–1952) und der Organisationsleiter der Komintern Ossip Pjatnitzki (1882–1939).

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Winfried Baumgart, wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität Bonn, 53 Bonn-Duisdorf, Am Schickshof 3.

Dr. Erich Kordt, Ministerialrat, apl. Professor für Völkerrecht, Staatsrecht und Geschichte der Diplomatie an der Universität Köln, 4 Düsseldorf, Sybelstraße 1a.

Dr. Walter Lipgens, ord. Professor für

neuere Geschichte an der Universität Saarbrücken, 66 Saarbrücken 3, Bayernstraße 12. Hermann Weber, 68 Mannheim, Richard-Wagner-Straße 83.

Dr. Rainer Wohlfeil, Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Freiburg, 78 Freiburg i. Br., Hansjakobstraße 136.